



Peter Quadflieg & Katherine Lukat (Hg.)

Kriegsende und Neuanfang an Rhein und Main

Perspektiven auf das Ende des Zweiten Weltkriegs
und den Beginn des demokratischen Wiederaufbaus
im Rhein-Main-Gebiet

Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden
Band 18

Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden
Band 18

Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden

Band 18

Herausgegeben im Auftrag des Magistrats
der Landeshauptstadt Wiesbaden – Kulturamt
von Peter Quadflieg
Wiesbaden 2025

Kriegsende und Neuanfang an Rhein und Main

Perspektiven auf das Ende des Zweiten Weltkriegs
und den Beginn des demokratischen Wiederaufbaus
im Rhein-Main-Gebiet

Herausgegeben von
Peter Quadflieg und Katherine Lukat

Gefördert von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung
und mit Unterstützung der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH



Geist der Freiheit
Freiheit des Geistes



© Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden,
Kulturamt – Stadtarchiv Wiesbaden 2025

Herausgegeben von Peter Quadflieg und Katherine Lukat
Lektorat: Waltraud Nießen, Peter Quadflieg, Katherine Lukat, Jana Daldrup
Satz und Gestaltung: DDT2w, Aachen
Druck und Herstellung: Druck und Verlag Kettler, Bönen/Westfalen

Umschlagbild: Wiederaufbau des neuen Rathauses in Wiesbaden 1949.
StadtA WI, Best. F000 Nr. 14370, Foto: Hans Espert.

ISBN: 978-3-9825083-3-7

9	Vorwort des Kulturdezernenten der Landeshauptstadt Wiesbaden
13	Vorwort der Herausgeber
	Grußworte
19	Felix Münch, Hessische Landeszentrale für politische Bildung
22	Jennifer John, KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH
	Kriegsende und Neubeginn in der Rhein-Main-Region: lokale Beispiele
26	Peter Quadflieg Eroberung – Übergabe – Befreiung? Das Kriegsende in Wiesbaden und die kollektive Erinnerung an den 28. März 1945
51	Sandra Zimmermann Das Kriegsende 1945 in Aschaffenburg: multiple Zäsuren
60	Frank Jacob Das Kriegsende in Darmstadt 1945. Von der Zerstörung zum Wiederaufbau der Stadt und ihres kulturellen Lebens (1944–1950)
73	Sylvia Goldhammer Das Kriegsende und der demokratische Neuanfang in Oberursel 1945/46, Camp King, Eugen Kogon und der Oberurseler Kreis
93	Peter Noss „Es war wie ein Wunder, dass wir wieder in der Synagoge standen!“ Bad Nauheim und Friedberg: Kriegsende und das Erbe der NS-Zeit 1945
106	Tanja Bernsau Die Besatzer als Kuratoren. Die Monuments Men in Wiesbaden
119	Philipp Kratz 1945 – ein „demokratischer“ Neubeginn? Politische Herrschaft und Entnazifizierung in Wiesbaden 1945 und 1955

Der Aufbau staatlicher und demokratischer Strukturen

- 136 Impuls von
Gert-Uwe Mende, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden
- 139 Gregor Maier
Demokratischer Neuanfang im Landkreis Usingen – ein Werkstattbericht
- 151 Thomas Bauer
„Für alle, die guten Willens sind“.
Walter Kolb und der demokratische Neubeginn in Frankfurt am Main
- 169 Cornelia Röhlke
„Frauen und Mütter! Entscheidet Euch für Frieden,
Demokratie und soziale Gerechtigkeit!“

Bewährungsprobe für die junge Demokratie: Wahlen und Aufarbeitung

- 195 Impuls von
Dr. Ina Hartwig, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft
der Stadt Frankfurt am Main
- 198 Gunter Stemmler
**Handlungsausrichtung durch eigene Interessen –
beispielhaft für 1945 und danach. Ludwig Erhard, Max Schwarz,
Otmar von Verschuer, Bruno Müller, Wilhelm Polligkeit sowie Friedrich Lehmann**
- 209 Bernd Blisch
**Juristische Aufarbeitung der Naziverbrechen in einer Kleinstadt:
der sogenannte Flörsheimer Kristallnacht-Prozess vom 9. bis 14. Mai 1949**

80 Jahre danach: Das Kriegsende als Mythos oder Verpflichtung? Wie über Verantwortung sprechen?

- 217 Lisa Sommer
Neubeginn 1945 – Jugend erinnert 2025.
Eine partizipative Intervention im sam – Stadtmuseum am Markt
- 223 Margit Sachse
„Wir sind alle Kinder des 8. Mai“ (Jürgen Habermas). Herausforderungen und Chancen in pädagogischer und internationaler Perspektive
- 235 Thomas Altmeyer
Der Geschichtsort Adlerwerke als interaktiver und partizipativer Lernort
- 241 Markus Häfner
20 Minuten – innovative Wege zur Erinnerung
an die Zerstörung Hanaus am 19. März 1945
- 251 Kristina Matron
Frankfurt went West.
Sonderausstellung im ISG mit Fotografien von Mickey Bohnacker
- 264 Hendrik Pletz und Lars Schlaphof
„Évreux/Rüsselsheim. Befreiung, Wiederaufbau, Versöhnung 1944–1961“.
Ein (unerwarteter) Erfahrungsbericht zu einer deutsch-französischen Kooperationsausstellung
- 271 Wolfgang Schneider
„Und es ward Licht“. Kinogeschichten in der Nachkriegszeit
- 283 Wolfgang Geiger
„Abenteuer Neubeginn“ 1945 – Frankfurter Hefte.
Sammlung mit Texten von Eugen Kogon und Walter Dirks 1946–1947
- 285 Anmerkungen
- 325 Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Vorwort des Kulturdezernenten der Landeshauptstadt Wiesbaden

Vor 80 Jahren veröffentlichte der Regierungspräsident Dr. Hans Bredow gemeinsam mit dem durch die US-Armee eingesetzten Wiesbadener Oberbürgermeister Georg Krücke, dem evangelischen Landesbischof Dr. August Kortheuer und weiteren Vertretern aus Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft einen Aufruf in der zweiten Ausgabe der Mitteilungen für den Stadtkreis Wiesbaden vom 16. Juni 1945. Darin heißt es: „Wiesbadener! [...] Nach unsäglichem Leiden kehren jetzt die Ueberlebenden aus den Konzentrationslagern zurück. Sie haben auch für uns gekämpft und gelitten, ihnen zu helfen ist unsere Pflicht [...].“ Gemeint waren Wiesbadener Widerstandskämpfer und politische Gegner des Nationalsozialismus, die zwischen 1933 und 1945 festgenommen und in Konzentrationslagern interniert wurden. Zu ihnen zählte der spätere Wiesbadener Oberbürgermeister Georg Buch, der wenige Wochen zuvor, im März 1945, von der US-Armee im SS-Sonderlager/KZ Hinzert bei Trier befreit wurde.

Im Aufruf nicht erwähnt werden die aus Wiesbaden verschleppten Jüdinnen und Juden, Sintizze und Sinti. Nur wenige hatten die Konzentrations- und Vernichtungslager überlebt. Ebenso wenig bezog sich der Aufruf Bredows auf die Unterstützung der luxemburgischen Widerstandskämpfer, die aus ihrer Heimat bis ins Wiesbadener Außenlager des SS-Sonderlagers/KZ Hinzert verschleppt und am 28. März 1945 durch die US-Armee befreit wurden. Die Luxemburger mussten nun zuerst zu Kräften kommen. Viele von ihnen litten an Infektionskrankheiten, die durch die schlechten Lebensbedingungen und die Mangelernährung im Wiesbadener Außenlager hervorgerufen wurden. Erst im Sommer 1945 konnten sie von den Amerikanern in ihre Heimat gebracht werden.

Die Mehrheitsgesellschaft in Wiesbaden, wie überall in Deutschland, wollte 1945 nicht zurückschauen. Gleichzeitig waren die Probleme, insbesondere die prekäre Ernährungslage, so drängend, dass für eine Rückschau und damit verbunden die Auseinandersetzung mit der Frage nach der Schuld vermeintlich keine Zeit blieb. Die Anwesenheit der Überlebenden des NS-Terrorapparats blendeten die Wiesbadener Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft weitestgehend aus. Täterschaft wurde öffentlich vor allem im Zusammenhang mit den Spruchkammerverfahren gegen den früheren Gauleiter Jakob Sprenger und den NS-Bürgermeister Felix PiékarSKI diskutiert. Die lokale Presse berichtete detailliert und

beschrieb Piékarski als egoistischen, machthungrigen Politiker, der sich auf Kosten der Stadt bereichert und die Wiesbadener Bevölkerung am Ende des Krieges im Stich gelassen habe.

Ein Bericht im Wiesbadener Kurier vom 14. Januar 1949 stellte dar, wie die Führung der Wiesbadener NSDAP die Stadt am 25. März 1945 in Richtung Osten verlassen habe. Nicht im Bericht enthalten war, dass bereits im Februar 1945 die Vorbereitungen dafür getroffen wurden. Die KZ-Häftlinge des Wiesbadener Außenlagers wurden unter anderem in der Stadtverwaltung eingesetzt, um Akten auf Lkw zu laden und im Wald zu verbrennen. Damit hatte die NS-Führung versucht, ihre Spuren zu verwischen. Weitere zentrale Bestände städtischen Schriftguts hatte der Bürgermeister mitgenommen, um Ende März 1945 eine Leitstelle der Wiesbadener Stadtverwaltung in Schlüchtern einzurichten. Wegen des schnellen Vordringens der US-Armee verlegten Gauleiter Sprenger und Bürgermeister Piékarski den Amtssitz schließlich nach Naumburg, bis auch dort die alliierten Truppen eintrafen. Felix Piékarski kehrte am 5. Juni 1945 nach Wiesbaden zurück und wurde bei Vorsprache im Rathaus von der amerikanischen Militärregierung festgenommen. Während die Akten aus Naumburg wieder an die Stadt Wiesbaden übergeben wurden, blieben die Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks, die Piékarski auf der Flucht mitgenommen hatte, verschwunden.

Mit der Verurteilung Felix Piékarskis zu fünf Jahren Arbeitslager 1947 war in der öffentlichen Wahrnehmung der Wiesbadener Haupttäter zur Rechenschaft gezogen worden. In den Presseberichten lässt sich sogar eine gewisse Unzufriedenheit mit der Einordnung Piékarskis in Gruppe II der Belasteten herauslesen, hatte die Staatsanwaltschaft doch die Verurteilung als Haupttäter gefordert. Diese Unzufriedenheit ging nicht etwa darauf zurück, dass Piékarski nicht für die Beteiligung an NS-Verbrechen wie der Enteignung jüdischen Eigentums verurteilt wurde. Der Unmut betraf vor allem die Annahme, der Bürgermeister habe seine Stadt den Alliierten überlassen, während er sich selbst in Sicherheit zu bringen versuchte. Nach dem Abschluss des Verfahrens war jedenfalls für die Wiesbadener Presse klar, dass die Frage nach Täterschaft juristisch beantwortet worden war.

Das Thema kam erneut Ende der 1950er Jahre auf, als die Beteiligung Heinrich Reutlingers als Führer der SA-Standarte 80 Wiesbaden an Ausschreitungen gegen politisch Andersdenkende 1933 und 1934 vor Gericht verhandelt wurde. Das Landgericht Wiesbaden verurteilte ihn 1959 zu 20 Monaten Haft. Darüber hinaus fand keine Auseinandersetzung mit individueller Schuld im Nationalsozialismus in Wiesbaden statt. Vielmehr dominierten Kriegstraumata und die

Jahre des Mangels in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Erinnerung an das Kriegsende. Auf Kosten der Opfer des NS-Regimes hatte sich die deutsche Gesellschaft kollektiv entschlossen, die NS-Zeit zu verdrängen.

Sinnbildlich für diesen Wunsch stehen Orte wie das Wiesbadener KZ-Außenlager auf dem Gelände „Unter den Eichen“ und der SS-Befehlsbunker, den die Häftlinge hatten bauen müssen. Die Baracken des Außenlagers waren bereits im April 1945 abgerissen, wie ein städtischer Bericht belegt. Wahrscheinlich hatten Anrainer das Holz der Baracken als Baumaterial genutzt. Der Bunker wurde sich selbst überlassen. Es waren die Überlebenden des KZ-Außenlagers, die in den 1970er Jahren auf die Bedeutung des Ortes hinwiesen. Es dauerte dann noch einige Jahre, bis die Erforschung der Geschichte des Wiesbadener Außenlagers „Unter den Eichen“ begann. 80 Jahre danach sind diese authentischen Orte ein wichtiger Teil des Gedenkens und der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte unserer Stadt. Sie machen sichtbar, wohin Ausgrenzung und Verfolgung führen, und werden durch das Stadtarchiv betreut.

Ebenso wichtig sind Veranstaltungen wie das Kolloquium, das Grundlage für diesen Tagungsband ist, in denen verschiedene Perspektiven und Forschungsergebnisse zusammengetragen wurden. Nur so entsteht ein reger Austausch, der wiederum zu neuen historischen Fragestellungen für unsere Stadtgeschichte führt. Einen besonderen Wert erhalten Kolloquium und Tagungsband, indem sie auch den Blick in die Praxis anhand aktueller Projekte der Vermittlungsarbeit aufnehmen.

Ich danke der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung sehr für ihre Unterstützung dieses Bandes. Ganz besonders danke ich aber allen Autorinnen und Autoren für ihre wichtige Arbeit. Durch ihre Beiträge gelingt es, in diesem Band einen Überblick über das Ende des Zweiten Weltkrieges und den demokratischen Wiederaufbau in der gesamten Region zu geben. Einblicke in aktuelle Projekte der Erinnerungskultur, die als Impulse diesen Band schließen, vermitteln einen Eindruck, wie verschiedene Zielgruppen auf historische Fragestellungen zum Kriegsende blicken. Die Beiträge legen dabei nicht nur die den vorgestellten Projekten zugrunde liegenden Konzepte dar, sondern zeigen auch die Erfahrungen in der Projektarbeit auf. Für diese wertvollen Einblicke danke ich den Autorinnen und Autoren sehr herzlich.

Ich danke aber auch dem Herausgeberteam des Stadtarchivs Wiesbaden für die Bearbeitung des vorliegenden Tagungsbandes und für die Organisation des

Kolloquiums am 15. Mai 2025. Kolloquium und Tagungsband haben das Thema Kriegsende vor 80 Jahren in die Stadtgesellschaft hinausgetragen. Mit diesem Band werden die so wichtigen Ergebnisse nachgehalten.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine erkenntnisreiche Lektüre zu einem aktuellen Thema der Erinnerungskultur, das jede Kommune für sich neu bewerten muss. Der Band stellt die Rezeption des Kriegsendes 1945 im Rhein-Main-Gebiet vergleichend dar und schafft damit einen besonderen Blick auf unsere Region.

Wiesbaden, im Oktober 2025

Dr. Hendrik Schmehl

Kulturdezernent der Landeshauptstadt Wiesbaden

Vorwort der Herausgeber

Am 8. Mai 1945 war Deutschland ein besiegtes und besetztes Land. Seit Herbst 1944 war der Krieg mit aller Wucht in das Land zurückgekehrt, das ihn ausgelöst und in seinem Schatten die Ausgrenzung und Entrechtung der Juden in die totale Vernichtung des europäischen Judentums zu steigern versucht hatte. Der Shoah fielen zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung Europas zum Opfer. Mit ihr war ein einmaliger Zivilisationsbruch verbunden, der nun auf die besiegten Deutschen zurückfiel. Gleichzeitig endete mit dem Zweiten Weltkrieg auch die Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland. Krieg, Niederlage und Zusammenbruch waren die Folgen der nationalsozialistischen Diktatur, die in ihrer Endphase auch im Reich an Popularität verloren hatte und zunehmend mit der Zerstörung der deutschen Städte und dem Tod von 6,35 Millionen Deutschen, vornehmlich Soldaten der Wehrmacht, verbunden wurde. Allein in den letzten Kämpfen auf Reichsgebiet zwischen Ende März und Anfang Mai 1945 fielen circa 300.000 deutsche Soldaten, auf westalliiertes Seite ist mit circa 90.000 gefallenen und verwundeten Soldaten zu rechnen. Die Rote Armee verlor in den letzten Monaten des Krieges über 200.000 Soldaten.

Der 8. Mai war deshalb für die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen mit höchst unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen verbunden. Für die von Verfolgung und Vernichtung durch das NS-Regime Betroffenen, neben Juden auch Angehörige anderer rassistisch verfolgter Gruppen wie den Sinti und Roma oder politisch verfolgter Gruppen und Einzelpersonen, bedeutete das Kriegsende die Befreiung aus den nationalsozialistischen Lagern und Gefängnissen. Sechs Millionen in deutschen Fabriken und Landwirtschaftsbetrieben eingesetzte Zwangsarbeitskräfte und zwei Millionen Kriegsgefangene aus allen besetzten Gebieten Europas wurden 1944 und 1945 ebenfalls durch die alliierten Armeen befreit und konnten – sofern es ihre Gesundheit zuließ – nach Hause zurückkehren. Umgekehrt erlebten Flüchtlinge und Vertriebene den Verlust ihrer Heimat. Etwa zehn bis zwölf Millionen Deutsche mussten ihre Heimat, insbesondere in den nun polnisch und sowjetisch besetzten Gebieten, zwangsweise verlassen.

Die Erinnerung an das Kriegsende mit all seinen unendlichen Schrecken und Grausamkeiten prägte sich in das kollektive Gedächtnis der Deutschen ein. Lange wurde das Kriegsende in Westdeutschland mit der Niederlage und dem Untergang des alten deutschen Reiches assoziiert. Erst langsam, verstärkt seit den

1970er Jahren bildete sich eine Deutung des Kriegsendes primär als Befreiung vom Nationalsozialismus aus. Dies war auch verbunden mit dem Übergang der Generationen.

Während zum 40. Jahrestag des Kriegsendes 1985 und auch noch zehn Jahre später, 1995, Zeitzeugen die Erinnerung an das Kriegsende medial dominierten und vermeintlich Authentisches aus eigenem Erleben berichteten, ist das Ende des Zweiten Weltkrieges heute ein historisches Datum, mit dem die allermeisten Lebenden keine eigenen Erfahrungen mehr verbinden. Es sind nun die Familiengeschichten der Urgroßelterngeneration, die nur noch verzerrt einen persönlichen Anknüpfungspunkt bieten. Nicht zuletzt stellt eine pluralistischer werdende Gesellschaft, in der immer mehr Menschen keine oder nur partielle Wurzeln in Deutschland haben, neue Fragen an die deutsche Erinnerungskultur, auch an das Kriegsende 1945.

Der vorliegende Band versucht nicht, eine einheitliche Geschichte des Kriegsendes in der Rhein-Main-Region zu entwerfen. Vielmehr eröffnet er Raum für individuelle Perspektiven und die Schilderung lokaler Ereignisse in der Region. Zugleich steht auch eine Reflexion des bisherigen Erinnerens an das Kriegsende im Mittelpunkt der Beiträge.

Grundlage für diesen Band der Reihe „Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden“ war ein gleichnamiges Kolloquium, das am 15. Mai 2025 im Wiesbadener Kulturforum stattgefunden hat. Bereits 2024 hatte die KulturRegion FrankfurtRheinMain im Facharbeitskreis „Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes“ ihren Willen bekundet, eine Veranstaltung zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges durchzuführen. Zugleich sollte damit die Brücke zu einer ähnlichen Veranstaltung geschlagen werden, die 2023 durch das Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg in Kooperation mit der KulturRegion FrankfurtRheinMain zum 90. Jahrestag der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ 1933 organisiert wurde.¹

Die Landeshauptstadt Wiesbaden, die durch das Stadtarchiv Wiesbaden im Arbeitskreis „Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes“ vertreten wird, bot daraufhin die Gastgeberschaft und die Mitorganisation für ein Kolloquium zum Kriegsende und zum demokratischen Neubeginn in der Rhein-Main-Region an. Ziel des Kolloquiums war es, die Vielfalt der historischen Forschung zum Thema aufzuzeigen und Gelegenheit zum fachlichen Austausch zu bieten. Dabei sollten nicht nur die Perspektiven der Groß- und Mittelstädte in der Rhein-Main-Region dargestellt, sondern auch die Vorgänge in kleinen Orten und Dörfern in den Blick genommen werden. Denn während die Anonymität der Großstadt eine gewisse

Distanz zu den Kriegsverlusten etwa der Nachbarn schuf und damit auch und besonders eine anonyme Distanz zur Täterschaft im Nationalsozialismus zuließ, war dies in den Gesellschaften der kleinen Kommunen kaum möglich. Hier fand die Auseinandersetzung mit den durch das Kriegsende ausgelösten Diskursen um (Mit-)Täterschaft und Opfertum unmittelbar statt.

Die Resonanz auf die Beitragsaufforderung für das Kolloquium in Wiesbaden war so groß, dass schnell klar wurde, dass nicht alle Beiträge im Rahmen der eintägigen Konferenz vorgestellt werden konnten. Bei der Herausgabe eines Tagungsbandes lag somit nahe, diesen auch um all die spannenden Einreichungen zu ergänzen, die im Ablauf des Kolloquiums selbst nicht berücksichtigt werden konnten.

Beiträge zu einzelnen Kommunen und konkreten gesellschaftlichen Herausforderungen in der Kriegsend- und der frühen Nachkriegszeit werden dabei durch einen kritischen Blick auf die Erzählung vom Kriegsende als demokratischem Neuanfang sowie Impulse aus der Praxis ergänzt. Im ersten Abschnitt schildern Peter Quadflieg (Wiesbaden), Frank Jacob (Aschaffenburg), Sandra Zimmermann (Darmstadt) und Sylvia Goldhammer (Oberursel) das Kriegsende in unterschiedlichen Orten des Rhein-Main-Gebietes.

Peter Noss (Frankfurt am Main), Tanja Bernsau (Wiesbaden) und Philipp Kratz (Wiesbaden) beschäftigen sich im Anschluss mit Einzelaspekten der direkten Nachkriegszeit. Noss untersucht die ersten jüdischen Gottesdienste in Bad Nauheim und Friedberg, während Bernsau sich den Monuments Men widmet, jener amerikanischen Einheit, die von den Nationalsozialisten geraubte Kunst sicherte. Kratz fragt im Anschluss, ob sich das Kriegsende 1945 aus deutscher Sicht tatsächlich als ein demokratischer Neubeginn lesen lässt.

Im zweiten Teil des Bandes stellen Gregor Maier (Hochtaunuskreis), Thomas Bauer (Frankfurt am Main) und Cornelia Röhlke (Wiesbaden) verschiedene Aspekte des Aufbaus demokratischer Strukturen in der Stadt und im ländlichen Raum vor. Gunter Stemmler (Frankfurt am Main) wählt anschließend im dritten Abschnitt einen biographischen Zugang zur Frage nach den Herausforderungen für die Demokratie, bevor Bernd Blisch (Flörsheim) am Beispiel der Flörsheimer „Kristallnacht-Prozesse“ zeigt, wie juristische und letztlich auch eine persönliche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen erstritten werden musste.

Der vierte und letzte Abschnitt des Bandes reflektiert das Kriegsende im Spiegel der Gegenwart. Museen, Archive und Geschichtsorte haben sich im Rahmen von Ausstellungen und Projekten mit der Frage auseinandergesetzt, was das Kriegsende vor 80 Jahren für die Gegenwart bedeutet. Lisa Sommer hat für das

sam – Stadtmuseum am Markt in Wiesbaden mit Schülerinnen und Schülern auf die Themen Schule und Unterricht im Jahr 1945 geblickt und berichtet davon. Margit Sachse (Darmstadt/Evreux) arbeitet einen internationalen Ansatz für Erinnerungskultur heraus und geht dabei weit über die Frage nach der Bedeutung des 8. Mai 1945 als Gedenktag und das Rhein-Main-Gebiet hinaus. Thomas Altmeyer (Frankfurt am Main) widmet sich für den Geschichtsort Adlerwerke unter anderem der Frage nach dem Umgang mit der Verantwortung für den Verbrechenskomplex Zwangsarbeit in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Markus Häfner (Hanau), Hendrik Pletz und Lars Schlaphof (beide Rüsselsheim) erschlossen neue, multinationale Zugänge zu Gedenken und Erinnern und stellen diese vor. Kristina Matron (Frankfurt am Main) stellt schließlich eine Sonderausstellung vor, in der Bilder zeigen, wie ein US-amerikanischer Fotograf Frankfurt am Main zwischen 1945 und 1965 wahrnahm. Wolfgang Schneider (Bischofsheim) blickt auf die Geschichte des Kinos in der Nachkriegszeit und Wolfgang Geiger (Königstein) geht den Werken des Soziologen und Politikwissenschaftlers Eugen Kogon sowie des Schriftstellers und Publizisten Walter Dirks nach.

Ergänzt werden die Beiträge durch die Impulse der Kulturdezernentin der Stadt Frankfurt am Main, Dr. Ina Hartwig, und des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Wiesbaden, Gert-Uwe Mende. Beide nahmen am Kolloquium teil und leiteten die thematischen Schwerpunkte der Veranstaltung ein. Ihre Beiträge sind im Band an den jeweiligen inhaltlichen Stellen eingefügt.

Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse des Kolloquiums und der zahlreichen zusätzlichen Beiträge leistet das Stadtarchiv Wiesbaden gemeinsam mit der KulturRegion FrankfurtRheinMain und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, die Kolloquium und Begleitband maßgeblich unterstützt hat, nicht nur einen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion über das Kriegsende 1945. Sie unterstützen außerdem aktuelle Projekte der historischen Bildung und stellen das individuelle und kollektive Erleben des Kriegsendes in den Mittelpunkt der Betrachtung, um seinen Prozesscharakter herauszuarbeiten. Die Beiträge zeigen, dass dieses historische Ereignis in der Rhein-Main-Region keineswegs stringent und einheitlich verlief. Die Ereignisse waren komplex und der Tagungsband kann somit allenfalls eine Annäherung an die Gesamthematik sein und zur weiteren Auseinandersetzung einladen.

Die Herausgeber des vorliegenden Bandes danken der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung für die Unterstützung. Waltraud Nießen hat das Lektorat und Dusan Totovic mit seinem Team von DDT2w den Satz und die Produktion des Bandes übernommen. Auch ihnen danken wir herzlich, ebenso wie den Kolleginnen und Kollegen des Stadtarchivs Wiesbaden, insbesondere Jana Daldrup, für die Mitarbeit.

Wiesbaden im Oktober 2025

Dr. Peter Quadflieg und Dr. Katherine Lukat

Grußworte

Felix Münch

Hessische Landeszentrale für politische Bildung

80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges befindet sich Deutschland in einer innen- und außenpolitischen Situation, in der der demokratische Rechtsstaat von seinen Bürgerinnen und Bürgern aktiv verteidigt werden muss. Im Jahr 2013 sprach der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert zum Jahrestag des Kriegsendes. Die Zeit des NS-Terrors schien weit weg zu sein. In seiner Rede sagt er, dass die „etablierte Gedenkkultur“ einer der Gründe für die „politische Stabilität“ Deutschlands sei. Wie haben sich die Zeiten geändert! Oder haben wir damals bloß nicht genau genug hingesehen im politisch stabilen Deutschland, in einem relativ friedlichen Europa?

Im Jahr 2025 wissen immer weniger junge Menschen, was im Zweiten Weltkrieg geschehen ist, was der Holocaust war, während gleichzeitig Antisemitismus zunimmt und KZ-Gedenkstätten bedroht werden, Radikale an den politischen Rändern historische Tatsachen verdrehen und eine gefährliche Täter-Opfer-Umkehr betreiben. Politisch motivierte Gewalt nimmt zu, auch bei uns in Hessen. Verrohung und Radikalisierung – erst im Netz, dann auf der Straße – bereiten große Sorgen.

80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges müssen wir uns also Fragen stellen, auch die unbequemen. Wie können wir der Befreienden und Befreiten 80 Jahre nach Kriegsende angemessen gedenken? Wessen und mit wem gedenken wir? Und warum sollten wir das in Zukunft dringend auch weiterhin tun, verehrte Leserinnen und Leser?

Das Land Hessen setzt sich für eine pluralistische Demokratie und ein friedliches Zusammenleben ein, frei von Ausgrenzung und Abwertung. Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) setzt Maßnahmen der politischen Bildung im öffentlichen Auftrag um. Historisch-politische Bildung ist seit über 70 Jahren ein Schwerpunkt ihrer Arbeit. Deshalb war es für die HLZ eine Selbstverständlichkeit, im Jahr 2025 die Veranstaltung „80 Jahre Kriegsende: Demokratischer Neubeginn 1945 in Rhein-Main“ gemeinsam mit den Kooperationspartnern umzusetzen. Sie fokussierte historische Zusammenhänge auch und insbesondere, um daraus aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zu bewerten und Handlungsoptionen abzuleiten.

Menschenfeindliches Verhalten, antisemitische und den Nationalsozialismus relativierende Hassrede, rassistische Anschläge und rechtsradikale Morde haben uns – auch und gerade in Hessen – tief erschüttert und Denkmuster offenbart, die Worte zu Taten werden lassen. Um diesen Entwicklungen im Kleinen entgegenzuwirken und unsere Demokratie resilienter und wehrhafter zu machen, braucht es den historischen Blick in die konkreten Strukturen vor Ort. Denn insbesondere in den kleineren Städten und Kommunen hielt sich das Schweigen und Verdrängen zu Zweitem Weltkrieg und Völkermord teilweise hartnäckig, oftmals bis heute.

Der 8. Mai fühlte sich für die meisten Hessinnen und Hessen im Jahr 1945 eben nicht wie eine Befreiung an. Befreit wurden sicher all die verfolgten und inhaftierten Opfer vom Naziterror, sofern sie die Gräueltaten und Todesmärsche der letzten Kriegstage überlebt hatten. Aber die Mehrheit der Hessinnen und Hessen hatte mitgemacht oder weggeschaut, später abgewehrt und verdrängt. Es hatte vier alliierte Armeen gebraucht, um das sogenannte Dritte Reich in die Knie zu zwingen. Keine Partisanen, keine nennenswerte Erhebung in Deutschland, nicht die Deutschen selbst haben den Sieg errungen. Gefeierte wurde in der Regel nicht. Sondern geschwiegen, relativiert, abgestritten, verharmlost.

Erst das politische Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat verhalf den Deutschen dazu, vom Verdrängen der eigenen Schuld und vom Opferfokus abzurücken und sich kritisch mit Täterschaft und Verantwortung auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung kann heute keineswegs als abgeschlossen gelten. Leugnerinnen und Leugner stellen nicht nur historische Fakten, sondern auch eine deutsche Verantwortung weiterhin in Frage. Ihre Zahl wächst.

Den Deutschen fiel es in der direkten Nachkriegszeit schwer, Verantwortung für die NS-Zeit zu übernehmen und ihre Geschichte aufzuarbeiten, den Frieden wertzuschätzen und sich vom Schweigen zu befreien. Bis heute ringen wir um Deutungen. Auch verlief der Weg hin zur Demokratisierung alles andere als geradlinig. Und doch hat er uns in die freiheitlich-liberale Gesellschaft geführt, in der wir heute leben dürfen.

Unsere Demokratie und unser Rechtsstaat, deren Voraussetzungen durch die bedingungslose Kapitulation im Mai 1945 erst geschaffen wurden, müssen wehrhaft sein. Dazu gehört, dass sie verfassungsfeindlichen Bestrebungen von allen Seiten entschieden entgegentreten.

Die Förderung dieser vertieften, lokalen Perspektive in Forschung und Dialog wusste sich die Veranstaltung zu 80 Jahren Kriegsende verpflichtet. Hieraus ist erfreulicherweise das vorliegende Buch hervorgegangen, dem ich viele interessierte Leserinnen und Leser wünsche. Für dieses bemerkenswerte Projekt gebührt der KulturRegion FrankfurtRheinMain, dem Stadtarchiv Wiesbaden sowie allen Beteiligten und unterstützenden Institutionen unser herzlichster Dank.

Wiesbaden, im Oktober 2025

Felix Münch

Referatsleiter „NS-Gedenkstätten, Rechtsextremismus, Antisemitismus“
der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung

Jennifer John

KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH

Zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges erinnerte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede im Deutschen Bundestag daran, dass die Krisen unserer Gegenwart einen tiefgreifenden Epochenbruch markieren. Erneuter Krieg in Europa, wachsende Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und sich auflösende internationale Sicherheitsstrukturen markieren einen Wendepunkt, der unsere Demokratie herausfordert wie nie zuvor. Vor diesem Hintergrund mahnte der Bundespräsident eindringlich: „Mitten in dem Epochenbruch kann es für uns keine Routine im Erinnern geben.“²

Erinnerung darf nicht zur bloßen Pflichtübung werden. Sie muss lebendig bleiben – als gemeinsamer Prozess des Lernens, des Dialogs und der Verantwortung –, um Orientierung für gegenwärtiges und zukünftiges Handeln zu bieten. Genau diesem Anspruch folgt die KulturRegion FrankfurtRheinMain, die mit ihrem Projekt „Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes“ die Wurzeln der Demokratie- und Freiheitsgeschichte in Rhein-Main in den Blick nimmt und mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen verbindet. Sie rückt die Werte, die aus dem demokratischen Neubeginn erwachsen sind – Freiheit, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit – in das Bewusstsein der Gegenwart. Dabei werden Kultur, Wissenschaft und Kunst zu Mittlern einer Botschaft, die aktueller nicht sein könnte: Freiheit ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Sie lebt vom Engagement, vom Diskurs, vom Mut, sich einzumischen.

Das Symposium „80 Jahre Kriegsende: Demokratischer Neubeginn 1945 in Rhein-Main“, das die KulturRegion gemeinsam mit der Landeshauptstadt Wiesbaden im Mai dieses Jahres ausgerichtet hat, zeigt beispielhaft, wie Erinnerungskultur gelingen kann: durch Aufarbeitung, durch Austausch, durch neue Perspektiven. Es knüpft an das Symposium „90 Jahre ‚Machtergreifung‘ in der Rhein-Main-Region“ an, das wir im Januar 2023 gemeinsam mit dem Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg veranstaltet haben. Dass wir zwei Jahre später auch den Jahrestag des Kriegsendes und den Wendepunkt zum demokratischen Wiederaufbau in den Blick nehmen, war nur folgerichtig. Beide Veranstaltungen haben deutlich gemacht: Die großen Themen unserer Demokratiegeschichte sind auf lokaler Ebene oft gar nicht oder noch nicht ausreichend beleuchtet.

Gerade die Rhein-Main-Region, die schon damals eine Schlüsselrolle spielte, erlebte das Kriegsende nicht nur als Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, sondern auch als Beginn einer mühsamen, aber hoffnungsvollen Neuordnung. Der demokratische Neubeginn war kein geradliniger Prozess. Er war geprägt von Ambivalenzen: Alte Eliten blieben in Amt und Würden, während junge Kräfte nach vorne drängten. Die Entnazifizierung verlief schleppend, und die Frage nach individueller Schuld und kollektiver Verantwortung spaltete Familien und Gemeinden. Dennoch: Die Region bewies eine bemerkenswerte Fähigkeit zur Integration und zum Aufbau. Wirtschaftliche Dynamik, kulturelle Vielfalt und politische Stabilität machten Rhein-Main bald zu einem Motor des westdeutschen Wiederaufbaus.

Der vorliegende Band vereint Beiträge, Werkstattberichte und Impulse, die einen wertvollen und notwendigen Blick auf die lokale Ebene eröffnen und ihn zugleich in einen größeren regionalen Zusammenhang stellen. Er liefert neue Fragen und Erkenntnisse, mit denen wir die „Routine im Erinnern“ durchbrechen.

Mein besonderer Dank gilt dem Stadtarchiv der Landeshauptstadt Wiesbaden und seinem Leiter, Dr. Peter Quadflieg, der den Anstoß für dieses wichtige Projekt gegeben hat, sowie Dr. Katherine Lukat, Leiterin des Sachgebiets Gedenkstätten/Stadtgeschichte, für die profunde Zusammenarbeit. Die Landeszentrale für politische Bildung erwies sich einmal mehr als verlässliche Partnerin. Ich danke ihr für die erneute Kooperation und die Förderung der Publikation, die durch Aufnahme in das Publikationsverzeichnis eine weitreichende Verbreitung finden wird. Der Volkshochschule Wiesbaden danke ich für die Unterstützung bei der Veranstaltung des Symposiums. Meinen herzlichen Dank spreche ich den Autor:innen dieses Sammelbandes aus. Ihre Beiträge beleuchten das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven und machen deutlich, wie komplex und zugleich aktuell die Fragen sind, die uns beschäftigen. Der vorliegende Band ist mehr als eine Dokumentation. Er ist eine Einladung: zum Nachdenken, zum Diskutieren, zum Handeln.

Frankfurt am Main, im Oktober 2025

Dr. Jennifer John

Geschäftsführerin der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH

Kriegsende und Neubeginn in der Rhein-Main-Region: lokale Beispiele



Die kriegsbeschädigte Innenstadt von Wiesbaden.

StadtA WI, Best. F000 Nr. 1438

Peter Quadflieg

Eroberung – Übergabe – Befreiung? Das Kriegsende in Wiesbaden und die kollektive Erinnerung an den 28. März 1945

1945 als „Zeitenwende“?

Das Ende des Zweiten Weltkrieges markiert ohne jeden Zweifel einen fundamentalen Einschnitt in der deutschen Geschichte. Wie dieser Einschnitt zu bewerten ist, welchen Sinn wir ihm als Gesellschaft zuschreiben, darüber wird hingegen seit 80 Jahren intensiv und kontrovers diskutiert.³ In der kollektiven Erinnerung der Deutschen wurde dabei bis in die 1990er Jahre das Kriegsende überwiegend negativ konnotiert. Wiederkehrende Begriffe in den Leitmedien für die Kapitulation waren seit den 1950er Jahren etwa „Zusammenbruch“, „Besatzung“, „Niederlage“ oder „Katastrophe“. Von einer „Befreiung“ oder einem „Neuanfang“ war – auch in Wiesbaden – bis in die 1960er Jahre hingegen nur selten die Rede.

So sprach etwa der Wiesbadener Kurier, als er 1950 an die Kapitulation der Stadt am 28. März 1945 erinnerte, von den „ersten Stunden der Besatzung“, die durch „Weltuntergangsstimmung“ und eine „unheimliche, gewitterschwere Ruhe“ geprägt gewesen seien.⁴ Fünf Jahre später, 1955, berichtete dieselbe Zeitung über die „bitteren Stationen des Zusammenbruchs“ und die „verlorene Schlacht um Deutschland“.⁵ Zentrale Motive dieser frühen medialen Rezeption des lokalen Kriegsendes waren die Angst und die Hoffnungslosigkeit der deutschen Bevölkerung im Angesicht der militärischen Niederlage Deutschlands sowie deren Leid und Entbehrungen.

Seit den ausgehenden 1960er Jahren emanzipierte sich dann eine zweite Interpretation des Kriegsendes. Die bedingungslose Kapitulation 1945 wurde nunmehr als „Stunde Null“ des westdeutschen Wiederaufbaus und damit des sogenannten Wirtschaftswunders gerahmt. Erstmals benutzt wurde der Begriff der Stunde Null im lokalen diskursiven Kontext schon 1955, als der Wiesbadener Kurier sie noch als „Stunde des totalen Zusammenbruchs nach einem totalen Krieg“⁶ definierte. Allerdings wurde in einer „Nachschrift“ zum umfänglichen Rückblick auf die letzten Tage des „Dritten Reiches“ in Wiesbaden auch darauf hingewiesen, dass „der Lebenswille, der sich in den für die schöne Stadt bittersten Stunden bewährte, [...] das seinige dazu tun [wird], daß mit der Zeit auch die letzten Spuren der furchtbarsten Zeit, die Deutschland je erlebte, getilgt werden“⁷.

Auch das Wiesbadener Tagblatt hatte schon 1955 darauf hingewiesen, dass „[d]er 28. März [...] für Wiesbaden nicht nur den Krieg [beendete], sondern [...] auch der Auftakt zu dem Wiederaufbau [war]“⁸. Im Jahr 1965 war sich der Chronist des Wiesbadener Kuriers bereits sicher, dass Wiesbaden „an jenem denkwürdigen 28. März 1945 [...] wieder an einen sinnigen Frühling glauben [durfte]“⁹. Und erneut zehn Jahre später, 1975, schrieb das Wiesbadener Tagblatt unter dem Titel „Wiesbaden in der Stunde Null“:

„Dann ging’s wieder aufwärts. [...] Man machte sich an die Arbeit. Von der einstigen Hauptstadt des Herzogtums Nassau [...] war es ein steiniger Weg zur Landeshauptstadt des neuen Hessens, das die Besatzer mit einem Federstrich geschaffen hatten. Doch mit der Landeshauptstadt Wiesbadens ging’s dann aufwärts.“¹⁰

Mit Bundespräsident Richard von Weizsäckers (CDU) berühmter Bundestagsrede am 8. Mai 1985¹¹ erreichte schließlich eine dritte Bedeutungsebene, die verstärkt seit den 1970er Jahren im Raum stand – bereits 1975 hatte Weizsäckers Vorgänger Walter Scheel (FDP) vom Kriegsende als „Befreiung vom Nationalsozialismus“ gesprochen¹² –, zunächst durchaus kontroverse Popularität. Weizsäcker nannte den 8. Mai auch einen „Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft“ und bezog damit eine Vokabel in den deutschen Diskurs ein, die bis dato weitgehend den von Deutschland überfallenen und besetzten Staaten vorbehalten geblieben war.¹³

Die Entwicklung dieser zunehmend ins Positive gewendeten Interpretation des Kriegsendes als „Befreiung vom Nationalsozialismus“ lässt sich sowohl auf bundesrepublikanischer Ebene als auch auf lokaler Ebene,¹⁴ so auch in Wiesbaden, nachvollziehen.¹⁵ Der Wandel der Wahrnehmung des Kriegsendes von einer Eroberung und Besetzung durch Feinde hin zu einer Befreiung von den NS-Machthabern war dabei ein langwieriger, kontroverser und vielschichtiger diskursiver Prozess.

Dass sich so unterschiedliche Deutungen des Kriegsendes entwickeln und zu verschiedenen Zeiten als quasioffizielle Lesart durchsetzen konnten, lag und liegt auch an den wesentlichen Akteuren im Diskurs. Norbert Frei hat die westdeutsche Erinnerungskultur in zwei Phasen unterteilt, die jeweils durch diejenige Generation geprägt wurden, die die zentralen gesellschaftlichen, politischen und medialen Positionen innehatte.¹⁶

In der ersten Phase, die von 1945 bis etwa 1970 dauerte, bestimmten maßgeblich ehemalige NS-Funktionsträger, die nach dem Krieg neue Ämter über-

nommen hatten, die Erinnerungspolitik der Bundesrepublik. Ab den 1970er Jahren ging in einer zweiten Phase die Interpretationshoheit schrittweise auf die sogenannte skeptische Generation der Flakhelfer, gefolgt von der 68er-Generation, also den zwischen 1940 und 1950 Geborenen, über. Diese prägte entscheidend das spezifisch deutsche Konzept der Vergangenheitsbewältigung, das bis ins neue Jahrtausend maßgeblich bleiben sollte. Spätestens ab der Jahrtausendwende setzt sich so auch die primäre Interpretation des Kriegsendes 1945 als Befreiung in Deutschland durch, während die Wahrnehmung als Katastrophe und Zusammenbruch in den Hintergrund trat.

Heute – 80 Jahre nach den Ereignissen von 1945 – nehmen wir unsere Gegenwart ähnlich wie das Kriegsende wieder als Epochenbruch oder Zeitenwende wahr. Politische Kommentatoren von der konservativen Neuen Zürcher Zeitung¹⁷ bis zur linksliberalen Süddeutschen Zeitung¹⁸ rufen im Angesicht der transatlantischen Sicherheits- und Außenhandelspolitik der US-Regierung unter Donald Trump das vermeintliche Ende der europäischen oder gar der globalen Nachkriegsordnung aus. Es scheint, als würde endgültig jener Abschnitt der deutschen Geschichte zu Ende gehen, der mit der amerikanisch geführten „Befreiung Europas“ 1944/45 begonnen hat.

Im Kontext der Fragestellung des vorliegenden Bandes drängt sich vor diesem aktuellen Hintergrund die Frage auf, ob das Framing der historischen Ereignisse von 1945 mit der Neuordnung der transatlantischen Beziehungen in unserer Gegenwart ebenfalls neu interpretiert werden wird.

Erinnerungspolitisch wäre der Zeitpunkt – 80 Jahre nach den Ereignissen – durchaus günstig: Zeitzeugen leben nur noch wenige. Die Historisierung des Nationalsozialismus, die gegebenenfalls mit einer größeren Objektivität in der historischen Auseinandersetzung *sine ira et studio* einhergeht, schreitet voran. Oder, um es mit Jan und Aleida Assmann auszudrücken, die Zeit des kommunikativen Gedächtnisses an das Kriegsende wird nunmehr endgültig abgelöst durch ein kulturell geprägtes Erinnern an den 8. Mai 1945.¹⁹

Ob der kollektiven Interpretation dieses besonderen Frühjahres vor 80 Jahren nach der ersten Wahrnehmung als Katastrophe und Niederlage und der zweiten als Stunde Null unserer Gesellschaftsordnung und als Befreiung vom NS-Regime im Angesicht der geopolitischen Weichenstellungen der 20er Jahre des 21. Jahrhunderts tatsächlich eine dritte und neue Interpretation folgen wird, kann nur die Zukunft zeigen. Der vorliegende Beitrag will hingegen zunächst die bisherigen historiographischen Interpretationsphasen am Beispiel der Stadt Wiesbaden darstellen. Dazu wird zunächst die Ereignisgeschichte der Eroberung Wiesbadens auf

Grundlage der Quellenlage zusammengefasst, bevor in zwei Schlaglichtern auf die diskursive Wahrnehmung des Kriegsendes in den 1950er Jahren und im Jahr der Weizsäcker-Rede 1985 eingegangen wird. Ein Fazit in Thesen beschließt den Text.

Die amerikanische Eroberung Wiesbadens 1945

Mit der erfolgreichen Landung in der Normandie im Sommer 1944, spätestens mit dem Scheitern der Ardennenoffensive Ende Januar 1945, war der Krieg für das Deutsche Reich an der Westfront endgültig verloren. Dennoch versuchte die Wehrmachtführung, den entrückten Befehlen Hitlers mit dem hektischen Aufbau immer neuer, zunehmend improvisierter Verteidigungslinien irgendwie gerecht zu werden.²⁰ Eine letzte, jedoch von Angreifern und Verteidigern gleichermaßen überschätzte natürliche Barriere des alliierten Vormarsches bildete im Februar 1945 der Rhein.

Doch schon wenig später, am 7. März 1945, gelang es den amerikanischen Truppen bei Remagen, erstmals den Fluss zu überqueren und in den folgenden Tagen einen 50 Kilometer breiten Brückenkopf zu bilden. An zwei Frontabschnitten der Westfront wurde in den folgenden Wochen besonders intensiv gekämpft. Einerseits im Norden am Niederrhein, andererseits im Süden in der Rhein-Main-Neckar-Region.²¹ Am 18. März 1945 wurde die Front der im südlichen Kampfgebiet liegenden deutschen 7. Armee dabei mehrfach durchbrochen. Im Bereich der gesamten deutschen Heeresgruppe G konnte daraufhin bis zum Ende der Kampfhandlungen am 8. Mai keine stabile Frontlinie mehr aufgebaut werden. Die Verteidigungsbemühungen der Wehrmacht und der Waffen-SS gingen an der Westfront in eine ungeordnete Auflösung der deutschen Armee über.

Während die Briten in ihrem nördlichen Frontabschnitt am 24. März 1945 bei Wesel den Rhein überquerten, schoben sich im südlichen Abschnitt amerikanische Einheiten, unterstützt durch französische Kräfte, an den Rhein heran und nahmen zunächst am 22. März das linksrheinische Mainz ein. Generalfeldmarschall Albert Kesselring, der von Hitler am 8. März als neuer Oberbefehlshaber West (OB West) eingesetzt worden war, gab daraufhin den Befehl zum Rückzug über den Fluss, um rechtsrheinisch eine neue Hauptkampflinie aufzubauen. Allerdings waren die Rheinbrücken in Mainz und Rüdesheim bereits am 18. März gesprengt worden.²²

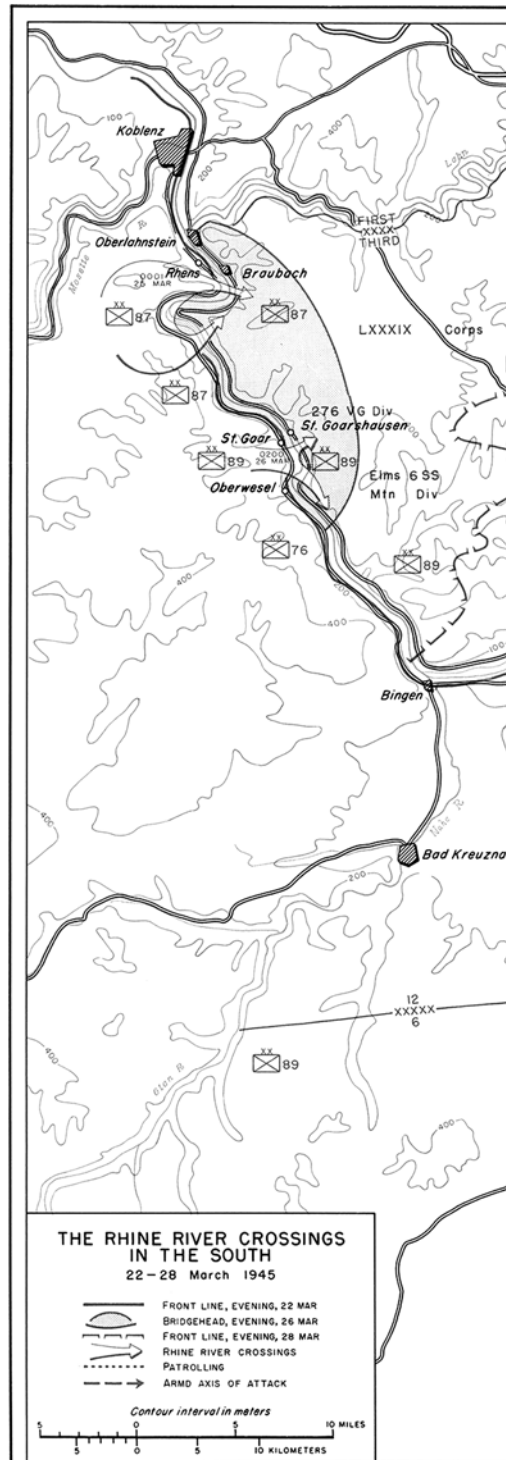
Auf deutscher Seite erhielt die 7. Armee nun den Auftrag, zwischen Wiesbaden und Mannheim das Ostufer des Rheins als neue Hauptkampflinie zu halten.

Dazu standen ihr allerdings nur vier völlig abgekämpfte Divisionen mit weit weniger als der Hälfte ihrer Sollstärke zur Verfügung. Die stärksten unter diesen Verbänden lagen bei Mannheim im Südabschnitt des Operationsgebiets der 7. Armee, während im Norden bei Wiesbaden die Möglichkeiten zu einer geordneten Verteidigung völlig unzureichend waren.²³

Neu formierte Kampfgruppen sollten dennoch den Rhein am Ostufer sichern.²⁴ Der Raum Wiesbaden bis Oppenheim bildete den schwächsten Teil der Verteidigung an der südlichen Rheinfront. Das dort eingesetzte XII. Armeekorps war aus den Kommandostrukturen des Wehrbezirks XII Wiesbaden, als aus einer Etappenbehörde der Wehrmacht gebildet worden. Zu ihm gehörten einige zusammengewürfelte, hastig ausgerüstete Einheiten des Volkssturms, verstärkt durch herangezogene Ausbildungs- und Genesenden-Einheiten, unter anderem der Wiesbadener Garnison. Über Divisionsstrukturen oder ausreichende Führungsmittel verfügte das XII. Korps, das unter Befehl von General der Artillerie Herbert Osterkamp stand, nicht. Osterkamp, der im Heeresverwaltungsamt Karriere gemacht hatte, verfügte zudem über keine Erfahrung in der Führung von Kampfeinheiten. Sein Stabschef beschrieb die Lage nach dem Krieg wie folgt: „Die Kräfte des Wehrkreises XII waren der Aufgabe der Rhein-Verteidigung von etwa 180 km Breite weder zahlenmäßig noch in ihrer Waffenausstattung gewachsen. Sie reichten nicht einmal zur Sicherung dieser breiten Front aus.“²⁵

Osterkamps XII. Korps gliederte sich in Kampfgruppen, wobei die im Raum Wiesbaden eingesetzten Einheiten nach ihrem Kampfgruppenführer Generalmajor Siegfried Runge „Gruppe Runge“ genannt wurden. Die Gruppe Runge bestand wiederum aus drei Kampfgruppen in Regimentsstärke, wobei die Kampfgruppe A im Wiesbadener Stadtgebiet lag. Ihren Kern bildeten die Reste des Ausbildungs- und Ersatzregiments 36, dessen Garnison Wiesbaden war. Über schwere Waffen, ausreichend Munition, Fahrzeuge oder Betriebsstoffe verfügten die Einheiten nicht. Weder die Kampfgruppe Runge noch der Korpsstab hatten einen Überblick über ihre Einheiten. Zudem verfügten sie weder über eine funktionierende Aufklärung noch über ausreichende Kommunikations- und Führungsmittel.²⁶ Der im Bereich der 7. Armee eingesetzte Generalmajor Hans Boelsen schätzte die Stärke der Gruppe Runge am 21. März auf

„etwa 4.000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, zu denen noch etwa 1.000 Mann an Alarmeinheiten kamen, die aus schnell zusammengestellten Verbänden im wesentlichen aus Versprengten des Feldheeres mit äußerst geringer Kampfkraft und Bewaffnung bestanden.“²⁷



In dieser Situation begannen in der Nacht auf den 23. März 1945 die Truppen des 11. Infanterieregiments der US-Armee mit der Überquerung des Rheins bei Nierstein, nördlich von Oppenheim.²⁸ Bei nur geringer Gegenwehr gelandet, kämpften sie sich aus diesem Brückenkopf ohne große Gegenwehr der Gruppe Runge Richtung Groß-Gerau und weiter Richtung Frankfurt am Main vor. Deutsche Gegenangriffe auf den Landungskopf, die zum Teil überhastet von Runge geführt wurden, scheiterten. Zudem fiel Runge selbst am frühen Morgen des 24. März in der Nähe seines Gefechtsstands, wodurch das eingetretene Chaos noch vergrößert wurde.²⁹

Am 25. März übernahm das LXXXV. Armeekorps unter General der Infanterie Baptist Knieß die Führungsaufgaben des improvisierten XII. Korps, jedoch hatte auch Knieß Probleme, die notwendigen Führungsmittel und den Korpsstab ins Kampfgebiet zu bringen. Sein Ziel war der Aufbau einer Verteidigungslinie ostwärts Wiesbadens vor Höchst am Main. Er griff dazu auf Teile der Gruppe Runge zu.³⁰ Den Rest der zur Kampfgruppe gehörenden Truppen übernahm derweil Generalmajor Hans Boelsen mit einem rudimentären Divisionsstab.³¹

Mit dem Durchbruch war der Rheinübergang auch an dieser Stelle für die Alliierten gelungen und die deutschen Verteidigungskräfte im Abschnitt südwestlich Frankfurts waren ohne Führung. Südlich von Koblenz folgten in den nächsten Tagen weitere Rheinüberquerungen der Amerikaner. Gleichzeitig wurde nun auch bei Mainz mit Vorbereitungen zur Überquerung des Flusses und zur Eroberung Wiesbadens begonnen. Das strategische Ziel dieser amerikanischen Operation war dabei nicht das für beide Seiten militärisch unbedeutende Wiesbaden, sondern vielmehr Limburg an der Lahn. Dort befand sich noch eine intakte Brücke über die Lahn, deren Eroberung den Alliierten die Möglichkeit für eine Vereinigung des südlichen und des nördlichen Brückenkopfes der 12. amerikanischen Heeresgruppe versprach.³² Obwohl die Brücke gesprengt wurde, war die Eroberung Limburgs am 27. März der Ausgangspunkt für die Bildung des sogenannten Ruhrkessels, in dem ab dem 1. April 1945 die letzten großen Truppenverbände der Wehrmacht im Westen eingekesselt wurden.

In Wiesbaden bereitete man sich also in der Karwoche 1945 darauf vor, zunächst Kampfgebiet und sodann besetzt zu werden. Die Stimmung in der Bevölkerung war durchaus angespannt.³³ Nur wenige Tage vor dem amerikanischen Angriff rechnete der Chefredakteur der gleichgeschalteten Wiesbadener Zeitung, Karl Kreuter, scharf mit Volksgenossen ab, die „über englischen Wörterbüchern sitzen“, „Gerüchte in Umlauf setzen [...] [und] die den Feindsender hören“.³⁴ Mithin gab es solche Phänomene der Vorbereitung auf die Eroberung durch die

Alliierten in der Wiesbadener Bevölkerung durchaus, wenngleich Kreuter sie zu relativieren versuchte, wenn er schrieb, „es [seien] nur wenige, die [dem Volk] und damit dem Führer Kummer bereiten“³⁵ würden.

Auch die Stadtverwaltung bereitete sich darauf vor, dass Wiesbaden Kampfgebiet werden würde. In der Nacht auf den 25. März, zwei Tage nachdem die Amerikaner bei Nierstein den Rhein überquert hatten, fand eine Krisensitzung der Wiesbadener Dezernenten unter Vorsitz von NSDAP-Bürgermeister Felix Piékarski statt. Piékarski vertrat seit September 1939 den zur Luftwaffe eingezogenen NSDAP-Oberbürgermeister Erich Mix. Der Bürgermeister befahl in der Sitzung zunächst die Räumung der Stadt³⁶ sowie die Zerstörung von Infrastruktur. Er berief sich dabei auf eine Anweisung des zuständigen Reichsverteidigungskommissars des Gaus Hessen-Nassau, des Gauleiters Jakob Sprenger, vom Vorabend, also vom 24. März 1945.³⁷

Zu dieser Besprechung gibt es kein Protokoll, sondern nur Aussagen, die nach dem Krieg niedergeschrieben wurden. Eine der zeitlich am nächsten zu den Ereignissen gemachte Aussage war diejenige des Oberverwaltungsrats Detlef Lorenzen, der am 12. April 1946 seine Erinnerungen über die Besprechung zu Papier brachte. Der ehemalige Leiter des Ernährungsamtes erinnerte sich, dass die Sitzung im Befehlsbunker des Rathauses stattgefunden habe. Weiter schreibt er:

„Piékarski teilte mit, dass er sich entschlossen habe, in Schlüchtern eine Leitstelle einzurichten. Er werde deren Leitung selbst übernehmen und zu diesem Zwecke mit einigen Beamten [...] in wenigen Stunden Wiesbaden verlassen. Hier würde eine örtliche Verwaltung unter Leitung von Beigeordneten Dr. [Gustav] Hess zurückbleiben.“³⁸

Sodann habe Piékarski befohlen, die Verwaltungstätigkeit einzustellen und die Restbevölkerung – die Lorenzen zu diesem Zeitpunkt noch auf 130.000 Personen schätzte – aus der Stadt zu bringen. Die für die Reichsverteidigung eigentlich zuständigen NSDAP-Parteidienststellen flüchteten zur selben Zeit auf Befehl der Frankfurter Gauleitung³⁹ bereits aus Wiesbaden.

Für eine geordnete Evakuierung der Zivilbevölkerung und eine darauffolgende Umsetzung der auf dem sogenannten Nero-Befehl Hitlers vom 19. März 1945 fußenden Anweisungen des Gauleiters⁴⁰ standen allerdings keinerlei Transportkapazitäten etwa der Reichsbahn oder der Wehrmacht zur Verfügung.⁴¹ Zudem war der wenige verfügbare Transportraum nach einem Befehl Hitlers vom 14. März 1945⁴² ausschließlich für die Wehrmacht zu reservieren, was geordnete zivile Evakuierungen ausschloss.

Wiesbadener!

**Bewahrt Ruhe und Besonnenheit.
Gehe jeder seiner Arbeit nach.**

**Das Geschäftsleben bleibt in der
bisherigen Weise in Gang.**

**Die städtischen Ämter und Be-
triebe arbeiten weiter.**

Für die Stadtverwaltung

Dr. Heß

Im Verlauf des Palmsonntags, also des 25. März, sprachen Mitglieder der Stadtverwaltung, unter anderem Lorenzen, bei Regierungspräsident Otto Schwebel vor, dem ranghöchsten noch vor Ort anwesenden Funktionsträger des NS-Staates, und klärten diesen über die Unmöglichkeit auf, Piékarskis Befehl, der seinerseits Sprengers Anweisungen zu folgen versuchte, auszuführen. Schwebel telefonierte daraufhin mit Wehrmachtstellen und der Polizei und gelangte zu der Erkenntnis, dass es tatsächlich unmöglich sei, die Zivilbevölkerung der Stadt zu evakuieren. Der Regierungspräsident billigte daher die Bildung einer Notverwaltung und die Aufrechterhaltung der Versorgung der zurückbleibenden Bevölkerung. Dieser Befehl Schwebels wurde im Laufe des 25. März von Bürgermeister Piékarski zur Kenntnis genommen und auch akzeptiert.⁴³ Lorenzen erinnerte sich 1946, dass er am 25. März um etwa 14 Uhr wieder mit Piékarski zusammentraf und dass dieser aufgrund von Schwebels Weisung

„schon selbst Anweisung gegeben hatte, seine Anordnung wegen Auflösung der Stadtverwaltung in dem für die Verwaltung der zurückbleibenden Bevölkerung notwendigen Umfang sofort rückgängig zu machen und den Weiterbetrieb der Stadtwerke sicherzustellen. Der bereits abgestellte elektrische Strom wurde daraufhin wieder eingeschaltet.“⁴⁴

Damit war die geplante Evakuierung der Zivilbevölkerung sowie eine Lähmung oder Zerstörung der zivilen Infrastruktur am frühen Nachmittag des 25. März 1945 bereits nicht mehr offiziell befohlen. Ein Sachverhalt, der in späteren Darstellungen der Ereignisse völlig ausgeklammert wurde.

Wenig später, wohl in den frühen Abendstunden des 25. März, setzten sich Piékarski und auch Schwebel zunächst Richtung Rhön ab. Die zivile Leitung der Stadt übernahm damit nun weisungsgemäß das Notkomitee aus Verwaltungsbeamten unter der Führung von Stadtkämmerer Gustav Heß. Dieser Notregierung gehörten unter anderen der Verwaltungsbeamte Fritz Reeg und der Direktor der Stadtwerke, Christian Bücher, an.⁴⁵

Auf militärischer Seite war die Lage in Wiesbaden ebenfalls durch Auflösungserscheinungen bestimmt. Der Führer des zuständigen Korps, Generalmajor Siegfried Runge, war wie bereits erwähnt am 24. März gefallen. Als Ersatz traf am

Folgetag ein Oberst Müller aus dessen Stab ein. Sein Auftrag lautete, die Kampfgruppe am 25. März dem in Frankfurt liegenden LXXXV. Armeekorps zu unterstellen. Die Kampfgruppe hatte zu diesem Zeitpunkt noch eine Stärke von 3.500 Mann. Mit diesem Befehl gingen die Kampfeinheiten der Kampfgruppe auf die neue Verteidigungslinie zurück. Eine Verteidigung der Stadt Wiesbaden war hingegen nicht geplant. Dass in diesem Zusammenhang in der Literatur und der Presseberichterstattung immer wieder ein Befehl zur „Rundumverteidigung“ Wiesbadens auftaucht,⁴⁶ bedeutet nichts anderes, als dass verbleibende Einheiten etwa des Volkssturms nicht mehr Teil einer Frontlinie waren. Die Stadt wurde also de facto von der deutschen Führung mindestens bis zur Führungsebene der 7. Armee kampflos aufgegeben.⁴⁷ Vor Ort in Wiesbaden verließen auch die Verwaltungsstellen der Wehrmacht wie die übrigen staatlichen und Parteibehörden bis zum Abend des 26. März die Stadt. Der Chef des Stabes des Wehrkreises XII erinnerte nach dem Krieg:

„Mit dem gleichen Tage [25. März 1945] galt gemäß Befehl OB West der Wehrkreis XII als aufgelöst. [...] die Wehersatzdienststellen, sowie alle Dienststellen der Verwaltung [...] waren in Nachtmärschen bereits seit dem 8.3. unterwegs [...]. Soweit diese Dienststellen hierzu keinen ausdrücklichen Befehl des Wehrkreiskommandos [...] erhalten hatten, hatten sie sich aus eigenem Entschluss in Marsch gesetzt, nachdem vorher alle im gleichen Bereich arbeitenden Dienststellen der Verwaltung und der Partei ausgewichen waren.“⁴⁸

Zurück blieb der Kommandeur des Wehrbezirks Wiesbaden, Oberst Wilhelm Zierenberg, mit vier Gehilfen.

Bereits am 25. März hatte sich Zierenberg mit Piékarski abzustimmen versucht.⁴⁹ Am Dienstag, den 27. März, übernahm Zierenberg dann das militärische Kommando in der Stadt. Die Hintergründe dieser Befehlsübernahme sind nicht ganz eindeutig.⁵⁰ Wahrscheinlich war der 1891 geborene Zierenberg schlicht der Offizier mit dem höchsten Rang, der noch vor Ort war. Er berichtete jedenfalls 1946, dass er am Morgen des 27. März 1945 niemanden mehr beim Generalkommando des XII. Armeekorps angetroffen habe. Der Gefechtsstand des Kommandos befand sich „[i]m Keller des zerbombten Wehrkreis-Dienstgebäudes, Königliches Schloss Wiesbaden“⁵¹. Erst auf der NSDAP-Kreisleitung, die sich auf der Wilhelmstraße 15 befand, habe er den Verbindungsoffizier zur Partei, einen gewissen Major Brahms, angetroffen, der als Standortbereichsführer agierte und überfordert gewesen sei. Darauf habe er selbst die Aufgaben des Standortbe-

reichsführers übernommen, also als Ansprechpartner für die Partei- und Verwaltungsstellen fungiert. Jedenfalls wurde Zierenberg nicht mit der Aufgabe eines Kampfkommandanten betraut, auch wenn er etwa in der Presse immer wieder so bezeichnet wurde.⁵²

Der aus der Nähe von Fulda stammende Zierenberg war 1911 ins preußische Heer eingetreten und hatte im Ersten Weltkrieg vornehmlich als Regimentsadjutant hinter der Frontlinie gedient. Seine weitere Karriere und den Zweiten Weltkrieg verbrachte er auf Schreibstuben unter anderen der Wehrbezirkskommandos in Mainz und Wiesbaden. Seit Mai 1933 war Zierenberg NSDAP-Mitglied. In seiner Personalakte wurde Zierenberg von seinem Vorgesetzten im März 1944 wie folgt beschrieben: „Persönlichkeit mit offenem Blick für das praktische Leben, stets hilfsbereit. Entspricht voll den Anforderungen eines Offiziers des nationalsozialistischen Deutschlands. Keine Feindbewährung im jetzigen Krieg.“ Seit April 1943 fungierte Zierenberg als Kommandeur des Wehrbezirkskommandos Wiesbaden, war also verantwortlich für die interne Verwaltung und Überwachung der Wehrpflicht in seinem Zuständigkeitsgebiet.⁵³

Am 27. März übernahm nun dieser kampf- und führungserfahrene Offizier das militärische Kommando in der Stadt. Zierenberg zeigte wohl auch in dieser Situation einen „offenen Blick für das praktische Leben“ und beschränkte sich in den folgenden Stunden darauf, zwei Anordnungen zu unterschreiben, die ihm von der zivilen Notverwaltung unter Heß vorgelegt wurden. Einer dieser Befehle bestätigte die bereits getroffenen Anweisungen Schwebels und Piékariskis vom 25. März und untersagte Zerstörungen an der zivilen Infrastruktur, damit die Versorgung der nicht mehr evakuierten Bevölkerung aufrechterhalten werden konnte. Der andere sah die Abgabe von Lebensmitteln aus Militärbeständen an die Bevölkerung vor, sofern die Wehrmacht diese Lebensmittel nicht mehr benötigte. Dieser zweite Befehl blieb folgenlos.⁵⁴

Mit dem NSDAP-Kreisleiter Friedrich Ludwig August Lampas, dessen Rolle in den Quellen zu gescheiterten Bemühungen um eine Räumung der Stadt ansonsten seltsam blass bleibt, obwohl er formal für die Räumung ausführendes Organ der Gauleitung hätte sein müssen,⁵⁵ verließen am Nachmittag letzte Funktionsträger die Stadt, denen noch vereinzelt SA- und SS-Leute am späten Abend folgten.

Mit einer militärischen Abwehr der amerikanischen Truppen beschäftigte sich Zierenberg derweil nicht mehr, wobei fraglich ist, ob er dazu noch von irgendwoher Befehle erhielt. Er selbst hatte auch keine Möglichkeit, Einheiten im Stadtgebiet zu führen. Aus der Nachkriegszeit stammende Darstellungen, die

Rheinüberquerung bei Sankt Goar am 26. März 1945.

Vergleichenbare Sturmboote nutzten die Amerikaner auch bei Wiesbaden.
US Army Signal Corps, Public Domain

Partei oder die SS habe Wiesbaden bis zur Zerstörung verteidigen wollen, stammen aus dem Reich der Legenden. Der große Chronist des amerikanischen Vorstoßes nach Deutschland, Charles B. MacDonald, schrieb gestützt auf die zeitgenössischen amerikanischen Einschätzungen der Lage:

„Für die Deutschen war es offensichtlich, dass Wiesbaden aufgrund der amerikanischen Brückenköpfe nördlich und südlich der Stadt und der umliegende Sektor bald entweder eingenommen oder eingekesselt werden würden. Angesichts dieser Lage wäre niemand [d. h. kein militärischer Entscheider, P. Q.] bereit gewesen, nennenswerte Truppen in dem bedrohten Gebiet um die Stadt zu belassen – selbst wenn sie verfügbar gewesen wären.“⁵⁶

In der Stadt standen nur unter- und zum Teil auch unbewaffnete Volkssturmmänner sowie eine Polizeieinheit in Biebrich zur Verteidigung zur Verfügung. Hinzu kam eine Dolmetscherkompanie, die nicht bewaffnet war, sowie das unter anderen aus Genesenden bestehende Grenadier-Ersatz-Bataillon 87. Zudem verfügte Zierenberg über keine Möglichkeiten, von seinem Standort aus, einem Bunker in der Nähe des städtischen Museums, mit den Soldaten in Biebrich Verbindung aufzunehmen.

Am 28. März 1945, dem Mittwoch der Karwoche gegen 1 Uhr in der Nacht, trat derweil das 317. Infanterie-Regiment der US-Armee zum Angriff auf Wiesbaden an. Lediglich in den rechtsrheinischen Mainzer Stadtteilen Kastel und Kostheim stießen die amerikanischen GIs auf Gegenwehr, die sie jedoch schnell brachen. In der offiziellen amerikanischen Kriegsgeschichtsschreibung liest sich die Einnahme Wiesbadens wie folgt:

„Nach einer halbstündigen Artillerievorbereitung stießen die Männer der 317. Infanterie [am 28. März] um 01:00 Uhr in Sturmbooten über den Rhein. Deutscher Beschuss erfolgte hauptsächlich aus Handfeuerwaffen und 20-mm-Flugabwehrgeschützen. Sobald die US-Truppen an Land waren, starteten die Deutschen zwei kleine Gegenangriffe, die wie der Beschuss bei der Flussüberquerung mehr Tumult als Wirkung erzeugten. Am Ende des Tages hatte ein nachrückendes Regiment Wiesbaden gesichert und mehr als 900 deutsche



Kombattanten hatten sich ergeben. Das amerikanische 317. Infanterieregiment hatte keinen einzigen Mann verloren und nur fünf Verwundete zu beklagen.⁵⁷ Eines der bemerkenswertesten Ereignisse des Tages war die Erbeutung von 4.000 Kisten Sekt in einem Lagerhaus.⁵⁸

Mit Beginn des amerikanischen Rheinübergangs wurden auch die letzten in Wiesbaden befindlichen Wehrmacht- und Polizeieinheiten vom vorgesetzten Verband angewiesen, sich Richtung Frankfurt am Main zurückzuziehen, was diese daraufhin auch versuchten. Glaubt man der Nachkriegsdarstellung des Stabschefs der 7. Armee, Oberst Rudolf-Christoph von Gersdorff, so lehnte zwar der OB West, Generalfeldmarschall Albert Kesselring, einen Antrag auf einen geordneten Rückzug der deutschen Kräfte bei Wiesbaden zum Aufbau einer neuen Hauptkampflinie bei Frankfurt ab, den der Oberbefehlshaber der 7. Armee, General der Infanterie Hans-Gustav Felber, gestellt hatte. Gleichwohl zogen sich Einheiten auf Befehl von General Knieß und gedeckt durch die 7. Armee aus dem Bereich Wiesbaden zurück und hielten „nur den Anschein einer Verteidigung“ aufrecht.⁵⁹ Die Männer des Grenadier-Ersatz-Bataillons 87 marschierten jeden-

falls noch in der Nacht auf den 28. März Richtung Oberursel ab. Auch die Polizeieinheit in Biebrich versuchte, sich geordnet zurückzuziehen. Teile des Wiesbadener Volkssturms lösten sich hingegen unter Entledigung ihrer wenigen Waffen ebenfalls noch in der Nacht auf.⁶⁰

Auch Oberst Zierenberg folgte dem Befehl zum Absetzen und verließ in der Nacht auf den 28. März als letzter Wehrmachtsführer den als Gefechtsstand dienenden Hochbunker an der Kaiserstraße.⁶¹ Spätestens nun brach in Wiesbaden die öffentliche Ordnung zusammen, Lebensmittellager waren schon am 27. März unter anderem in Kohlheck geplündert worden. Mit dem von deutscher Seite angeordneten kampflosen Abrücken der letzten Wehrmachtsoldaten war die Stadt am Morgen des 28. März zugleich für die über den Rhein kommenden Amerikaner offen. Am Hochbunker in der Kaiserstraße wurde um 05:45 Uhr die weiße Fahne gehisst.⁶²

Bereits einen Tag später, am 29. März, nahmen die Amerikaner Kontakt zur deutschen Verwaltung auf, um die ersten Anordnungen an die Zivilbevölkerung zu besprechen. Damit begann in Wiesbaden die Nachkriegs- und Besatzungszeit. Am 21. April benannten die Sieger den 1933 entmachteten nationalliberalen DVP-Politiker Georg Krücke als Oberbürgermeister. Wiesbaden sollte nun zu einem zentralen Standort der amerikanischen Besatzungstruppen und schließlich zur Hauptstadt des neu gegründeten Landes Hessen werden.⁶³

Die geflohene NS-Leitung der Stadt unter Piékarski errichtete zunächst bis zum 27. März 1945 einen „Ausweichsitz“ in Schlüchtern und schlug sich dann bis Anfang April noch bis Naumburg an der Saale durch, um dort vor der heranrückenden sowjetischen Front umzukehren und wiederum gen Westen zu fliehen. Am 5. Juni 1945, einen Monat nach der deutschen Kapitulation, traf Piékarski wieder in Wiesbaden ein, wo er wenige Tage später verhaftet und interniert wurde.⁶⁴

Besatzung und Katastrophe:

Die Wahrnehmung des Kriegsendes in den ersten Nachkriegsjahrzehnten

Damit soll der Blick auf die Nachkriegsdarstellungen des Kriegsendes im Wiesbadener Diskurs gerichtet werden, und als erstes Schlaglicht sollen die 1950er Jahre betrachtet werden. Wie in anderen Städten auch war die Deutung des Kriegsendes in Wiesbaden zunächst eng mit der persönlichen Erfahrung von Gewalt und Not der Bevölkerung verbunden. Auch in Wiesbaden dokumentieren Zeitzeugen-

berichte die Skepsis gegenüber den Besatzern und die Fokussierung auf das eigene, das deutsche Leid. In der Wiesbadener Erinnerung dominierte daher zunächst eine Opfererzählung, die die eigene Schuld und Verantwortung am Krieg und den Verbrechen der Nationalsozialisten weitgehend ausblendete. Besonders greifbar wird dies am Beispiel des britischen Luftangriffs vom 2. auf den 3. Februar 1945. Allein dieser Fliegerangriff kostete 570 Einwohner Wiesbadens das Leben. Insgesamt starben bei den alliierten Luftangriffen während des Krieges rund 1.700 Wiesbadener. Es war vor allem der Großangriff von Anfang Februar 1945, der immer wieder medial rezipiert wurde und einen Wiesbadener Opferdiskurs schuf, wie Philipp Kratz schon 2004 in den Nassauischen Annalen dargestellt hat.⁶⁵

Aber auch die Eroberung der Stadt im März 1945 und das Kriegsende am 8. Mai wurden in den ersten Nachkriegsjahrzehnten primär als Opfererzählung tradiert. Ein Jahr nach den Ereignissen vom März 1945 berichtete der amerikanisch zensierte Wiesbadener Kurier erstmals rückblickend über den „Zusammenbruch in Wiesbaden“.⁶⁶ Das dabei zutage tretende erzählerische Hauptmotiv war die leidende Wiesbadener Zivilbevölkerung, der die „braunen Machthaber“ gegenüberstanden, die in den letzten Kriegstagen „sinnlose Aktionen“, etwa die Sprengung von Brücken, durchführten und so dem „Kriegswahnsinn ihres obersten Führers“ folgten. Den feige fliehenden NS-Funktionären – namentlich genannt wurden Bürgermeister Piékarski und der Chef vom Dienst der Wiesbadener Zeitung Karl Kreuter – standen in dieser Darstellung bereits „demokratische Kräfte“ der Stadt gegenüber, die „wie viele Tausende ihrer Mitbürger über ein Jahrzehnt ungeduldig auf die Befreiung“ – hier tauchte der Begriff also tatsächlich schon auf – „vom Militarismus und Nationalsozialismus gewartet hatten“.

Die Zerstörung vieler Gebäude, die Trauer um die Toten und die Vermissten sowie die Sorgen der Vertriebenen und die Ungewissheit über die Zukunft in dem besetzten und seiner Staatlichkeit beraubten Land prägten die Stimmung in der Zeit nach der Kapitulation. Nicht zuletzt beendete der Untergang des NS-Staates auch die Karriere und zum Teil auch die politischen Ambitionen von jenen hunderttausenden Deutschen, die sich dem System als Funktionär zur Verfügung gestellt, und den Millionen, die Hitler und die NSDAP unterstützt hatten.⁶⁷ Den kleinen Gegenpol zur Kollektiverfahrung der deutschen Mehrheitsgesellschaft bildeten freilich die Überlebenden von Verfolgung und Unterdrückung sowie die zahlenmäßig sehr viel kleinere Gruppe von weniger als einem Prozent der Bevölkerung, die in aktiver Gegnerschaft zum NS-Regime gestanden hatte.⁶⁸

In der öffentlichen Wahrnehmung der Folgejahre überwogen daher zunächst die Bilder vom Zusammenbruch des Reiches, der Rat- und Hoffnungslosigkeit und der Fremdherrschaft der Besatzung – Begriffe, die das eigene Leid und die erlittene, erneute Niederlage Deutschlands betonten. So sprach der Wiesbadener Kurier 1950 – fünf Jahre nach dem Krieg und ein knappes Jahr nach Verkündung des Grundgesetzes – von der „Weltuntergangsstimmung“, die 1945 in Wiesbaden geherrscht habe, da „der Feind mitten in der Stadt“ stand. Ein Leben „unter Belagerungszustand“ habe begonnen, eine Zeit, in der „hungrige Hunde“ ebenso durch die Stadt streiften wie „zusammengerottete ausländische Arbeiter-Banden“.⁶⁹

Maßgeblich geprägt wurde das Bild des Kriegsendes durch die Erinnerungen von Zeitzeugen, die in den Tageszeitungen unter anderem zu den Jahrestagen 1950, 1955⁷⁰ und 1965⁷¹ erschienen und die die „letzten Tage zwischen Trümmern, Angst und Flüsterparolen“⁷² vermeintlich authentisch wiedergaben. Eine zusätzliche Prägung erfuhren auch spätere Darstellungen in Ermangelung schriftlicher Quellen auf deutscher Seite durch die Zeitzeugenberichte, die der in den 1920er Jahren als Journalist und von 1951 bis 1965 als Wiesbadener Stadtarchivar wirkende Historiker Herbert Müller-Werth zusammentrug. Er sammelte schon in den späten 1940er Jahren die Erinnerungen zentraler Akteure etwa der Notverwaltung an das Kriegsende und bat wichtige Zeitzeugen, ihre Erinnerungen zu verschriftlichen.⁷³ Müller-Werth verarbeitete diese Darstellungen in einem längeren Text, der 1954 zunächst als hektographiert vervielfältigte Schrift⁷⁴ und 1956 gekürzt in den Nassauischen Annalen⁷⁵ erschien und vielfach zitiert wurde.

Auch in diesen Berichten trat ein starker Dualismus zwischen „bösen Nazis“ und den „guten einfache Deutschen“ hervor, der sich später in ein für Wiesbaden spezifisches Widerstandsnarrativ steigerte. Diese Erzählung besagt, die Wiesbadener Notverwaltung und Oberst Zierenberg hätten Wiesbaden aktiv vor der Zerstörung gerettet, indem sie unter Gefahr für ihr eigenes Leben Befehle missachtet hätten. Wenn beispielsweise in einer bekannten Darstellung zur NS-Geschichte Wiesbadens aus dem Jahr 1990 behauptet wurde, dass „eine Gruppe führender Persönlichkeiten aus dem Bereich der städtischen Verwaltung [...] und [...] Oberst Wilhelm Karl Zierenberg“ durch mutiges Engagement die Durchführung von Befehlen zur völligen Räumung der Stadt sowie die Zerstörung sämtlicher Sachwerte „verhindert“ hätte und es ihr zu verdanken sei, dass Wiesbaden „ohne weitere sinnlose Zerstörungen und kampfflos von den Amerikanern besetzt werden konnte“, so entspricht dies den bereits völlig narrativ überformten histori-

schen Realitäten.⁷⁶ Es entstand also ein überzeichnetes Bild der Selbstbefreiung der Wiesbadener von der NS-Herrschaft, das quellenkritisch nicht zu halten ist.

Tatsächlich standen Ende März 1945 in Wiesbaden keine militärischen Kräfte zur Verfügung, die Befehle, etwa zur Evakuierung der Stadt, zu ihrer geordneten Verteidigung oder auch zur Sprengung zentraler Infrastrukturen noch hätten ausführen können. Zudem erfolgten solche Befehle von höherer Stelle nach dem 24. März abends auch nicht mehr. Auch war Hitlers „Nero-Befehl“, auf den sich die Darstellungen oft berufen, unklar, widersprach anderen Befehlen und wurde am 30. März durch ihn selbst in einem neuen „Führerbefehl“ relativiert und abgeschwächt. Vor allem aber kam bereits am 25. März der Befehl der 7. Armee zur kampflosen Räumung der Stadt an die dort befindlichen Wehrmächteinheiten. Dieser stammte also nicht von Zierenberg oder der zivilen Notverwaltung, die auch weder die Kompetenz noch die Möglichkeiten hatte, die militärischen Einheiten in der Stadt zu führen, sondern von dem zuständigen vorgesetzten Wehrmachtverband.

Zierenbergs Anordnung, die Infrastruktur nicht aktiv zu zerstören, erging zudem – nach den ereignisnahen Zeitzeugenberichten – im Einvernehmen mit der noch vor Ort greifbaren zivilen NS-Führung, namentlich mit dem Regierungspräsidenten und Bürgermeister Piékarski, als diese die Unmöglichkeit erkannt hatten, die zur Verteidigung und zur Evakuierung ergangenen älteren Befehle der Gauleitung auszuführen.

Die umfassende Darstellung der Evolution dieses Widerstandsnarrativs steht noch aus und kann hier nicht geleistet werden. Es wird dabei jedoch insbesondere zu untersuchen sein, welche Rolle die seinerzeit Beteiligten und vor allem auch Zierenberg selbst bei der Verbreitung dieser Version in der Nachkriegszeit gespielt haben, etwa im Rahmen ihrer Entnazifizierungsprozesse und in Interviews mit der Presse insbesondere in den 1960er Jahren.⁷⁷ Klar ist jedenfalls, dass die Darstellung, wie sie die Zeitzeugen seit den späten 1940er Jahren verbreiteten, eine langanhaltende, bis heute wirkende Prägung des lokalen Diskurses um das Kriegsende hervorrief. Eine kritische Hinterfragung hat jedenfalls bisher nur beschränkt stattgefunden. Noch 2020 hieß es im Wiesbadener Kurier in einer kontrafaktischen Darstellung der Ereignisse: „Oberst Zierenberg, der letzte Wiesbadener Stadtkommandant, hatte schon am 27. März auf eigene Faust alle Kampfhandlungen eingestellt.“⁷⁸ Und 2025 hieß es im Wiesbadener Kurier aus der Feder desselben Autors: „Stadtkommandant Oberst Zierenberg ließ auf eigene Faust bereits am 27. März alle Kampfhandlungen einstellen und blies die bereits vorbereiteten Sprengungen an den Versorgungseinrichtungen ab.“⁷⁹

Die Transformation der Erinnerung: Von der „Besatzung“ zur „Befreiung“

Dies führt zu der großen erinnerungspolitischen Deutungsverschiebung des Kriegsendes, die in den 1960er Jahren begann. Triebfedern waren der zunehmend kritischere Umgang mit der NS-Vergangenheit durch die sogenannte Studentenbewegung und die zweite Welle der juristischen Aufarbeitung des NS-Unrechts, etwa durch die Frankfurter Auschwitzprozesse (1963–1965).⁸⁰ Das Schicksal der ermordeten Juden und anderer Opfergruppen rückte unter anderem durch die TV-Serie „Holocaust“ stärker in das öffentliche Bewusstsein.⁸¹

In Wiesbaden kam es in den 1970er Jahren auch zur Gründung erster Gedenkinitiativen für die Opfer des Nationalsozialismus jenseits der heimatvertriebenen Deutschen. Dieser Wandel der Erinnerung war keineswegs ein linearer oder einheitlicher Prozess. Während zunächst nur die Minderheit der Überlebenden der Verfolgung und der ehemaligen Mitglieder des Widerstands das Kriegsende als Befreiung sah, dauerte es noch Jahrzehnte, bis sich bei weiten Teilen der deutschen Bevölkerung eine Anerkennung des 8. Mai als Tag der Befreiung durchsetzen konnte.

Das Ende der NS-Herrschaft wurde in den 1960er und 1970er Jahren zunächst zu „Wiesbaden in der Stunde Null“, wie das Tagblatt 1975 seinen ganzseitigen Bericht zum 30. Jahrestag der Besetzung der Stadt betitelte.⁸² Inhaltlich blieben auch für diese Darstellungen der Ereignisse in den 1970er Jahren die frühen Zeitzeugenberichte prägend sowie insbesondere die Arbeiten von Müller-Werth, die zum Teil wortwörtlich abgedruckt wurden. Exemplarisch zeigt dies ein Blick in das Jahr 1985.

Die diskursive Auseinandersetzung mit dem Kriegsende 1945 fand 1985 auch in Wiesbaden ihren Höhepunkt. Niemals zuvor und auch nicht mehr danach gab es vergleichbar viele Veranstaltungen und Diskussionen über das Kriegsende wie zur 40. Wiederkehr. Die Zeitungen berichteten umfänglich über den Jahrestag unter Überschriften wie „Als der Frieden Einzug hielt“⁸³ oder „Weizsäcker würdigt Tag der Befreiung“⁸⁴. Die Stadtverwaltung führte auf dem Südfriedhof eine Kranzniederlegung durch.⁸⁵ Es fand zudem ein ökumenischer Gottesdienst⁸⁶ und eine Begehung des Geländes des ehemaligen KZ-Außenlagers „Unter den Eichen“ statt, an der neben 70 Bürgern auch der damalige Oberbürgermeister Hans-Joachim Jentsch (CDU) und Stadtverordnetenvorsteher Günther Retzlaff (SPD) teilnahmen.⁸⁷ Zudem tagte die Stadtverordnetenversammlung am 8. Mai 1985 zu einer öffentlichen Sondersitzung im Kurhaus,⁸⁸ wie sie es drei Jahre zuvor bereits aus Anlass der 50. Wiederkehr der nationalsozialistischen „Machtergreifung“

getan hatte.⁸⁹ Umrahmt wurde die Sitzung durch Musikbeiträge der Gruppe des Liedermachers Burkhard Engel und Brecht-Rezitationen des Schauspielers Theo Maier-Körner.

Im Anschluss an die Sitzung gab es im Kurhaus zahlreiche Sonderveranstaltungen: Die Jüdische Gemeinde Wiesbaden führte eine Diskussionsrunde durch, die Fachhochschule Wiesbaden zeigte alte Wochenschauen. Im Verein für Volksbildung und Kultur fanden eine Ausstellung und ein Diavortrag statt. Auch andere Vereine, der Gewerkschaftsbund, der Bund der Vertriebenen, die SPD, das Wiesbadener Frauenmuseum und die Kirchen erinnerten mit eigenen Veranstaltungen und Ausstellungen an das Kriegsende.⁹⁰

Gastredner der Stadtverordnetensitzung war der 1922 geborene Frankfurter Politikprofessor Iring Fetscher, der eine hohe Bekanntheit auch wegen zahlreicher Auftritte im Fernsehen hatte. Fetscher, selbst ehemaliges NSDAP-Mitglied und Wehrmachtfreiwilliger, hob in seinem Vortrag, der übrigens keinerlei direkten Bezug zu Wiesbaden nahm, die Ambivalenz des 8. Mai hervor, kam insgesamt aber zu dem Urteil: „Für die meisten Deutschen, so jedenfalls habe ich es in Erinnerung, war der 8. Mai 1945 zwar der Tag des Kriegsendes, des endlichen Schweigens der Waffen, aber kein Tag, den sie als Befreiung empfinden konnten.“⁹¹ Mithin sei der 8. Mai

„offenbar ein Datum, dessen sich die Deutschen in der Bundesrepublik noch immer nicht auf die gleiche Weise erinnern können. [...] Noch immer sperren sich viele gegen die Einsicht, daß die totale Niederlage, die bedingungslose Kapitulation die Voraussetzung für das Ende des Nationalsozialismus und die Ermöglichung des Aufbaus einer freien und demokratischen Gesellschaft war.“⁹²

Eine ähnlich ambivalente Position nahm der für die FDP sprechende, 1934 geborene Stadtverordnete und Jurist Hans Christian Bremme ein. Bremme zitierte seinen Parteifreund und ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss, der schon 1949 im Parlamentarischen Rat davon gesprochen hatte, dass der 8. Mai „tückischste und fragwürdigste Paradoxie“ gewesen sei, „weil wir [Deutschen, P. Q.] erlöst und vernichtet in einem gewesen sind“.⁹³

Ganz anders argumentierte der 1932 geborene, aus Berlin stammende Stadtverordnetenvorsteher Günther Retzlaff, der neben dem 1943 geborenen Stadtverordneten Hans-Michael Maus für die SPD sprach. In seiner Ansprache betonte Retzlaff:

„Der 8. Mai war bei allem, was sich auch an schmerzlicher Erinnerung mit diesem Datum verbindet, in erster Linie ein Tag der Befreiung. Der Befreiung von Todesangst, von den Fesseln der Knechtschaft, von der Geißel der Gewalt – zu einem Zeitpunkt, als die Deutschen aus eigener Kraft sich nicht mehr befreien konnten.“⁹⁴

Hier scheint wieder deutlich der Dualismus zwischen anständigen, unterdrückten Wiesbadenern und den sie knechtenden Nazis auf, der für die deutsche Mehrheitsgesellschaft seit 1945 einen exkulpatorischen Fluchtpunkt bot.

Weitere Redner betonten zudem die Bedeutung des deutschen Widerstands gegen Hitler. Neben Gastredner Fetscher etwa auch der für die CDU-Fraktion sprechende, 1934 geborene Stadtverordnete Friedrich Christoph von Bismarck, der ein Schwager des im Widerstand engagierten Wiesbadener Rechtsanwalts und späteren Verfassungsrichters Fabian von Schlabrendorff war.

Als weiterer Zeitzeuge kam schließlich der damals 84-jährige ehemalige SPD-Politiker, Städtälteste und Gewerkschafter Emil Dietz zu Wort, der an seine Haftzeit in Dachau erinnerte und in seiner kurzen Intervention auf den unkritischen Umgang mit der NS-Vergangenheit in den ersten Nachkriegsjahren hinwies.⁹⁵ Der 1943 geborene SPD-Stadtverordnete Maus führte aus, dass er den 8. Mai als Tag der Befreiung empfinde, äußerte aber auch Verständnis für diejenigen, die dies nicht taten. Auch versuchte er, eine rhetorische Brücke zwischen dem Friedensauftrag des 8. Mai und aktuellen Bedrohungen durch Armut, Hunger und Krankheit in der Welt sowie die Rüstung in der Blockkonfrontation herzustellen.⁹⁶ Die Grünen-Stadtverordnete Barbara Brell-Vollkammer – die als einzige unter den zu Wort kommenden Personen als Angehörige des Jahrgangs 1956 in der Nachkriegszeit geboren war – bemühte in ihrer Rede ebenfalls einen historischen Vergleich zur Gegenwart des Jahres 1985. Auch sie versuchte, eine argumentative Linie zwischen dem Kriegsende 1945 und der Nachrüstungspolitik der NATO im Jahr 1985 herzustellen.⁹⁷ Damit griff die Wiesbadener Gedenkveranstaltung im Jahr 1985 im Kleinen durchaus Argumentationslinien und Themen auf, die im Großen auf der bundesrepublikanischen Bühne 40 Jahre nach dem Ende des Krieges debattiert wurden.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989/90 und dem sich abzeichnenden Generationenwechsel wurde die lokale Erinnerungskultur seit den 1990er Jahren dann nochmals pluraler, zugleich gewann die wiedervereinte Bundesrepublik zunehmend eine gleichberechtigte Stellung auch bei den internationalen Erinne-

rungsfeierlichkeiten zum Kriegsende.⁹⁸ Neben offiziellen Gedenkveranstaltungen entwickelten sich im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts auch in Wiesbaden zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und der Erinnerung an das Kriegsende widmeten. Auch für diese erinnerungspolitisch bedeutende Phase steht eine auf Wiesbaden bezogene Darstellung teilweise noch aus.⁹⁹

Fazit

Der vorliegende Beitrag möchte mit drei Thesen schließen, die zur Diskussion gestellt und in zukünftigen vertieften Auseinandersetzungen mit der Wiesbadener Erinnerungskultur an das Kriegsende kritisch hinterfragt werden müssten. Eine solche Untersuchung hätte zudem zur Aufgabe, die durchaus noch unterforschte realgeschichtliche Darstellung der letzten Kriegstage in Wiesbaden zu leisten und Narrative und Legenden, die bis heute insbesondere durch die Lokalpresse geistern, zu dekonstruieren und auf die belegbaren Fakten zurückzuführen. Ein besonderes Augenmerk wäre dabei auch auf die vermeintlichen Widerstandshandlungen der Notverwaltung und Oberst Zierenbergs zu legen, die – so scheint es – durchaus nicht den Charakter eines aktiven Widerstands gegen das NS-Regime zu erfüllen scheinen, sondern wohl eher Randnotizen eines ohne Frage von den Beteiligten als großen Umbruch empfundenen Regimewechsels im lokalen Kontext darstellten. Ihre Überhöhung vor allem seit den 1960er Jahren war dann wiederum ein typisches Phänomen der westdeutschen Erinnerungskultur, das sich allerdings in Wiesbaden besonders lange und de facto bis in die Gegenwart halten konnte. Es ist also noch reichlich Forschungs- und auch Vermittlungsarbeit zu leisten.

Im vorliegenden Beitrag konnte zumindest erstens gezeigt werden, dass sich die Erinnerung an das Kriegsende in Wiesbaden stetig wandelte und einer Verschiebung von Sinnzuschreibungen unterworfen war. Diese Entwicklung verlief grundsätzlich parallel zu den großen erinnerungspolitischen Entwicklungslinien in Westdeutschland.

Gleichzeitig lassen sich – zweitens – durchaus lokale Besonderheiten beobachten. Das vorherrschende Wiesbadener Narrativ zum Kriegsende war zunächst eine Opfererzählung, die eine Externalisierung der Verbrechen des Nationalsozialismus auf „die Nazis“ vollzog. Im Verlauf der späten 1950er und 1960er Jahre wandelte sich dann das Narrativ. Die Westintegration und das Wirtschaftswunder

veränderten die Rahmenbedingungen. Die spezielle Rolle Wiesbadens als wichtiger Standort für die US-Truppen mit einer starken Präsenz amerikanischer Kultur müsste diesbezüglich auch noch genauer untersucht werden.

Wie alle geschichtspolitischen Framing-Prozesse führte dieser Wandel der Wahrnehmung des Kriegsendes zu historischen Vereinfachungen und zur Ausbildung von Narrativen, ja sogar zu Über- und Fehlinterpretationen, die einer Quellenkritischen Überprüfung nicht standhalten, wie die Anekdote um die angebliche Selbstbefreiung Wiesbadens beziehungsweise die Widerstandsaktivitäten Zierenbergs und der Notverwaltung zeigen.

Drittens wurde zugleich die Wahrnehmung des Kriegsendes auch in Wiesbaden ab den 1970er Jahren durch die Deutung des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus überlagert. Dieser Prozess war langwierig, verlief nicht linear und durchaus kontrovers. Auch dies wäre noch einmal im lokalen Kontext herauszuarbeiten. Weitere Untersuchungen zur Wiesbadener Erinnerungspolitik könnten so dazu beitragen, nicht nur überkommene kontrafaktische Narrative zu dekonstruieren, sondern auch die komplexen Wechselwirkungen zwischen lokaler Erinnerung, nationalem Diskurs und internationalen Entwicklungen aufzuzeigen.

Frank Jacob

Das Kriegsende 1945 in Aschaffenburg: multiple Zäsuren

Einleitung

Wenn Kriege enden, dann eröffnet sich erneut ein Blick auf eine vermeintlich bessere Zukunft. Diese ist zwar in vielen Teilen ungewiss, aber zuallererst doch besser, da immerhin friedlich. Auch wenn der Krieg schließlich de jure am Ende ist, in den Köpfen setzt dieses Ende nicht immer zwangsläufig gleichzeitig ein.¹⁰⁰ Viele Soldaten kommen nach Hause, kehren jedoch innerlich nie ganz aus dem Krieg zurück. Und wer einmal einen Krieg erlebt hat, die Zerstörung und das Leid, die damit einhergehen, der wird das Leben nie einfach so fortsetzen.¹⁰¹ Kriege prägen das kollektive Gedächtnis von Generationen, bilden einen gemeinsamen Referenzrahmen, sozusagen den Erfahrungsraum einer postkrieglerisch imaginierten Nation des Friedens, und schaffen Gemeinschaften von Opfern, Tätern und Zuschauern, die mitunter auch nach dem Ende des Krieges fortbestehen.¹⁰² Nicht selten solidarisieren sich die jeweiligen Gruppen untereinander, pflegen Erzählmuster zur Legitimation der eigenen Erfahrung und setzen ihr Leben bisweilen relativ ungestört fort: insbesondere dann, wenn die Nachkriegsgesellschaft nur wenig Interesse an einer kritischen Aufarbeitung des kürzlich Erfahrenen hat.¹⁰³ Selbst wenn der Krieg endet, wird seine Geschichte daher fortgesetzt, denn diese endet, obwohl der deutsche Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel oder in dessen Tradition stehend auch der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das verkündeten, nie.¹⁰⁴ Gleichzeitig beginnt mit dem Ende des Krieges jedoch eine Phase, in der sich mit der Retrospektive auf die vergangenen Ereignisse der Kriegszeit ein Diskurs eröffnet, der sich während eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses abspielt, bei dem es gleichfalls gilt, die Bedeutung des Krieges zu eruieren und für die Zukunft aufzuarbeiten. Nicht zuletzt, um künftige Generationen vor der vernichtenden Wirkung von Krieg und Gewalt zu warnen.¹⁰⁵

Wer sich eingehend mit den Ereignissen rund um das Kriegsende in Deutschland bzw. Bayern im größeren,¹⁰⁶ aber auch Aschaffenburg im lokalen Rahmen beschäftigt,¹⁰⁷ dem wird nicht verborgen bleiben, dass das Kriegsende multiple

Zäsuren darstellt, die ganz eigene Dynamiken bedingen und den gesellschaftlichen Reorganisationsprozess auf unterschiedlichen Ebenen begleiten.¹⁰⁸ Diese Zäsuren sollen im folgenden Beitrag eingehender beleuchtet werden, um zu zeigen, wie verschieden die Wahrnehmung des Kriegsendes und der sich damit einhergehend neu formierenden Nachkriegsgesellschaft war. Der Blick wird dazu auf drei verschiedene Gruppen bzw. deren jeweilige Situation am Ende des Krieges gerichtet. Zunächst wird die Sicht junger Soldaten und damit der Kriegsteilnehmer beschrieben, bevor die erlebten Zäsuren aus Sicht der Unterstützer, beispielhaft vertreten durch Wilhelm Wohlgemuth, den Oberbürgermeister der Stadt zwischen 1933 und 1944,¹⁰⁹ und derjenigen, die aktiv Widerstand gegen das NS-Regime geleistet hatten,¹¹⁰ betrachtet werden sollen.

Soldaten

Aus den Feldpostbriefen an den Kleinostheimer Pfarrer Josef Hepp¹¹¹ geht hervor, dass die Kriegserfahrung der Soldaten je nach Einsatzort durchaus unterschiedlich war.¹¹² Zu Beginn des Krieges und im Zuge der deutschen Erfolge in der Phase des sogenannten Blitzkrieges fielen die Berichte der jungen Soldaten von der Front noch durchaus positiv aus. Der Krieg wurde vor allem durch die Entfernung zur Heimat zur Belastung, wie es Peter Eizenhöfer beispielsweise am 8. September 1940 aus Norwegen berichtet:

„Nach langer Fahrt bin ich wieder gut hier gelandet. Die Überfahrt war nicht so besonders[,] den[n] die See war sehr unruhig. Jetzt bin ich wieder weit weg von der Heimat in fremden [sic!] Land. Gerade spielt unser Radio das schöne Lied, heute scheid ich morgen wandre ich, da wird es einem ganz weh ums Herz. Wie schön ist es doch in der Heimat. Hier hat man lauter fremde Menschen um sich, mit denen man sich nicht unterhalten kann. Es ist heute Samstag[,] die immer sehr langweilig für uns sind. Wir haben doch wenigstens Gelegenheit unsere Sonntagspflicht zu erfüllen. Hier ist ausnahmsweise eine kath. Kirche. Was ja in Norwegen selten der Fall ist. Den[n] Norwegen ist fast alles evangeli[s]ch. Ein deutscher Pfarrer hat hier die Pfarrei. Ich werde Ihnen mal ein pa[a]r Bildchen schicken von der Kirche. Sie ist aus Holz nach Wickinger [sic!] Art gebaut.“¹¹³

Für viele der jungen Soldaten bedeutete der Krieg, erstmals längere Zeit von zu Hause entfernt zu sein, sodass gerade der fehlende Kontakt zum Gemeindeleben in vielen der Berichte thematisiert wurde. Im Laufe der Zeit wandelte sich jedoch die Perspektive auf den Krieg und damit bisweilen auch die Haltung zum Nationalsozialismus bei den Soldaten.¹¹⁴

Insbesondere die Erfahrung des Vernichtungskrieges im Osten seit Juni 1941 setzte vielen Teilnehmern sichtlich und nicht nur körperlich zu.¹¹⁵ Immer öfter wurden nun auch moralische Dilemmata sichtbar, und besonders die aus dem katholischen Milieu stammenden Männer hielten sich an ihren Glauben, um in dieser Umgebung der scheinbaren Rechtlosigkeit und extremen Gewalt einen gewissen Halt zu finden.¹¹⁶ Die Krankenschwester Martha Braun schreibt dem Pfarrer am 31. Dezember 1942 ebenfalls einen Brief aus Krakau, wo sie gerade in einem Lazarett eingesetzt worden war, und bemerkt darin durchaus kritisch gegenüber dem scheinbaren moralischen Verfall der Zeit:

„Schaut man heute zum Fenster hinaus, so zeigt uns Gottes schöne Natur ein ganz wunderbares Bild. Millionen von Schneeflöckchen fallen vom Himmel. Über die Erde zieht sich ein weißer Teppich. Und da gibt es immer noch Menschen, die an der Schöpfung des Allmächtigen zweifeln. O, wenn doch alle Menschen Gott erkennen würden, dann hätten wir doch einen wunderbaren Frieden unter den Völkern.“¹¹⁷

In den letzten Kriegsmonaten wünschten sich viele schließlich nur eines: Frieden. Sie verloren aber oft auch die Hoffnung auf eine aussichtsreiche Zukunft.¹¹⁸ Gerade die wichtigen katholischen Feiertage des Jahreskreises ließen die jungen Männer und Frauen immer wieder innehalten und sich erneut auf das besinnen, was sie aufgrund des Krieges verloren hatten: die Gemeinschaft der Gläubigen und den Frieden, zu dem sich diese doch immer wieder und das gerade im Zuge der katholischen Messfeiern bekannten.¹¹⁹

Am 6. Dezember 1944 schreibt der junge Soldat Heini Eizenhöfer ausführlich an seinen Heimatpfarrer und bemerkt dabei:

„Nun steht schon wieder das hochheilige Weihnachtsfest vor der Tür und mir ist es zum 2. Male nicht gegönnt, dieses Fest bei meinen Eltern und Geschwistern zu verbringen. Aber wie viele Soldaten sind schon seit Kriegsbeginn bei der Wehrmacht und können auch nicht an diesen Festtagen zu hause [sic!] sein. An all diesen Sachen ist halt immer nur wieder der Krieg [schuld]. Was

hat doch dieser schon für Unheil und Unglück in die Welt gebracht. Von meinen Schulkameraden sind nun auch schon etliche gefallen und andere wieder vermißt. [...] Meine beiden unvergesslichen Freunde [...] sind auch in Frankreich geblieben. [Einer der beiden] war ja nicht katholisch[,] aber er hatte vielleicht bei unserem Herrgott mehr Ansehen als so mancher Katholik. Das dürfen Sie mir bestimmt glauben. Es werden wohl noch viele andere meiner Schulkameraden ihr Leben dahin geben müssen.“¹²⁰

Lothar Eich, ein weiterer Soldat aus Kleinostheim, schreibt nach seinem Einsatz beim Reichsarbeitsdienst und der späteren Einziehung zum Militär in Erwartung seiner Verlegung an die Front am 1. Februar 1945 an Pfarrer Hepp:

„Einmal muß es halt doch sein, und wann das ist gleich. Schwer fällt es ja jedem. Aber wir lassen uns ja nicht unterkriegen. Immer ran! Der Krieg ist ja sowieso bald aus und dann wird schon wieder aufwärts gehen. Schöne Tage werden wir d. h. unsere Generation [...] nicht mehr verzeichnen können. Mit einer düsteren Zukunft rechnet ja heute jedermann und so ist das Elend eigentlich schon eine Selbstverständlichkeit geworden.“¹²¹

Ungeachtet der besorgten Vorahnungen wurde zumindest der Wunsch nach Frieden im Mai 1945 erfüllt, und sofern der Krieg überlebt worden war und man nicht in sowjetische Gefangenschaft geraten war, schien ein positiver Blick auf die Zukunft zumindest partiell erlaubt zu sein. Dessen ungeachtet kehrten die jungen Männer nicht unversehrt zurück. Die Jahre des Krieges und der Gefangenschaft im Anschluss hatten Spuren hinterlassen, sodass die Reintegration in Gesellschaft, Gemeinden und Familien nicht immer ohne Konflikte ablief.¹²² Der Krieg überschattete dahingehend den Neubeginn dieser Gruppe durchaus. Er sollte als Teil der eigenen bzw. kollektiven Erinnerung ein Element bleiben, über das einerseits geschwiegen werden musste. Andererseits konnte man sich gleichzeitig innerhalb der Gruppe, etwa beim Aufeinandertreffen von Veteranen, über das Teilen gemeinsamer und besonders ausgewählter Erinnerungen (d. h. Entbehrung, Heroismus, Kameradschaft¹²³) solidarisieren, insbesondere, da das Bild der Wehrmacht lange unhinterfragt blieb, während die Verbrechen des Regimes in erster Linie Hitler oder der Waffen-SS zugeschrieben wurden. Für diese Wahrnehmung waren auch führende „Medien-Intellektuelle“¹²⁴, etwa Guido Knopp, verantwortlich, die in ihren Arbeiten ein Bild schufen, das viele Deutsche entschuldete und das daher immer wieder tradiert worden war.¹²⁵

Wilhelm Wohlgemuth

Das Kriegsende hatte jedoch nicht nur direkte Auswirkungen für die jungen Männer und Frauen, die als Soldaten, Krankenschwestern und in anderen Rollen direkt am Krieg selbst teilgenommen hatten, sondern gleichfalls für die politischen Eliten des nationalsozialistischen Systems, die diesen erst heraufbeschworen und dazu aufgerufen hatten, vermeintliche Feinde im Inneren und nach außen zu bekämpfen.¹²⁶ Für Wilhelm Wohlgemuth, den Aschaffener Nationalsozialisten und langjährigen Oberbürgermeister, also quasi das Gesicht der nationalsozialistischen Bewegung in der Stadt, der hier beispielhaft herausgegriffen wird, um die Bedeutung des Kriegsendes für die nationalsozialistischen Eliten zu skizzieren, stellte das Kriegsende sicherlich eine Zäsur dar, auch wenn sich sein eigener Neubeginn wesentlich weniger dramatisch gestalten sollte, als seine Stellung das zunächst vermuten ließe.¹²⁷ Wohlgemuth hatte lange Zeit vor 1933 schon darauf gedrungen, „Aschaffenburg auf die Linie des Nationalsozialismus zu bringen“, und konnte nach der sogenannten Machtergreifung seine zentrale Stellung nutzen, um die Stadt und das gesellschaftliche Leben nach nationalsozialistischen Vorgaben umzugestalten.¹²⁸ 1933 war für ihn selbst aus der Retrospektive demnach ein entscheidender Moment der Geschichte:

„Die Stunde der Entscheidung nahte um die Mittagsstunde des 30. Januar [1933], als die Nachricht um die Welt ging: Adolf Hitler ist Reichskanzler. Die Gefühle und Gedanken der alten Mitstreiter in jener Stunde zu beschreiben, ist nicht möglich. Klarheit herrschte nur darüber, daß von diesem Tage an die nationalsozialistische Revolution ihren Ausgang nehmen wird.“¹²⁹

Nach dem Kriegsende versuchte Wohlgemuth zunächst, sich möglichst unauffällig zu verhalten. Nach einem missglückten Flucht- und Vertuschungsversuch bei seiner Festnahme durch die Alliierten war schnell klar, dass es zu einer Anklage gegen diese Symbolfigur kommen musste, und innerhalb Aschaffenburgs wurde darauf bestanden, diesen Prozess in der Stadt führen zu können.¹³⁰ Im Spruchkammerverfahren gelang es Wohlgemuth jedoch, sich selbst und die eigene Rolle, unter anderem durch Entlastungsaussagen ehemaliger NS-Mitstreiter, als relativ unbedeutend darzustellen. Gleichzeitig wies er anhand vieler gesammelter Entlastungszeugen auf die eigene Wohltätigkeit in den Jahren des NS-Regimes und während des Krieges hin. Besonders im Gedächtnis bleibt die Aussage, dass er seinen Zahnarzt, obwohl dieser Freimaurer war, nicht belangt und sogar weiter besucht hätte, um sich behandeln zu lassen.¹³¹ Im Zuge seines Spruchkammerver-

fahrens hatte Wohlgemuth, der versuchte, sich ähnlich wie Adolf Eichmann bei seinem Prozess in Jerusalem als „kleines Rädchen“ im nationalsozialistischen Verwaltungsapparat darzustellen,¹³² viel Zeit und Energie investiert, möglichst viele Zeugen zu rekrutieren, die etwas Positives über ihn in seiner Rolle als Oberbürgermeister der Stadt sagen konnten. So sagten beispielsweise Berta Selbert und Adolf Grande, die Vorstandsmitglieder des Spessartbundes, aus, dass der Kreisleiter nie Mitglieder des Bundes, dessen Vorstand er ebenfalls gewesen sei, politisch zu beeinflussen versucht habe.¹³³ Wenn man den gesammelten Aussagen Glauben schenken mochte, so kann hier mit einer Prise Sarkasmus bemerkt werden, dass man Wohlgemuth wahrscheinlich noch nicht einmal für einen Nationalsozialisten gehalten hätte, sondern vielmehr für einen im Geheimen als Nazigröße getarnt agierenden Widerständler, der nun, nach dem Kriegsende, endlich und öffentlich zu seinen Wohltaten stehen konnte.

In einem Revisionsverfahren wurde ihm schließlich lediglich eine Strafe von 200 Mark auferlegt. Ein wahrlich geringer Preis für knapp zwölf Jahre politische Herrschaft im Namen des Nationalsozialismus, in denen politische Gegner und Juden angefeindet, verfolgt und ermordet wurden. Die Berufungskammer in Würzburg, die das Aschaffenburg-Urteil zur Einstufung Wohlgemuths in die Kategorie II der Belasteten revidierte, begründete die Entscheidung zur Revision des ersten Urteils wie folgt:

„Die I. Instanz hat den Betroffenen an sich mit Recht in die Gruppe II der Belasteten eingereiht. Der Betroffene hat insbesondere in den Zeiten des sogenannten Umbruchs eine lebhafte politische Tätigkeit im Sinn des N[ational]S[ozialismus] entfaltet. Er ist als politischer Redner aufgetreten, hat organisatorisch gewirkt und alles getan, um dem NS in Aschaffenburg-Stadt und Land und in dem Bezirk Alzenau zu seiner Machtstellung zu verhelfen. [...] Wenn der Betroffene auch an sich der Gruppe II der Belasteten zuzuweisen ist, so liegen doch eine Reihe von Umständen vor, die ihn einer mildereren Beurteilung würdig erscheinen lassen.“¹³⁴

Darüber hinaus konnte Wohlgemuth bald nach Kriegsende eine Tätigkeit als Steuerberater aufnehmen, die er in Aschaffenburg noch lange Zeit ausüben würde. Die Erinnerung an ihn als das führende Gesicht des NS-Regimes verblasste indessen sehr schnell, sodass ein Neubeginn nach der Zäsur Mai 1945 für Wohlgemuth verhältnismäßig leicht möglich wurde. Die Geschichte der Spruchkammerverfahren gegen Repräsentanten des NS-Regimes auf der lokalen Ebene liefert dabei interessante Einblicke in Netzwerke der Entschuldung. Sie zeigt, wie

die gegenseitige Versorgung mit „Persilscheinen“ in einer Zeit, in der die Gesellschaft bemüht war, mögliche Spaltungen und moralische Diskussionen über das vergangene Jahrzehnt zu vermeiden, ehemaligen Tätern schnell den Weg in eine neue Normalität sicherte. Anders stellt sich dieses Bild bei denen dar, die bereits von Anfang an Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet hatten.

Widerständler

Nach dem Kriegsende erhielten die Kritiker des Nationalsozialismus, etwa Jean Stock im Aschaffener Kontext, zunächst etwas politisches Gewicht.¹³⁵ Für die alliierten Besatzer waren diese Repräsentanten des Widerstands und ehemaligen Verfolgten des Regimes die einzig legitimen Vertreter eines echten Neuanfangs, auf den zunächst einiger Wert gelegt wurde.¹³⁶ Bald schon überwogen jedoch der Einfluss des einsetzenden Kalten Krieges und der Wunsch innerhalb der Gesellschaft, nicht an die eigenen Versäumnisse und Sünden der Vergangenheit erinnert zu werden. So konnten mitunter nationalsozialistische Motive, etwa bei der Verteidigungspolitik und deren ideologischer Ausrichtung, fortgeschrieben werden. Im Gegensatz dazu wurden gerade linke Widerständler schnell aus dem Diskurs ausgeschlossen und im Verdacht stehend, Agenten Moskaus zu sein (hier wurde ein nationalsozialistisches Narrativ ebenfalls fortgesetzt), zum Schweigen verdammt. Vielen dieser linken Widerständler bot das Kriegsende daher nur wenig Möglichkeiten eines Neubeginns und kann weniger stark als Zäsur verstanden werden als in den anderen hier vorgestellten Fällen, selbst wenn das Kriegsende zumindest mit einer physischen Befreiung einherging. Ein bekannter Fall aus dem Aschaffener Kontext soll beispielhaft kurz umrissen werden, um zu zeigen, wie schwierig sich das Kriegsende unter anderem auch für diejenigen gestaltete, die ihre Kritik am Nationalsozialismus ohne Unterlass und mit der Hinnahme aller Konsequenzen für Leib und Leben geäußert hatten und nun jedoch erneut, weil es zu wenig Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen unmittelbaren Vergangenheit in den Jahren des Nationalsozialismus gab, keine Anerkennung erhielten.¹³⁷

Josef Grimm, bei dem schon 1933 unmittelbar nach dem politischen Systemwechsel eine Hausdurchsuchung durchgeführt worden war, wurde wegen der Verteilung illegaler Schriften im Februar 1935 verhaftet und vom Oberlandesgericht Kassel zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.¹³⁸ 1939 erhielt er eine weitere Strafe von drei Jahren, da er Hetzreden gegen Hitler gehalten haben sollte. Nach insgesamt acht Jahren Haft im Zuchthaus Kassel-Westheiden wurde er auf Antrag der

Geheimen Staatspolizei (Gestapo) nach Würzburg verlegt und erst am 1. Juni 1945 freigelassen. Danach konnte er nach Aschaffenburg zurückkehren. Sein Antrag auf Entschädigung für die Zeit in der Haft wurde jedoch abgewiesen, da er sie nicht ausreichend dokumentieren konnte. Viele der entsprechenden Dokumente waren bereits bei Kriegsende vernichtet worden. Ihm blieb schließlich bis zu seinem Tod 1971 nur die Möglichkeit, sich in der Stadt als Taxifahrer zu verdingen. Gerade Vertretern des linken Widerstands wurde wenig Raum in den Erinnerungsdiskursen der Nachkriegszeit eingeräumt, vielleicht gerade weil sie den anklagenden Finger nicht nur auf die Nazigrößen, sondern auch die schweigende und das System damit mittragende Mehrheit der Gesellschaft richteten. Ein echter Neubeginn blieb dieser Gruppe dahingehend trotz der Zäsur, die 1945 auch für sie bedeutete, verwehrt.

Schlussbetrachtung

Als Vinzenz Schwind, Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg, am 14. Januar 1946 in einer Sitzung des Stadtrats „seine Maxime für den Umgang mit der jüngsten Vergangenheit“ formulierte, wurde klar, dass die Zukunft wichtiger schien als die Aufarbeitung historischer Fakten und der unmittelbaren NS-Vergangenheit. Der Pragmatiker Schwind wollte eine Spaltung der Stadtgesellschaft verhindern und sich auf den schnellen Wiederaufbau konzentrieren. Er betonte in seiner ersten Rede daher:

„12 Jahre haben wir uns nach der Möglichkeit einer wirksamen Kritik gesehnt, so ist es daher nur folgerichtig, wenn ich für mich und für alle, die mit mir zusammenarbeiten, gerechte Kritik, aber auch Geduld und Nachsicht verlange. [...] Um einer neuen Gesellschaft willen üben wir Nachsicht und werden wir Manches vergessen müssen, was uns in den letzten 12 Jahren manches Mal unverzeihlich schien. In diesen Dingen der Gerechtigkeit Geltung verschaffen heisst, die Voraussetzungen bilden für ein grossmütiges Beurteilen der Vergangenheit. Dies wird meine Haltung in der Beurteilung aller politischen Dinge der letzten 12 Jahre sein. Nichts kann mir die Überzeugung nehmen, weder Überlegungen noch Gefühle, dass ein Unrecht durch ein neues gesühnt würde.“¹³⁹

Stellvertretend kann aus dieser Rede konstatiert werden, dass das Kriegsende sicherlich auf verschiedenen Ebenen als Zäsur zu verstehen ist, wie der Blick auf unterschiedliche Gruppen in diesem Beitrag gezeigt hat. Ein Neubeginn war aber

offensichtlich nur dann möglich, wenn die Bereitschaft bestand, nach vorne zu blicken und die Vergangenheit ruhen zu lassen. Den NS-Größen scheint dieser Schritt leichter gefallen zu sein als denen, die erneut, wenn auch dieses Mal (zumindest physisch) weniger gewaltsam, zum Schweigen verurteilt wurden. Das Kriegsende kann in seiner Dimension und Wirkung daher nicht generalisiert werden. Die emotionale Wahrnehmung dieser Zäsur schwankte zwischen Enttäuschung und Erleichterung, zwischen Besatzung und Befreiung, zwischen Kontinuität und Neubeginn, wobei die Bewertung immer vom jeweiligen persönlichen Kontext und der eigenen Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus abhing. Diese Diversität der Erfahrung und Wahrnehmung muss folglich berücksichtigt werden, wenn wir uns mit den multiplen Zäsuren des Kriegsendes auseinandersetzen wollen.

Sandra Zimmermann

Das Kriegsende in Darmstadt 1945. Von der Zerstörung zum Wiederaufbau der Stadt und ihres kulturellen Lebens (1944–1950)

Am 8. Mai 1945 endete für Deutschland nach sechs Jahren offiziell der Zweite Weltkrieg und damit auch das nationalsozialistische Regime, welches hier zwölf Jahre lang geherrscht hatte. Aus heutiger Sicht wird das Kriegsende in der Regel als Befreiung und Erleichterung wahrgenommen. Es stellt sich allerdings die Frage, wie dieses Ereignis von den Zeitgenossen¹⁴⁰ wahrgenommen wurde. Dies soll am Beispiel der Stadt Darmstadt näher erörtert werden. Hierfür ist zunächst entscheidend, wie Darmstadt den Krieg erlebt hat: Wie kam die Zivilbevölkerung in direkten Kontakt mit dem Kriegsgeschehen? In einem nächsten Schritt wird betrachtet, wann und wie der Krieg in Darmstadt endete. Endete er wirklich erst am 8. Mai 1945? Und welche Ereignisse führten vor Ort zum Ende? Daran anschließend untersucht der Artikel, wie sich die unmittelbaren Jahre nach der Kapitulation für Darmstadt gestalteten. Dabei wird zunächst auf die politischen Entwicklungen eingegangen, bevor die Situation der Darmstädter Bevölkerung und der Wiederaufbau der Stadt untersucht werden. Vor dem abschließenden Fazit wird auch der kulturelle Wiederaufbau bis 1950 als wichtiger Faktor in der Nachkriegsgeschichte Darmstadts vorgestellt. Da viele Aspekte der Darmstädter Nachkriegszeit in der Vergangenheit schon ausführlich behandelt wurden, werden diese hier eher kurz dargestellt. Der Artikel legt den Fokus auf Aspekte, die vom Publikum während des Vortrags beim Kolloquium im Mai 2025 als besonders interessant, außergewöhnlich oder spezifisch für Darmstadt wahrgenommen wurden. Hierzu zählen vor allem der Konflikt rund um Ludwig Metzger 1945/46 und das Internierungslager in Darmstadt.

Kriegsgeschehen in Darmstadt während des Zweiten Weltkrieges

Darmstadt wurde schon früh Ziel englischer Luftangriffe. Bereits am 30. Juli 1940 gab es die ersten Abwürfe englischer Bomben auf Darmstadt. Insgesamt kam es im Verlauf des Krieges schließlich zu 40 Luftangriffen auf die Stadt, wobei der Großteil eher Zufalls- oder Notabwürfe von Bomben waren. Besonders ab 1943 vermehrten sich die Luftangriffe auf Darmstadt. Die Luftschutzmaßnahmen der



Obere Rheinstraße mit Blick auf Schloss und Marktplatz, 18. April 1945.

StadtA DA, Best. 53 Nr. 1025, Foto: unbekannt

Stadt wurden stetig ausgeweitet und verstärkt. Erste gezielte Großangriffe auf die Stadt fanden am 23. und 24. September 1943 statt. Sie dienten allerdings eher als Ablenkung von dem eigentlichen Angriffsziel Mannheim.

Für die Stadt Darmstadt war hauptsächlich das Jahr 1944 prägend. Bereits in den ersten sieben Monaten kam es hier zu acht Luftangriffen, die sich insbesondere gegen die Darmstädter Chemiefabriken richteten. Am 11. September 1944 griffen 221 englische Lancaster-Bomber der ersten und fünften englischen Bomber-Gruppe sowie 13 Mosquitos die Stadt an. Um 23:25 Uhr wurde bereits der dritte Fliegeralarm an dem Tag ausgelöst. Um 23:48 Uhr fielen Leuchtbomben. Die tatsächliche Bombardierung begann um 23:55 Uhr und endete um 00:20 Uhr. Durch die Bombardierung wurden nicht nur Gebäude, sondern auch Luftschutz- und Wasserleitungen zerstört, was die Rettungsmaßnahmen erschwerte. Hinzu kamen verschiedene Einzelbrände, die sich zu einem Großbrand mit starker Sogkraft entwickelten, was die Löschung der Brände zunächst nahezu unmöglich

machte. Durch diesen 25-minütigen Angriff verloren ungefähr 11.000 bis 12.000 Personen ihr Leben. Darunter vor allem auch Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, die keinen Schutz in den Bunkern finden konnten. Die Kernstadt wurde zu 78 Prozent, die Gesamtstadt mit ihren verschiedenen Stadtteilen zu 52,4 Prozent und die Innenstadt zu über 90 Prozent zerstört.¹⁴¹ Spätestens in der Nacht vom 11. auf den 12. September 1944, die heute als „Brandnacht“¹⁴² bezeichnet wird, erlebte die Stadt Darmstadt und ihre Bevölkerung den Krieg und seine Schrecken unmittelbar. Noch heute prägt diese Nacht nicht nur das Stadtbild Darmstadts, sondern auch stark die Erinnerung an den Krieg. Dieser Luftangriff blieb aber nicht der letzte auf Darmstadt. Es folgten noch weitere, weniger heftige Bombardierungen, wie zum Beispiel am 12. Dezember 1944.

Kriegsende in Darmstadt 1945

In der Nacht vom 22. auf den 23. März 1945 überquerte die 7. US-Armee den Rhein. Am 24. März gelangte sie in den Darmstädter Stadtteil Eberstadt. Am 25. März erreichte sie dann zunächst Arheilgen und anschließend die Kernstadt Darmstadts. Zu dieser Zeit befanden sich in Darmstadt noch ungefähr 200 Soldaten und Volkssturmmänner, die die Panzersperren an den Ausfallstraßen bewachen sollten. Diese verließen ihre Positionen allerdings, noch bevor die US-Armee zu ihnen gelangen konnte. Die Stadt wurde damit weitestgehend kampflos aufgegeben. Wichtige Vertreter des nationalsozialistischen Regimes waren bereits geflohen oder hatten sich das Leben genommen. Der Krieg endete in Darmstadt daher, wie auch in vielen anderen Städten und Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet, nicht erst mit der Kapitulation am 8. Mai. De facto war für die Stadt Darmstadt der Krieg mit dem Einmarsch der US-Truppen am 25. März 1945 endgültig vorbei.¹⁴³ Ab diesem Zeitpunkt galt es, das städtische Leben wiederzubeleben und fortzusetzen. Hierfür mussten zunächst die politischen Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Die politische Situation im Nachkriegs-Darmstadt

Kurz nach dem Einmarsch baute die US-Truppe eine Militärregierung und -verwaltung auf.¹⁴⁴ Die amerikanische Militärregierung wiederum setzte eine provisorische Stadtverwaltung mit Ludwig Metzger (1902–1993) als Oberbürgermeister ein. Dieser wurde auf Anfrage der Militärregierung von den Pfarrern Wilhelm Weinberger (1899–1963) und Wilhelm Michel (1890–1947) vorgeschlagen.¹⁴⁵

Metzger wählte als Mitarbeiter Personen aus, die für ihn Gegner des nationalsozialistischen Regimes waren. All diese Entscheidungen mussten allerdings noch durch die Militärregierung genehmigt werden. Eine weitere wichtige Person dieser Zeit war Professor Ludwig Bergsträsser (1883–1960, Leiter der Deutschen Regierung für die Provinz Starkenburg und später erster Darmstädter Regierungspräsident), der als wichtiger Vermittler zwischen der US-Militärregierung und der Stadtverwaltung agierte. Neben der provisorischen Stadtverwaltung mit Oberbürgermeister Ludwig Metzger wurde zudem ein Stadtausschuss von elf Mitgliedern gegründet, der bis Mai 1946 tagte.¹⁴⁶ Die Mitglieder wurden ebenfalls von Ludwig Metzger ausgewählt und durch die Militärregierung genehmigt. Der Ausschuss diente vor allem der Beratung der Stadtverwaltung, fokussierte sich unter anderem aber auch auf die Umbenennung von Straßen und Plätzen. Die ersten Straßen und Plätze wurden bereits im Juni 1945 durch den kommissarischen Ortsverwalter umbenannt.¹⁴⁷

Die Stadtverwaltung musste in provisorischen Liegenschaften arbeiten, da die eigentlichen Verwaltungsgebäude durch die Bombenangriffe zerstört worden waren. Bei den genutzten Gebäuden handelte es sich vornehmlich um Schulen (Eleonorenschule und Diesterwegschule), aber auch um ehemalige Kantinen oder Restaurants, die genügend Platz für die Beratungen boten. Die Stadtverwaltung musste sich zunächst vor allem um die durch den Krieg verursachten Aufgaben, wie die Versorgung der Darmstädter Bevölkerung und den Wiederaufbau der Stadt, kümmern. Hierzu wurden unter anderem das Ernährungs- und Wirtschaftsamt, das Kriegsschädenamt und die Stadtküche errichtet. In diesen Aufgabenfeldern waren daher die meisten Angestellten der Stadt Darmstadt nach dem Krieg beschäftigt.¹⁴⁸

Da bis zur Ersterscheinung des Darmstädter Echos am 21. November 1945 keine Lokalzeitung für Darmstadt existierte, erfolgte die Kommunikation zwischen der Stadtverwaltung und der Bevölkerung zunächst über das „Amtliche Mitteilungsblatt des Oberbürgermeisters für die Stadt Darmstadt“, welches alle wichtigen Bekanntmachungen und Regelungen für die Stadtbevölkerung enthielt.¹⁴⁹

Die Beziehung zwischen der Stadtverwaltung und der Militärregierung war zu Beginn angespannt. Die Stadtverwaltung kritisierte die häufig wechselnden Ansprechpartner innerhalb der Militärregierung, was eine gute Kommunikation erschwerte. Zudem beanstandete sie, dass die wöchentliche Berichterstattung gegenüber der Militärregierung zu viel sei und die eigentliche Arbeit beeinträchtigte.¹⁵⁰ Gleichzeitig mussten aber die Mitglieder der Militärregierung ebenfalls

regelmäßige Berichte an ihre Vorgesetzten abgeben. Zudem mussten alle Entscheidungen der Stadtverwaltung zunächst durch die Militärregierung genehmigt werden, was ebenfalls den Arbeitsprozess stark verlangsamte.¹⁵¹ Es gab auch immer wieder Konflikte zwischen der Militärregierung und der Bevölkerung. Sie wurden häufig durch Beschlagnahmungen der Militärregierung hervorgerufen.¹⁵² Aber auch viele Gewalttaten gegeneinander finden sich heute noch in den Akten.¹⁵³

Zu einem größeren Konflikt zwischen Stadtverwaltung und Militärregierung kam es ab September 1945. Die Militärregierung forderte, 150 Beamte der Stadtverwaltung aufgrund ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit zu entlassen. Oberbürgermeister Ludwig Metzger weigerte sich mit der Begründung, dass nur die wenigsten dieser Angestellten wirklich Nationalsozialisten gewesen seien:

„In der Liste waren 20 bis 30 Beamte, von denen man sagen konnte, daß sie wirklich Nationalsozialisten waren [...]. Sie hatte ich bereits von mir aus entlassen. Für die große Mehrzahl aber galt, daß sie formell – vielleicht aus Schwachheit – der NSDAP angehört hatten, daß sie aber nie aus eigener Initiative und Gesinnung im Sinne des Nationalsozialismus handelten.“¹⁵⁴

Die Weigerung Metzgers, die anderen Angestellten zu entlassen, sowie der Vorwurf, sich „in Luxemburg nazistisch betätigt“ zu haben,¹⁵⁵ führten schließlich dazu, dass er im Oktober 1945 selbst von der Militärregierung entlassen wurde. Verschiedene Fürsprecher, darunter der Regierungspräsident Ludwig Bergsträsser, die Witwe und Tochter Wilhelm Leuschners (1890–1944) sowie der Leiter der Darmstädter Militärregierung, Major Wilson W. Williver, machten sich für seine Wiedereinsetzung stark. Bergsträsser ließ Metzger schließlich kommissarisch durch den hessischen Innenminister Hans Venedey und den Ministerpräsidenten Karl Geiler wieder einsetzen. Daraufhin forderte die US-Militärregierung, die Wiedereinsetzung rückgängig zu machen. Der Konflikt ging schließlich bis zum Oberbefehlshaber der Militärregierung in Deutschland, der zugunsten Metzgers entschied. Ein wichtiger Grund war sicherlich auch, dass die gesamte SPD die Wiedereinsetzung Metzgers unterstützte. Ludwig Metzger wurde daraufhin im Januar 1946 wieder eingesetzt.¹⁵⁶

Die Beziehungen zwischen der Stadtverwaltung und den amerikanischen Truppen besserten sich insgesamt erst Ende 1945. Im Dezember 1945 gab die Militärregierung der Stadt die Eigenverantwortung für Finanz-, Rechts-, Sozial- und Wohnungsangelegenheiten zurück. Außerdem wurden gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt. Bereits am 11. November 1945 kam es zum ersten

Grenzzugang¹⁵⁷ der Nachkriegszeit mit Mitgliedern der Militärregierung, der Stadtverwaltung und der Darmstädter Bevölkerung. Durch die Deutsche Gemeindeordnung vom 21. Dezember 1945 erhielt Darmstadt schließlich seine Selbstbestimmung zurück: „Die Gemeinden sind öffentliche Gebietskörperschaften. Sie verwalten sich selbst unter eigener Verantwortung. Ihr Wirken muß im Einklang mit den Gesetzen und den Zielen der Staatsführung stehen.“¹⁵⁸ Bekräftigt wurde dies durch Artikel 137 der am 1. Dezember 1946 verabschiedeten Hessischen Verfassung.¹⁵⁹ Die erste Kommunalwahl fand im Januar 1946 statt, in der die SPD die Mehrheit erhielt.¹⁶⁰ Ludwig Metzger wurde schließlich am 25. Juli 1946 einstimmig zum Oberbürgermeister gewählt. Julius Reiber (1883–1960) wurde Bürgermeister, Ludwig Schrauth (1885–1980) Stadtrat und Gustav Feick (1904–1983) Stadtkämmerer.¹⁶¹

Der Umgang mit dem nationalsozialistischen Regime, seinen Funktionären und Verbrechen

Der Umgang mit NS-Funktionären war in Darmstadt zunächst nicht anders als in anderen Gemeinden. Sie wurden erfasst und aus ihren Diensten entlassen.¹⁶² Bekannte NS-Funktionäre wurden festgenommen und in Internierungslagern untergebracht. Im Frühjahr 1945 wurde daher auf der ehemaligen Kavalleriekaserne in Darmstadt ein Lager für deutsche Kriegsgefangene errichtet, welches in dieser Form bis Februar 1946 existierte. Ab Februar 1946 wurde das Lager zu einem zentralen Internierungslager für die amerikanische Besatzungszone umstrukturiert. Das Lager wurde ab November 1946 wieder in die Verantwortung der hessischen Regierung übergeben. Ab 1948 wurden keine neuen Personen mehr in das Lager gebracht, 1950 wurde es schließlich aufgelöst.

Das Internierungslager war für Männer vorgesehen. Es gab aber ebenfalls ein Frauenlager, welches räumlich von dem Männerlager getrennt war. Das Lager stand unter deutscher Selbstverwaltung der Insassen und war wie eine Stadtverwaltung aufgebaut. Es gab einen Oberbürgermeister mit Referenten, einen Bürgermeister, einen Stadtrat, einen Kulturreferenten, Feuerwehr, Polizei, Presse und sogar ein Disziplinargericht.¹⁶³ Es besaß eine eigene Spruchkammer, die unabhängig von der Darmstädter Spruchkammer war. Das Lager war eine eigene Welt für sich, es hatte eine „gewählte Selbstverwaltung, eine eigene Lagerzeitung [...], ein Lagertheater [...] und sogar eine Lageruniversität, in der inhaftierte Universitätsprofessoren und Dozenten die Lagerinsassen unterrichteten“.¹⁶⁴ Diese Welt wurde zunächst strikt von der Außenwelt getrennt. Beabsichtigt war eigentlich, die

Lagerinsassen für Arbeiten außerhalb des Lagers einzusetzen, zum Beispiel in Fabriken oder im Städteaufbau. Allerdings war die Sicherheitsfrage in diesem Rahmen zunächst schwer zu lösen:

„Das größte Hindernis wurde von den verantwortlichen Stellen in der scheinbar zu lösenden [sic!] Sicherheitsfrage gesehen. Es stand nicht genügend Bewachungspersonal zur Verfügung, um einen Arbeitseinsatz großen Stiles außerhalb des Lagers durchzuführen. So mußten monatelang 20 000 und mehr vollwertige Arbeitskräfte und nützliche Fähigkeiten brachliegen.“¹⁶⁵

Außerhalb des Lagers wurden die Inhaftierten daher nur selten und nur für wenige Aufgaben wie Transporte oder Beschaffungen eingesetzt.¹⁶⁶ Ab November 1946 entstand im Internierungslager ein Arbeitslager. Die Insassen wurden schließlich spätestens seit 1947 auch für Arbeiten außerhalb des Lagers herangezogen, wie zum Beispiel für den Wiederaufbau der Stadt.¹⁶⁷ Ein Teil der Insassen wurde außerdem bei privaten Betrieben eingesetzt.¹⁶⁸ Nicht alle Inhaftierten durften an den sogenannten Außeneinsätzen teilnehmen. Die „Dienstgradbeschränkung“ regelte beispielsweise, dass „Angehörige der Gestapo, SS ab Sturmabführer, Politische Leiter ab Kreisleiter“ nicht „zum Außeneinsatz kommen können“.¹⁶⁹ Bei den Arbeitseinsätzen spielte der Arbeitsschutz der Insassen stets eine wichtige Rolle.¹⁷⁰ Während dieser Außeneinsätze kamen die Insassen sicherlich auch mit der Zivilbevölkerung in Kontakt. Weiterführende Aufzeichnungen davon liegen diesem Artikel allerdings nicht zugrunde.

Neben der Inhaftierung gab es für die übrige Bevölkerung, wie überall in Deutschland, sogenannte Spruchkammern, die darüber urteilten, wie und inwiefern eine Person mit dem NS-Regime verbunden war.¹⁷¹ In Darmstadt war dies die Spruchkammer Darmstadt-Stadt.

Zudem kam es in Darmstadt zu zwei größeren Gerichtsverhandlungen, die einen kleinen Teil der Verbrechen der Nationalsozialisten deutlich und unübersehbar machten. Ab Juli 1945 kam es zu einem Prozess wegen des Lynchmords an einer amerikanischen Bomberbesatzung in Rüsselsheim. Dieser Fall wurde vor einem amerikanischen Militärgericht verhandelt. Am 30. Juli 1945 folgte das Urteil: Sieben Angeklagte wurden zum Tode, zwei Angeklagte zu 15 Jahren und ein Angeklagter wurde zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine Person wurde freigesprochen. Bei den zwei beteiligten Frauen wurde die Todesstrafe später in eine Zuchthausstrafe umgewandelt.¹⁷² Im Oktober 1946 wurde die Beteiligung an den Brandstiftungen und Zerstörungen der Synagogen unter anderem in Darmstadt und Eberstadt aus dem Jahr 1938 vor dem Landgericht Darmstadt verhandelt.¹⁷³

Zwei der Angeklagten wurden zu „sieben Jahre[n] Zuchthaus und fünf Jahre[n] Ehrverlust“, ein weiterer wurde zu „vier Jahren Zuchthaus und drei Jahre[n] Ehrverlust“ und vier weitere Angeklagte wurden zu kürzeren Haftstrafen verurteilt.¹⁷⁴

Die Gerichtsverhandlungen, Spruchkammern, die Entlassung der NS-Funktionäre aus ihren Positionen und die Verhaftungen und Unterbringungen im Internierungslager waren zunächst die einzigen Auseinandersetzungen mit der Zeit und den Verbrechen des NS-Regimes. Ähnlich wie in anderen Städten fand auch in Darmstadt keine größere Aufarbeitung statt. So sprach der Autor eines Artikels im Darmstädter Echo 1946 noch von einem „aufgezwungenen“ Krieg.¹⁷⁵ In einem Schreiben an die Militärregierung erklärten Bergsträsser, Metzger und Reiber:

„Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, dass sehr erhebliche Teile unserer Bevölkerung die Amerikaner mit Genugtuung empfangen haben, weil für sie damit die Schrecken des Krieges und die Herrschaft des verhassten nationalsozialistischen Systems ein Ende nahm.“¹⁷⁶

Im Amtlichen Mitteilungsblatt vom 10. Mai 1945 argumentiert Metzger: „Sein [deutsches Volk] ehrlicher Name ist von Leuten, die sich dreist die Führung angemaßt haben, beschmutzt worden“, und er betont auch „das unsagbare [...] Leid, [das] ihm [dem deutschen Volk] von seinen Gewalthabern und durch den Krieg zugefügt worden“ sei.¹⁷⁷ Hierbei lässt sich die Distanzierung von den nationalsozialistischen Verbrechen und der Herrschaft erkennen. Es wurde das Bild vermittelt, dass nur einige wenige wirklich Nationalsozialisten gewesen seien. Der Rest seien Mitläufer oder Unterdrückte gewesen, die selbst unter der nationalsozialistischen Regierung gelitten hätten. Warum sich nicht näher mit dem Thema Nationalsozialismus auseinandergesetzt wurde, kann nicht allein auf die Verdrängung des Themas geschoben werden. Insgesamt überwogen zunächst die Alltagsorgen und der notwendige Wiederaufbau der Stadt als wichtige Themen für die Stadt Darmstadt.

Die allgemeine Situation Darmstadts und seiner Bevölkerung nach dem Krieg

Darmstadt wurde im Zweiten Weltkrieg so stark zerstört, dass zunächst vor allem die Trümmerräumung Priorität erhielt.¹⁷⁸ Ab Sommer 1945 wurde daher die Trümmerräumung unter der Aufsicht des Tiefbauamtes durch Baufirmen und die sogenannte Trümmerbahn durchgeführt. Diese Bahn bestand aus „24 Diesellokomotiven, 257 Muldenkippern, 4 Ladebaggern und 15 Kilometern Fördergleis“.¹⁷⁹

Es wurden alle männlichen Einwohner zwischen 16 und 60 Jahren an einem sogenannten Pflicht-Räumttag pro Monat zur Trümmerräumung herangezogen. Diese Maßnahme endete im Dezember 1946.¹⁸⁰ An diesem Räumttag erhielten die Bewohner freies Essen (unabhängig von ihren Lebensmittelkarten) und wurden durch die Stadt versichert. Weigerte sich eine Person, am Räumttag teilzunehmen, erhielt sie keine Lebensmittelkarten. Diese Vorgabe Metzgers wurde insbesondere von der KPD heftig kritisiert. So argumentierte sie, der Entzug der Lebensmittelkarte bedeute den „Hungertod“. Dies „sei nur von den Nazis in den Kz [sic!] durchgeführt worden und der Oberbürgermeister von Darmstadt mache das nun genauso“.¹⁸¹ Metzger selbst argumentierte allerdings, „wer kommt und seiner Arbeitspflicht genügen will, bekommt dann sofort seine Lebensmittelkarten“ und der Pflichträumttag sei daher nicht mit „Hungertod“ gleichzusetzen.¹⁸² Der Wochenbericht resümierte im Juni 1946: „Der von dem Unterzeichneten [Oberbürgermeister Metzger] für die gesamte männliche Bevölkerung im Alter von 16–60 Jahren angeordnete Pflichtarbeitseinsatz macht sich fördernd bemerkbar.“¹⁸³ Ab 1946 mussten sich dann auch ehemalige „Pg's“ (Parteigenossen der NSDAP) beteiligen. Lobend hebt der Wochenbericht bereits im März 1946 hervor, dass sich auch erstmals zehn weibliche Freiwillige an der Trümmerräumung beteiligt hätten.¹⁸⁴ Das Ziel war, bis zum Jahr 1946 zunächst die Straßenzüge freizuräumen. Die vollständige Trümmerräumung dauerte schließlich bis 1965 an.

Die Wohnsituation in dieser Zeit war nicht nur durch die Zerstörung der Stadt erschwert. Hinzu kam, dass nach dem Krieg auch Evakuierte und Heimkehrer zurückkehrten, die in der Stadt unterkommen mussten. Zudem kam es zu Beschlagnahmungen durch die US-Truppen, da diese ebenfalls Wohnplatz benötigten. Obgleich Darmstadt aufgrund seiner Zerstörung keine Vertriebenen aufnehmen musste, tat es das trotzdem. Grund hierfür war, dass unter den Vertriebenen viele Bauarbeiter und Handwerker waren, die für den Wiederaufbau der Stadt eingesetzt werden konnten. Durch die Not der vielen Personen, die Wohnraum benötigten, wurde der Wohnraum durch die sogenannte Wohnraumlenkung zugeteilt.¹⁸⁵ Dies führte dazu, dass teilweise fremde Personen auf engem Wohnraum zusammenleben mussten. Die Situation entspannte sich vor allem durch den Bau von Wohnsiedlungen für die amerikanischen Truppen. Hierdurch konnte der zuvor beschlagnahmte Wohnraum zurückgegeben werden.¹⁸⁶ Außerdem bemühte sich die Stadt, schnell neue Häuser zu bauen. Eine Tatsache, die der Stadt Darmstadt noch heute anzusehen ist.

Die gesundheitliche Situation in Darmstadt war ähnlich wie in fast allen Städten in Deutschland und wird daher hier nicht näher betrachtet. Der Straßenver-

kehr und die Energie- und Wasserversorgung waren in Darmstadt aber geprägt durch die Zerstörung der Stadt. Die Straßen mussten zunächst von den Trümmern befreit werden. Erst Ende des Jahres 1946 konnten wieder Straßenbahnen fahren. Busse wurden von den amerikanischen Truppen beschlagnahmt und erst ab 1947 bzw. 1948 zurückgegeben. Die Energieversorgung der Stadt konnte schnell wieder in Ordnung gebracht werden. Dennoch blieb Strom bis 1949 rationiert. Schwieriger war die Lage für die Gas- und Wasserversorgung, da hier die Leitungen bei den Angriffen auf die Stadt zerstört worden waren. Die Wiederherstellung dieser kritischen Infrastruktur dauerte bis 1947 an.¹⁸⁷

Auch Schule und Bildung litten spätestens seit der sogenannten Brandnacht. Seit dieser Nacht fand an Darmstädter Schulen kein Unterricht mehr statt, da die Gebäude häufig zerstört bzw. für Verwaltungsaufgaben umgenutzt worden waren. Hinzu kam, wie auch in anderen Orten, der durch Krieg und Entnazifizierung bedingte Lehrermangel. Ab Oktober 1945 wurde der Unterricht dann wieder in Schichten mit sehr großen Klassen aufgenommen.¹⁸⁸ Denn auch für die US-Militärregierung stellte Bildung ein wichtiges Element für ihre Reeducation dar. Im Januar 1946 konnte dann provisorisch die Technische Hochschule als erste Hochschule in der US-Zone wieder öffnen. Die US-Militärregierung förderte außerdem den Aufbau der Volkshochschule und der Stadtbibliothek, ebenfalls als Teil der Reeducation-Maßnahmen. Die Volkshochschule wurde im Februar 1946 eröffnet und erfreute sich sehr hoher Nachfrage.¹⁸⁹ Zudem wurde ab 1953 ein Amerika-Haus (später mit Bibliothek) gegründet.¹⁹⁰

Der kulturelle Wiederaufbau im Nachkriegs-Darmstadt

Neben dem Aufbau der Stadt und ihrer Infrastruktur erwies sich im Nachkriegs-Darmstadt auch der (Wieder-)Aufbau der Kultur als besonders wichtig: Insbesondere nachdem Darmstadt seine ursprüngliche Identität durch die Bestimmung Wiesbadens zur Landeshauptstadt und den durch die Entmilitarisierung bedingten Verlust des Titels Garnisonsstadt zu einem gewissen Grad verloren hatte.¹⁹¹ Darmstadt sollte als Kunst- und Kulturstadt eine neue Identität erhalten. Zudem sollte das kulturelle Angebot auch als Ablenkung für die Bevölkerung von der zerstörten Stadt wirken. Das Problem war allerdings, dass auch die Kunst- und Kultureinrichtungen im Krieg zerstört worden waren. Viele Einrichtungen waren bereits vor der Brandnacht geschlossen worden und mussten erst wieder neu belebt werden.¹⁹²

Bereits im August 1945 erklärt die Stadtverwaltung in ihrem Wochenbericht: „Die Stadtverwaltung läßt es sich angelegen sein, die ruhmreiche Tradition der kulturellen Arbeit wieder aufzugreifen, so stellen sich aber auch hier große Schwierigkeiten in den Weg.“¹⁹³ Im Weg standen die fehlende Lizenz der Militärregierung zur Durchführung städtischer Kulturveranstaltungen sowie das Nichtvorhandensein passender Räume. Ab Sommer 1945 wurde schließlich eine Kulturverwaltung eingerichtet, Kulturreferent wurde Wolfgang Steinecke (1910–1961). Diese nahm bereits vor der Lizenz erste Arbeiten auf und organisierte das Sammeln von Noten und Instrumenten für die künftige Landesmusikschule.¹⁹⁴ Nachdem sie im September schließlich die nötige Lizenz erhielt, organisierte sie zügig erste kulturelle Veranstaltungen in provisorischen Veranstaltungsräumen.¹⁹⁵ Gleichzeitig kam es in der Nachkriegszeit zu vielen Neugründungen und Wiederaufnahmen. Auch die Darmstädter Sezession wurde wiedergegründet und konnte 1948 mit ihrer Ausstellung die Hallen der Mathildenhöhe wieder einweihen.¹⁹⁶ Diese Ausstellung war ein „großer Besuchserfolg“.¹⁹⁷ Laut Wochenbericht besuchten täglich im Schnitt 100 Personen die Ausstellung, was die Sehnsucht nach kulturellen Ereignissen verdeutlicht.¹⁹⁸ Ein wichtiges Ereignis war überdies, dass der Georg-Büchner-Preis erstmalig seit 1932 wieder verliehen wurde.¹⁹⁹ Eine Ablenkung vom Alltag boten außerdem die neu errichteten Kinos. Bereits 1948 eröffnete das Thalia-Theater und zeigte Hollywood-Filme.²⁰⁰

Im Jahr 1946 organisierte die Stadt zudem eine Werbewoche für den kulturellen Wiederaufbau. Der Gewinn sowie die Spenden aus dieser Woche wurden „dem Kulturellen Wiederaufbau zugeführt“.²⁰¹ Dies sind sicherlich nur einige Beispiele des kulturellen Wiederaufbaus in Darmstadt nach dem Zweiten Weltkrieg. Er prägt aber noch heute das Bild und die Selbstwahrnehmung Darmstadts als Kunst- und Kulturstadt.

Obleich der kulturelle Wiederaufbau insgesamt befürwortet wurde, gab es auch Kritik an ihm. Das Argument war vor allem, dass das dafür genutzte Geld gerade in Zeiten der Not auch sinnvoller verwendet werden könnte. Nicht nur die finanzielle Unterstützung rief Kritik hervor. Kritisiert wurde auch, dass Räume für Kulturveranstaltungen genutzt wurden, die andere Verwendungen finden könnten. Im Jahr 1946 wurden die Bewohner des Altersheims im Jagdschloss Kranichstein in Heppenheim untergebracht. Grund hierfür war, dass im Schloss

„Teile der Landesmusikschule“ untergebracht werden sollten und ein „Ferienkurs für internationale Musik [...] und im Anschluss daran eine Woche für internationale Musik [abgehalten] werden“ sollte.²⁰² Diese Veranstaltung wurde im Nachhinein dennoch als großer Erfolg von Seiten der Stadtvertreter wahrgenommen.²⁰³

Fazit

Der 8. Mai 1945, der aus heutiger Sicht das Ende des Zweiten Weltkrieges für Deutschland markiert, bedeutete für Darmstadt nicht das Kriegsende. Dieses wurde in Darmstadt bereits im März durch die Ankunft der US-Truppen erreicht. Das Kriegsende wurde in Darmstadt dabei ähnlich wie in vielen anderen Städten wahrgenommen. Sicher ist natürlich auch, dass jede Wahrnehmung individuell ist. So hing es stark davon ab, wer man war und welche Erfahrungen man mit



dem NS-Regime gemacht hatte. Obgleich heute das Kriegsende vor allem mit dem Gefühl der Befreiung in Verbindung gebracht wird, ist fraglich, wie viele Bewohner es in diesem Moment wirklich so empfanden oder ob nicht viel mehr die Sorge vor einer ungewissen Zukunft überwog.

Denn für viele Bewohner bedeutete die Ankunft der US-Truppen die Niederlage und eine damit verbundene Demütigung. Zudem ging für viele Personen das jahrelang vertraute Regime verloren. Damit verbunden war die Sorge und Angst vor der Zukunft groß. Dies änderte sich erst mit der zunehmenden Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Darmstädter Bevölkerung und den US-Truppen sowie mit der zunehmenden kommunalen Selbstverwaltung der Stadt.

Von einigen Darmstädter Bewohnern wurde das Kriegsende aber auch als eine Erleichterung wahrgenommen. Anders als andere Orte in Deutschland war die Stadt Darmstadt durch die starken Bombardierungen sehr drastisch und direkt mit dem Kriegsgeschehen in Berührung gekommen. Viele Gebäude wurden zerstört, die Versorgung war erschwert. Sehr viele Menschen wurden obdachlos und fürchteten sich weiterhin vor den Luftangriffen. Die Ankunft der US-Truppen bedeutete das Ende der Bombardierung und damit das Ende der mit ihr verbundenen Ängste. Zudem ermöglichte das Ende des Krieges auch den Wiederaufbau der Stadt und der Versorgungssysteme.

Sylvia Goldhammer

Das Kriegsende und der demokratische Neuanfang in Oberursel 1945/46, Camp King, Eugen Kogon und der Oberurseler Kreis²⁰⁴

Der folgende Aufsatz befasst sich nur mit der Kernstadt Oberursel mit Bommerheim (eingemeindet 1929), das heißt nicht mit den 1972 eingemeindeten Stadtteile Stierstadt, Oberstedten und Weißkirchen. Oberursel war 1866 preußisch geworden, gehörte zum 1867 geschaffenen Regierungsbezirk Wiesbaden und war nach Bad Homburg die zweitgrößte Stadt des Obertaunuskreises. Die Stadt umfasste 1933 circa 23 Quadratkilometer und zählte rund 10.700 Einwohnerinnen und Einwohner, davon waren 53 Prozent katholisch und 41,7 Prozent evangelisch.

Überblick über Literatur und Archivalien

Für die Stadtgeschichte Oberursels liegt eine auf wissenschaftlicher Grundlage 1991 entstandene Publikation von Angelika Baeumerth vor, die innerhalb von zwei Kapiteln das Kriegsende und die unmittelbare Nachkriegszeit behandelt. Baeumerth wertete Akten aus dem Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden aus. Städtische Archivalien lagen zur Entstehungszeit offenbar noch nicht vor, so verwendete sie vor allem gedruckte Quellen. Baeumerth konnte noch Zeitzeugen befragen als Ersatz für die amtliche Überlieferung.²⁰⁵

Die unmittelbare Zeit vor und nach Kriegsende ist als nahezu bild- und schriftlos anzusehen. Die amtlichen Bekanntmachungen sind für den Zeitraum bis zum Beginn der protokollierten Beratungen mit den Bürgerräten ab Mitte Oktober 1945 und den politischen Lageberichten ab März 1946 nach derzeitigem Stand die einzigen amtlichen Quellen, die das Wirken der US-Militärregierung und der Stadtverwaltung sowie den Umgang mit den Notständen dokumentieren.²⁰⁶ Der Mangel an Fotografien kann mit der Konfiskation aller Fotoapparate durch die amerikanische Besatzungsmacht erklärt werden. Im Stadtarchiv hat sich eine Liste mit über 850 eingezogenen Fotoapparaten Oberurseler Bürgerinnen und Bürger erhalten.²⁰⁷

In der Lokalgeschichtsschreibung sind verschiedene Erinnerungen über das Kriegsende und die Nachkriegszeit von Bürgerinnen und Bürgerinnen veröffentlicht worden. Sie geben ein lebendiges Bild über die individuell erlebten Ereignisse, Sorgen und Nöte wieder. Einige Berichte sind aber Jahrzehnte später niedergeschrieben, also nicht mehr ganz authentisch.

Über das Kriegsende und das Handeln der Vertreter der Stadtverwaltung hat sich eine Legende gebildet, die – anerkennend oder kritisch – immer wieder neu und variantenreich erzählt wird. Demnach haben der damalige Stadtkämmerer Heinrich Kappus und Pfarrer Josef Hartmann in zähen Verhandlungen die Stadt am Kriegsende vor der Zerstörung bewahrt. In Varianten wird noch das Hissen einer weißen Flagge ergänzt.²⁰⁸ Anhand der Spruchkammerakten der Oberurseler Bürgermeister ließ sich ein genaueres Bild der Ereignisse am Kriegsende in Oberursel rekonstruieren.²⁰⁹ Sie geben auch Einblick in die 1945 gerade vergangene NS-Herrschaft und enthalten zahlreiche Hinweise auf einen katholisch motivierten Widerstand gegen die NS-Ideologie in der Verwaltungsspitze, der auch innerhalb der katholischen Kirchengemeinde bestand.²¹⁰ Einige Aktenbelege, die der Militärregierung oder den Spruchkammern als Beweis vorgelegen haben, konnten nach derzeitigem Verzeichnungsstand im Stadtarchiv noch nicht identifiziert werden. Es ist nicht bekannt, ob alle Aktenstücke den Weg zurück in die Stadtverwaltung gefunden haben.

Die Bewältigung der Problemlagen in Oberursel, die in allen Städten und Gemeinden des Obertaunuskreises ähnlich gewesen sein dürften, steht isoliert da, müsste aber in Zusammenhang mit dem Handeln der Kreisverwaltung und auch der US-Militärverwaltung gesetzt werden. Hier besteht Forschungsbedarf.

Das Kriegsende in Oberursel

Seit Wochen hörte man Geschwader von Tieffliegern über das Taunusgebiet donnern. Oberursel erlebte zwischen 1940 und 1945 insgesamt 594 Fliegeralarme. Noch im März 1945 waren es 56 gewesen. Die Stadt war aber von größeren Zerstörungen verschont geblieben. Die Zahl der Todesfälle und Verletzten blieb im zweistelligen Bereich. Während des Kriegsverlaufs gab es zahlreiche Gebäudeschäden, zum Beispiel an Wohnhäusern, an der St.-Ursula-Kirche oder an Fabrikanlagen wie bei Klöckner-Humboldt-Deutz (Motorenfabrik Oberursel) oder der Maschinenfabrik Turner. Getroffen wurde auch ein Teil des früheren Reichssiedlungshofes (Oberstedtener Gemarkung) und ein Gebiet südlich der Gauschule im Gebiet der Hohemark.²¹¹

An der Spitze der Verwaltung hatte ab 24. Oktober 1933 der nationalsozialistische Bürgermeister August Weiß gestanden. Weiß kam aus Frankfurt-Niederrad. Er war seit 1912 Postillion, dann Postbote in Frankfurt und befreundet mit Jakob Sprenger, dem späteren Gauleiter im Gau Hessen-Nassau. Beide kannten sich von der Post und waren „alte Kämpfer“. Weiß war bereits 1925 in die Partei eingetreten. In Niederrad hatte er zusammen mit Sprenger die Ortsgruppe aufgebaut. Von 1930 bis 1933 war er Stadtverordneter in Frankfurt, bis 1937 war er außerdem Kreisleiter, danach Kreisleiter ehrenhalber. Ihm zur Seite standen am Kriegsende der Erste Beigeordnete als Vertreter des Bürgermeisters und Stadtkämmerer Heinrich Kappus, außerdem zwei weitere, ehrenamtliche Beigeordnete (= Stadträte) und eine Gruppe Ratsherren mit beratender Funktion.

Kappus war ein ausgewiesener und erfahrener Verwaltungsfachmann und auf Drängen Weiß' 1934 in die NSDAP eingetreten. Ohne ihn hätte Weiß – wie auch bereits sein Vorgänger Karl Lange²¹² – die Stadt fachlich nicht führen können. Aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von 1933 hätte er Kappus, der bis zum Verbot Mitglied im Vorstand der Zentrumsparterie war, als Beamten nicht mehr in der Verwaltung halten können. Im Juni 1935 hatte Weiß in Zusammenhang mit der neuen Hauptsatzung die Schaffung einer neuen, hauptamtlichen Stelle des Ersten Beigeordneten (ein bisher ehrenamtlicher Titel) und Stadtkämmerers durchgesetzt, um sie mit Heinrich Kappus zu besetzen.²¹³ Die hauptamtliche Funktion ermöglichte es dem Stelleninhaber, im Vertretungsfall auch in schwierigen Materien alleinverantwortlich Entscheidungen zu treffen. Dies war umso nötiger, als Weiß eine angeschlagene Gesundheit hatte. Der Ratsherr Rudolf Schneider, persönlicher und politischer Gegner von Heinrich Kappus, hatte sich massiv dagegen erhoben, da er dessen echte nationalsozialistische Gesinnung anzweifelte.²¹⁴ Schneider war 1925 in die NSDAP eingetreten und seitdem Ortsgruppenleiter bzw. SA-Truppführer und mit weiteren Funktionen aktiver Parteifunktionär.

1938 war ein Schreiben der NSDAP-Kreisleitung an Bürgermeister Weiß ergangen. Darin wurde er aufgefordert, den Parteigenossen Kappus aus dem Amt des Ersten Beigeordneten zu entfernen, da diesem fortgesetzt unterstellt werde,

„[...] nur deswegen in die Partei gegangen zu sein, um sich nach aussen hin ein anderes Ansehen zu geben. Im Inneren und Weltanschaulichen soll er durchaus nicht so auf der Linie liegen, wie es die Partei von Beamten und vor allen Dingen von Parteigenossen erwarten muss.“²¹⁵

Wer war Heinrich Kappus?

Die Familie lässt sich bis mindestens Anfang des 19. Jahrhunderts in Oberursel nachweisen. Nach dem frühen Tod seines Vaters musste der Sohn mit 14 Jahren die Schule beenden und trat 1906 als Verwaltungslehrling in die Stadtverwaltung ein. 1920 war er Mitbegründer der örtlichen Zentrumspartei, Vorstandsmitglied und Schriftführer bis zur Auflösung 1933. Von 1927 bis 1932 besuchte er berufsbegleitend die Akademie der Verwaltung. Bis zum Beginn der NS-Herrschaft war er als Verwaltungsoberinspektor in der Kämmerei tätig. Er war in dieser Funktion nach Aussage des letzten demokratisch gewählten, parteilosen Bürgermeisters Karl Horn, der 1933 von den Nationalsozialisten abgesetzt worden war, dessen engster Berater in fachlichen und politischen Fragen.

Horn, Bürgermeister von 1927 bis 1933, hatte vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 die Hakenkreuzflagge am Wahllokal der Oberrealschule heruntergeholt und einen scharfen Protest gegen die Beflaggung in der Zeitung veröffentlicht. Kappus sei geistiger Miturheber dieses Protests gewesen.

Seit Januar 1945 war Weiß schwer krank. Kappus hatte daher bis zum Zusammenbruch die Verwaltungsführung der Stadt inne. Auf ihm lag in den letzten Kriegswochen und -tagen die Verantwortung. Am Montag, 26. März 1945, gab es in Oberursel keinen Strom mehr, das heißt kein Licht und kein Radio, Post und Zeitung ebenfalls nicht. Am Dienstag, 27. März 1945, kam das Gerücht auf, dass Oberursel geräumt werden solle. Die Oberurselerin Lotte Kopp (1905–1997) notiert an diesem Tag in ihrem Tagebuch: „Nachts schwere Artillerieschießerei. Nicht ausgezogen, nicht geschlafen.“²¹⁶

In den letzten Wochen waren Flugblätter abgeworfen worden, die an die Bürgermeister zur Kapitulation gerichtet waren. Sie forderten den Abbau von Panzersperren und das Hissen einer weißen Flagge. Kappus hatte die militärische Lage für Deutschland als aussichtslos und den Krieg für verloren eingeschätzt und trat jetzt in den offenen Widerstand. Am Dienstag der letzten Kriegswoche hatte er den Ortsgruppenleiter Schneider aufgefordert, die zahlreich angelegten Panzersperren in der Stadt beseitigen zu lassen. Dieser weigerte sich zunächst, gab dann aber nach. Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Bürger bauten die Panzersperren ab.

Ebenfalls am 27. März lag der Ortsgruppenleitung der Befehl zur Räumung Oberursels und zum Aufgebot des Volkssturms zur Verteidigung der Stadt am gleichen Abend vor.²¹⁷ Kappus führte diesen Befehl nicht aus und erreichte eine

Verschiebung des Termins auf den Abend des nächsten Tages. Parallel dazu ließ er über Vertrauensleute die Bevölkerung informieren, dass keine Waffen vorhanden seien und man in Oberursel bleiben solle.²¹⁸

Er wurde daraufhin zum Landrat des Obertaunuskreises einbestellt – Wolfgang Prinz von Hessen –, der ihm mit der versammelten SA-Führerschaft Vorwürfe machte. Kappus stellte seine Sichtweise dar, es folgten keine weiteren Konsequenzen – der Befehl war von Parteiseite gekommen. Von Hessen schloss sich an und teilte am gleichen Abend die Entscheidung den anderen Bürgermeistern des Kreises mit. Es war im ganzen Kreis zu keiner Evakuierungsmaßnahme gekommen.²¹⁹

Am Mittwoch, 28. März 1945, notierte Lotte Kopp: „Viele Soldaten ziehen durch die Feldbergstraße. Nachts starkes Artillerief Feuer. In Oberursel verschiedene Schäden.“²²⁰

Am selben Tag meldete sich bei Kappus ein „deutscher Hauptmann“ mit seinen Truppen zur Verteidigung Oberursels. Kappus riet ihm in langer Verhandlung von Verteidigungsmaßnahmen ab, da die weitere Umgebung bereits besetzt sei und der Volkssturm nicht zur Verfügung stehe. Der Hauptmann bestand auf Bleiben. Kappus versprach, einen aktuellen Wehrmachtsbericht zu beschaffen und musste kurzfristig eine Unterkunft für ihn und seine Truppe bereitstellen. Am Abend hatten sich nach Kappus' Erinnerungen nur zwölf Personen zum Räumungsabmarsch eingefunden und von mindestens 2.000 Volkssturmmännern seien nur etwa 18 Männer erschienen. Dem sich nähernden Feuer der Amerikaner setzte man nichts mehr entgegen. Das letzte Aufgebot war in Auflösung und marschierte am frühen Morgen des 29. März 1945 ab.

Am 29. März 1945 (Gründonnerstag) notierte Lotte Kopp: „Sie sollen in Weißkirchen und der Hohemark sein. Manfred [be]kommt von einem Soldaten Knobelbecher geschenkt. Nachts Ruhe.“²²¹

Oberursel und auch Weißkirchen waren von deutschen Truppen frei. Noch am Gründonnerstag 1945 folgte die Teilbesetzung Oberursels an der Kuranstalt Hohemark. Diese vormalige Privatanstalt für Nerven- und Gemütskranke für den Hochadel, von Dr. Adolf Albrecht Friedländer 1904 eröffnet, war 1939 von der Wehrmacht beschlagnahmt und zu einem Lazarett umfunktioniert worden. Hier wurden auch verletzte amerikanische Kriegsgefangene des DULAG Luft medizinisch betreut. Die Klinik wurde nicht nur kampfflos übergeben, wer laufen konnte, lief den Amerikanern entgegen.²²²

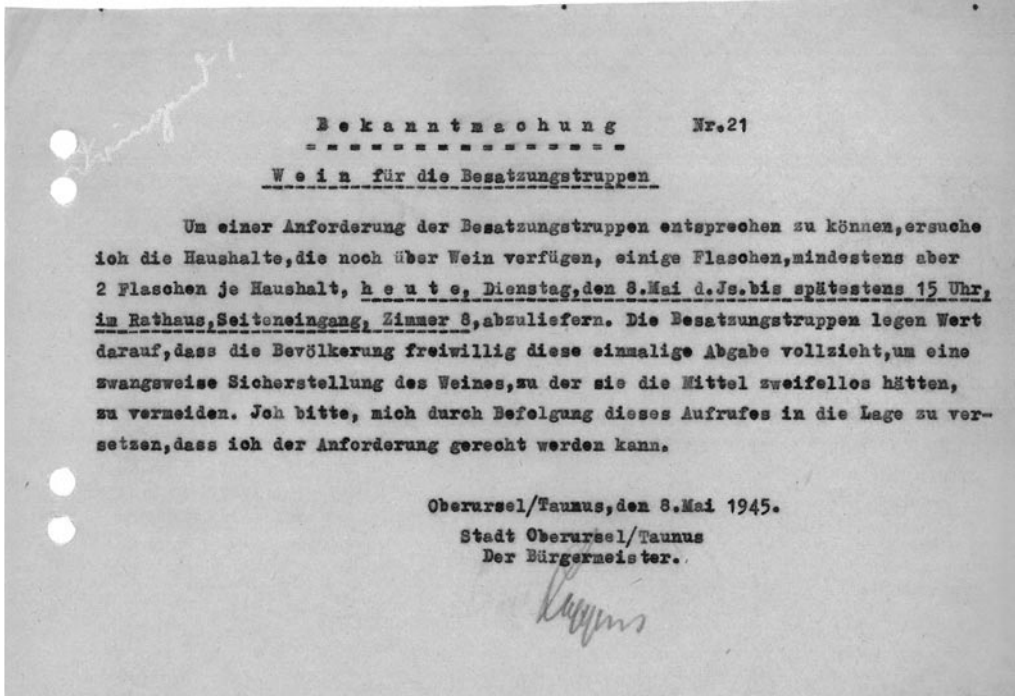
Die Amerikaner feierten das Kriegsende am 8. Mai 1945. In der Bekanntmachung Nr. 21 wurde die Abgabe von Wein für die amerikanische Besatzung angefordert.
StadtA OU, Best. 15 Nr. 188/1

Am Karfreitag, 30. März 1945, übergab Kappus die Stadt an einen Oberstleutnant der eingezogenen US-Armee. In der Stunde Null herrschte innerhalb der Stadt Ruhe und Ordnung. Noch am selben Tag erließ Kappus die erste Bekanntmachung der Militärregierung mit den Aufforderungen, dass sich Urlauber und Wehrmangehörige bei der Stadtverwaltung zu melden hätten, alle Waffen abzuliefern sowie Ruhe und Ordnung zu bewahren seien und Oberursel nicht verlassen werden dürfe.

Bürgermeister August Weiß selbst war in der Stadt geblieben, man sah ihn in diesen Tagen nach der Besatzung auch im Rathaus mit Besatzungsangehörigen sprechen. Offiziell wurde er am 3. April 1945 des Amtes enthoben und am gleichen Tag durch Heinrich Kappus als neuen Bürgermeister ersetzt. Weiß wurde Mitte April 1945 festgenommen und blieb als höherer Parteifunktionär bis 1948 im Internierungslager Darmstadt inhaftiert. Die Amerikaner hielten nach einer ersten Integritätsprüfung und auf Fürsprache des Pfarrers Josef Hartmann trotz Kappus' NSDAP-Mitgliedschaft anfangs an diesem fest.²²³

Nach Kriegsende herrschten in Oberursel vergleichbare Problemlagen und Mangelsituationen wie in anderen Städten, eine plötzlich erhöhte Gewaltbereitschaft, Diebstähle, Lebensmittelengpässe (94 % der Kinder waren unterernährt), ein großer Brennstoffmangel und eine extreme Wohnungsnot. Sie konnten letztendlich nur in Gemeinschaft mit dem Landrat und der amerikanischen Militärregierung gelöst werden.

Gerade wegen der geringen Zerstörungen waren viele Menschen, vor allem aus dem benachbarten Frankfurt, nach Oberursel evakuiert worden. 1933 zählte Oberursel circa 10.700 Einwohner, nach dem Krieg waren es circa 15.000. Bis 1948 war die Einwohnerzahl auf rund 16.500 angewachsen. Unmittelbar nach der Besatzung wurden zudem rund 1.500 Wohnungen von den Amerikanern beschlagnahmt. Manche Familien mussten innerhalb von zwei Stunden ihre Wohnungen verlassen. Ende 1945 kamen Flüchtlingsströme aus den Ostgebieten dazu. Die Bewältigung der Wohnungsnot sollte vor allem wegen des Kapital- und Arbeitskräftemangels einige Jahre dauern. Der Arbeitskräftemangel war auch auf die Konkurrenzsituation mit der amerikanischen Besatzungsmacht zurückzuführen.²²⁴



Die Brennstoffversorgung war ebenfalls ein drängendes Problem. Im Winter 1945 herrschte ein kalter Winter mit extremem Brennstoffmangel. In der Not wurde planlos Holz gefällt, sodass wertvolle Ressourcen des Oberurseler Stadtwalds geschädigt wurden. Forst- und Aufsichtsbeamte wurden mit Äxten und Beilen bedroht. Ursachen waren ein Brikett- und Kohlenmangel sowie ein Arbeitskräftemangel zum Holzschlagen. Auch fehlte es an Transportfahrzeugen, insbesondere nachdem man das Holz aus dem 30 Kilometer entfernten Grävenwiesbacher Gemeindewald holen musste.²²⁵ Alle Mangelsituationen konnten nur in Zusammenarbeit mit dem Obertaunuskreis und der US-Militärregierung gelöst werden.

Entnazifizierung der Stadtverwaltung

Grundlegend für einen demokratischen Neubeginn war der Austausch von nationalsozialistisch belasteten Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes,



Heinrich Kappus (1892-1974), 1954.
StadtA OU, Best. Sammlung Himmelhuber,
Foto: H. Himmelhuber



Ernst Wahl (1902-1989), ca. 1945.
StadtA OU, Fotosammlung, Foto: unbekannt

eine Maßnahme, die bereits 1943 auf der Konferenz von Casablanca beschlossen worden war. Oberursel erlebte nach Kriegsende 1945 einen Wechsel von vier Bürgermeistern. Innerhalb der Stadtverwaltung wurden von 78 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen 46 aus politischen Gründen entlassen (59 %). 16 Mitarbeiter wurden nach den Spruchkammerverfahren wieder eingestellt.²²⁶

Am 29. Mai wurde Kappus nun doch seine Parteizugehörigkeit zum Verhängnis. Die Absetzung war nach eigener Aussage von dem Kommunisten Paul Grünewald bei den Amerikanern angeregt worden.²²⁷ Grünewald (ab 1930 Mitglied der SPD, dann SAP, ab 1932 KPD) befand sich wegen des Vorwurfs der „Vorbereitung zum Hochverrat“ von 1934 bis 1938 im Gefängnis und ab Sommer 1938 bis 1940 in KZ-Haft in Buchenwald.²²⁸

Für Kappus wurde nun der Rechtsanwalt Ernst Wahl von der US-Militärregierung eingesetzt. Wahl war bis 1938 Rechtsanwalt in Frankfurt und aufgrund des Gesundheitszustands zweier seiner Kinder in diesem Jahr in die Taunusstadt



Werner Jaspert (1906-1992), ca. 1945.

StadtA OU, Best. S22 Nr. 9.1, Foto: unbekannt

Oberursel gezogen. Wahl, katholisch erzogen, war nie Mitglied der NSDAP gewesen. Da er als praktizierender und aktiver Katholik im Vorstand der Frankfurter Domgemeinde und in verschiedenen katholischen Vereinigungen aktiv war, insbesondere in der Katholischen Aktion, einer Laienbewegung, hatte er in Frankfurt unter Beobachtung der NSDAP gestanden. In Wahls Amtszeit fiel die Einrichtung einer Betreuungsstelle für KZ-Häftlinge und politisch Verfolgte. Aber auch Wahl wurde aufgrund seiner beruflich veranlassten Verwicklung in die NS-Justiz am 8. Oktober 1945 des Amtes enthoben. Er war von 1941 bis 1943 Hilfsrichter in Breslau und zeitweise in einem Sondergericht in Breslau eingesetzt worden. Auf den Vier-Tage-Bürgermeister Pohlmann, der eine viertägige Lücke füllte, folgte am 11. November 1945 Werner Jaspert als Bürgermeister.²²⁹

Mit Werner Jaspert kam Ruhe in die Verwaltungsspitze. Jaspert war kein Parteimitglied gewesen. Er war Journalist und hatte zwischen 1934 und 1945 als Redakteur für die Neueste Zeitung, die Frankfurter Zeitung, das Illustrierte Blatt

Aufruf

Von Tag zu Tag wächst das Elend der aus dem Osten Evakuierten. Ungezählte deutsche Landsleute mußten Haus, Hof und Herd verlassen. Eine große Anzahl ist bereits in unserer Gemeinde untergebracht,

viele Hunderte sind noch zu erwarten.

Die meisten haben nur die notwendigsten Kleidungsstücke mitnehmen können. Es ist unsere Pflicht, diesen Menschen

mit allen Kräften zu helfen

und ihnen brüderlich die Hand zu reichen.

Wir brauchen dringend Betten, Herde, Ofen, Kleidungsstücke, Küchengeräte, Möbel aller Art. Auf manchem Speicher, in manchem Keller steht noch ein unbenutztes Bett, ein Ofen oder überflüssige Möbel, in Truhen oder Schränken liegt immer noch das eine oder andere entbehrliche Kleidungsstück. Sie werden benötigt, wenn wir der allergrößten Not gerecht werden wollen. Jetzt gilt es zu beweisen, daß in unserem Volk trotz 12-jährigem Naziterror noch

**ein guter Geist der Menschlichkeit
und Hilfsbereitschaft**

lebt.

Wer irgend entbehrliche Betten, Möbel, Herde, Kleidungsstücke und dergleichen zur Verfügung stellen kann - sei es auch nur leihweise - der melde es bald im Rathaus, Zimmer 16, oder gebe es ab in Zimmer 10.

Oberursel, 30. Okt. 1945

Bürgermeister J a s p e r t

Josef Hartmann, Pfarrer

Hans Gail, Pfarrer

August Kunz

Paul Grünewald

für die Christl. Demokrat. Partei

für die K. P. D.

Wilhelm Wollenberg

Walter Rausch

für die Liberal/Demokrat. Partei

für die S. P. D.

und den Frankfurter Anzeiger gearbeitet. Vor seinem Wechsel nach Oberursel war er nach Kriegsende persönlicher und Polizeireferent des Frankfurter Oberbürgermeisters.²³⁰ Als Bürgermeister war er besonders mit den Flüchtlingsströmen aus dem Osten und der Bewältigung der sich verschärfenden Wohnungsnot gefordert. 31.000 Flüchtlinge wurden für den Obertaunuskreis erwartet. In seine Amtszeit fällt auch die Rehabilitierung Heinrich Kappus' im November 1945 durch die amerikanische Militärregierung. Nach der Gemeinderatswahl am 27. Januar 1946 wurde Kappus, mittlerweile Gründungsmitglied der CDU, zum Bürgermeister gewählt. Das Amt behielt er bis 1960.

Who was a Nazi? –

Die Spruchkammerverfahren der Oberurseler Bürgermeister

Die Nationalsozialisten hatten in den Anfangsjahren zunächst keinen großen Erfolg in Oberursel. Die erste Ortsgruppe der NSDAP löste sich mangels Zuspruch 1926, ein Jahr nach ihrer Gründung, wieder auf. Erst mit der Neugründung im Dezember 1929 breitete sich der Nationalsozialismus in Oberursel aus. Nach der Kommunalwahl im März 1933 war die NSDAP mit 34,6 Prozent stärkste Partei (Zentrum 23,4 %, SPD 16,7 %, KPD 15,3 %, Bürgerliche 10 %).²³¹ Ab 1933 kam es parallel zum Geschehen im Reich zu Verfolgungsmaßnahmen und Gewalttätigkeiten gegen die kleine jüdische Gemeinde, insbesondere auch in der Pogromnacht 1938, politisch Andersdenkende oder auch gegen die Kirchen. Dennoch konnte der ideologische Einfluss der NSDAP die Oberurseler Verwaltungsspitze nie ganz durchdringen.

Am 5. März 1948 kam es für Heinrich Kappus nach dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 zu einem Spruchkammerverfahren, das zehn Stunden dauerte und in dem rund 30 Zeugen befragt wurden. Die Zeugen setzten sich aus Vertreterinnen und Vertretern des öffentlichen Dienstes wie dem früheren Landrat Wolfgang von Hessen und dem Ex-Bürgermeister Karl Horn, Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, Lehrern, Mitgliedern

aus geistlichen Berufen wie Pfarrer Josef Hartmann, früheren Zentrumsmitgliedern, Vertretern der KPD wie Paul Grünewald, Personen jüdischen Glaubens sowie weiteren Personen zusammen, die in Kontakt mit Kappus standen oder für bestimmte Ereignisse als Zeuginnen oder Zeugen in Frage kamen.

Die Spruchkammer beschäftigte sich mit der politischen Grundhaltung Kappus' im Verhältnis zu seiner NSDAP-Mitgliedschaft, dem Widerstandsverhalten während der NS-Zeit und insbesondere der Ereignisse am Kriegsende. Von Hessen äußerte:

„[...] von Anfang an (1933) habe die Stadtverwaltung Oberursel nicht als so nationalsozialistisch gegolten, wie es von Seiten der Partei gewünscht wurde. Der eigentliche Verantwortliche oder der Mann, dem man dies in die Schuhe schob, sei immer [...] Kappus gewesen. Dem Bürgermeister Weiß habe man vorgeworfen, dass er Kappus gehalten habe.“²³²

Die Oberurselerin Anna Arbogast, Mutter des späteren regional bekannten Fotografen und Journalisten Karl-Heinz Arbogast, schrieb: „Wir sind im Jahre 1937 von Frankfurt/M. nach Oberursel gezogen und einer unserer Hauptbeweggründe war, dass Oberursel als die am wenigsten nazistisch eingestellte Stadt der Umgebung galt.“²³³

Prof. Ernst Cahn, jüdischen Glaubens, Obermagistratsrat der Stadt Frankfurt a. D., wohnte von 1934 bis 1938 in Oberursel: „Antisemitische Hetzereien fehlten völlig. Ich konnte mit arischen Freunden unbesorgt verkehren, Besuche von solchen von auswärts empfangen. Wenn dieser Geist in Oberursel lebendig war, so ist das m. E. in besonderem Masse Herrn Kappus zuzuschreiben.“²³⁴

Der Kommunist Paul Grünewald äußerte: „Die Oberurseler waren anders als die Nachbarn in Frankfurt mit ihrer sturen NS-Gesinnung, [...] Sie hatten überwiegend eine Art katholische Einstellung, man konnte sich verhältnismäßig wohlfühlen.“²³⁵

Kappus war bekennender und praktizierender Katholik. Neben seiner politischen Aktivität in der Zentrumspartei hatte er 1920 den Katholischen Kaufmännischen Verein mitgegründet und war seit 1925 im Vorstand der St.-Ursula-Gemeinde. Diese Ämter hatte er in der NS-Zeit beibehalten. Unter den Nationalsozialisten galt er als „der schwarze Kappus“. Als Bürgermeister Horn gestürzt wurde, ging die Parole um: „Fällt der Kopf, so fällt die Hand.“

Trotz der ab 1933 einsetzenden Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die katholische Kirche, die sich 1937/38 verschärften, unterstützte und

besuchte er offen und den Nationalsozialisten gegenüber in provozierender Weise kirchliche Veranstaltungen. Er selbst hatte bei den Fronleichnamsprozessionen den Baldachin mitgetragen. Seine Kinder hielt er vom HJ-Besuch ab, sie besuchten die verbotenen katholischen Jugendgruppen.²³⁶ Kappus hatte sich und seine Familie jahrelang zahlreichen Gefahren ausgesetzt. Im Sinne des Befreiungsgesetzes wurde er – auch wegen seines Widerstands am Kriegsende – vollständig entlastet.

Ernst Wahl wurde ebenfalls als politisch unbelastet eingestuft. Anfangs war er durch seine politische Unzuverlässigkeit von den Nationalsozialisten für ein Sondergericht nicht in Betracht gekommen. Er hatte sich dafür nicht aktiv beworben. Aufgrund eines Juristenmangels änderten sich die Bestimmungen, sodass er abgeordnet werden konnte. In einem Fall war er mit zwei weiteren Richtern an einem Prozess beteiligt, der mit dem Todesurteil für einen polnischen Landarbeiter endete. Gegen dieses Urteil wurde nach dem Krieg ein Ermittlungsverfahren wegen Rechtsbeugung eingeleitet. Das Verfahren wurde 1960 eingestellt.²³⁷ Der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn bot ihm später das Amt des hessischen Innenministers an. Er lehnte dieses jedoch ab, da er „von Politik genug hatte“.²³⁸

1948 fand auch das Entnazifizierungsverfahren des NS-Bürgermeisters August Weiß statt. Weiß war überzeugter Nationalsozialist, „alter Kämpfer“, hatte sich aber nicht wie ein programmatischer Nazi verhalten. Er war idealistisch und der Ansicht, dass man durch gutes Verhalten und – parteiunabhängig – die Einbindung charakterlich gefestigter Menschen in die Stadtverwaltung das Schlechte aus dem Nationalsozialismus eliminieren könnte.²³⁹ Er war ebenfalls praktizierender Katholik, nicht aus der Kirche ausgetreten und unterstützte deren Arbeit. Sein Sohn war in Jugendgruppen der Kirche aktiv und hatte sich mehrfach geweigert, in die SS einzutreten. Weiß war nach Eindruck von Karl Horn der Einzige, der den Mut hatte, gegenüber dem Gauleiter seine Meinung zu sagen, „und auch der einzige, der die Terrorisierung und Verfolgung Andersdenkender nicht mitmachte“.²⁴⁰ In der Pogromnacht am 9. November 1938 hatte er die Frau und Tochter des in der Nachbarschaft wohnenden jüdischen Bankiers Fritz Kahn zum Schutz in seine Wohnung aufgenommen. Er blieb bis zum Kriegsende in Oberursel und kooperierte mit der US-Militärregierung. Nach dem Befreiungsgesetz wurde er unter anderem aus den oben genannten Gründen abschließend in die Gruppe III der Minderbelasteten gesetzt. Der krebserkrankte Weiß verstarb am 21. Januar 1949.

Eugen Kogon und der Oberurseler Kreis

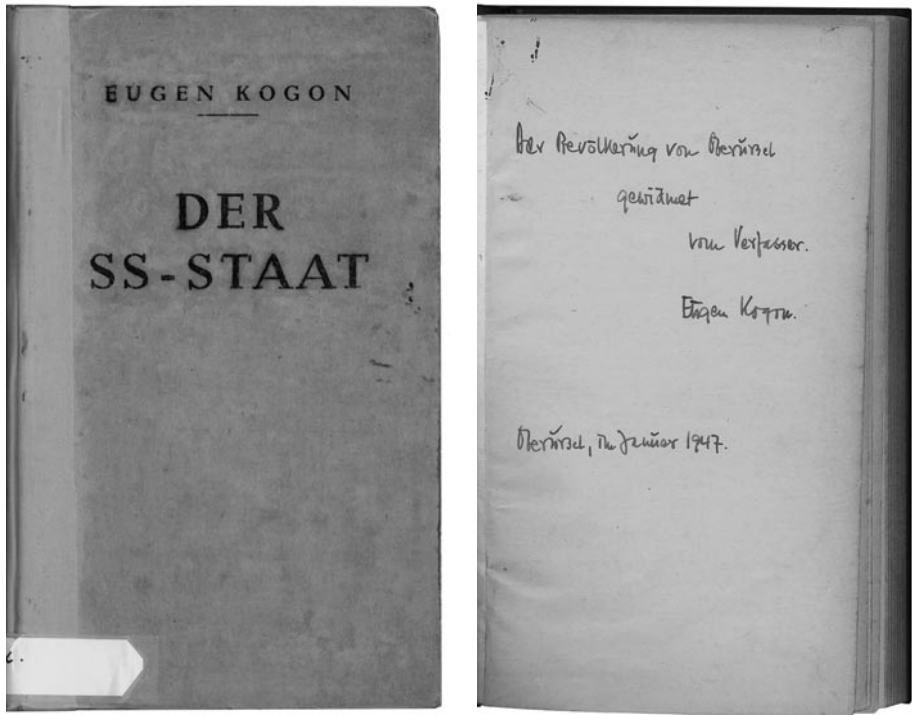
Nach ihrem Einzug besetzten die US-Streitkräfte die von der deutschen Wehrmacht am 20. März 1945 verlassene Auswertestelle West, das vorherige DULAG Luft, und richteten dort in der Folgezeit ein Interrogation Center (USFET-Misc) ein. Während der DULAG-Zeit wurden hier zu Boden gegangene Flieger der Alliierten nach Oberursel zum Verhör interniert. Unter amerikanischer Besatzung behielt man die Funktion bei, nur wurden jetzt hochrangige NS-Kriegsverbrecher interniert.

Nicht interniert, sondern als Berater der US-Militärregierung zur politischen Aufklärung und Umerziehung des deutschen Volkes kam Eugen Kogon nach Oberursel auf das Areal des Camp King.²⁴¹ „Im Taunusstädtchen Oberursel nördlich von Frankfurt teilten mir die Amerikaner beim Camp King ein kleines Häuslein zu. Dort schrieb ich bis Mitte Dezember den Rest meines Buches ‚Der SS-Staat – Das System der deutschen Konzentrationslager‘.“²⁴²

Eugen Kogon wurde am 2. Februar 1903 in München geboren und verstarb am 24. Dezember 1987 in Königstein. Er studierte Nationalökonomie und Soziologie, war unter anderem als politischer Publizist, Intellektueller, Professor und Fernsehmoderator tätig. Ab 1946 gab er mit Walter Dirks die Frankfurter Hefte heraus. Als Vorreiter der europäischen Idee wurde er 1949 Präsident der Europa-Union Deutschland, ab 1951 übernahm er den neu eingerichteten Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der TH Darmstadt, von 1964 bis 1965 war er Leiter und Moderator des politischen Fernsehmagazins Panorama.

Streng katholisch erzogen und anfangs dem konservativ ständestaatlichen Denken Österreichs zugewandt – seine Doktorarbeit 1927 trug den Titel „Faschismus und Korporativstaat“ – wurde er nach einem politischen Reifeprozess 1934 zum erklärten Gegner des Nationalsozialismus. In der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938, nach der NS-Machtergreifung in Österreich, wurde er bei einem Fluchtversuch in Gestapo-Haft genommen. Im September 1939 verbrachte man ihn in das KZ Buchenwald, wo er bis Kriegsende als politischer Häftling inhaftiert blieb. Kogon hatte im Rahmen seiner journalistischen Tätigkeit bei christlichen Zeitungen und als Vermögensverwalter des Prinzen Coburg aktiv antinationalsozialistische Bestrebungen koordiniert und finanziert, deutsche Emigranten in Österreich unterstützt und so eine nationalsozialistische Übernahme des österreichischen Pressewesens behindert.

In Buchenwald hatte er einen Teil seiner späteren politischen Weggefährten im demokratischen Wiederaufbau der frühen Bundesrepublik kennengelernt,



Oberurseler Exemplar des Buchs „Der SS-Staat“ von Eugen Kogon mit Widmung an die Bürger der Stadt Oberursel, 1946.

StadtA OU, Bibliothek

zum Beispiel Hermann Brill, ab 1946 Leiter der hessischen Staatskanzlei, und insbesondere Werner Hilpert, ab 1945 Landesvorsitzender der CDU, stellvertretender Ministerpräsident Hessens, 1946 Minister für Wirtschaft und Verkehr. Im kleinen Kreis des illegalen Lagerwiderstands diskutierte man für die Zeit nach dem Krieg zum Beispiel über eine zukünftige Verfassung. Für Kogon waren diese Überlegungen Überlebenselixier. Hilpert beteiligte sich daran intensiv, aber auch skeptisch. Er hatte nicht damit gerechnet, das Lager lebend zu verlassen.

Kogon sollte zusammen mit anderen 45 politischen Häftlingen noch Anfang April 1945 exekutiert werden. In einer dramatischen Rettungsaktion, unter anderem mit Unterstützung des SS-Sturmbannführers Dr. Ding-Schuler und Hilperts, wurde Kogon – eingekerkert in einer Kiste – aus dem KZ geschmuggelt und in das Haus Ding-Schulers in Weimar verbracht und konnte so amerikanische Linien

erreichen. In Obhut des Intelligence Teams der Psychological Warfare Division (PWD) verfasste er mit Unterstützung Hilperts und anderer Lagergenossen in Weimar den Buchenwald-Report, einen ersten Sachbericht über Strukturen und Geschehnisse im KZ Buchenwald. Vertreter der PWD empfahlen, den Buchenwald-Report in ein Buch für die Deutschen umzuarbeiten. Im Sommer 1945 kam Kogon nach Bad Homburg, wo die PWD ihren Sitz bekommen hatte. Dort schrieb er innerhalb von drei Wochen den ersten Teil seines Buchs „Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager“.

Nachdem er im Laufe des Sommers in einer abenteuerlichen Flucht seine Familie in Wien aus der russischen Zone geholt hatte, zog er am 21. September 1945 nach Oberursel in die Hohemarkstraße 123. Unter dieser Adresse befand sich der Luisenhof, eine Industriellenvilla mit Wirtschafts- und Nebengebäuden. Er grenzte an das Camp-King-Gelände. Kogon bezog mit seiner Familie eines der Nebengebäude. Den zweiten Teil des Manuskripts beendete er hier innerhalb von acht Wochen. Das Buch wurde Mitte Dezember in Oberursel fertiggestellt und machte ihn über Nacht bekannt. „Der SS-Staat“ wurde in mehrere Sprachen übersetzt und erlebte bis heute zahlreiche Neuauflagen. Kogon selbst litt darunter, dass man seine Person vor allem mit diesem Werk in Verbindung bringen sollte. Anfang Januar 1946 siedelte man in das Haus Am Hang 26 über, wo die Familie fünf Jahre wohnte, bevor sie Ende Januar 1951 nach Falkenstein verzog.²⁴³

1945 entstand ein politischer und persönlicher Freundeskreis, der Oberurseler Kreis, der über zehn Jahre bestehen sollte. Es handelte sich um einen informellen Kreis mit festen und wechselnden Teilnehmern, zum Teil mit Überschneidungen zu anderen Gruppierungen. Er bestand aus den Personen, die man später „die Fünfundvierziger“ nennen sollte. Sie wirkten aktiv – ohne offiziellen Auftrag – und politisch fortschrittlich denkend am demokratischen Wiederaufbau mit. Sie waren bekennende Gegner des Nationalsozialismus und hatten vorher in unterschiedlicher Intensität eine Leidenszeit politischer Verfolgung hinter sich. Dem Oberurseler Kreis gehörten beispielsweise Walter Dirks und Karl Heinz Knapstein (Frankfurter Zeitung), Werner Hilpert, Marcel Schulte und Hugo Stenzel (beide Frankfurter Neue Presse), Josef Arndgen (später hessischer Arbeitsminister), Valentin Siebrecht (Leiter Landesarbeitsamt Hessen) und der Jesuitenpater Hans Hirschmann (Professor für Moraltheologie an der Theologischen Hochschule St. Georgen) an.²⁴⁴

Werner Hilpert und Marcel Schulte wohnten ebenfalls in Oberursel. Zu dem Kreis gehörte auch Ernst Wahl, Oberursels Bürgermeister von Mai bis Oktober 1945. Man traf sich in der Regel bei ihm in der Henricusstraße 9. Hier entstanden

– nach Erinnerung Kogons – die ersten Entwürfe zu Verfassungsbestimmungen, die 1946 in die Hessische Verfassung eingeflossen sind, zum Beispiel der Artikel 147 (Recht und Pflicht, gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt Widerstand zu leisten) und die Artikel 27 bis 47, die den Bereich der Sozial- und Wirtschaftsordnung umfassten.

Auch der Entwurf der im September 1945 gedruckten Frankfurter Leitsätze, eines der wichtigsten Dokumente zur Gründung der CDU in Hessen, ist im August 1945 in Oberursel entstanden.

Dies kam durch eine Zusammenarbeit des Oberurseler mit dem Frankfurter Kreis um Walter Dirks, ehemaligen Zentrumsmitgliedern, christlichen Gewerkschaftern und Intellektuellen zustande. Die Anfänge der CDU lagen im politischen Ausschuss der katholischen Volksarbeit der Frankfurter St.-Bernhard-Gemeinde, dem neben Dirks unter anderem Knappstein, Schulte, Pfarrer Alois Eckert und Bruno Dörpinghaus angehörten. Ziel dieser christlich geprägten Politiker und Gewerkschaftsvertreter war die Bildung einer auf christlichem Fundament stehenden Partei. Die Neugründung einer konfessionellen Partei, wie sie das Zentrum gewesen war, wurde selbst von kirchlicher Seite als anachronistisch angesehen. Hilpert wurde die Leitung übertragen. Er beauftragte ein Gremium aus Dirks, Kogon, Knappstein, Schulte und Dörpinghaus mit der Ausarbeitung eines Programmentwurfs. Nach den Erinnerungen des Sohnes von Ernst Wahl wurden die mit einer Handdruckpresse vervielfältigten Manuskriptseiten der Frankfurter Leitsätze im elterlichen Haus auf einer Wäscheleine zum Trocknen aufgehängt.²⁴⁵

Die Frankfurter Leitsätze wurden im September 1945 in Frankfurt veröffentlicht. Noch im September wurde dort der Kreisverband der Christlich-Demokratischen Partei (CDP) gegründet. Die erste öffentliche Kundgebung der CDP fand dann am 18. November 1945 in Oberursel im Hotel „Zum Bären“ statt. Nach der Eröffnung und einer Begrüßungsrede von Bürgermeister Jaspert hielt Kogon eine Rede mit dem Titel „Deutschlands Erbe und Aufgabe“.²⁴⁶ Wenige Tage später benannte sich die CDP in Christlich-Demokratische Union um.

Fazit

Die Legende vom Kriegsende in Oberursel

Jede Legende hat einen wahren Kern. Auf Stadtkämmerer Kappus lastete in der letzten Kriegswoche eine erhebliche Verantwortung. Die langwierigen Verhandlungen mit den Partei- und Wehrmachtsvertretern im Zusammenhang mit der

geforderten Räumung der Stadt und dem Volkssturmaufgebot hatte Heinrich Kappus geführt. Das mit Pfarrer Josef Hartmann und anderen Vertrauenspersonen vereinbarte Hissen einer weißen Flagge vom St.-Ursula-Kirchturm war nicht nötig geworden und hatte nicht stattgefunden. Die Entscheidung darüber hatte sich wegen des hohen Risikos Kappus allein vorbehalten. Einerseits wollte er die Stadt vor einer Zerstörung durch die Wehrmacht schützen, andererseits nicht die Amerikaner täuschen und sie in eine Falle laufen lassen. Bereits die Spruchkammer stellte in Frage, ob Oberursel tatsächlich in großer Gefahr gewesen sei. Jedoch wurde bereits zu diesem Zeitpunkt auf die Unberechenbarkeit der sich auflösenden Partei- und Wehrmachtsstrukturen und der Standgerichte hingewiesen. Es kam einzig darauf an, dass Kappus ein hohes persönliches Risiko eingegangen ist.

Widerstand in der Verwaltungsspitze

Während der NS-Zeit wurde seitens der Verwaltungsspitze eine Form des Widerstands geleistet, die auf dem katholischen Wertesystem beruhte. Mit der St.-Ursula-Gemeinde hatte man einen Modus Vivendi gefunden.

Heinrich Kappus war über 50 Jahre in der Stadtverwaltung tätig, davon 25 Jahre in führender Position. Durch eine ausgeprägte Charakterfestigkeit hatte Kappus, der ein bürgerlich-konservativer Politiker war, das Vertrauen großer Teile der Bürgerschaft auch anderer Parteien oder Konfessionen. Seine Verwaltungsführung war parteipolitisch neutral. Gegen die NS-Ideologie blieb er als Katholik und ehemaliges Zentrumsmitglied resistent. Er stand aufgrund seiner beruflichen Qualifikation und der gemeinsamen katholischen Werte zu einem gewissen Grad unter dem Schutz von August Weiß. Das könnte eine Verhaftung durch die Gestapo verhindert haben. Er nutzte seine Funktion zur Einflussnahme. Kappus scheint einzelne Vorgänge und Rechtsgeschäfte zur Abwehr weiterer Eingriffe der Partei und übergeordneter NS-Verwaltungsstellen in städtische oder private Verhältnisse vorbereitet und erfolgreich umgesetzt zu haben. Beispielsweise habe Kappus den Verkauf eines Grundstücks an die jüdische Firma Neubronner, die nach Schwierigkeiten mit dem NS-Bürgermeister in Kronberg nach Oberursel umsiedeln konnte, und den Tausch des städtischen Kirchturms gegen kirchliche Grundstücke der St.-Ursula-Gemeinde eingefädelt, damit der Kirchturm nicht in die Hände der HJ fallen konnte. Hieran war auch Weiß beteiligt.

Es bedarf weiterer Untersuchungen zur Einordnung in die regionale Widerstandsforschung.

Der Oberurseler Kreis

Das Wirken des Oberurseler Kreises verlief über einen Zeitraum von circa zehn Jahren. Hier traf sich eine Gruppe christlich geprägter politischer Gleichgesinnter, die aktiv am demokratischen Wiederaufbau teilnahm. Der Anteil an den Anfängen der hessischen CDU mag in der Parteigeschichte eine Fußnote bleiben. Er steht für die linkskatholische Richtung in der Anfangszeit der CDU, deren Überbleibsel das C im Parteinamen ist. In der Hessischen Verfassung von 1946 hat er sich – nicht zuletzt durch das Wirken Eugen Kogons und Werner Hilperts – fest verankert.

Große Klostergasse mit Blick auf die Stadtkirche von Friedberg.
StadtA FB, Foto: unbekannt

Peter Noss

**„Es war wie ein Wunder,
dass wir wieder in der Synagoge standen!“
Bad Nauheim und Friedberg:
Kriegsende und das Erbe der NS-Zeit 1945**

Am 8. Mai 2025 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands zum 80. Mal. Dabei waren die Entwicklungen und Ereignisse regional sehr unterschiedlich. In Friedberg und Bad Nauheim, zwei unmittelbar nebeneinanderliegenden Städten in der Wetterau im Einzugsgebiet von Frankfurt am Main, war der Krieg bereits mit dem 29. März 1945 zu Ende. Dem vorausgegangen waren viele Monate unmittelbarer Kriegsergebnisse mit zahlreichen Kriegsverbrechen,²⁴⁷ zum Teil verheerenden Bombenangriffen durch die Alliierten, erbitterten Kämpfen und internen Konflikten.



Am 29. März 1945 marschierten amerikanische Truppen in Friedberg und Bad Nauheim ein. Für die Bevölkerung bedeutete dies das Ende von Luftangriffen, Zerstörung und Angst – aber auch die Konfrontation mit der eigenen Verstrickung in zwölf Jahre nationalsozialistische Herrschaft. Herfried Münkler beschreibt diese Wochen als „Machtzerfall“: Das NS-Regime habe aufgehört, ein Staat zu sein, es sei „nur noch eine Ansammlung von Gewalträumen“ gewesen, in denen lokale Kommandeure versuchten, den Untergang hinauszuzögern.²⁴⁸

Diese Diagnose trifft insbesondere auf Friedberg zu, wo in den letzten Kriegstagen noch sinnlos gekämpft wurde, während viele Bewohner längst auf das Ende hofften. Zeitzeuginnen erinnern sich: „Weiße Fahnen wurden wieder abgehängt. Karfreitagstage – zum Heulen.“²⁴⁹ Auch die evangelische Kirche mit ihren Pfarrern hatte eine äußerst problematische Rolle gespielt und sich in die Schuld der Täter verstrickt.²⁵⁰

Die letzten Kriegstage: Zerstörung, Widerstand und Machtzerfall

Friedberg war im Frühjahr 1938 wieder Garnisonsstadt geworden wie schon von 1803 bis 1870 und von 1913 bis 1918. Nationalismus und „völkische Agitation“ waren in Friedberg stark ausgeprägt. Mit seinem zentralen Bahnhofsgelände, einem wichtigen Umschlagplatz für Soldaten, Flüchtende, Waffen und Waren, war die Stadt seit längerem Ziel von heftigen Bombenangriffen durch die Alliierten gewesen.

Am 4. Dezember 1944 zerstörten Bomben den Bahnhof und weite Teile Fauserbachs, mehr als 90 Menschen starben.²⁵¹ Eine Frau berichtete: „Wir waren im Keller, hörten die Einschläge, dann das Krachen der Häuser. Als wir herauskamen, war die Straße verschwunden.“ Am 12. März 1945 wurden insgesamt 323 Tonnen Spreng- und Stabbrandbomben sowie Phosphor-Kanister von amerikanischen Bombern über der Stadt abgeworfen. Das führte zu schweren Zerstörungen im Bereich des Bahnhofs, der Versorgungsdepots, aber auch der Altstadt in Friedberg, 87 Menschen kamen ums Leben, 300 verloren ihr Obdach.

Doch diejenigen, die im Großgebiet Rhein-Main mit Frankfurt als Zentrum über regionale Macht verfügten, versuchten bis zuletzt, diese zu erhalten. Noch am 25. März 1945 wurden auf der Seewiese in Friedberg rund 1.000 Hitlerjungen gesammelt, um die Stadt zu verteidigen.²⁵² Ein Zeitzeuge erinnerte: „Man rief uns zusammen, wir sollten Gewehre tragen. Aber es war zu spät, die Amerikaner standen schon vor den Toren.“ SS-Gruppenführer Karl Brenner ignorierte alle

Aufforderungen zur Kapitulation. Weiße Fahnen wurden wieder eingeholt. Münkler beschreibt solche Situationen als „typisch für den agonal verfassten Untergang des Reiches“, in dem lokale Kommandeure „die Menschen sinnlos geopfert“ hätten.²⁵³

Am 28. März 1945 umstellten amerikanische Truppen Friedberg und Bad Nauheim. Nach heftigem Kampf gaben die Soldaten, SS-Männer und Hitlerjungen auf. Insgesamt waren diesen Ereignissen sehr schwierige Prozesse vorausgegangen, wie Herfried Münkler in seiner Monographie eindrücklich beschrieben hat: Während die einen bis zum bitteren Ende weiterkämpfen wollten, versuchten moderate Kräfte, die weiße Fahne zu hissen. Major Walter G. Smith und Hauptmann Wölk machten nach langem Hin und Her schließlich die Übergabe in der Friedberger Burg. Die für die Gewalt Verantwortlichen machten sich aus dem Staub. Die Erleichterung vieler Friedberger war mit dem Ende der Gewalt groß. Ein Einwohner erinnerte sich später: „Zahlreiche farbige Soldaten standen mit Gewehren im Anschlag in der Kaiserstraße. Wir hatten noch nie einen Schwarzen gesehen. Sie wirkten stark, selbstbewusst – ein Bild, das uns zeigte, dass die Nazi-Propaganda gelogen hatte.“²⁵⁴ Am Abend des Tages wurde „ideologisch abgerüstet“: Hitler-Bilder und Ausgaben von „Mein Kampf“ verschwanden aus privaten Wohnungen und Amtsstuben, Uniformen wurden ebenso versteckt wie offizielle Belobigungen, Orden et cetera. Das hatte seine guten Gründe, denn die Vorgesichte war für viele im Rückblick höchst problematisch, insbesondere im Blick auf die jüdischen Gemeinden und Nachbarn in beiden Städten. Entweder hatte man sich an Propaganda und Gewalt beteiligt oder dazu geschwiegen.

Jüdisches Leben zwischen Vernichtung und Neubeginn

Die Tatsache, dass der jüdische Anteil der Stadtbevölkerung in der Wetterau überdurchschnittlich hoch war, führte dazu, dass insbesondere in den kleinen Bauernbetrieben die Vorurteile und der Judenhass eskalierten,

„die Parolen gegen das ‚jüdische Kapital‘ fielen hier auf fruchtbaren Boden. Die Agitatoren kamen zumeist aus Friedberg, doch städtische Hochburg des Nationalsozialismus im Kreisgebiet war Bad Nauheim, ein Eldorado pensionierter Offiziere, wo die Nazis schon zu Beginn der dreißiger Jahre die absolute Mehrheit errungen hatten.“²⁵⁵



Insbesondere Lehrer und die Pfarrer in Friedberg trugen durch ihren antijudaistischen Kurs erheblich dazu bei, dass sich die Stimmung in der Bürgerschaft immer negativer und ausgrenzender gegen die jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn wendete.

Friedberg

Die jüdische Gemeinde Friedbergs war über Jahrhunderte prägend für die Stadt. Um 1600 war sie mit ihren über 500 Mitgliedern eine der größten im Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Um 1880 gehörten circa 9 Prozent der Einwohner Friedbergs der jüdischen Gemeinde an, die Zahl sank bis 1933 auf 2,7 Prozent (305 Personen).

In Friedberg waren viele jüdische Familien ansässig, die mehr als 50 Geschäfte und Gewerbebetriebe hatten. In der Judengasse wohnte die Familie von Moses und Hannah Eckstein mit ihren zehn Kindern. Die sieben Söhne hatten alle als Soldaten im Ersten Weltkrieg gedient, darunter Berthold Eckstein

Eine Jugendgruppe der jüdischen Gemeinde Friedbergs im Hinterhof des Gemeindehauses um 1930.

Privatarchiv Hans Helmut Hoos,
Foto: unbekannt

Die Friedberger Synagoge nach den Novemberpogromen 1938.

Das Foto entstand 1939.
StadtA FB, Foto: unbekannt



(Jg. 1893), der mit einer Kriegsverletzung zurückgekehrt war. Viele seiner Geschwister zogen in andere Städte und Gegenden, während Berthold Berta Marx (Jg. 1895) heiratete und ein Kurzwarengeschäft eröffnete. Sie bekamen zwei Kinder, Norbert und Gisela. Ihr Haus in der Judengasse 9 wurde während der Pogrome am 9. und 10. November 1938 verwüstet und geplündert. Die Ausschreitungen waren in Friedberg äußerst gewalttätig und brutal, die Synagoge wurde in Brand gesetzt (und 1939 dann ganz abgerissen) und die Jüdinnen und Juden der Stadt wurden auf die Straße gejagt und schwer misshandelt, woran viele Bewohner der Stadt beteiligt waren. Ende 1938 musste Berthold Eckstein sein Geschäft aufgeben, im folgenden Jahr wurden alle Jüdinnen und Juden gezwungen, in die Judengasse umzuziehen, das Haus der Familie Eckstein wurde zum „Judenhaus“ erklärt. Das bedeutete, dass die Familie nur noch zwei Zimmer bewohnen konnte, der Rest musste zwangsvermietet werden. Berthold Eckstein musste in einer Gießener Firma Zwangsarbeit leisten, die Tochter Gisela arbeitete im jüdischen Altenheim in Bad Nauheim.

Bis 1945 wurde die jüdische Bevölkerung ausgelöscht. „Nachbarn waren plötzlich nicht mehr da [...] andere hatten ihren Besitz sich einverleibt“, notierte ein Zeitzeuge. Hans-Helmut Hoos dokumentiert, wie die Synagoge, die Mikwe und die Friedhöfe als stille Zeugen übrigblieben, während die Gemeinde mit ihren Mitgliedern selbst zerstört wurde.²⁵⁶ In einer konzertierten Aktion waren alle noch verbliebenen Jüdinnen und Juden Bad Nauheims und Friedbergs Anfang September 1942 aus ihren Häusern, aus Altenheimen und Schulen geholt worden, darunter auch die Familie Eckstein. Was sie nicht zuvor schon an Möbeln, Kleidung, Gegenständen und Vermögen verloren hatten, mussten sie nun in einer „Vermögenserklärung“ auflisten und abgeben, was noch von Wert war. In der Augustiner-Schule in Friedberg wurden sie mit 300 anderen Jüdinnen und Juden „gesammelt“ und dann zur Justus-Liebig-Schule nach Darmstadt gebracht. Familie Eckstein wurde wie weitere 1.300 Jüdinnen und Juden in Zügen Richtung Osten in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert.

Bettina Leder und Kolleg:innen zeigen, dass der materielle Raub in Hessen systematisch organisiert war: „Arisierung“ bedeutete, dass auch scheinbar uneteiligte Bürger profitierten.²⁵⁷ Eine Friedbergerin bekannte Jahrzehnte später: „Das schöne Haus, in dem wir nach 1942 wohnten, war nicht unseres – es gehörte einer jüdischen Familie.“ Es waren die „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ (NSV) und die NS-Frauenschaft, die zusammen mit dem Finanzamt die geraubten Güter verwalteten und „verwerteten“. Möbel und Kleidung der Familie Eckstein wurden in der Judengasse öffentlich versteigert und sind auch nach 1945 im Besitz der neuen Eigentümer geblieben. Sieben der Häuser in der Judengasse in der Altstadt Friedbergs verfielen nach und nach, die Stadt Friedberg bekam das Verfügungsrecht zugesprochen – jedoch kam es aufgrund der Kriegsereignisse nicht zu der geplanten Altstadtsanierung. Familie Eckstein konnte zwei Jahre in Theresienstadt überleben. Ende September 1944 wurde Berthold Eckstein in das Vernichtungslager Auschwitz verschleppt, am 6. Oktober folgten Berta mit Gisela und Norbert. Nur Gisela wurde an der Rampe zum Arbeitsdienst „selektiert“ und überlebte als Einzige der Familie. Sie kehrte nach der Befreiung für kurze Zeit nach Friedberg zurück, um dann in die USA auszuwandern.

Bad Nauheim

Seit 1350 lebten Jüdinnen und Juden auch in Bad Nauheim, anders als in der Reichsstadt Friedberg aber nur vereinzelte Familien.²⁵⁸ Von 1533 bis 1651 war ihnen der Aufenthalt verboten. Im 18. Jahrhundert waren vier von 72 Familien

in der Stadt jüdisch. Ab 1828, als die Zahl der Mitglieder stieg und ein Minjan zustande kam, bemühte sich Samuel Rosenthal um die Einrichtung eines Gebetshauses. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung durch die Anerkennung als Bade- und Kurstadt (nun Bad Nauheim) erlebten auch die jüdischen Familien eine Verbesserung. Auch aufgrund des zunehmenden Anteils jüdischer Kurgäste wurde eine Synagoge erbaut. Bis 1914 wuchs die Gemeinde auf knapp 300 Personen, in den 20er Jahren waren es circa 400 Mitglieder, sodass 1907 über den Neubau der Synagoge nachgedacht wurde. Der Plan konnte aber erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges umgesetzt werden, am 3. Oktober 1927 wurde der Grundstein für den Bau an der Karlstraße gelegt. Immer wieder kamen bekannte jüdische Intellektuelle in die Stadt, darunter Nahum Goldmann, viele Jahre Präsident des Jüdischen Weltkongresses, oder Albert Einstein, der im Herbst 1920 wegen eines Kongresses in Bad Nauheim weilte.²⁵⁹

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 verließen einige der circa 600 Jüdinnen und Juden die Stadt, jedoch wuchs die Gemeinde zunächst noch weiter an. Bis 1938 blieb es relativ ruhig, auch weil man um den Ruf der Kurstadt fürchtete. Im jüdischen Kinderheim an der Frankfurter Straße lebten zahlreiche Mädchen und Jungen, es wurde erst 1939 geschlossen, und die Kinder wurden nach Frankfurt gebracht, von wo aus sie später deportiert wurden. In der Reichspogromnacht kam es ähnlich wie in Friedberg zu gewalttätigen Übergriffen, sogar im jüdischen Altenheim. Einige Jüdinnen und Juden wurden ins Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar in Haft gebracht, um sie zur Ausreise zu drängen. Am 15. September 1942 fuhren Lastwagen am jüdischen Altenheim vor und zwangen die 77 Bewohnerinnen und Bewohner auf die Ladefläche. Insgesamt wurden an diesem Tag 103 jüdische Männer und Frauen zunächst nach Friedberg und dann zusammen mit den dortigen Jüdinnen und Juden nach Darmstadt und später in die Konzentrationslager Theresienstadt und Treblinka gebracht.

Frühjahr 1945

Die Bilanz nach dem Ende des Krieges war katastrophal: Das jüdische Leben in Friedberg, Bad Nauheim und in der Wetterau mit ihren vormals über 40 jüdischen Gemeinden war ausgelöscht, die Menschen deportiert und ermordet.

Die vorhandenen oder aus dem Rhein-Main-Gebiet nach Bad Nauheim verlegten Lazarette und Krankenhäuser waren ein wichtiger Faktor dafür, dass die Stadt nicht so zum Ziel von militärischen Angriffen wurde wie die Nachbarstadt



Die Synagoge in Bad Nauheim im Jahr 1945.

StadtA FB, Foto: unbekannt

Friedberg. Wenige Wochen vor der regionalen Kapitulation war es dem Standort-ältesten, „Generalarzt“ Dr. Goldbeck, gelungen, die Stadt zur „Lazarettstadt“ zu erklären und dies mit Schildern an den Ortseingängen sichtbar zu machen. Schätzungsweise waren 25.000 Menschen mehr als die Einwohner allein in Bad Nauheim, als am 29. März die amerikanischen Streitkräfte hier Quartier nahmen. Innerhalb kürzester Zeit normalisierte sich das Leben in der Stadt, die Ausgabe von Bekanntmachungen und Lebensmittelkarten wurde genauso offensichtlich reibungslos organisiert wie die Etablierung der amerikanischen Regionalmacht, die verschiedene Gebäude dafür beschlagnahmte.²⁶⁰

Wie durch ein Wunder war die Synagoge in Bad Nauheim nicht zerstört worden. Sie war während des Krieges als Depot benutzt worden und wurde sofort nach dem Einmarsch der Amerikaner instand gesetzt. So konnte dort bereits am



Innenaufnahme der Synagoge Bad Nauheim im Jahr 1945.

StadtA FB, Foto: unbekannt

27. April 1945 wieder ein Gottesdienst stattfinden. Paul Arnsberg beschreibt, dass Überlebende, Displaced Persons und Rückkehrer zusammenkamen, um in den Trümmern des Krieges ein Zeichen zu setzen: „Die Thora wurde aufgeschlagen, man sprach die alten Gebete. Es war wie ein Wunder, dass wir wieder in der Synagoge standen.“²⁶¹

Dieses frühe Wiederaufleben jüdischen Lebens war ein symbolischer Akt von Überleben und Würde, auf dessen Grundlage eine neue jüdische Gemeinde entstand. Im Jahr 1945 waren zum Teil bis zu 1.000 Jüdinnen und Juden in Bad Nauheim ansässig, da die Stadt als ein „safe space“ galt, der in der Obhut der US-Armee stand. Das war ein deutlicher Kontrast zum Schweigen in Friedberg, wo die Gemeinde für immer ausgelöscht blieb.

Besatzung, Neuordnung und soziale Umbrüche

Nach der Einnahme setzten die US-Truppen rasch neue Bürgermeister ein. In Butzbach wurde der Spenglermeister Heinrich Möser ernannt, der einer Widerstandsgruppe angehört hatte. In Friedberg flohen viele NS-Funktionäre, die Parteizentrale in der Bismarckstraße war schon durch Bomben zerstört. Am 31. März wurde Balduin Vogt als erster Nachkriegsbürgermeister eingesetzt, ihm folgte schon kurze Zeit später am 24. April 1945 Anton Heinstadt.²⁶²

Zeitzeugenberichte schildern die Begegnung mit den Amerikanern als ambivalent. „Sie waren wohlgenährt und braungebrannt“, erinnerte sich ein Friedberger, „ganz anders als unsere abgerissenen Soldaten.“ Michael Keller verweist auf das Spannungsfeld zwischen Erleichterung und Ressentiment: Während viele Frauen den Soldaten dankbar für Schokolade und Zigaretten waren, kursierten gleichzeitig Gerüchte über „Russenweiber“ und Besatzungskinder.²⁶³

Von langfristiger Bedeutung war auch die kirchliche Neuordnung. Am 30. September 1947 gründete sich in Friedberg die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau. Ihr erster Präsident, Martin Niemöller, war Hitlers persönlicher Gefangener in Dachau gewesen. Er sprach rückblickend über das Schweigen während der Verfolgung: „Als sie die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen [...] Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen [...] Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“²⁶⁴ Diese Worte wurden zu einem Kerntext der Nachkriegserinnerung. Niemöller war es auch, der wesentlich dazu beitrug, dass die Kirche ihr Ansehen wiedererlangte. Er hat gemeinsam mit dem württembergischen Bischof Theophil Wurm, dem Berliner Bischof Otto Dibelius, Gustav Heinemann und anderen die „Stuttgarter Schulderklärung“ 1945 formuliert und unterzeichnet.²⁶⁵ Dies war ein wichtiger, wenn auch defizitärer Baustein in der Geschichte der Verarbeitung von Schuld und Verstrickung hin zu einer Haltung der Verantwortung im Umgang mit der Geschichte.

Erinnerung, Schuld und Verpflichtung

Die Opferzahlen des Zweiten Weltkrieges sind kaum fassbar: 65 Millionen Tote weltweit, darunter sechs Millionen Juden, 220.000 Sinti und Roma, zehntausende politische Gegner, Homosexuelle und Menschen mit Behinderung. In Friedberg und Bad Nauheim wurden im September 1942 alle verbliebenen Jüdinnen und Juden deportiert. Es blieben Trümmer, Traumata, zerstörte und gebrochene Familien.

Ein Friedberger schrieb noch 2020: „Darüber muss ich weinen, von Tränen fließt mein Auge. Auch fünfundsiebzig Jahre danach beklagen wir den Verlust von Menschen, von Häusern und Heimat.“²⁶⁶ Eine Frau, die das Kriegsende erlebte, erinnerte sich: „Ich hoffe, dass mich mein treuer Schutzengel, der mich durch den Krieg und die schweren Jahre danach begleitet hat, auch diese Zeit gesundheitlich überstehen lässt.“

Die Erinnerungskultur wurde in den letzten Jahrzehnten zunehmend institutionalisiert. Das Wetterau-Museum dokumentierte mit Fotos von Zerstörung und Befreiung das Kriegsende und zeigte über einen längeren Zeitraum die Ausstellung „Jüdisches Leben in der Wetterau heute“. In der Synagoge in Bad Nauheim finden regelmäßig Gottesdienste statt. Austausch und Dialog zwischen der jüdischen Gemeinde, den Kirchen, Schulen und der Stadt sind selbstverständlich und intensiv, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Wetterau bietet regelmäßig Veranstaltungen zu aktuellen Fragen an. Friedensinitiativen wie „Imagine Peace Friedberg“ (2019) betonen, dass „Frieden keine Selbstverständlichkeit ist, sondern dass um ihn gerungen werden muss“.

Anne Franks Tagebuchworte vom April 1944 – „Ich will fortleben, auch nach meinem Tod“ – verbinden die lokale Geschichte mit einer europäischen Erinnerungskultur, die bis heute Mahnung und Verpflichtung ist.

Resümee

Die letzten Kriegstage in Friedberg und Bad Nauheim waren geprägt von Zerstörung, sinnlosem Widerstand und dem sichtbaren „Machtzerfall“ des NS-Regimes. Münklers Analyse wird in den lokalen Ereignissen greifbar: Während die Bevölkerung kapitulieren wollte, hielten fanatische Kommandeure den Widerstand aufrecht.

Besonders der Gottesdienst in der Bad Nauheimer Synagoge im April 1945 ist ein frühes Zeichen dafür, dass jüdisches Leben trotz aller Vernichtungsversuche weiterbestehen konnte. Er steht für ein Versprechen: dass Erinnerung, Überleben und Neubeginn möglich sind.

Friedberg und Bad Nauheim wurden so zu Orten, an denen sich exemplarisch zeigt, wie aus Trümmern Verantwortung erwachsen kann. Erinnerung ist hier nicht nur Rückschau, sondern ein Auftrag für die Zukunft – „Visionen von Frieden und Gerechtigkeit“, wie es in einem Friedberger Gedenkgottesdienst zum 75. Jahrestag des Endes von NS-Herrschaft und Zweitem Weltkrieg hieß.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte für Friedberg und Bad Nauheim nicht nur Zerstörung, sondern auch die Möglichkeit zum Neubeginn. Die Spuren von Gewalt, Verfolgung und Schuldverstrickung sind bis heute sichtbar. Doch zugleich entstand ein Fundament für Demokratie, Menschenrechte und europäische Verständigung. Die Erinnerung an die Katastrophe bleibt Verpflichtung: Sie soll nicht nur das Vergangene bewahren, sondern Handlungsimpulse für die Gegenwart und Zukunft geben.

Erinnerungskultur entwickelte sich über Jahrzehnte: Die Gründung des Deutschen Koordinierungsrats der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) fand – mit Impuls und Initiative der Amerikaner – in Bad Nauheim statt, wo heute auch der Sitz der Organisation ist. Mit Adolf Freudenberg und seiner Frau Elsa waren wichtige Persönlichkeiten und ihr Netzwerk ab 1947 in Bad Vilbel auf dem Heilsberg nicht nur mit dem Aufbau einer Flüchtlingsiedlung, sondern auch mit der Gründung von christlich-jüdischen Arbeitskreisen und -organisationen wie dem DKR und „Dienst an Israel“ (heute: Arbeitskreis „Im-Dialog“) engagiert.²⁶⁷ Eine regionale Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit wurde 1984 gegründet. Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen im Wetterau-Museum oder lokale Friedensinitiativen wie „Imagine Peace Friedberg“ knüpfen an diese Geschichte an. Sie verknüpfen das Erinnern mit einem Appell an die Gegenwart, sich gegen Antisemitismus zu engagieren und Demokratie und Frieden als stets gefährdete Güter zu begreifen. Anne Franks Hoffnungen wie auch die Worte Niemöllers mahnen, individuelle Verantwortung mit kollektiver Erinnerung zu verbinden.²⁶⁸



Die Synagoge
in Bad Nauheim
heute.
Foto: Peter Noss

Tanja Bernsau

Die Besatzer als Kuratoren. Die Monuments Men in Wiesbaden

Mehr als 60 Millionen Todesopfer sind die traurige Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Unzählige Städte in Europa waren infolge der Bombenangriffe der Kriegsparteien zum großen Teil zerstört. Viele Millionen Menschen wurden verletzt und/oder aus ihrer Heimat vertrieben. Während des Krieges und des Terrors des Naziregimes mussten Millionen Europäer Unmenschliches erdulden. Auch nach Kriegsende, vertrieben, ausgebombt, ohne Nahrungsmittel und von der Familie getrennt, war für die meisten Menschen das nackte Überleben die Prämisse. World War II als humanitäre Katastrophe, in der es bizarr anmutet, sich mit Kulturgüterschutz auseinanderzusetzen.

Auch Kulturgüter kamen in dieser Zeit zu Schaden, wurden geraubt, verschleppt, beschädigt. Die Bombenangriffe zerstörten Baudenkmäler. Archive und Museen wurden aus Sicherheitsgründen geleert und ihre Inhalte in sichere Depots gebracht. Es lässt sich ohne Übertreibung feststellen, dass sich am Ende des Zweiten Weltkrieges kaum noch ein Kunstwerk an der gleichen Stelle wie vor 1933 befand.

Rund 700.000 dieser dislozierten Kunstwerke lagerten nach Kriegsende in den Räumen des Landesmuseums Wiesbaden. Im 19. Jahrhundert als Weltkurstadt ein Place to be für den europäischen Hochadel und Begüterte, aber seit dem Ersten Weltkrieg praktisch ohne Bedeutung auf dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Parkett, wurde dies in gewisser Weise zum Vorteil im Zweiten Weltkrieg: Ohne nennenswerte Industrie als nicht kriegswichtig eingestuft, musste die Provinzstadt deutlich weniger Bombenangriffe erleiden als andere Städte. Vergleichsweise unbeschadet konnte Wiesbaden deshalb nach Kriegsende zur Lagerstätte für herrenloses Kulturgut werden.

Federführend bei dieser Aktion waren die Monuments Men, eine angloamerikanische Militäreinheit, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, europäisches Kulturgut vor den verheerenden Schäden des Zweiten Weltkrieges zu bewahren. Die Geschichte dieser Truppe wurde vor einigen Jahren von George Clooney in einem Hollywoodfilm gewürdigt. Die Geschichte der Monuments Men als militärischer

Einrichtung hörte jedoch mit Kriegsende nicht auf, im Gegenteil: Das wahre Verdienst dieser Kunstschutztruppe fing mit der Einrichtung der Sammelstellen in der Besatzungszeit erst an.

Die Monuments, Fine Arts and Archive-Section

Für den Kulturgüterschutz im Zweiten Weltkrieg zeichneten die Monuments Men verantwortlich.²⁶⁹ Ihren Ursprung hat sie in den USA, wo Museumsverantwortliche nach dem Angriff auf Pearl Harbor begannen, Sicherungsmaßnahmen für die amerikanischen Museumsschätze zu organisieren. Schnell weitete sich der Kunstschutzgedanke auch auf Europa aus. Am 20. August 1943 wurde dazu The American Commission for the Protection and Salvage of Artistic and Historic Monuments in Europe ins Leben gerufen, nach ihrem Vorsitzenden Owen J. Roberts kurz Roberts Commission genannt.²⁷⁰

Als zivile Organisation waren ihre Möglichkeiten während der Kriegshandlungen jedoch eingeschränkt. Diesem Problem wurde mit der Planung der alliierten Invasion auf dem Festland Abhilfe geschaffen, als die Monuments, Fine Arts & Archives-Section (MFA&A) als eine Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien gegründet wurde. Bereits früh äußerte sich die Befürchtung, neben zerstörten Baudenkmalern auch eine große Menge an Raub- und Beutekunst in Europa vorzufinden, deren rechtmäßige Besitzer ermittelt werden müssten. Um einen Überblick über die Kunstwerke zu erhalten, richteten die Kunstschutzoffiziere sogenannte Central Collecting Points in München, Marburg, Wiesbaden und Offenbach ein. Diese CCPs entstanden aus der schlichten Notwendigkeit, die unzähligen aufgefundenen Kunstwerke aus den vielen, aus konservatorischer Sicht suboptimalen Depots in zentrale Lager zu verbringen, um eine Entscheidung über ihre Behandlung und weitere Distribution vornehmen zu können.

CCP Wiesbaden – die Sammelstelle im Landesmuseum

Die Geschichte des Wiesbadener Central Collecting Points hatte ihren Ausgangspunkt in den Salzminen von Merkers (Thüringen). Hierhin hatte man noch kurz vor Kriegsende die Berliner Museumsschätze in Sicherheit gebracht. Die Verhältnisse in diesem Depot waren für die Kunstwerke alles andere als optimal, sodass bald eine Verlagerung in die nicht weit entfernte Frankfurter Reichsbank erwogen wurde.

Die Stadt Frankfurt, Sitz des Hauptquartiers der 3. US-Armee, bot mit dem Gebäude der Reichsbank sowohl für das in Merkers aufgefundene Reichsbank-Gold als auch für die Kunstwerke eine sichere Unterbringungsmöglichkeit.²⁷¹ Dort kamen die Kunstwerke am 17. April 1945 auf 26 Zehntonnern an. Allerdings stellten auch diese Räume keine dauerhaft geeignete Lagermöglichkeit dar.²⁷² Die schiere Menge an Kunstgegenständen sprengte die Möglichkeiten der sachgerechten Lagerung und der weiteren Bearbeitung hinsichtlich Inventarisierung, Konservierung und eventueller Restaurierung sowie der Restitution.²⁷³ Eine erneute Umsiedlung der Kunstgegenstände musste erwogen werden.

Zu diesem Zeitpunkt nahm Captain Walter I. Farmer, im Zivilberuf Architekt, seine Tätigkeit als Kunstschutzoffizier auf und wurde damit beauftragt, das Museumsgebäude im benachbarten Wiesbaden als Lagerstätte herzurichten. Als Farmer diese Aufgabe im Juni 1945 antrat, musste er sich zunächst um die Räumung des Gebäudes kümmern. Während des Krieges war das Museum durch die deutsche Luftwaffe als Maschinenraum genutzt worden.²⁷⁴ Nach Kriegsende diente es Heimatvertriebenen als Unterkunft und verschiedenen US-amerikanischen Militäreinheiten als Stützpunkt, unter anderem einer Spezialeinheit der 12. US-Armee, die in den Museumssälen ein Kleiderdepot eingerichtet hatte.²⁷⁵ Nach der Räumung des Gebäudes galt Farmers nächste Priorität der Instandsetzung der Räume: Die Fenster und Türen waren durch Detonationen in der Umgebung weitestgehend zerstört, ebenso die Oberlichter, und auch das Dach war durch eine Flak-Installation stark in Mitleidenschaft gezogen.²⁷⁶

Die Zeit war knapp. Bis zum 15. August 1945 sollte die Wiederherstellung abgeschlossen sein, denn dann sollten die ersten Transporte aus Frankfurt eintreffen. Kriegsbedingte Materialknappheit erschwerte seine Aufgabe. Farmer gelang es jedoch, auf verlassenen Baustellen die benötigten Materialien wie Fensterscheiben und Stacheldraht rechtzeitig zusammenzutragen. Er arbeitete mit Hochdruck an der Wiederherstellung des Gebäudes, von der Bedeutsamkeit seiner Aufgabe überzeugt. Aus Briefen an seine Frau erfahren wir:

„Wir bauen eine neue Welt und wollen, was gut ist, aus der alten hinüberretten. [...] Nichts darf meine Arbeit aufhalten. Ich bin ständig auf den Beinen, und trotzdem kommt es mir vor, als ginge es nur im Schneckentempo voran.“²⁷⁷

Im monatlichen Statusbericht über seine Arbeit im CCP Wiesbaden schrieb Farmer am 3. August 1945 über den Fortschritt der Wiederherstellungsarbeiten am

Gebäude: Zwei Drittel der Fenster waren wieder eingesetzt, in den nächsten zehn Tagen würde noch das Dach repariert werden, die Heizung sei innerhalb von Wochen wieder funktionsfähig, die erforderlichen Rohrarbeiten würden noch in dieser Woche abgeschlossen und einer der beiden Aufzüge sei bereits wieder im Einsatz. Neben der Wiederherstellung der Gebäude waren auch Sicherheitsvorkehrungen für die Kunstwerke zu treffen. Der CCP wurde zunächst von drei amerikanischen und drei deutschen Wachmännern geschützt, ergänzt um einen Nachtwächter, mehr als von Farmers Vorgesetzten gefordert.²⁷⁸ Das gesamte Gebäude war mit einem mannshohen Stacheldrahtzaun umgeben und wurde bei Nacht mit Suchstrahlern erleuchtet. Es gab nur einen Eingang und der Zugang zum Gebäude erfolgte nur mit der Erlaubnis des Direktors.²⁷⁹

75 Räume des Landesmuseums waren Ende August 1945 wiederhergestellt, sodass der CCP die ab 20. August aus Frankfurt eintreffenden Kunstgegenstände entgegennehmen konnte.²⁸⁰

Zuvor waren bereits 80 Kisten mit druckgraphischen Arbeiten eingetroffen, die aus dem Kölner Wallraf-Richartz-Museum ausgelagert worden waren. Auch nach dem Transport aus Merkers kamen noch zahlreiche weitere Kunstwerke in Wiesbaden an, die von den Monuments Men in den umliegenden Auslagerungs-orten aufgefunden worden waren. Einiges davon stammte aus Privatbesitz, wie etwa die Sammlung des Kunsthändlers Hildebrand Gurlitt. Der Großteil war jedoch deutscher Museumsbesitz, allesamt vor Kriegsschäden in Sicherheit gebracht worden: Aus dem Düsseldorfer Stadtmuseum kamen Kisten mit Münzen, aus dem Museum in Karlsruhe stammten Gemälde und Drucke, der preußische wie auch der ungarische Kronschatz (inkl. der Stephanskrone), Archivmaterial aus Wiesbaden, Gemälde, Skulpturen und Druckgraphiken aus dem Frankfurter Städel und vieles mehr wurde in das Gebäude an der Rheinstraße gebracht. Auch die Berliner Museumsbestände, die ihren Weg nach Wiesbaden fanden, waren sehr vielfältig. Von den Gemälden aus der Gemäldegalerie und der Nationalgalerie über die kunstgewerbliche Sammlung des Schlossmuseums, Tapissereien aus den Beständen der Verwaltung der Schlösser und Gärten Potsdam und Bücher aus der Berliner Kunstbibliothek bis hin zur Antikensammlung aus der Islamischen Abteilung, dem Museum für Vor- und Frühgeschichte und der Ägyptischen Abteilung. Zu den wohl berühmtesten Kunstwerken, die zu Gast in Wiesbaden waren, zählt die „Bunte Königin“, die Büste der Nofretete, die zur Freude des Publikums auch in den zahlreichen Ausstellungen im CCP stets präsent war.

Der Wiesbadener Central Collecting Point beherbergte überwiegend Material aus deutschem Besitz, aus den früheren Preußischen Staatlichen Museen (Berlin), aus dem Städel in Frankfurt und lokalen Museen sowie eine gewisse Menge an „internal loot“ (von deutschen Bürgern gestohlene Kunstwerke) und einige Restitutionsobjekte. In seiner Hochzeit enthielt diese Institution etwa 700.000 Objekte. Jedes dieser Kunstwerke wurde von den CCP-Mitarbeitern inventarisiert, das heißt auf Karteikarten in dreifacher Ausfertigung registriert, auf seinen Erhaltungszustand hin überprüft und gegebenenfalls vorsichtig restauriert. Der nächste Schritt war es dann, die jeweiligen Besitzverhältnisse herauszufinden und die Kunstwerke an die rechtmäßigen Eigentümer zurückzugeben, was ihnen auch für einen Großteil der Bestände gelang. Bei den Kunstwerken, bei denen dies nicht möglich war, hat nach der Besatzungszeit die Hessische Treuhandverwaltung die Verantwortung übernommen. Etliche Kunstwerke aus diesen Beständen finden sich noch heute als „Restbestand CCP“ in der treuhänderischen Obhut des Bundes, verwaltet durch das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV).²⁸¹

Westward ho! – Kulturgüterschutz oder Beutekunst?

Der Sorge der amerikanischen Besatzer um den Erhalt des deutschen Kulturguts in Deutschland scheint eine ihrer eigenen Maßnahmen zu widersprechen: der Abtransport von ausgewählten Kunstwerken in die USA. Diese Aktion, von den Amerikanern selbst in Anlehnung an einen Ausdruck der Wildwest-Sprache mit „Westward ho!“ überschrieben, hat den Beigeschmack von Beutekunst und war bei den amerikanischen Kunstfachkräften wie auch bei den Monuments Men alles andere als akzeptiert.

Der Hintergrund – Vorbereitungen in den USA und in Deutschland

Ihren Anfang fand die Westward-ho-Aktion schon während des Zweiten Weltkrieges. Bereits im März 1945 erwähnte General Lucius D. Clay, dass er gerne Kunstwerke aus deutschem Besitz in die USA verbringen würde. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Alliierten nur eine vage Vorstellung vom Umfang der Kunstwerke, von den Aufbewahrungsorten und -bedingungen sowie dem Zustand der Museen in Deutschland. Solange der Krieg noch andauerte, konnten jedoch ohnehin noch keine konkreten Pläne gemacht werden.

Seitdem die Alliierten auf europäischem Festland kämpften, musste jedoch ein Eindruck über Umfang und Qualität der dort vorgefundenen Kunstwerke entstanden sein. Ein Bericht des US Group Control Council Headquarters aus dem Juli 1945 beschrieb die amerikanischen Pläne für den Umgang mit den in den besetzten Gebieten aufgefundenen Kunstwerken. Zunächst wurde ein Klassifizierungssystem für die Kunstgegenstände hinsichtlich ihrer Provenienz entwickelt:²⁸⁴

- Kunstgegenstände der Klasse A: Kunstwerke, die von den Deutschen in besetzten Gebieten geraubt worden waren, die aus öffentlichem Besitz stammten oder aber von Privateigentümern geraubt wurden, ohne dass diese irgendeine Kompensation erhalten hätten.
- Kunstgegenstände der Klasse B: Kunstwerke, die von den Deutschen in besetzten Gebieten von privaten Eigentümern geraubt worden waren, die jedoch eine Gegenleistung dafür erhalten hatten.
- Kunstgegenstände der Klasse C: Kunstwerke, die in der US-Zone zur sicheren Unterbringung aufbewahrt wurden und die bona fide deutsches Eigentum waren.

Die Unterbringungsmöglichkeiten in Deutschland bewertete dieser Bericht als höchst ungünstig, weder war geschultes Personal vorhanden noch gab es geeignete Lagerstätten.²⁸⁵ Die deutschen Kunstwerke sollten deshalb schnellstmöglich dorthin gebracht werden, wo geeignetes Personal für ihre Inventarisierung, Identifizierung und adäquate Pflege zur Verfügung stand. Unstrittig war, dass die A-Kunstwerke an ihre Eigentümer zurückgegeben werden sollten. Die B-Kunstwerke sollten an die Herkunftsländer zurückgegeben werden, die die Eigentumsverhältnisse zu prüfen hatten. Die C-Kunstwerke hingegen sollten, so der Bericht, nicht für Reparationen zur Verfügung stehen und dabei unter einer Vielzahl von Nationen aufgeteilt werden. Stattdessen sollten sie unter treuhänderische US-Verwaltung gestellt und nach einigen Jahren an Deutschland zurückgegeben werden. Dies führte zu der Empfehlung, diese Kunstwerke in die USA zu verbringen.²⁸⁶

Zu diesem Zeitpunkt bestand noch keine Klarheit über die Quantität der Klasse-C-Kunstwerke sowie über ihre Unterbringung in Deutschland. John Nicholas Brown, Kulturberater des Weißen Hauses, sprach sich im August 1945 gegen die Pläne für den Umgang mit den C-Kunstwerken aus und begründete dies ausführlich:

- Die Eigentumsfrage sei nicht eindeutig geklärt, da nicht alle deutschen Museen auch Reichsmuseen gewesen und somit nicht alle Kunstwerke deutscher Besitz seien.
- Im Gegensatz zur Darstellung des Berichts aus dem Juli 1945 seien die Unterbringungsmöglichkeiten hinsichtlich Personal und Gebäuden ausreichend. Insbesondere den Monuments Men spricht er dabei eine hohe Kompetenz im Museumsbereich zu. Im Gegenteil stelle eine Verschiffung aller dieser Kunstgegenstände ein größeres Risiko dar.
- Die große Quantität der Kunstwerke, deren Anzahl sich im fünfstelligen Bereich bewege, mache es unmöglich, über einen Abtransport aller Kunstwerke nachzudenken, um sie in den USA zu inventarisieren, identifizieren und sicher aufzubewahren. Hier müsse eine Auswahl getroffen werden und dazu sei eine Identifizierung bereits in Deutschland nötig.
- Viele der Kunstwerke, die nun in der US-Zone aufbewahrt würden, gehörten zu Institutionen, die in anderen Besatzungszonen lägen. Eine Verbringung gefährde die Beziehungen zu den anderen Alliierten.
- Der Abtransport von deutschem Kulturerbe würde von den Deutschen und den anderen Alliierten mit Misstrauen und Missbilligung aufgefasst werden, der Verdacht der Kriegsbeute liege nahe.
- Viele der mit C einzustufenden Kunstwerke gehörten in Kirchenbesitz und seien somit ebenfalls nicht verfügbar.

Für den Wiesbadener CCP ist das Argument der unzureichenden Unterbringungsmöglichkeit objektiv betrachtet kaum nachzuvollziehen. Zwar war ein großer Teil der deutschen Museumsgebäude kriegsbedingt beschädigt und auch die Aufbewahrungsmöglichkeiten in den CCPs waren zu Beginn alles andere als optimal. Foto- und Filmaufnahmen der Wiesbadener und Münchner Sammelstelle zeigen, wie die Gemälde, teilweise ohne schützende Kisten, nebeneinandergestapelt ihrer weiteren Bestimmung harrten.²⁸⁸ CCP-Leiter Farmer und sein Team hatten jedoch große Anstrengungen unternommen, um die Kunstgegenstände fachgerecht lagern zu können.²⁸⁹

Auch der Vorwurf des fehlenden Personals war nicht haltbar. Zwar ist es richtig, dass die Anzahl an deutschen Fachkräften durch die Entnazifizierungsmaßnahmen stark zurückgegangen war. In Wiesbaden jedoch konnte Farmer frühzeitig geeignetes Personal zusammenstellen, darunter neben den wissenschaftlichen Mitarbeitern auch Restauratoren, Fotografen und Schreibkräfte.²⁹⁰ Die besondere Eignung Farmers selbst ist jedoch eher in seinem Engagement und seiner Begeisterung für die Aufgabe als in seiner beruflichen Qualifikation zu sehen.²⁹¹

Um einen Überblick über die Verhältnisse und Bestände der Aufbewahrungsorte zu erhalten, sandte die amerikanische Militärregierung im Oktober 1945 Colonel Harry A. McBride nach Wiesbaden.²⁹² General Clay schien zu diesem Zeitpunkt einen Transport von rund 200 Gemälden zu planen, die eine erste Fuhre bilden sollten:

„Col McBride arrived 1 November and left for Frankfurt Saturday to make selections of paintings to be moved and check plans made for this movement prior to his arrival. Unable to contact him today. Estimate at least 200 paintings can be moved within a month, if proper shipping space can be obtained. Will cable more details when Col McBride can be reached on Monday.“²⁹³

Anfang November 1945²⁹⁴ nahm Colonel McBride den Wiesbadener Central Collecting Point in Augenschein. Den inspizierenden McBride konnten Farmers bisherige Anstrengungen, den WCCP zu einem sicheren Aufbewahrungsort für die eingelagerten Kunstwerke zu machen, nicht überzeugen. Farmer berichtete von dem Besuch in einem späteren Aufsatz und wunderte sich, dass er den Inspekteur mit seiner Arbeit nicht zufriedenstellen konnte. Farmer vermutete rückblickend, dass der Bericht McBrides darauf abzielte, den CCP in einem besonders schlechten Licht dastehen zu lassen, damit man den Abtransport der Kunstwerke leichter rechtfertigen könne.²⁹⁵ Auch Farmers Mitarbeiter Kenneth Lindsay schrieb später, dass McBride die Untersuchungsergebnisse in gewünschtem Sinne auslegte: So waren beispielsweise in den Ausstellungsräumen Wasserbehältnisse aufgestellt, um die Luftfeuchtigkeit zu regulieren. Diese Verwendung wurde auch McBride gegenüber erläutert. Im Report über den Zustand des CCPs wurden diese Behältnisse jedoch zu Regenauffangbehältnissen aufgrund eines undichten Daches und galten als Beleg für die ungeeignete Unterbringung der Kunstwerke.²⁹⁶

Unmittelbar nach dem Besuch McBrides im Collecting Point erging folgende Aufforderung von General Clay am 6. November 1945 zum sofortigen Versand von 200 Gemälden zur Sicherstellung an die National Gallery, Washington:

„Take immediate steps to select, pack and ship to port 200 paintings for safe-keeping at national gallery in confirmation of telephone discussion of Lt Col HARRIS this Headquarters with Col MC BRIDE. Also arrange with TSFET shipping allocation from whatever port they deem proper.“²⁹⁷

Ebenfalls am 6. November 1945 erreichte die Mitteilung über die geplante Maßnahme durch ein Telegramm der 7th US Army den Wiesbadener Collecting Point. Es sollten schnellstmöglich Vorkehrungen getroffen werden, um „eine Auswahl von mindestens zwei null null deutschen Kunstwerken von höchster Bedeutung“²⁹⁸ nach Amerika zu verschicken. 2nd Lieutenant Lamont Moore wurde zehn Tage später darüber informiert, dass er diesen Transport betreuen sollte.²⁹⁹ Er berichtete in einem Memorandum über die Vorbereitungen der Kunstwerke: Am 6. November traf er sich mit Colonel McBride und Commander Keith Merrill, der ihm assistieren sollte, in Frankfurt, um den Abtransport zu besprechen. Am 7. November fuhren diese drei zum Wiesbadener CCP, um dort mit Farmer und Rorimer die Organisation zu klären. Für den Abtransport wurden zwei deutsche Rotkreuz-Eisenbahn-Waggons zur Verfügung gestellt. Wachmänner begleiteten den Transport auf Lkw nach Frankfurt, wo sie auf die Waggons verladen wurden. Auf dem Schienenweg gelangte der Transport nach Le Havre und wurde dann am Hafen auf das Dampfschiff „James Parker“ verladen, das die Kunstwerke nach New York bringen sollte.³⁰⁰

Diese Aktion ließ sich nicht mit den Grundsätzen der MFA&A zum Kulturgüterschutz in Einklang bringen, waren sie doch angetreten, um Kulturgüter für die Nation zu bewahren, der sie gehörten. Raubkunst gehörte nicht dazu. Farmer sah sich verpflichtet zu handeln.

Der Protest – das Wiesbadener Manifest

Walter Farmer beschrieb in seinen Memoiren den Moment der Mitteilung über den Abtransport der Kunstwerke als Schock:

„Ich las das Telegramm und sank weinend in meinen Stuhl. [...] Ich war so persönlich getroffen, weil mir Dr. Ernst Holzinger, Frau Dr. Schoppa, Frau Flinsch und andere deutsche Museumsbedienstete mittlerweile sehr nahestanden und sie alle so von Herzen dankbar waren, dass wir uns bemühten, ihr nationales Kulturerbe zu bewahren. [...] Unsere ganze Operation war ad absurdum geführt. Es gab nicht nur keinen Grund, diese Kunstwerke in den Vereinigten Staaten zu ‚beschützen‘. Die Gemälde auf Holz und Leinwand zudem im tiefsten Winter über den Atlantik zu befördern, hieß, sie den schädlichsten klimatischen Bedingungen auszusetzen, die man sich vorstellen kann.“³⁰¹

Er fühlte sich durch diese Aktion an die Vorgehensweise des Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) erinnert, der seine Kunstraubzüge auch mit der „Sicherstellung von herrenlosem Kulturgut“ rechtfertigt hatte.³⁰² Ein vermutlich von Farmer verfasstes Memorandum vom November 1945 dokumentierte seine Einstellung zu dieser geplanten Maßnahme. Das Memorandum führte gleich mehrere Gründe an, warum der Abtransport nicht erfolgen sollte: Neben der Tatsache, dass durch den Abtransport von Kunstwerken, die originär aus anderen Besatzungszonen stammten, die alliierten Partner verärgert werden könnten und auch das Ansehen der MFA&A und ihrer Arbeit in Deutschland leiden würde, führte der Verfasser technische Bedenken gegen einen Abtransport an, da er davon ausging, dass ein Überseetransport den Kunstwerken nur schaden würde.³⁰³

Unmittelbar nachdem Farmer das Telegramm mit dem Abtransportbefehl erhalten hatte, rief er seine MFA&A-Kollegen zusammen, um gegen die Maßnahme vorzugehen.³⁰⁴ Diese Requirierungen im Regierungsauftrag stießen auch auf den Widerstand der anderen amerikanischen Kunstschutzoffiziere und sie folgten dem Aufruf Farmers zu einem Zusammentreffen am 7. November 1945 in Wiesbaden. Dort entstand das als Wiesbadener Manifest bekannt gewordene Dokument, das den Widerspruch von 24 der 32 nördlich der Alpen stationierten Kunstschutzoffiziere gegen den Abtransport darstellt.³⁰⁵ In dem Manifest wandten sich die Unterzeichner vehement gegen den Abtransport der Kunstwerke, die als deutsches Kulturerbe nicht aus Deutschland entfernt werden dürften:

„Wir sind einmütig der Auffassung, daß die Verbringung solcher Kunstwerke, ausgeführt von der Armee der Vereinigten Staaten auf Anweisung der höchsten nationalen Autoritäten, einen Präzedenzfall begründet, der weder moralisch vertretbar noch verständlich zu machen ist. [...] Wir möchten darauf hinweisen, daß unseres Wissens keine historische Kränkung so langlebig ist und so viel gerechtfertigte Verbitterung hervorruft wie die aus welchem Grunde auch immer erfolgende Wegnahme eines Teils des kulturellen Erbes einer Nation, sei es auch, daß dieses Erbe als Kriegstrophäe aufgefaßt wird.“³⁰⁶

Da die Kunstschutzoffiziere Angehörige des Militärs waren, muss dieses Schreiben als eine indirekte Befehlsverweigerung gewertet werden, die vor dem Kriegsgericht verhandelt worden wäre.³⁰⁷ Die Unterzeichner behielten dennoch ihre Posten, da das Schreiben seine Empfänger gar nicht erreichte. Somit wirkte das Wiesbadener Manifest auch nicht als das offizielle Eintreten der Offiziere für die

deutschen Kulturgüter, wie es oftmals geschildert wird. Kenneth Lindsay erwähnte später, dass das Manifest vom Vorgesetzten der Monuments Men, Major Bancel LaFarge, für eine unbestimmte Zeit zurückgehalten wurde, um die Unterzeichner zu schützen, bis diese aus dem Militärdienst entlassen und in ihre Zivilberufe zurückkehren würden.³⁰⁸

Viele Publikationen, die sich mit dem Wiesbadener Manifest beschäftigen, sind lange nach dessen Entstehen verfasst worden. Bei genauerer Betrachtung offenbart sich, dass dem Manifest rückblickend mehr Wirkung beigemessen wird, als es damals hatte. In der heutigen Sekundärliteratur wird das Manifest häufig leicht glorifiziert als Aufbegehren der Monuments Men gegen ihre Vorgesetzten dargestellt, was es jedoch nicht war. Zudem zeigt sich eine Diskrepanz in den zeitlichen Abläufen und ihrer Darstellung: Die Gutachter McBride und Lamont Moore waren Anfang November 1945 (vermutlich am 5. November) in Wiesbaden zur Inspektion. Das Telegramm an Farmer über den Abtransport erreichte diesen bereits am 6. November. Farmer berichtete, dass er die anderen Kunstschutzoffiziere für den nächsten Tag bestellt habe. In Anbetracht der Tatsache, dass seine Kollegen in ganz Europa verstreut tätig waren, ist es kaum vorstellbar, dass sie alle binnen Tagesfrist in Wiesbaden sein konnten. Sie waren meist in der Feldarbeit tätig, das heißt unterwegs und nicht unmittelbar telefonisch zu erreichen. Auch war das Reisen in dieser Zeit nicht problemlos möglich. Es ist daher zu vermuten, dass das Manifest auf diesen Termin zurückdatiert wurde, um das schnelle Handeln Farmers zu betonen.

Aber auch wenn das Manifest nicht die MFA&A-Vorgesetzten erreichte, so legte es dennoch Zeugnis ab über die Haltung der Monuments Men zur Westward-ho-Aktion und blieb auch nicht gänzlich unbeachtet, entfaltete seine Wirkung aber erst in den USA außerhalb des militärischen Kontextes. Offiziell bekannt wurde das Manifest unter anderem durch die Journalistin Janet Flanner, die Wiesbaden in dieser Zeit besuchte und über das Manifest am 17. November 1945 im *New Yorker* berichtete.³⁰⁹ Flanner schrieb in ihrer später erschienenen Publikation „Men and Monuments“ über den Protest der Kunstschutzoffiziere, dass einige Monuments Men sogar um ihre Versetzung baten, um diesem Abtransportbefehl nicht Folge leisten zu müssen.³¹⁰

Ein von Lieutenant Commander Charles Kuhn im Januar 1946 verfasster Artikel machte ebenfalls öffentlich deutlich, dass die amerikanischen Kunstschutzoffiziere mit diesem Abtransport nicht einverstanden waren.³¹¹

Der Protest durch das Wiesbadener Manifest hatte den Abtransport der „202“ nicht verhindern können, die Kunstwerke gingen auf die Reise.

Das Wirken der Monuments Men in Wiesbaden

Kulturgüterschutz

Walter Farmer hat nicht viel Zeit in Wiesbaden nach dem Zweiten Weltkrieg verbracht. Schon im März 1946 übergibt er den Staffelnstab als CCP-Direktor an seine Nachfolgerin Edith A. Standen. Zwei weitere Direktoren sollten bis zur Auflösung des Collecting Points Wiesbaden folgen.

In den wenigen Monaten (Juni 1945 bis März 1946) hat Farmer jedoch Enormes geleistet. Nicht nur fällt in seine Wirkungszeit der Aufbau des Central Collecting Points Wiesbaden und die Annahme und sichere Verwahrung der vielen Kunstgegenstände, die aus dem Umkreis nach Wiesbaden kamen. Jedes einzelne dieser Kunstwerke wurde auch von den CCP-Mitarbeitern inventarisiert, das heißt auf Karteikarten in dreifacher Ausfertigung registriert, auf seinen Erhaltungszustand hin überprüft und gegebenenfalls vorsichtig restauriert. Die CCP-Mitarbeiter waren bemüht, die jeweiligen Besitzverhältnisse herauszufinden und die Kunstwerke an die rechtmäßigen Eigentümer zurückzugeben, was ihnen auch für einen Großteil der Bestände gelang. Bei den Kunstwerken, bei denen dies nicht möglich war, hat nach der Besatzungszeit die Hessische Treuhandverwaltung die Verantwortung übernommen. Etliche Kunstwerke aus diesen Beständen finden sich noch heute als „Restbestand CCP“ in der treuhänderischen Obhut des Bundes, verwaltet durch das BADV.

Kunst in Ruinen

Auf Farmers Initiative ist auch die erste Ausstellung im Central Collecting Point zurückzuführen. Nachdem er sich vergeblich gegen den Abtransport der 202 ausgesprochen hatte, war es ihm ein besonderes Anliegen, den Wiesbadener Bürgern, aber auch seinen deutschen Mitarbeitern zu zeigen, dass sich die Monuments Men um die noch sehr große Restmenge sorgfältig kümmern würden. Zumindest hat Farmer es im Rückblick so empfunden, dass eine Ausstellung in den eigenen Räumen die Zusammenarbeit mit den deutschen Museumsmitarbeitern fördern würde.

„Morale at the Collecting Point was very low after the departure of the 202. To, in some way, redeem our honor and to reassure the German people that significant art treasures remained in Germany, I put my staff to work arranging an exhibition.“³¹²

Aus diesem Gedanken heraus entstand die „Ausstellung alter Meister in deutschem Besitz“, in der 89 Gemälde gezeigt wurden. In der kurzen Laufzeit vom 12. Februar bis zum 23. April 1946 haben insgesamt 63.196 Besucher diese Ausstellung besucht. Zum beliebtesten Ausstellungsstück avancierte schnell die Büste der Nofretete, die deshalb auch in den nachfolgenden Ausstellungen stets präsentiert wurde, auch wenn sie thematisch nicht zur Ausstellung passte. Auch die folgenden Ausstellungen zeigten, thematisch gruppiert, Werke aus dem CCP-Bestand. So konnten Wiesbadener Bürger in der Nachkriegszeit in den Genuss kommen, hochkarätige Kunstwerke aus verschiedenen deutschen Sammlungen zu sehen.

Förderung zeitgenössischer deutscher Kunst

Während die Ausstellung des CCP sich mit den Altmeistern beschäftigte, hegte Farmer persönliches Interesse an zeitgenössischer Kunst. Da diese Werke aber kaum in den Einlagerungsgegenständen zu finden waren, die er und sein Team betreuten, blieb es bei einem privaten Vergnügen. Hervorzuheben ist allerdings der Einsatz Farmers für den Wiesbadener Künstler Alo Altripp, den er bei seiner Arbeit im CCP kennengelernt hatte. Altripp unterstützte als Zeichner bei der Registrierung und Inventarisierung der Bestände und erhielt dazu einen Raum im Museum als Atelier. Dort suchte Farmer den Künstler auf und wurde von ihm mit zeitgenössischer Kunst vertraut gemacht, die er zuvor stets abgelehnt hatte. In Farmers Erinnerung wurde Altripp als „entartet“ eingestuft während der NS-Zeit verfolgt, weshalb es ihm als eine Art Wiedergutmachung besonders am Herzen lag, diesen Künstler zu fördern.³¹³ Farmer kaufte einige seiner Werke und konnte ihm auch, in die USA zurückgekehrt, einige Ausstellungen und Verkäufe in Amerika vermitteln. Vertraut gemacht mit modernen Tendenzen lernte Farmer dann auch die Arbeit von Alexej von Jawlensky kennen und plante sogar eine Ausstellung mit einigen seiner Gemälde, die ebenfalls im CCP eingelagert waren, zu der es jedoch während Farmers Wiesbadener Zeit nicht mehr kommen sollte.³¹⁴

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Arbeit der *Monuments Men* im CCP Wiesbaden einen wertvollen Grundstein für die Zurückverteilung deutscher Kunstwerke an ihre Ursprungsmuseen gelegt hatte – und sie somit auch einen bedeutenden Anteil am Wiederaufbau der Museumslandschaft in Deutschland hatten.

Philipp Kratz

1945 – ein „demokratischer“ Neubeginn? Politische Herrschaft und Entnazifizierung in Wiesbaden 1945 und 1955

Vor 80 Jahren endete der Zweite Weltkrieg und damit auch die nationalsozialistische Herrschaft in Wiesbaden. „Unverzüglich“ sei es dann zum „demokratischen Neubeginn“ gekommen.³¹⁵ „Die politischen Strukturen der unmittelbaren Nachkriegszeit waren basisdemokratisch geprägt.“³¹⁶ So lautet zugespitzt das Narrativ lokal- und regionalgeschichtlicher Publikationen und Veranstaltungen der letzten 45 Jahre zu diesem Datum.³¹⁷ Jüngst richtete die Stadt Wiesbaden ein Symposium unter dem Titel „80 Jahre Kriegsende: Demokratischer Neubeginn 1945 in Rhein-Main“ aus, in dessen Rahmen auch dieser Text entstanden ist.

Aber war das, was nach dem Kriegsende einsetzte, tatsächlich ein „demokratischer Neubeginn“? Nach der Demokratiedefinition von Jürgen Habermas ist dafür Selbstbestimmung notwendig. Diese liege vor, wenn „die Adressaten zwingender Gesetze zugleich deren Autoren sind. In einer Demokratie sind Bürger einzig den Gesetzen unterworfen, die sie sich nach einem demokratischen Verfahren gegeben haben.“³¹⁸ Doch die Gesetze, mit denen nach dem Kriegsende das Leben in Wiesbaden und auch in allen anderen Gebieten des Deutschen Reiches bestimmt wurde, stammten nicht von den Bürgerinnen und Bürgern, sondern zunächst von Militärregierungen jener Staaten, die Deutschland besiegt hatten.³¹⁹ Denn die Deutschen hatten sich nicht selbst von der NS-Diktatur befreit.

Diese Tatsache wird von denjenigen, die die Erzählung eines demokratischen Neubeginns vertreten, nicht bestritten, aber auch nicht in ihrer eigentlichen Bedeutung berücksichtigt. Stattdessen steht eine kleine Minderheit der Stadtgesellschaft im Fokus, die in bewundernswerter Weise auch während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft an ihren demokratischen Überzeugungen festgehalten und sich in unterschiedlichem Ausmaß widerständig verhalten hatte. Nach zwölf Jahren Widerstand und Verfolgung versuchten diese Akteure in spe nun, wieder an Einfluss auf das politische und wirtschaftliche Leben zu gewinnen. Doch sie konnten – wie zu zeigen sein wird – im Jahr 1945 die Gesicke der Stadt nur marginal beeinflussen, sie waren weitgehend machtlos. Stattdessen erfolgte der Neubeginn diktatorisch. Dass der Prozess der Demokratisierung per Militärdiktatur nicht freiwillig und selbstbestimmt, sondern per Zwang und

fremdbestimmt erfolgte, hatte gute Gründe. Denn wer waren bei Kriegsende die Bürgerinnen und Bürger, mit denen ein demokratischer Neubeginn hätte erfolgen können?

Die Mehrheit von ihnen hatte bei den letzten freien Wahlen im November 1932 antidemokratische Parteien gewählt: NSDAP, DNVP und KPD erhielten in Wiesbaden zusammen 59,1 Prozent der Stimmen. Reichsweit hatten 33,1 Prozent die Partei Hitlers gewählt, in Wiesbaden waren es sogar 36,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler gewesen.³²⁰ Nach einer repräsentativen Umfrage in den westlichen Besatzungszonen aus dem Jahr 1948 gaben sogar 41 Prozent der Befragten an, dass sie „damals der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zustimmend“ gegenübergestanden hätten, nur gut ein Viertel habe diese abgelehnt.³²¹ Nahezu alle hatten dann – und zwar ganz unabhängig davon, wie sie zuvor zum politischen Programm der nationalsozialistischen Partei gestanden hatten – in dieser Diktatur mitgemacht: über zwölf Millionen Deutsche als Mitglieder der NSDAP. Am Ende hatte etwa ein Fünftel der erwachsenen Wiesbadener Bevölkerung das NSDAP-Parteibuch besessen oder, auch ohne Mitglied gewesen zu sein, den Nationalsozialismus nachweislich gestützt. Viele hatten sich als Soldaten in einem Expansionskrieg, der im Osten zudem systematisch als Vernichtungskrieg geführt worden war, oder als parteilose Beamte und Beamtinnen, als Beschäftigte in den Unternehmen wie auch in den Führungsetagen, als Vereinsmitglieder oder als Teil der Kirchen am Funktionieren des NS-Regimes beteiligt. Nur eine verschwindend kleine Minderheit hatte Widerstand geleistet, sicherlich nicht mehr als ein Prozent der Bevölkerung. Inwieweit diese Konformität allein auf Terror, Angst und Kontrolle zurückzuführen ist oder auch auf Opportunismus, Zustimmung und grundsätzliche Überzeugung, ist in der neueren Geschichtswissenschaft umstritten.³²³ Aus welchen Gründen die allermeisten Deutschen Hitler aber auch immer gefolgt waren, es steht fest, dass sie gefolgt waren.

Diesen Deutschen trauten die Besatzungsmächte beim Kriegsende zunächst keine demokratische Selbstbestimmung zu. Seit der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 planten sie diese aber für die Zukunft, also gewiss nicht unverzüglich, sondern erst nach und nach und vor allem erst nach einer Entnazifizierung der Deutschen.

Wie dieser von außen angeleitete politische Neubeginn 1945 erfolgte, darum geht es im Folgenden. Dabei stehen zwei Entwicklungen im Fokus: die der politischen Herrschaftsverhältnisse und die der Entnazifizierung in Wiesbaden. Um den besonderen Charakter der historischen Situation des Neubeginns nach dem

Kriegsende im Jahr 1945 zu erkennen, werden diese beiden Aspekte des gesellschaftlichen Lebens mit jenen im Jahr 1955 verglichen, als durch den Deutschlandvertrag der jungen Bundesrepublik nahezu die volle demokratische Selbstbestimmung über „ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ durch die westlichen Alliierten zuerkannt worden war.³²⁴

1945

In Wiesbaden endete der Krieg nicht am 8. Mai, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches. Bereits Ende März hatten amerikanische Kampftruppen weitgehend friedlich die Stadt Wiesbaden von Mainz aus erobert und besetzt.³²⁵ Dass nun eine Militärdiktatur errichtet werden sollte, machte der die Eroberung leitende US-General Dwight D. Eisenhower in seiner Proklamation Nr. 1 an das „deutsche Volk“ klar. Von demokratischer Selbstbestimmung war hier keine Rede:

„Die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Machtbefugnis und Gewalt in dem besetzten Gebiet ist in meiner Person als Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte und als Militär-Gouverneur vereinigt. Die Militärregierung ist eingesetzt, um diese Gewalten unter meinem Befehl auszuüben. Alle Personen in dem besetzten Gebiet haben unverzüglich und widerspruchslos alle Befehle und Veröffentlichungen der Militärregierung zu befolgen.“³²⁶

Ziel sei es vor allem, „den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus (zu) vernichten“ und die „Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ zu beseitigen.³²⁷ Dazu seien NS-Gesetze außer Kraft zu setzen sowie „Führer der Wehrmacht und der NSDAP, Mitglieder der Geheimen Staats-Polizei und andere Personen, die verdächtigt sind, Verbrechen und Grausamkeiten begangen zu haben,“ zu bestrafen.³²⁸

In Wiesbaden befahl der örtliche US-Kommandant der städtischen Notverwaltung, die sich nach dem Machtzerfall des NS-Regimes und der Flucht der führenden Nationalsozialisten gebildet hatte, die Räumung des Hotels „Rose“ und des gesamten Kranzplatzes, um dort die neue Militärregierung einzurichten und die Bestimmungen der Proklamation vor Ort durchzusetzen. Es sei „im Hotel Rose die Anschrift anzugeben, wo der Bürgermeister oder ein bevollmächtigter Vertreter jederzeit zu erreichen ist.“³²⁹ Die weiteren Anweisungen wurden zudem

mit einem Lautsprecherwagen und per Plakataushang der Bevölkerung verkündet: Nur zwischen 7 und 9 Uhr sowie zwischen 15 und 18 Uhr sei es erlaubt, sich in der Stadt zu bewegen. Alle Soldaten müssten zudem ihre Waffen im Rathaus abgeben.

Als die Kampftruppen wenige Tage später abzogen, übergaben sie die Stadt der zukünftigen Militärregierung für den Stadtkreis, deren Aufgabe es weiterhin war, die Proklamation Eisenhowers umzusetzen, sich aber auch um die tausenden Menschen (Displaced Persons) zu kümmern, die sich vor allem als ausländische Zwangsarbeitskräfte in Wiesbaden und der Region befunden hatten.³³⁰ Noch konnten die Besatzer nicht wissen, dass die Deutschen den neuen Machthabern genauso folgen würden wie zuvor jenen der NSDAP. Auch den Deutschen wohlwollende Besatzungsoffiziere hielten zu diesem Zeitpunkt „eine Erholungsphase von dreißig Jahren für unumgänglich, bis [...] das Gift des Nationalsozialismus aus den Köpfen verschwunden war“, so der Historiker Hans-Ulrich Wehler.³³¹ Zu nennenswertem Widerstand gegen die alliierten Streitkräfte nach der Eroberung ist es in der Folge allerdings in Wiesbaden wie anderswo meist nicht gekommen.³³² Im August hielt die Militärregierung in Wiesbaden entsprechend fest: „The much feared underground Nazis activity did not materialize.“³³³ Diese rückblickende Feststellung bestimmte aber nicht den Erfahrungsraum der örtlichen Besatzer im Frühjahr 1945, die ihre Sicherheit sowie die sich entwickelnde und wandelnde Zielsetzung der Besatzungspolitik innerhalb der US-Regierung, die zwischen den beiden Polen „hard peace“ und „soft peace“ changierte,³³⁴ vor Ort pragmatisch umsetzen mussten. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Militärdiktatur noch viel länger und strikter durchgesetzt worden wäre, wenn sich der Widerstand gegen die Alliierten so durchgesetzt hätte, wie er vom NS-Regime eigentlich geplant worden war.³³⁵

Nicht wenige Wiesbadener gingen derweil davon aus, dass der Wiederaufbau der Stadt bald beginnen und eine lokale Selbstverwaltung eingeführt werde. So gründete sich umgehend ein „Aufbau-Ausschuss Wiesbaden“ aus ehemaligen Gegnern des NS-Regimes, der sich als „Sprachrohr der Bevölkerung“³³⁶ ansah, aber faktisch lediglich einen Teil der vormals Verfolgten repräsentierte und zunächst nur von der Militärregierung geduldet, seit Juni von ihr anerkannt war, aber letztlich kein wirkliches Mitspracherecht entfalten sollte.³³⁷

Viele Einwohner hätten „den Ernst der Lage und ihre Mitverantwortung an der ganzen Entwicklung überhaupt noch nicht erfasst“, kritisierte als Reaktion darauf ein amerikanischer Besatzungsoffizier: „Mit größter Unbefangenheit werden

Vorschläge unterbreitet, wie wenn das Leben in Wiesbaden völlig normal sei.“³³⁸ Darüber hinaus erwarteten viele Einheimische, die Amerikaner würden schon in naher Zukunft „ihre Flagge streichen und nach Hause gehen“, wie es in einem Stimmungsbericht hieß.³³⁹ Stattdessen bestimmten jedoch allein die Besatzer das städtische Leben, das fortan mit zahlreichen Einschränkungen verbunden war: Beschlagnahmung von Häusern und Wohnungen für die Truppenangehörigen, Abgabe aller Waffen, Fotoapparate und Ferngläser, striktes Verbot des Nachrichtenaustauschs, was auch das Verbot des Einsatzes von Brieftauben umfasste, ein zulässiger Bewegungsradius von maximal sechs Kilometern, das Verbot politischer Betätigung einschließlich eines generellen Publikations- und Versammlungsverbotes sowie die politische Säuberung von Verwaltung und Wirtschaft – Wiesbaden war eine besetzte Stadt.

Die Entnazifizierung begann umgehend. Zunächst internierten das Counter Intelligence Corps und die Militärpolizei alle hohen Parteifunktionäre, die sie finden konnten, darunter etwa den Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes „Der Stürmer“ Julius Streicher, den Generalmajor der Wehrmacht und späteren Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes Reinhard Gehlen, den Leiter des Reichssicherheitshauptamtes Ernst Kaltenbrunner sowie den „Schlächter von Polen“, Generalgouverneur Hans Frank. Sie waren alle auf ihrer Flucht von den Alliierten verhaftet und nach Wiesbaden gebracht worden, wo in der frühen Nachkriegszeit ein Verhörzentrum des amerikanischen Geheimdienstes eingerichtet worden war.³⁴⁰ Bis auf Gehlen, der mit amerikanischer Unterstützung eine Nachkriegskarriere als führender deutscher Geheimdienstchef starten konnte,³⁴¹ wurden sie im ersten Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt. Ebenfalls kamen bei ihrer Ankunft in Wiesbaden auch die beiden Bürgermeister der Stadt – Erich Mix und Felix Piékarski – umgehend in „automatic arrest“.³⁴²

Nach der Einsetzung eines neuen Stadtoberhauptes in Wiesbaden – die Militärregierung entschied sich für den von den Nazis 1933 aus dem Amt verdrängten vormaligen Wiesbadener Oberbürgermeister Georg Krücke – begann die politische Säuberung der Stadtverwaltung: „Mitglieder der NSDAP, fanatische Parteianhänger, Militaristen oder leitende Militärpersonen“, so der US-Kommandant Oberst Cowart,

„sollen kein Amt oder eine sonstige einflussreiche Stellung oder Vertrauensposten in der Regierung oder irgendeine wichtige Zivilstellung bekleiden.
[...] Mitgliedschaft allein in einer angeschlossenen, verbundenen oder kon-

trollierten oder von der Partei überwachten Organisation soll nicht unbedingt als Disqualifikation gelten. [...] Alle Beamten in diesen Stellungen, die noch nicht durch geeignete Personen ersetzt wurden, sind sofort zu entlassen und ihre Stellungen durch annehmbare Beamte zu ersetzen.“³⁴³

Für die Militärregierung bestand jedoch das Problem, herauszufinden, wer überhaupt seit wann Mitglied der NSDAP beziehungsweise einer ihrer Nebenorganisationen gewesen war und welche Rolle er oder sie im Nationalsozialismus gespielt hatte. Die zentrale Mitgliederkartei der Parteizentrale stand erst Ende 1945 zur Verfügung, und die Personalakten der Stadtverwaltung, sofern sie nicht vernichtet worden waren, gaben nicht hinreichend Auskunft über die politischen Biographien ihrer Angehörigen. Zunächst basierten deshalb alle Angaben auf der freiwilligen Selbstanzeige der Nationalsozialisten und waren damit naturgemäß unvollständig, denn nicht wenige versuchten, ihre politische Vergangenheit oder zumindest allzu belastende Details derselben zu verbergen. Hilfreich waren hierbei Informationen der illegal gebildeten politischen Zusammenschlüsse von NS-Gegnern und Verfolgten wie des erwähnten Aufbau-Ausschusses. Doch sie meldeten nicht nur der Militärregierung ehemalige NSDAP-Mitglieder und Unterstützer, sondern übten sich auch in Selbstjustiz gegenüber ihren einstigen Peinigern: In Biebrich wurden „Rollkommandos“ gebildet, um „allabendlich bekannte Nazis in ihren Wohnungen aufzusuchen, zu verprügeln und ihnen sonstwie einen ‚netten Abend‘ zu verschaffen“.³⁴⁴ In Schierstein wurden Nazis gezwungen, den verwüsteten jüdischen Friedhof zu säubern, und in Dotzheim befahl man ihnen, Trümmer zu beseitigen. Doch auch diese eigentlich im Interesse der Amerikaner stehenden antifaschistischen Aktionen wurden durch die amerikanische Militärdiktatur unterbunden, da sie das Gewaltmonopol der Besatzungsmacht untergruben.³⁴⁵

Die neuen Machtverhältnisse und die Ziele der Amerikaner stellte nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 auch der stellvertretende Militärgouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone, Lucius Clay, auf einer Pressekonferenz dar:

„Ich möchte ganz klarmachen, daß die Regierung, die wir in Deutschland einzurichten gedenken, eine Militärregierung sein wird, und daß die Deutschen auch spüren werden, daß sie es mit einer Militärregierung zu tun haben. Wir haben Zeit genug, um später die langfristigen Verhältnisse Deutschlands und die Regeneration des deutschen Volkes zu bedenken. Unser erstes Ziel besteht jedoch darin, die Reste der Macht zu zerschlagen,

die Deutschland zur Entwicklung eines künftigen Kriegspotentials verblieben sein mögen, die Nazis aus der Macht zu jagen und von der Macht fernzuhalten. Kriegsverbrecher werden für ihre Verbrechen mit dem Leben bezahlen, mit ihrer Freiheit und mit ihrem Schweiß und ihrem Blut.“³⁴⁶

Folglich sollte erst die Entnazifizierung durchgeführt werden, um dann eine „Regeneration“ Deutschlands zu „bedenken“. Demokratisierung war auch zu diesem Zeitpunkt noch kein Ziel der amerikanischen Besatzungspolitik.

Erst auf der Potsdamer Konferenz einigten sich die Alliierten auf das Ziel einer Demokratisierung, allerdings allein für den Bereich der „lokalen Selbstverantwortung“, wie es im entsprechenden Abkommen hieß:

„(I) Die lokale Selbstverwaltung wird in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen, und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besatzung vereinbar ist, wiederhergestellt. (II) In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.“

Doch um dies „vorzubereiten“, müsse eine strikte Entnazifizierung durchgeführt werden: Alle NS-Gesetze seien abzuschaffen, „Kriegsverbrecher“ zu verurteilen sowie

„alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, [...] aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.“³⁴⁷

Im Juni wurde dementsprechend auch in Wiesbaden die Entnazifizierung ausgeweitet: Nun betraf sie nicht nur die Bediensteten der Stadtverwaltung, sondern auch die der Justiz und des Gesundheitswesens. Mit dem Gesetz Nr. 8 der Militärregierung für die US-Zone, das Ende September in Kraft trat, galt dann ein Beschäftigungsverbot für alle NSDAP-Mitglieder auch in der Privatwirtschaft mit Ausnahme einfacher Arbeiter. Bis Ende 1945 entließ die Stadtverwaltung deshalb

1.293 Bedienstete, gleichwohl blieben 333 NSDAP-Mitglieder beschäftigt. Im Bereich der Privatwirtschaft versuchten die Arbeitsämter, das Gesetz durchzusetzen, und erstatteten regelmäßig der Militärregierung Bericht. Die Entlassenen mussten dann bei der Trümmerbeseitigung helfen. Diese Entnazifizierungspraxis stieß auf Kritik in der betroffenen Stadtbevölkerung. Einerseits bemängelten vormalige Verfolgte des NS-Regimes, dass noch immer viel zu viele NSDAP-Mitglieder in führenden Positionen wirkten. Nach wie vor hatten weder deutsche noch amerikanische Stellen einen genauen Überblick, wer wann der Partei beigetreten war und wie Personen darüber hinaus den Nationalsozialismus gestützt hatten. Auf der anderen Seite kritisierten die von der Entnazifizierung Betroffenen ein zu pauschales Vorgehen, weil nicht zwischen Naziaktivisten und bloß angeblich notgedrungen der NSDAP beigetretenen Parteimitgliedern unterschieden würde. Der Chef der Militärregierung reagierte darauf genervt. Er „sei nicht bereit, sich die Beteuerungen von früheren Parteimitgliedern [...] anzuhören, dass sie nur gezwungenermaßen in die Partei eingetreten seien“³⁴⁸. Dennoch gestattete die Militärregierung deutsche „Prüfungsausschüsse“, an die sich Betroffene wenden konnten und die im Zweifel eine Wiederbeschäftigung empfahlen, über die dann die Militärregierung entschied.³⁴⁹

Neben der politischen Säuberung umfasste die Entnazifizierung auch die Bestrafung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen. Noch vor dem großen Nürnberger Prozess gegen 24 führende Repräsentanten des Regimes hatte die Wiesbadener Militärregierung bereits im Oktober 1945 ein erstes Strafverfahren durchgeführt und dabei sieben Personen verurteilt, die im Zusammenhang mit der Tötung von 476 polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in der Heilanstalt Hadamar angeklagt worden waren. Alle Angeklagten erhielten schwere Strafen, drei von ihnen die Todesstrafe. Diese frühen amerikanischen Gerichtsverhandlungen waren als Musterprozesse für eine künftige deutsche Nachkriegsjustiz gedacht. Sie basierten zwar nicht auf der deutschen Prozessordnung, verhandelten aber Straftatbestände, die weitgehend auch dem deutschen Recht entsprachen. Zudem übernahmen ansässige Juristen die Verteidigung der Angeklagten, so etwa die Wiesbadener Rechtsanwälte Kurt Kauffmann und Hans Laternser.³⁴⁹

Deutsche Gerichte hingegen verhandelten vorerst nur solche NS-Verbrechen, die an deutschen Staatsbürgern begangen worden waren. So leitete die Wiesbadener Staatsanwaltschaft bereits Ende 1945 eigene Ermittlungsverfahren ein, die im Februar 1946 zum ersten NS-Prozess vor einem städtischen Gericht führten. Dabei waren die zuständigen Staatsanwälte auf Zeugenaussagen und Belastungs-

material aus der Bevölkerung angewiesen. Dass bis Ende 1945 acht und bis Ende 1946 insgesamt 28 Ermittlungsverfahren eingeleitet werden konnten, die in 21 Fällen in ein Hauptverfahren überführt wurden, war nicht zuletzt der Ermittlungstätigkeit der im Oktober gegründeten Parteien und des Konzentrationslager-Komitees zu verdanken. So berichtete der SPD-Vorsitzende für den Vorort Biebrich über die Tätigkeit der Parteien: „In der Vorstandsbesprechung vom 8. Februar wurde das gesammelte Material der Judenverfolgung und des Synagogensterms vom 10.11.1938 besprochen und der Staatsanwaltschaft zugeleitet.“ Wie hier wurden dann fast ausschließlich Verbrechen geahndet, die entweder im Zusammenhang mit der Pogromnacht vom November 1938 standen oder sich in der frühen Terrorphase des Regimes gegen politische Gegner gerichtet hatten. Die Urteile fielen in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Vergleich zu späteren Gerichtsverfahren äußerst streng aus.³⁵¹

Während die Entnazifizierung also bis Ende 1945 weit vorangeschritten war und durch das „Befreiungsgesetz“ ab März 1946 mit tausenden individueller Spruchkammerverfahren noch weiter intensiviert wurde, begann die Umsetzung des Ziels der Demokratisierung der amerikanischen Besatzungszone zurückhaltender. Ein erster Schritt war in der US-Zone die Proklamation Nr. 2 der Militärregierung vom 19. September 1945, in der die Staatsgewalt, die bis dahin allein in ihren Händen gelegen hatte, an die deutschen Ministerpräsidenten der neu zu gründenden Staaten „Groß Hessen“, „Württemberg Baden“ und „Bayern“ übergeben wurde – allerdings „unter Vorbehalt der übergeordneten Machtbefugnis der Militärregierung“. Da die Ministerpräsidenten dann aber nicht von der Bevölkerung gewählt wurden, sondern von der Militärregierung eingesetzt worden waren, war dies lediglich ein weiterer vorbereitender, aber diktatorisch umgesetzter Schritt zur Demokratisierung. „Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Schaffung demokratischer Einrichtungen möglich sein wird, genügt es für die Gültigkeit staatlicher Gesetzgebung, dass sie von den Ministerpräsidenten genehmigt und verkündet wird.“³⁵²

Erst Ende September ließ die Militärregierung in Wiesbaden drei Parteien (SPD, KPD und die Neugründung CDU) sowie eine „Einheitsgewerkschaft“ zu. Am 1. Oktober gestattete sie dann die Herausgabe der ersten Lokalzeitung, des Wiesbadener Kuriers. Diese Lizenzen waren jedoch an strenge Bedingungen geknüpft. Jedes Mitglied eines Gründungsausschusses bzw. die Zeitungsherausgeber mussten einen umfangreichen Fragebogen über das politische Wirken von 1933 bis 1945 sowie das Parteiprogramm zur Prüfung vorlegen. Wöchentlich musste in Berichten die Anzahl aufgenommener ehemaliger NSDAP-Mitglieder angegeben

werden. Öffentliche Veranstaltungen und Publikationen waren zudem vorab zu genehmigen. Außerdem ordnete der zuständige Besatzungsoffizier an, dass die Parteien noch den gesamten Winter über zusammenarbeiten und parteipolitische Profilierung zurückstellen sollten. Die Ausgaben des Wiesbadener Kuriers mussten vor der Veröffentlichung ebenfalls der Militärregierung vorgelegt werden und wurden nicht unerheblich zensiert.³⁵³

Das Gründungspersonal der Parteien bestand mehrheitlich aus Politikern, die schon vor 1933 aktiv gewesen waren und sich während der Zeit des Nationalsozialismus in unterschiedlichem Ausmaß dem Regime widersetzt hatten. Ausnahmen bildeten hier die erst im Januar 1946 zugelassene Bürger- und Bauernpartei und die Liberal-Demokratische Partei (LDP), die wegen vieler NS-Biographien ihrer Mitglieder von Anfang an skeptisch von der Militärregierung beobachtet wurden. Auf Druck der Amerikaner musste ein Kandidat der LDP seine Kandidatur wegen einer im Dritten Reich getätigten großzügigen Spende an eine NS-Organisation sogar zurückziehen.³⁵⁴

Die Gesetzgebung für Wiesbaden erfolgte seit dem 17. Oktober dann auf Anordnung der Wiesbadener Militärregierung durch den Oberbürgermeister, der jedoch nach wie vor nicht demokratisch legitimiert war.³⁵⁵ Kommunalwahlen wurden erst im Mai 1946 durchgeführt. Allerdings sollte die Wahl mit starken Einschränkungen erfolgen: Ausgeschlossen waren alle NSDAP-Mitglieder, die vor 1937 der Partei beigetreten waren, die in den ersten Spruchkammerverfahren das Wahlrecht aberkannt bekommen hatten sowie diejenigen, bei denen bekannt war, dass sie den Nationalsozialismus gestützt hatten. Zudem wurde eine 15-Prozent-Hürde für den Einzug in die Stadtverordnetenversammlung festgelegt, um klare Mehrheiten zu erzielen.³⁵⁶ Ende 1945 herrschte also nach wie vor eine Militärdiktatur. Dennoch bereitete die Militärregierung die Demokratisierung nun Schritt für Schritt vor.

1955

Zehn Jahre später sah die Welt, sah Wiesbaden anders aus. Aus den ehemaligen Verbündeten USA und UdSSR im Kampf gegen das NS-Regime, die sich noch 1945 in Potsdam auf gemeinsame Grundsätze zum Umgang mit dem Nachkriegsdeutschland verständigt hatten, waren 1955 erbitterte Feinde in dem bis 1990 die internationale Politik prägenden Ost-West-Konflikt geworden. Besonders deutlich zeigte sich dies in Deutschland. So hatten die westlichen Besatzungsmächte aufgrund fundamentaler Differenzen mit der UdSSR ihre Besatzungszone zu-

nächst zur Trizone zusammengeschlossen und dann die westdeutschen Länder dazu gedrängt, einen westdeutschen demokratischen Teilstaat als Provisorium zu gründen, was mit Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 vollzogen worden war. Parallel dazu gestattete die Sowjetunion der SED-Führung die Gründung eines ostdeutschen Teilstaates, der sich im Oktober des gleichen Jahres konstituiert hatte.³⁵⁷

Dass es nicht 30 Jahre dauern würde, wie die Besatzer beim Kriegsende noch vermutet hatten, sondern nur fünf Jahre bis zum eigentlichen „demokratischen Neubeginn“, beruhte vor allem auf zwei Gründen. Zum einen betrachteten die Westalliierten die Bundesrepublik zunehmend als Verbündete im Ost-West-Konflikt. Zum anderen war es nicht, wie von den Militärs befürchtet, zu nennenswerten Widerstandsaktionen überzeugter Nazis gegen das Besatzungsregime gekommen. Stattdessen fügten sich nicht nur Traditionsdemokraten – also jene, die es auch nach 1933 noch gewesen waren –, sondern auch die allermeisten, die seit der Machtübergabe an Hitler der NS-Diktatur gefolgt waren, den neuen demokratischen Gepflogenheiten auf kommunaler und Landesebene, die die westlichen Besatzungsmächte schrittweise und mit zunächst strikter Ausgrenzung überzeugter Nationalsozialisten eingeführt hatten.

Mit Gründung der Bundesrepublik bestimmten die Westdeutschen wieder weitgehend selbst über sich – durch eine demokratisch legitimierte Regierung und Gesetzgebung sowie eine unabhängige Justiz. Nach wie vor galt aber ein Besatzungsstatut, das den Westmächten Hoheitsrechte über die Bundesrepublik zusprach, unter anderem auf den Gebieten der Außenpolitik, der Entmilitarisierung, der Aufnahme von Flüchtlingen und der Kontrolle über das Ruhrgebiet. Zudem blieben alle Verfassungsänderungen und Gesetze dem Einspruchsrecht der Besatzungsmächte unterworfen und das Land blieb weiter militärisch besetzt, damit die Alliierten notfalls die Staatsgewalt wieder ganz hätten übernehmen können.

Dies änderte sich erst mit den Pariser Verträgen 1955. In diesen waren unter anderem die Wiederbewaffnung und der Beitritt der Bundesrepublik zur Nato – nach der Erfahrung des Korea-Krieges – mit der Beendigung des Besatzungsstatuts im Deutschlandvertrag verknüpft worden. Nach Artikel 1 erhielt die Bundesrepublik nun „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“³⁵⁸, wengleich sich die Alliierten auch darüber hinaus Vorbehaltsrechte sicherten.³⁵⁹

Auf lokaler Ebene fand die Demokratisierung ihren institutionellen Abschluss mit der Hessischen Gemeindeordnung, die der Hessische Landtag 1952 beschlos-

sen hatte. Nach ihr wählt die örtliche Bevölkerung aus ihren Reihen die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. Diese trifft dann die für die Stadt wichtigen Entscheidungen: etwa Änderungen des Ortsrechts oder die Festsetzung des Haushalts. Zudem wählt sie auch diejenigen, die diese Beschlüsse ausführen: den Magistrat, also Ober- und Bürgermeister sowie weitere Beigeordnete. Erst seit 1993 wird der Oberbürgermeister direkt von den Wahlberechtigten gewählt.³⁶⁰

1955 war somit die Demokratisierung institutionell weitgehend abgeschlossen, die Deutschen bestimmten wieder selbst über sich. Wie wirkte sich dies aber auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik und in Wiesbaden aus? Welche vergangenheitspolitischen Entscheidungen trafen die sich nun bildenden Mehrheiten?

Für die Bundesebene hat dies der Historiker Norbert Frei in seiner großen Studie zur Vergangenheitspolitik dargestellt. Diese sei Mitte der fünfziger Jahre im Wesentlichen abgeschlossen gewesen: Nahezu alle in alliierten Gefängnissen inhaftierten NS-Täter waren aufgrund intensiver deutscher Bemühungen vorzeitig freigelassen worden, die Ahndung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen durch deutsche Gerichte wurde praktisch eingestellt und nahezu alle im Rahmen der Entnazifizierung aus Verwaltung und Wirtschaft entfernten Personen waren wieder in das gesellschaftliche Leben integriert und erhielten – soweit sie Beamte waren – wieder ihre vollen Pensionsansprüche. Jene aber, die nicht nur rehabilitiert werden wollten, sondern sich weiter im Sinne des Nationalsozialismus engagieren wollten, wurden – nicht zuletzt auf amerikanischen Druck – ausgegrenzt, etwa durch das Verbot der Sozialistischen Reichspartei oder die Verhaftung von ranghohen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern um den früheren NS-Staatssekretär für Propaganda, Werner Naumann, die zu Beginn der fünfziger Jahre versucht hatten, die nordrhein-westfälische FDP zu unterwandern.³⁶¹

Dieser Befund deckt sich mit der politischen Entwicklung in Wiesbaden. In Bezug auf die Strafverfolgung von NS-Tätern hatte nach den ersten amerikanischen und deutschen Verfahren 1945 die Ermittlungstätigkeit der Wiesbadener Staatsanwaltschaft 1946 mit 19 Ermittlungsverfahren ihren Höhepunkt erreicht; sie sank dann zwischen 1952 und 1954 auf nur noch ein Verfahren pro Jahr, ehe die Anstrengungen der Staatsanwaltschaft ab 1955 dann ganz zum Erliegen kamen. Erst Ende der Dekade setzte die Ermittlungstätigkeit wieder mit zahlreichen neuen Verfahren ein. Denn in Wiesbaden lebten wie in anderen Städten bislang unbehelligte NS-Täter, Massenmörder.³⁶² Zwei Beispiele aus dem Polizeidienst:

Der Polizist Walter Heß hatte sich im Nationalsozialismus in unterschiedlichen leitenden Funktionen an der Ermordung tausender Juden beteiligt. Nach Kriegsende internierte ihn die britische Militärregierung für knapp drei Jahre im Zuge der Entnazifizierung aufgrund seines hohen SS-Ranges, ahndete aber nicht seine Verbrechen, von denen sie zu diesem Zeitpunkt nichts wusste. Nach seiner Entlassung führte er zunächst einfache Arbeiten in einer Anwaltskanzlei aus. Mit Hilfe eines Netzwerks aus ehemaligen führenden Polizisten eines Kommandos der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, die alle während des Zweiten Weltkrieges im polnischen Lublin beim Massenmord zusammengearbeitet hatten, gelang ihm dann die Aufnahme in den hessischen Polizeidienst, zuletzt als Ausbilder an der Polizeischule in Wiesbaden-Dotzheim. Erst Anfang der sechziger Jahre ermittelten deutsche Strafverfolger wegen seiner Verbrechenbeteiligung. Am 1. März 1973 verurteilte ihn das Landgericht Wiesbaden wegen Beihilfe zum Mord zu vier Jahren Haft.³⁶³

Der Wiesbadener Polizist Oskar Christ hatte sich ebenfalls während des Zweiten Weltkrieges mit seiner Einheit an Massenverbrechen beteiligt. Nach Kriegsende kam er für wenige Monate in Internierungshaft und überstand sein Spruchkammerverfahren – auch mit einem „Persilschein“ des Widerständlers und späteren Wiesbadener Oberbürgermeisters Georg Buch – ohne Strafe, sodass er bereits seit 1946 wieder im Polizeidienst arbeiten konnte. Auf die Frage, was er denn während des Zweiten Weltkrieges in den eroberten Ostgebieten gemacht habe, hatte Christ stets mit „normaler Wehrmachts- und Polizeieinsatz“ geantwortet. Der Magistrat beauftragte ihn schließlich 1955 mit der Leitung der Wiesbadener Schutzpolizei. Doch zehn Jahre später entließ er ihn wieder, da deutsche Strafverfolger gegen ihn ermittelten und er in Untersuchungshaft gekommen war. Allerdings kam es zu keiner Verurteilung. Seine Verfahren wegen der Beteiligung an Massentötungen wurden aus Mangel an Beweisen eingestellt, weil zwar seiner Einheit, aber ihm persönlich keine individuelle Tatbeteiligung nachgewiesen werden konnte. Ein weiteres Verfahren ergab zwar, dass er während seiner Stationierung in der Ukraine den Auftrag gegeben hatte, seine ehemalige russische Geliebte zu ermorden. Doch das Gericht wertete dies als Totschlag, der zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung bereits verjährt war.³⁶⁴

Wie sich die deutsche Abwicklung der Entnazifizierung auf die politischen Herrschaftsverhältnisse in Wiesbaden auswirkte, zeigt die personelle Entwicklung des Magistrats: Hatte der erste Nachkriegsmagistrat 1946 unter den Bedingungen der Militärdiktatur noch ausschließlich aus NS-Gegnern bestanden,³⁶⁵ so stellten

diese nach den Wahlen 1953 nur noch eine Minderheit. Von den neun Mitgliedern hatten zwei als NSDAP-Parteigenossen im Dritten Reich Karriere gemacht, darunter Erich Mix, der 1954 sogar zum Oberbürgermeister gewählt werden sollte und dieses Amt bereits während der NS-Zeit in Wiesbaden bekleidet hatte.³⁶⁷ Nur noch zwei Magistratsmitglieder stammten aus den Reihen der ehemals Verfolgten. Die übrigen fünf waren zwar keine Nazis gewesen, hatten sich aber auf eine Weise mit dem NS-Regime arrangiert, die ihr berufliches Fortkommen nach dem Systemwechsel von 1933 nicht gefährdet hatte. Aus dieser Bilanz wird ersichtlich, wie der Versuch, mittels politischer Säuberungen eine neue Gegenelite aus dezidierten Gegnern des alten Regimes zu formieren, nur mit undemokratischen Mitteln – wie dem politischen Betätigungsverbot für Nazis – funktionierte, aber langfristig aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse gescheitert war.

Dennoch kam es zu keiner Renaissance des Nationalsozialismus. Nach der Erfahrung der Entnazifizierung, der strikten Abgrenzung der politischen Eliten von der NS-Ideologie und auch wegen nicht weniger Interventionen der Alliierten gegen neonazistische Tendenzen gelang eine äußere,³⁶⁸ in vielen Fällen wohl auch innere Integration der ehemaligen Regimeanhänger in das neue politische System.³⁶⁹ Diese Integrationspolitik hatte jedoch einen Preis, den vor allem die Minderheit der ehemals Verfolgten zahlen musste: Die zweifachen Karrieren der einstigen Täter und Profiteure des NS-Unrechts verbitterten gerade diejenigen, die im Dritten Reich nicht nur Verwandte und Freunde, sondern auch ihre persönliche Freiheit, ihre körperliche Unversehrtheit und vielfach auch ihre Berufsperspektive verloren hatten. Sie waren wütend über die ihrer Ansicht nach unzureichende Abrechnung mit den Nationalsozialisten, auf die sie so gehofft hatten, und über die vielen Regimeanhänger, die ihre Mitwirkung am Nationalsozialismus nach 1945 abstritten.

Fazit

Bedeutete das Kriegsende 1945 einen unverzüglichen demokratischen Neubeginn für Wiesbaden und für Deutschland? Aus Sicht der Besatzer war die politische Zukunft Deutschlands zum Zeitpunkt des Kriegsendes und in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine offene Frage. Dass Deutschland schon bald eine Demokratie sein würde, stand während des Kriegsendes noch überhaupt nicht fest. Denn die in den Besatzungszonen eingerichteten Militärregierungen wollten zunächst vor

allem Sicherheit für die eigenen Truppen gewährleisten und mögliche NS-Widerstandsaktionen im Keim ersticken. Sie beobachteten genau, wie die Deutschen den Anordnungen der Besatzer folgten. Inwieweit die Alliierten den Deutschen wieder eine demokratische Selbstbestimmung zutrauen würden, hing also auch vom Verhalten der Deutschen gegenüber der jeweiligen Besatzungsmacht selbst ab. Und da sich für alle überraschend keine Nazipartisanen bildeten und die Deutschen weitgehend die Besatzung hinnahmen, einigten sich die Alliierten auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 auf eine schrittweise durchzusetzende Demokratisierung Deutschlands als Fernziel, wobei aber völlig ungewiss blieb, in welchem zeitlichen und inhaltlichen Rahmen diese erfolgen sollte. Bis dahin sollten alle Entscheidungen für das Leben der Deutschen weiterhin per Militärdiktatur durchgesetzt werden, sodass für das gesamte Jahr 1945 von keiner demokratischen Selbstbestimmung der Deutschen gesprochen werden kann.

Zudem zeigte sich in der Folge, dass die sowjetische Besatzungsmacht zwar auch von Demokratie sprach, aber damit nicht die Durchsetzung des Willens der Mehrheit durch demokratische Verfahren meinte. Für die Menschen in der sowjetischen Besatzungszone bedeutete also das Kriegsende keinesfalls einen demokratischen Neubeginn, sondern den Beginn einer zweiten Diktatur.³⁷⁰

Erst retrospektiv ist zu erkennen, dass 1945 in Wiesbaden und in den drei westlichen Besatzungszonen wichtige Weichen in Richtung Demokratisierung gestellt wurden, wie die Zulassung von Parteien, einer Einheitsgewerkschaft und einer Zeitung, die allerdings an strikte Vorgaben gebunden war, um den Einfluss der dem Nationalsozialismus positiv gegenüberstehenden Mehrheit der Deutschen zu unterbinden. Die Sorge um diesen möglichen Einfluss war nicht unbegründet. Noch 1948 hielt eine Mehrheit von 57 Prozent der befragten Westdeutschen „den Nationalsozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde“. Nur weniger als ein Drittel verneinte dies.³⁷¹

Richtig ist die Erzählung vom demokratischen Neubeginn aber in der Hinsicht, dass Traditionsdemokraten – also jene, die vor 1945 schon eine demokratische Auffassung vertreten hatten – bereits während der NS-Zeit Strukturen aufrechterhielten, an die sie unmittelbar nach dem Machtzerfall und der Befreiung anknüpften, um an dem von den Amerikanern diktatorisch durchgesetzten Demokratisierungsprozess mitzuwirken. Das Führungspersonal der drei zuerst zugelassenen Parteien SPD, CDU und KPD setzte sich aus dezidierten NS-Gegnern zusammen, genauso wie der erste Nachkriegsmagistrat der Stadt. Dieser Neubeginn war jedoch allein von den Amerikanern ermöglicht, initiiert und dann

gestaltet worden. Die wenigen Demokraten, die es in Wiesbaden und andernorts gab, versuchten sich zwar von Beginn an einzubringen, 1945 blieb ihr Einfluss aber sehr begrenzt. Und 1955 waren sie dann vielfach ersetzt worden durch Neudemokraten wie Erich Mix.

Erst dieser Vergleich zwischen 1945 und 1955 lässt den ganzen Zusammenhang zwischen politischen Herrschaftsverhältnissen und Vergangenheitspolitik erkennbar werden: Während die Militärdiktatur 1945 für die ehemals verfolgten NS-Gegner Gerechtigkeit brachte, indem alle früheren Nazis aus Verwaltung und Privatwirtschaft entfernt und Musterprozesse gegen NS-Täter begonnen worden waren, führte die demokratische Selbstbestimmung, die spätestens 1955 in Westdeutschland verwirklicht worden war, zu immer weniger vergangenheitspolitischer Gerechtigkeit für diese Gruppe. Verurteilte NS-Täter wurden begnadigt, die Ermittlungen gegen Massenmörder eingestellt und die Entnazifizierung wurde abgewickelt, um die früheren Nazis wieder vollständig zu rehabilitieren. Die Demokratie brachte in dem Maße, in dem die Deutschen über sich selbst bestimmen konnten, dagegen Gerechtigkeit vor allem für diejenigen, die sich als Opfer von Entnazifizierung und „Siegerjustiz“ betrachteten, und immer weniger für die im Nationalsozialismus Verfolgten. „Im Nachkriegsjahrzehnt“, so das treffende Urteil des Historikers Jeffrey Herf, „bedeutete, mehr Demokratie zu wagen, weniger Erinnerung und Gerechtigkeit.“³⁷²

Dies ist kein Plädoyer für eine Diktatur, sondern die Feststellung eines historischen Dilemmas. Dieses Dilemma ergab sich daraus, dass sich fast eine ganze Nation in unterschiedlichen Graden an einem verbrecherischen Regime beteiligt, in ihm funktioniert und von den Verbrechen profitiert hatte sowie es nicht vermocht hatte, sich selbst davon zu befreien. Gleichwohl ermöglichten die westlichen Alliierten 1945 – aus guten Gründen diktatorisch initiiert, da gegen die Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt – einen Demokratisierungsprozess, aus dessen Perspektive die deutsche Niederlage nicht nur für die ehemals Verfolgten, sondern für alle Westdeutschen als Befreiung zu deuten ist.

Der Aufbau staatlicher und demokratischer Strukturen

Impuls

von Gert-Uwe Mende, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden

80 Jahre nach Kriegsende dieses Anlasses in Form eines Kolloquiums und eines Tagungsbandes zu gedenken, finde ich sehr würdig. Als Historiker, wenn auch seit langem nicht mehr „praktizierend“, bin ich an diesem Thema sehr interessiert und freue mich, dass die Veranstaltung am 15. Mai 2025 in Wiesbaden bereits viel Zuspruch erfahren hat. Im vorliegenden Tagungsband sind nun noch weitere Beiträge enthalten, die neue wie ergänzende Perspektiven auf das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren offenlegen.

Der 8. Mai 1945 markiert das Ende eines zerstörerischen Krieges sowie der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland und Europa. Mein eigener Vater war wenige Tage vor Kriegsende noch als 15-Jähriger in den Volkssturm berufen worden, um Stendal mit nahezu bloßen Händen gegen die russische Armee zu verteidigen. Er war so mutig, sich aufs Fahrrad zu setzen und so lange nach Westen zu radeln, bis ihn englische Truppen aufgriffen. Das persönliche Beispiel soll nur ansatzweise veranschaulichen, wie konkret das Regime die eigene Bevölkerung noch in den letzten Kriegstagen verheizt hat.

Der 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges steht gleichfalls für die Befreiung der Konzentrationslager und das Ende des Martyriums von Millionen von Menschen, die die Deutschen zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt hatten.

Die Kommunen standen mit Kriegsende vor unglaublichen Herausforderungen. Hier sind zum einen die konkreten Kriegsschäden und ihre Folgen zu nennen. In Wiesbaden hat sich zum Beispiel die Nacht vom 2. auf den 3. Februar 1945 ins kollektive Gedächtnis eingeschrieben, als die britische Armee die Stadt angriff. Etwa 600 Menschen überlebten die Nacht nicht. Weite Teile des Stadtkerns waren zerstört. Bereits ab Herbst 1944 war Wiesbaden immer wieder Ziel alliierter Angriffe, wenngleich die Lage bei uns nicht annähernd vergleichbar war mit den flächendeckenden Zerstörungen anderer deutscher Städte.

Die Zerstörungen, die Trauer um die Angehörigen, das ungewisse Schicksal vieler, die materielle Not, die Unterbringung von Ausgebombten, Heimkehrern, von Displaced Persons – die Kommunen standen mit Kriegsende im Grunde genommen vor schier unlösbaren Aufgaben. In Wiesbaden hatte Stadtkämmerer Gustav Heß nach der Flucht der NS-Führung eine Notverwaltung aufrechterhalten. Am 21. April 1945 wurde der durch die Nationalsozialisten 1933 aus dem Amt des Oberbürgermeisters gedrängte Georg Krücke von der amerikanischen

Militärverwaltung wieder zum Oberbürgermeister ernannt. Nun schied Heß wegen seiner Nähe zur NS-Führung der Stadt aus dem Dienst aus. Krücke berief im April 1945 weitere Stadträte, die in der Weimarer Republik in der Wiesbadener Stadtverwaltung tätig waren und von den Nationalsozialisten als politische Gegner betrachtet wurden. Zu ihnen gehörten unter anderem Philipp Holl, Heinrich Roos und Eugen Dengel. Bereits einen Tag nach Einmarsch der US-Armee in Wiesbaden hatten sich einige von ihnen getroffen, um den sogenannten Aufbau-Ausschuss zu bilden. Sicherlich ein treffender Name.

Dem Ausschuss gehörten vor allem frühere Mitglieder der Demokratischen Partei an, die sich nun zusammenschlossen, um ihre kommunalpolitische Erfahrung in konkrete Maßnahmen zur Kontaktaufnahme mit den US-Streitkräften und zur Versorgung der Wiesbadener Bevölkerung aufzunehmen. Damit begann der Wiederaufbau von Verwaltungsstrukturen in Wiesbaden nach demokratischen Gesichtspunkten.

Lange Zeit vermieden wurde dabei allerdings die reflektierende Auseinandersetzung mit der NS-Herrschaft und den – auch lokal – handelnden Personen. Bei der Betrachtung der direkten Nachkriegsjahre stellen sich unvermeidlich folgende zentrale Fragen, wenn man die Entwicklung demokratischer Strukturen in Wiesbaden in den Blick nehmen möchte: Wie gingen ehemalige Verfolger und Verfolgte miteinander um, die im städtischen Nahraum nach Kriegsende wieder aufeinandertrafen? Wie stritten die Zeitgenossen um Fragen nach individueller und kollektiver Schuld und die daraus zu ziehenden Konsequenzen? Welche Formen der Bestrafung, der Wiedergutmachung und des Gedenkens, aber auch der erneuten Demütigung, Instrumentalisierung und des Beschweigens bildeten sich heraus? Eine ernsthafte, wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Fragen ließ lange auf sich warten. Eine systematische Betrachtung der Nachkriegszeit in Wiesbaden legte Dr. Philipp Kratz mit seiner Studie „Eine Stadt und die Schuld“ 2019 vor.³⁷³

Ein Beispiel, das bis zur Studie von Philipp Kratz kaum erwähnt, geschweige denn erforscht war, ist der Fall von Erich Mix, dem Wiesbadener NS-Oberbürgermeister von 1937 bis 1945. Er war unter anderem an Enteignungen Wiesbadener Juden beteiligt und führte das Amt des Oberbürgermeisters von 1954 bis 1960 nochmals aus. Dass eine öffentliche Thematisierung und Diskussion gerade dieses Falls erst 2019 erfolgte, muss fassungslos machen.

Der Fall Mix steht dabei sinnbildlich für die bis dato fehlende ernsthafte Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte unserer Stadt. In der Ahnengalerie der Wiesbadener Oberbürgermeister haben wir im vergangenen Jahr sein Porträt und

das seines Amtsvorgängers Alfred Schulte – NS-Oberbürgermeister von 1933 bis 1937 – deshalb sehr bewusst in einen neuen Rahmen gesetzt und mit einem Begleittext historisch eingeordnet. Mir war es wichtig, damit deutlich zu machen, dass die heutige Stadtpolitik in keiner Traditionslinie zu diesen Handlangern und Mittätern der NS-Herrschaft steht.

Aber der Weg, bis Stadtverwaltungen und Stadtpolitik von sich sagen konnten, in keiner Traditionslinie zur NS-Herrschaft zu stehen, war lang. Es gab mehr Kontinuität, als wir uns heute wünschen würden. Und es gab weniger Aufarbeitung, als notwendig gewesen wäre.

Kommunale Verwaltungen sind heute die Stützen unserer Demokratie. Das waren sie von 1933 bis 1945 nicht, sondern im Gegenteil, sie waren Teil des Machtapparats. Und gerade deshalb ist es so wichtig, dass wir uns auch mit dem Wiederaufbau kommunaler Strukturen nach 1945 in Rhein-Main beschäftigen.

Gregor Maier

Demokratischer Neuanfang im Landkreis Usingen – ein Werkstattbericht

Die 1940er Jahre sind in orts- und regionalhistorischer Hinsicht vor allem eines: eine Epoche eklatanter Quellenarmut. Die archivistische Überlieferung dieser Zeit ist – jedenfalls auf kommunaler Ebene – sehr dürftig, bedingt durch Papiermangel, gezielte Vernichtungen und administrative Umbrüche. Am Beispiel des Landkreises Usingen soll aber zumindest versucht werden, einige Ansätze für Arbeiten in diesem Themenfeld zu skizzieren.

Der Landkreis Usingen gehörte zu den einwohnermäßig kleinsten Landkreisen in ganz Preußen.³⁷⁴ Er bildete eine relativ geschlossene, klar strukturierte Einheit, die im Wesentlichen in Kontinuität zum frühneuzeitlichen Amt Usingen stand.³⁷⁵

Er bestand aus der namensgebenden Kreisstadt als einziger Stadt sowie 42 Landgemeinden. Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zählte die Stadt Usingen rund 2.100 Einwohner. Die größte Landgemeinde war Anspach, das seit dem Bau der Eisenbahnstrecke Bad Homburg–Usingen erheblich gewachsen war und damals bereits die Kreisstadt in der Einwohnerzahl eingeholt hatte. Die drittgrößte Gemeinde war das ebenfalls an die Eisenbahn angeschlossene Wehrheim. 45 Prozent der Kreisbevölkerung lebte aber in Ortschaften mit weniger als 500 Einwohnern, die kleinste Gemeinde Treisberg zählte 1939 lediglich 84 Einwohner. Insgesamt kam der Landkreis vor Kriegsbeginn auf rund 19.000 Einwohner.³⁷⁶

Bereits dieser Blick auf die Siedlungsstruktur zeigt zum einen deutlich die landwirtschaftliche Prägung des Kreisgebietes, zum anderen die Bedeutung der seit 1895 ausgebauten Eisenbahnstrecke, die von Bad Homburg her über Usingen weiter in Richtung Wetzlar führte, und zum dritten die unbestrittene Zentralität von Usingen.³⁷⁷ Hier saßen die maßgeblichen Behörden wie Landratsamt und Amtsgericht, hier war der zentrale Verkehrsknotenpunkt für Straße und Schiene, hier existierte ein Geschäftsleben mit kleinstädtischem Gepräge und nicht zuletzt das Gymnasium, das in den 1920er Jahren aus dem bisherigen Lehrerseminar heraus entwickelt wurde.³⁷⁸ Usingen als Beamten- und Schulstadt kontrastierte mit

Anspach, das vielfach als „rotes Arbeiterdorf“ etikettiert wurde. Dessen Bevölkerung war geprägt durch Pendler ins Rhein-Main-Gebiet sowie gewerbliche Betriebe, die vom Eisenbahnanschluss profitierten.³⁷⁹

In konfessioneller Hinsicht war der Kreis ganz wesentlich protestantisch geprägt. In der Stadt Usingen existierte eine kleine katholische Diasporagemeinde, dazu kamen nur einige wenige Dörfer, deren Bevölkerung wegen einer früheren Zugehörigkeit zu Kurmainz katholisch war.

Diese Sozialstruktur findet auch ihren Niederschlag in der politischen Prägung. Bei der Betrachtung der Reichstagswahlergebnisse der 1920er Jahre lässt sich feststellen, dass insgesamt die Ergebnisse im Kreis Usingen nicht wesentlich von den reichsweiten Ergebnissen abweichen – inklusive der entsprechenden typischen Abweichungen im Detail: also beispielsweise Anspach als SPD- und KPD-Hochburg und die katholischen Dörfer mit dem Zentrum als wichtigster Partei.³⁸⁰ Sehr stark war in Usingen um 1930 die sogenannte Landvolkbewegung, die dem nationalliberalen bis nationalistischen Spektrum zuzuordnen war.³⁸¹ Besonders auffällig sind jedoch die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1932 und 1933. Hier lässt sich ein plötzlicher, heftiger Anstieg des NSDAP-Ergebnisses beobachten. Während reichsweit bei diesen drei Wahlen die NSDAP auf Ergebnisse zwischen 33 und 44 Prozent kam, waren es im Landkreis Usingen plötzlich 55 respektive 61 Prozent, also in etwa um die Hälfte mehr.³⁸² Der Grund für diese Usinger Erdrutschsieg der NSDAP dürfte vor allem in der Kommunalpolitik zu suchen sein.³⁸³ In Usingen trat die Partei nicht nur – wie anderswo dominierend – mit ihrem allgemeinpolitischen Programm an, sondern auch einem konkreten Wahlversprechen. Im Zuge einer preußischen Kreisreform war der Kreis Usingen nämlich 1932 aufgelöst und in den benachbarten Obertaunuskreis mit Sitz in Bad Homburg v. d. Höhe eingegliedert worden. Diese – mit Sparsamkeits- und Effizienzargumenten begründete – Verwaltungsreform wurde nicht nur als bürokratisch und bürgerfern wahrgenommen, sondern auch als Verletzung des Lokalstolzes und der Identität.³⁸⁴ Die NSDAP trat mit dem Wahlversprechen an, diese Kreisreform wieder rückgängig zu machen – offensichtlich mit großem Erfolg. Tatsächlich wurde nach der Machtergreifung der Landkreis Usingen am 1. Oktober 1933 wiederhergestellt. Die Feier, zusammengelegt mit einem Erntedankfest, war zugleich die erste große NS-Propaganda-Veranstaltung in Usingen.³⁸⁵

Ähnlich überdurchschnittliche NSDAP-Ergebnisse lassen sich übrigens auch in anderen 1932 aufgelösten Landkreisen beobachten – im Regierungsbezirk Wiesbaden also etwa im Kreis Biedenkopf, im Dillkreis und im Oberwesterwaldkreis. Allerdings war dort die NSDAP, anders als in Usingen, schon zuvor über-

durchschnittlich stark gewesen, sodass der Anstieg in Usingen besonders ins Auge fällt. Während sich in den drei genannten Vergleichskreisen die NSDAP angesichts der Kreisreform in etwa verdoppelte, wuchs sie in Usingen gleich um das Dreifache.³⁸⁶

Diese Skizze der Vorkriegsverhältnisse bildet den Hintergrund beziehungsweise die Vergleichsfolie für den Wiederaufbau nach 1945. Der Landkreis Usingen als ländliches Gebiet hatte im Großen und Ganzen den Krieg ohne Verwüstungen überstanden – abgesehen vom Bombardement des Feldflughafens Merzhausen, das auch das nebenbei gelegene Dorf stark in Mitleidenschaft zog, und abgesehen von teilweise heftigen Rückzugsgefechten deutscher Truppen vor allem im gebirgigen Teil des Kreises noch in den letzten Kriegstagen. Auch Usingen hatte unter Artilleriebeschuss gestanden – die Schäden waren allerdings nicht zu vergleichen mit der flächenhaften Zerstörung durch den Bombenkrieg.³⁸⁷

Die größte Herausforderung in der unmittelbaren Nachkriegszeit bestand zweifellos in der Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen.³⁸⁸ Sie führte, ebenso wie andere nachkriegsbedingte Migrationsbewegungen, zu einem erheblichen Anstieg der Wohnbevölkerung; im Jahr 1950 betrug die Einwohnerzahl des Landkreises Usingen bereits 27.000, also fast um die Hälfte mehr als vor dem Zweiten Weltkrieg. Der Anteil der Vertriebenen belief sich auf rund 18 Prozent. Im Landkreis Usingen existierte eine regelrechte eigene Flüchtlingssiedlung, die sogenannte Muna. Dabei handelte es sich um einen Lagerkomplex aus mehreren Bestandteilen: der namensgebenden Munitionsanstalt, einem ehemaligen Reichsarbeitsdienst-Lager, das später als KZ-Außenlager von Heddernheim genutzt wurde, und einem Zwangsarbeiterlager. Die Baracken dieses Komplexes wurden ab 1946 für die provisorische Unterbringung von Flüchtlingsfamilien umgenutzt. 1950 lebten über 300 Menschen hier; es entstand eine dörfliche Infrastruktur mit eigener Schule, Geschäften für den täglichen Bedarf und sogar größeren Gewerbebetrieben, die hier teilweise von Vertriebenen neu aufgebaut wurden, teilweise sich hier wegen des Arbeitskräfteangebots ansiedelten. Erst im Laufe der 1950er Jahre wurde die Muna nach und nach aufgegeben.³⁸⁹

Neben der reinen Zahl der Vertriebenen bedeutete ihre Ankunft auch eine Herausforderung an die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen. Deutlich sichtbar wird das am Aufsprengen der bisherigen konfessionellen Homogenität: Dadurch, dass ein großer Teil der Flüchtlinge im Landkreis Usingen aus dem Sudetenland kam, stieg der Anteil der Katholiken im Landkreis von 18 Prozent vor dem Krieg auf 28 Prozent im Jahr 1950.³⁹⁰

Auf den Themenkomplex der Vertriebenen soll hier jedoch nicht näher eingegangen werden; hierzu hat bereits 2014 Mark Jakob unter dem Titel „Zwischen Ablehnung und Solidarität“ eine Studie für den Landkreis Usingen und den benachbarten Obertaunuskreis vorgelegt.³⁹¹

Ein zweiter Themenkomplex, der in den Akten und in der Lebenswelt eine wichtige Rolle spielte, in diesem Zusammenhang aber nicht weiter behandelt werden kann, ist derjenige der inneren Sicherheit. Die unmittelbare Nachkriegszeit war eine Zeit hoher Kriminalität, auch Gewaltkriminalität, und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung war ein wichtiges Arbeitsfeld der Kommunalverwaltung. Bemerkenswert erscheint, dass im Landkreis Usingen mit Einverständnis der US-amerikanischen Besatzung bereits sehr bald eine bewaffnete Hilfspolizeitruppe aufgestellt wurde.³⁹² Der Schwerpunkt soll im Folgenden jedoch auf dem Umgang mit NS-Vergangenheiten, personellen Umbrüchen und den ersten Wahlen im Zeichen einer Parteiendemokratie liegen.

Nach dem Einmarsch der Amerikaner begann unter der Aufsicht des Besatzungsregimes der materielle und politische Wiederaufbau, verbunden mit den allorts zu beobachtenden Herausforderungen. In administrativer Hinsicht war eine Normalisierung der Verhältnisse durch ein kontinuierliches Weiterarbeiten der Kreisverwaltung erheblich erleichtert. Der eigentliche Landrat des Kreises Usingen, der NSDAP-Funktionär Walter Heyse, war bereits seit 1941 als Offizier im Kriegseinsatz. Seither waren die Amtsgeschäfte von dem Verwaltungsbeamten Heinrich Schneider geführt worden, der nun, versehen mit dem Titel Landrat, im Amt blieb und für Kontinuität sorgte.³⁹³ Im Kreisarchiv des Hochtaunuskreises liegt ein ausführlicher Erinnerungstext Heinrich Schneiders, datiert auf 1947, vor, der eine wichtige Quelle für Kriegsende und Neubeginn darstellt.³⁹⁴

Schneider betont darin als besonderen Glücksfall die Person des Usinger Stadtkommandanten, Hauptmann Lazar Yakoubian, den er als gebildet und kooperativ charakterisiert; zwischen Besatzungsoffizier und Landrat entwickelte sich offenbar rasch ein freundschaftliches Vertrauensverhältnis. Allerdings hatten Landrat und Kommandant sehr unterschiedliche Herangehensweisen in puncto Umgang mit Nationalsozialisten. Für den Landrat stand die Kontinuität der Arbeit im Vordergrund. Schneider schreibt in seinen Erinnerungen:

„Der Kommandant Yakubian [sic!] übermittelte mir eines Tages einen Befehl seines direkten Vorgesetzten in Bad Nauheim, sämtliche Beamten und Angestellte, die in der Partei waren, sofort zu entlassen. Das lehnte ich ab, denn sie waren alle in der Partei. Ich bekam den zweiten Auftrag, auch diesmal lehnte

ich ab mit der Begründung, die Leute wären alle harmlos gewesen, und es hätte sich keiner strafbar gemacht. Ohne dieses eingearbeitete Personal könnte ich meinen Dienst nicht versehen, den ich dann niederlegen müsste. Der Kommandant hält noch einmal Rücksprache mit seinem Oberst. Der endgültige Bescheid lautet: Die Leute bleiben solange im Dienst, bis Ersatz geschaffen ist. Den Ersatz habe ich nie beschafft, die Beamten und Angestellten sind heute noch da.“³⁹⁵

Die Sichtweise von Yakoubian dagegen floss ein in dessen 1951 an der New York University eingereichte sehr aufschlussreiche Dissertation mit dem Titel „Western Allied Occupation Policies and Development of German Democracy, 1945–1951“. Er bezieht darin eine Gegenposition und sieht gerade in bürokratischem Effizienzdenken ein Hauptproblem bei der Demokratisierung: „The German bureaucracy can claim that it has always stood for good government, but its understanding of good government has been limited only to the criterion of efficiency. It has been ready to sacrifice all other considerations for that one narrow objective.“³⁹⁶

Die Haltung des Landrats gegenüber ehemaligen NSDAP-Mitgliedern ist bezeichnend und charakteristisch. Im Vordergrund steht nicht das Bedürfnis nach Aufarbeitung oder Bestrafung, sondern der pragmatische, wenn nicht pragmatische Ansatz, dass die Arbeit getan werden müsse, und eine entsprechend ablehnende Haltung zu Maßnahmen politischer Säuberung. An anderer Stelle schreibt Schneider:

„Als alteingesessener Bürger habe ich zu den Parteigenossen in einem guten Verhältnis gestanden, dabei bin ich stets für sie eingetreten und habe manchen vor der Gefangenschaft bewahrt, andere früher zur Entlassung gebracht. Es war mir bekannt, unter welchen starken Einflüssen viele von ihnen in die NSDAP eintreten mussten, innerlich aber dieselben braven Menschen geblieben sind.“³⁹⁷

Im Blick zurück stellte sich also nicht oder noch nicht die Frage nach einer Gesamtverantwortung. Im Blick auf das Individuum wurde getrennt zwischen dem „braven Menschen“ und seiner den Zeitumständen geschuldeten Verstrickung in das NS-Regime – eine Verstrickung, die nun abgelegt werden und durch eine Integration in eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung ersetzt werden könne. Gerade in den ländlichen, kleinen dörflichen Nachbarschaftsstrukturen war dieser Denkansatz, der das individuelle Agieren vor Ort von der vermeintlich

„großen Politik“ strikt getrennt hielt, hilfreich, vielleicht sogar notwendig, um Konflikte innerhalb der örtlichen Gemeinschaft zu vermeiden – mit Folgen für die heutige Erinnerungskultur, die hier gefordert ist, Formen eines angemessenen Umgangs mit der Ortsgeschichte zu finden.

Als aktuelles Beispiel kann hier eine presseöffentlich geführte, für diese Zusammenhänge charakteristische Diskussion aus dem Jahr 2019 angeführt werden.³⁹⁸ Es ging dabei um die Benennung einer Straße in der Ortschaft Obernhain im Süden des ehemaligen Landkreises Usingen. Aus der Bürgerschaft wurde vorgeschlagen, die Straße nach August Mosner zu benennen, der von 1935 bis 1945 Bürgermeister von Obernhain war.³⁹⁹ Hinter diesem Vorschlag stand wohlge-merkt keine politisch rechtsextreme oder revisionistische Motivation, sondern die schlichte Überzeugung, dass es sich dabei um einen verdienstvollen, anständigen Mann gehandelt habe, der viel Gutes für die Gemeinde getan habe. Die Initiatoren des Vorschlags hatten Mosner, der 1979 verstorben ist, noch als allseits geschätzten Altbürgermeister erlebt und als bewundernswerten Menschen in Erinnerung.⁴⁰⁰ Persönliche Erinnerung und familiäre bzw. lokale Überlieferung standen archivischen Befunden gegenüber, aus denen die Obernhainer lernen mussten, dass Mosner nicht nur Bürgermeister, sondern auch frühes Mitglied und örtlicher Parteiführer der NSDAP war.⁴⁰¹ Kern der Debatte war daher die Frage, wie diese Befunde in Einklang zu bringen seien: August Mosner einerseits als maßgeblicher Repräsentant des Unrechtsregimes vor Ort, andererseits als integre Persönlichkeit, die Zwangsarbeiter gut behandelte, die freiwillige Feuerwehr ins Leben rief, es beim Hören von Feindsendern bei einer Ermahnung beließ und für die kampflöse Übergabe des Dorfes an die Alliierten sorgte.⁴⁰² Schlussendlich hat die Gemeinde davon abgesehen, eine Straße nach ihm zu benennen. Die Debatte darüber ist jedoch ein bezeichnendes Echo des in den Nachkriegsjahren eingeübten Bildes der „braven Menschen“ mit Parteiabzeichen.

Die für den Landkreis Usingen eingerichtete Spruchkammer zur Entnazifizierung behandelte in den ersten Nachkriegsjahren insgesamt rund 1.050 Fälle.⁴⁰³ Es waren also rund acht Prozent der Erwachsenen davon betroffen.⁴⁰⁴ Eine Auswertung der Spruchkammertätigkeit wäre lohnenswert – nicht zuletzt, um die oben zitierte Aussage des Landrats Schneider zu überprüfen. Einzelfälle – etwa der eben angeführte Fall Mosner – lassen allerdings die Vermutung zu, dass gerade im kleinstädtisch-dörflichen Kontext die Ortsgemeinschaft eher bereitwillig mit guten Leumundszeugnissen bzw. „Persilscheinen“ bei der Hand war; schließlich wollte und musste man mit dem Nachbarn auch weiterhin gut auskommen. In

einer ländlichen Wirtschaftsstruktur, die auf die Kooperationsbereitschaft der örtlichen Landwirte und Haushalte untereinander angewiesen war, konnte und wollte man keine politisch begründeten Zerwürfnisse in Kauf nehmen.

Allerdings wäre es verfehlt, wenn man allzu pauschal eine Ignoranz gegenüber NS-Verstrickungen unterstellen wollte. Ein Gegenbeispiel bieten die oben erwähnten Akten der Usinger CDU. Aus ihnen wird deutlich, dass die Protagonisten des demokratischen Neuanfangs sehr genau auf die politische Vergangenheit ihrer Mitglieder und Kandidaten achteten. So sehr in den Äußerungen des Landrats Schneider also die Sehnsucht nach Kontinuität deutlich wird, so war doch die kommunalpolitische Landschaft der Nachkriegszeit vor allem durch personelle Umbrüche an den verantwortungsvollen Stellen geprägt. Die Bürgermeister wurden aus ihren Ämtern entfernt und durch kommissarisch ernannte Amtsträger ersetzt. Nach den ersten Kommunalwahlen Anfang 1946 wurden diese kommissarischen Bürgermeister fast durchweg wiederum ersetzt.⁴⁰⁵ Aufgrund der kurzen Amtsdauer dieser kommissarischen Bürgermeister sind sie quellenmäßig oft nur schwer zu fassen, sodass sich hier noch kein konsistentes Bild über diese Personengruppe gewinnen lässt. Exemplarisch kann hierfür die denkbar kurze einschlägige Passage aus einer neueren Ortsgeschichte für Wehrheim zitiert werden:

„Direkt nach Kriegsende war der evangelische Pfarrer Arnold Menk kurzfristig von den Amerikanern als Bürgermeister eingesetzt worden, ihm folgte ein Herr Zimbrich, ein Frankfurter Zuckerreisender, im Mai 1945 und ab Juli 1945 ein Herr Schieler, der ein KPD-Anhänger gewesen sein soll. Mit Ludwig Bender übernahm [nach der Wahl 1946] ein tatkräftiger Wehrheimer die Leitung und führte die Gemeinde durch die schweren Jahre des Neubeginns.“⁴⁰⁶

Es ist bezeichnend, dass die Autorin dieser Passage, eine herausragende Kennerin der Ortsgeschichte, nicht einmal die Vornamen, geschweige denn die genauen Amtszeiten der provisorischen Bürgermeister rekonstruieren konnte. Das Wehrheimer Beispiel scheint aber durchaus exemplarisch zu sein für diejenigen Personengruppen, die als Erste mit Verantwortung betraut wurden: Ortsgeistliche als vertrauenswürdige Autoritätspersonen, ehemalige politisch Verfolgte, etwa SPD- oder KPD-Mitglieder, mitunter auch Ortsfremde. Mit den ersten Kommunalwahlen kehrten dagegen wieder die alten örtlichen Eliten in die Entscheidungspositionen zurück. Gerade in kleineren Gemeinden des Kreises lassen sich kleine Bürgermeister- und Gemeinderatsdynastien bzw. Beziehungsgeflechte

nachweisen oder vermuten, die nun wieder in Kraft traten. Die Bürgermeister aus der NS-Zeit allerdings scheinen in der Nachkriegszeit keine, jedenfalls keine exponierte Rolle mehr gespielt zu haben.

Auch der zitierte Landrat Schneider als Verwaltungsbeamter fällt in diese Kategorie des Übergangspersonals. Nach den Kommunalwahlen 1946 wählte der Kreistag den Lehrer Heinrich Müller, der als SPD-Mitglied 1933 aus dem Schuldienst entlassen worden war.⁴⁰⁷

Eine bemerkenswerte Ausnahme von der Regel des personellen Umbruchs gilt es allerdings festzuhalten. Im eingangs schon einmal erwähnten kleinsten Dorf des Kreises Usingen, in Treisberg, wurde 1933 nach dem altersbedingten Ausscheiden seines Vorgängers Heinrich Müller zum Bürgermeister gewählt, amtierte zunächst bis 1945 und anschließend wiederum von 1948 bis 1960; dann stellte er sich im Alter von 77 Jahren nicht mehr zur Wiederwahl zur Verfügung.⁴⁰⁸ Für die dreijährige Lücke zwischen 1945 und 1948 dürfte eine Entnazifizierungsmaßnahme ursächlich gemacht werden – wengleich in einem Zeitungsbericht zu Müllers 25-jährigem Dienstjubiläum 1958 etwas verschämt vermerkt wurde: „Warum ihn 1945 die Amerikaner seines Amtes enthoben haben und er bis 1948 a. D. sein musste, ist unbekannt“,⁴⁰⁹ und wengleich keine Akte der Usinger Spruchkammer zu seiner Person vorhanden ist. In der Rückschau findet sich auch hier das Bild des „aufrechten Bauern mit dem klaren Verstand [...] Zwölf Jahre habe er darauf gewartet, dass man ihn absäge. ‚Aber wir hier oben waren selbst den Nazis zu abgelegen‘“ – so Müller anlässlich seines Dienstjubiläums.⁴¹⁰ Diese Behauptung wird kaum mit der Realität in Einklang zu bringen sein, zumal Treisberg in der NS-Diktatur gerade wegen seiner vermeintlichen Abgelegenheit Gegenstand ideologischer (pseudo)wissenschaftlicher rassenkundlicher Untersuchungen war.⁴¹¹ Jedenfalls macht diese personelle Kontinuität in der Zwerggemeinde Treisberg deutlich, dass dem persönlichen Agieren bzw. der persönlichen Integrität ein deutlich höherer Stellenwert zugemessen wurde als der politisch-ideologischen Verortung.

Für den politischen Neuanfang im Zeichen demokratischer Strukturen steht maßgeblich die sich entwickelnde Parteienlandschaft. Während die SPD sowie in Teilen die KPD und die Liberalen an Strukturen, die vor 1933 bereits bestanden, anknüpfen konnten,⁴¹² entstand die CDU als politische Kraft neu. Im Landkreis Usingen geschah das recht schnell: Bereits am 12. Oktober 1945 erteilte Hauptmann Yakoubian die Genehmigung zur Gründung eines Kreisverbandes, damals noch unter dem Namen Christlich-Demokratische Partei.⁴¹³ Bei den Kommunalwahlen am 20. Januar, also nur ein Vierteljahr später, konnte die CDU bereits in

zehn Gemeinden mit einer eigenen Liste antreten.⁴¹⁴ Von Anfang an erwies sich dabei das Klischee, die CDU als Zentrums-Nachfolger habe ihre Hochburgen in katholischen Gegenden, jedenfalls im Landkreis Usingen als nur eingeschränkt zutreffend. Auch in traditionell evangelisch geprägten Orten kam es schon früh zur Gründung von CDU-Ortsverbänden.

Beim Blick auf die Ergebnisse der Kommunalwahl vom 20. Januar ergibt sich folgendes Bild: Bei den Parteien war die mit Abstand stärkste Kraft die SPD. Sie konnte in 19 der 43 Gemeinden eine Liste aufstellen, in 18, also fast allen davon, wurden ihre Vertreter auch ins Gemeindep Parlament gewählt, in zehn Gemeinden als stärkste Kraft. Es ist durchaus bemerkenswert, dass die CDU gerade ein Vierteljahr nach ihrer Gründung immerhin bereits in zehn Gemeinden zur Wahl antreten konnte, und zwar mit dem beachtlichen Erfolg, dass sie in sieben dieser zehn Kommunen die stärkste Kraft wurde. Die LDP kandidierte in zwei Gemeinden und war dort auch erfolgreich – in der Stadt Usingen als stärkste Kraft. Und die KPD, die in drei Gemeinden angetreten war, erhielt im „roten Anspach“ einen Sitz. Weitaus bedeutender und eindeutig dominierend waren jedoch parteiunabhängige Wahllisten, die in den meisten Ortschaften, nämlich 32, auf den Wahlzetteln standen und deren Vertreter die Gemeindep arlamente dominierten. Von den insgesamt 220 zu vergebenden Mandaten entfielen 127 auf Vertreter der freien örtlichen Listen. Meist firmierten diese Ortslisten lediglich unter dem Namen des Spitzenkandidaten, gelegentlich trugen sie auch Namen wie „Bauern und Gewerbetreibende“, „Bürgergruppe“ oder „Gemeindeliste“.

Diese Dominanz der örtlichen Wählergruppierungen ist sicher dem frühen Zeitpunkt der Wahl geschuldet, zu dem die Parteien noch keinen Organisationsgrad erreicht haben konnten, der eine flächendeckende Präsenz ermöglicht hätte. Zugleich begünstigt der in der lokalen Politik dominierende Fokus auf ortsspezifische Themen die Bildung von freien Wählervereinigungen. Umgekehrt traten wenige Wochen später, bei der Kreistagswahl vom 12. März 1946 als der ersten überörtlichen Wahl, lediglich die vier genannten Parteien an, ohne dass es eine freie Wählerliste auf Kreisebene gegeben hätte.⁴¹⁵

Besonders auffallend beim Blick auf die Kommunalwahl vom Januar 1946 ist die schwach ausgeprägte politische Konkurrenz vor Ort. In zahlreichen Gemeinden, nämlich 16 von 43, hatten die Wähler überhaupt keine Wahl, sondern fanden nur eine Liste auf ihrem Stimmzettel vor – viermal war das die SPD, zweimal die CDU, zehnmal eine freie Wählerliste. Im Gros der Kommunen gab es die Auswahl zwischen zwei Listen. Nur in vier Gemeinden standen drei Listen auf dem Stimmzettel: In Anspach waren das SPD, KPD und „Bauern und Gewerbetrei-

bende“, in Wehrheim SPD, CDU und KPD und in den größeren Dörfern Schmitten und Wernborn jeweils drei freie Wählergruppen. Vier Listen gab es lediglich in der Kreisstadt Usingen – nämlich SPD, CDU, LDP und KPD – sowie in der Gemeinde Kransberg. Dieser Sonderfall ist auf die Struktur der Gemeinde zurückzuführen, die aus zwei Ortschaften – Kransberg und Friedrichsthal – bestand. In jeder Ortschaft wurde eine eigene, die jeweiligen Interessen vertretende Bürgerliste aufgestellt, die sich neben SPD und CDU zur Wahl stellte.

Das Phänomen der Einheitsliste muss aus heutiger Sicht durchaus als Demokratiedefizit gewertet werden; allerdings war die Aufstellung von Einheitslisten bei Kommunalwahlen in Hessen durchaus geübte Praxis bis in die 1960er Jahre. Erst im Jahr 1970 hat der Hessische Staatsgerichtshof das als Verletzung des Grundrechts der Wahlgleichheit und Wahlfreiheit beanstandet. Noch damals – es ging bei dem Urteil konkret um die Kommunalwahlen von 1968 – hatte rund ein Drittel der Gemeinden in Hessen nach Einheitslisten gewählt.⁴¹⁶ Das hängt sicher ganz pragmatisch mit der geringen Größe der Kommunen zusammen: Je kleiner die Gemeinde, desto schwieriger war es, genügend Personen für politische Organisationen bzw. Wahlvorschläge zusammenzubekommen. Daneben kann aber durchaus auch ein in der Vormoderne wurzelndes Verständnis der Dorfgemeinschaft als Kollektiv noch nachgewirkt haben. In diesem Verständnis wäre eine Wahl nicht die Herstellung einer Mehrheit aus individuellen Voten, sondern die Bekräftigung einer schon vorab erzielten Einigung durch das Kollektiv. In anderen Worten: Die Dorfgemeinschaft bzw. ihre Wortführer einigen sich auf die Vertreter, und diese werden durch eine kollektive Wahlhandlung bestätigt. Diese kollektive Vorstellung, dass Wahl weniger als Auswahl, sondern eher als Kür vorgenommen wird, entspricht einem quasi familiären Selbstverständnis der Dorfgemeinschaft als einer geschlossenen Einheit, in der kein Platz für politische Konkurrenz ist.

Ein Blick auf die konkreten Gemeinden zeigt allerdings, dass Kleinheit nicht zwangsläufig zur Einheitsliste führen musste: Zwar wählten die drei kleinsten Gemeinden des Kreises bei der Gemeindewahl 1946 alle nach einer Einheitsliste, in Hundstall (heute: Hunoldstal), Cratzenbach und Finsterthal allerdings, die ebenfalls alle drei auf keine hundert Wahlberechtigten kamen, standen jeweils zwei Listen zur Auswahl, auf die sich denn auch die Wählerstimmen verteilten.

Die beiden Möglichkeiten, bei der Wahl mit einer Einheitsliste ein abweichendes Votum zu artikulieren, bestehen entweder im Nichtwählen oder im Ungültigmachen des Stimmzettels. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung im Landkreis

Usingen bei 86 Prozent, rund 5 Prozent der Stimmen waren ungültig. Im Blick auf die Zahlen der einzelnen Gemeinden lässt sich durchaus eine Korrelation zwischen Einheitsliste und Wahlbeteiligung bzw. ungültiger Wahl feststellen.

Das krassste Beispiel hierfür bietet die Gemeinde Niederlauken. Hier stand eine Liste zur Wahl, die auf dem Wahlvorschlag unter dem Namen „Einheitsgruppe“ firmierte – eine offenbar bewusste Namenswahl, die einen Anspruch formulierte, der offenbar in der Realität nicht gegeben war. Die Wahlbeteiligung in Niederlauken war die mit Abstand niedrigste im Kreis: Von den 164 Wahlberechtigten gingen nur 53 zur Wahl, also lediglich 32 Prozent, und von diesen 53 Stimmen waren 13, also 25 Prozent, ungültig. Ein etwas anderes Bild ergab sich in Treisberg, wo als einzige Liste die „Landwirte“ auf dem Wahlzettel standen. Dort war die Wahlbeteiligung mit 93 Prozent bzw. 51 von 55 Wahlberechtigten zwar ausgesprochen hoch, jedoch machten 17, also ein ganzes Drittel, ihren Wahlzettel ungültig. Unter den elf Gemeinden mit den meisten ungültigen Stimmen finden sich acht mit einer Einheitslistenwahl. Nicht ganz so eindeutig, aber in der Tendenz ebenfalls klar ist der Blick auf die Wahlbeteiligung; von den acht Gemeinden, in denen die Wahlbeteiligung unter 80 Prozent lag, befinden sich fünf Kommunen mit Einheitsliste.

Die Abgabe einer ungültigen Stimme bei einer Einheitslistenwahl war den Wählern als Handlungsoption – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der vorangegangenen Diktaturerfahrungen – also offensichtlich bewusst und wurde auch dementsprechend praktiziert. Einheitswahl bedeutete also nicht, dass es keinen Raum für politische Artikulation gegeben hätte. Es gab diesen Raum, und er wurde auch genutzt. Das kann vor dem Hintergrund einer defizitären Wahl durchaus als Ausdruck eines demokratischen Bewusstseins gewertet werden.

Insgesamt bietet der Landkreis Usingen in seiner überschaubaren Größendimension und seiner ländlichen Struktur ein gutes Anschauungsobjekt für den Start in die Demokratie. Der Start war keineswegs holprig, sondern schien gut und reibungslos zu funktionieren – freilich um den Preis, dass man von einer Aufarbeitung der vergangenen Jahre weitestgehend Abstand nahm. Es dominierte ein Selbstbild von der Kontinuität kommunalen Lebens, das von der „großen Politik“ getrennt sei bzw. dessen Aufgabe so definiert wurde, unter den gegebenen Rahmenbedingungen – seien es Diktatur, Krieg, Besatzungsregime oder Demokratie – das Beste für die örtlichen Belange der Gemeinde herauszuholen, getragen von den oben zitierten „braven Menschen“. Für die Orts- und Regionalgeschichte brachte das zahlreiche blinde Flecken mit sich. Mit dem heutigen

zeitlichen Abstand bietet sich endlich die Möglichkeit, die handelnden Personen eingehender zu betrachten, um ein genaueres Bild vom konkreten Funktionieren einer dörflichen Gesellschaft in den Wechselfällen des 20. Jahrhunderts zu erarbeiten. Es steht zu hoffen, dass diese Fragen seitens der engagierten Orts- und Regionalgeschichte künftig stärker in den Blick genommen werden.

Für vielfache Hinweise und Hilfestellungen

danke ich herzlich Herrn Peter Maresch, Kreisarchiv Hochtaunuskreis

Thomas Bauer

„Für alle, die guten Willens sind“. Walter Kolb und der demokratische Neubeginn in Frankfurt am Main

Vor dem neuesten Plakataushang der Militärregierung bildeten sich am 1. September 1945 kleine Mensentrauben. Unter der Überschrift „Bildung von politischen Parteien“ stand auf der im kriegszerstörten Frankfurt plakatierten Bekanntmachung zu lesen:

„Die Bildung von demokratischen politischen Parteien ist der deutschen Bevölkerung jetzt gestattet. Der förmliche Antrag muß bei der Militärregierung gestellt werden. Mit seiner Genehmigung ist die Erlaubnis für die betreffenden Parteien zu Versammlungen und zu öffentlicher Aussprache verbunden.“⁴¹⁷

Damit war der Grundstein für den demokratischen Neubeginn in Frankfurt am Main gelegt.

Führende Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), darunter die beiden KZ-Überlebenden Emil Carlebach und Oskar Müller, waren bereits am 16. April 1945 als Erste bei der amerikanischen Militärregierung in Frankfurt vorstellig geworden und hatten die Wiedenzulassung ihrer Partei beantragt. Die Unterzeichner des Gesuchs sahen in der „Ausrottung von Nazismus, Militarismus und Imperialismus“ die Voraussetzungen für die Gründung eines „wahrhaft demokratischen Deutschlands“.⁴¹⁸ Die KPD hielt die Zeit für gekommen, Banken und Industriebetriebe zu verstaatlichen, Großkonzerne zu zerschlagen sowie Planwirtschaft und Bodenreform einzuführen, und setzte insbesondere auf die Bildung einer „Einheitsfront“ zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Auf der ersten öffentlichen Versammlung der Frankfurter Kommunisten am 18. September 1945 im Schauburg-Kino an der Berger Straße wurde Otto Lichtinger, der im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) „Brüdergrüße“ überbrachte, mit freundlichem Beifall bedacht. Nicht minder herzlich wurde Martin Hirsch auf der zeitgleich im Saal der Börse abgehaltenen SPD-Kundgebung empfangen, als er die „brüderlichen Grüße der kommunistischen Partei“ entbot.⁴¹⁹

Bekanntmachung der Militärregierung, 1. September 1945.

ISG FFM, Best. S9-1 Nr. 412

Über die Ziele der Frankfurter SPD, die ihre Wiederzulassung kurz nach der KPD bei der Militärregierung beantragt hatte, sprach im Börsensaal der bald darauf zum Vorsitzenden gewählte Wilhelm Knothe. Neben der Entnazifizierung der Stadtverwaltung und einer sozialistischen Gesellschaftsordnung forderte die Arbeiterpartei unter anderem die gerechte Verteilung von Lebensmitteln, die Sicherstellung von Brennstoffen und die Erziehung der Jugendlichen zu guten Demokraten.⁴²⁰ Auf beiden Versammlungen wurde am 18. September 1945 zum Abschluss zwar einmütig das Arbeiterlied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ gesungen, die „Einheitsfront“ sollte aber dennoch nicht zustande kommen. In der Frankfurter SPD wuchsen die Zweifel an der demokratischen Grundüberzeugung der KPD, weshalb sie schon bald auf den strikt antikommunistischen Kurs von Kurt Schumacher einschwenkte. Die erste Lizenz für eine politische Partei in Frankfurt ging am 13. Dezember 1945 an die KPD, die SPD wurde eine Woche später am 21. Dezember von der Militärregierung lizenziert.⁴²¹

Während SPD und KPD auf den Überresten ihrer alten Parteiorganisationen aus der Weimarer Republik aufbauen konnten, handelte es sich bei der Christlich-Demokratischen Partei (CDP) und der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) um wirkliche Neugründungen. Mit einem Exemplar ihres Grundsatzprogramms, den Frankfurter Leitsätzen, beantragte die CDP am 20. September 1945 bei den Militärbehörden eine Lizenz. Die Leitsätze, mit denen sich die Partei zu einem „wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage“ bekannte, waren an der katholischen Soziallehre ausgerichtet. Die Konservativen luden am 11. November 1945 zur ersten öffentlichen Kundgebung „mit Fragefreiheit für jedermann“ in die Schauburg-Lichtspiele nach Bornheim ein. Als Hauptredner beschwor der KZ-Überlebende und Mitverfasser der Frankfurter Leitsätze, Eugen Kogon, die Gemeinsamkeiten von Christen und Sozialisten. Nur 14 Tage später trafen sich am 25. November 1945 in Frankfurt Vertreter aller Parteigruppen von Groß-Hessen, die als Christlich-Demokratische Partei oder als Christlich-Demokratische Union gegründet worden waren, um sich zu einer Landespartei zusammenschließen. Die Teilnehmer der Tagung verständigten sich auf den Namen Christlich-Demokratische Union (CDU) und baten die Militärregierung um ihr Okay.⁴²²

Als vorerst letzte Partei wurde in Frankfurt die Liberal-Demokratische Partei gegründet, die Keimzelle der späteren Freien Demokratischen Partei (FDP).

NOTICE

Formation of Political Parties

The formation of democratic political parties by the German populace is now authorized.

Formal application must be filed with Military Government, and if the same be approved, the rights of assembly and public discussion by such parties will be permitted.

This notice is effective on 2 September 1945.

Frankfurt-on-Main, 1 September 1945

By Order of Military Government

Bekanntmachung

Bildung von politischen Parteien

Die Bildung von demokratischen politischen Parteien ist der deutschen Bevölkerung jetzt gestattet.

Der förmliche Antrag muß bei der Militärregierung gestellt werden. Mit seiner Genehmigung ist die Erlaubnis für die betreffenden Parteien zu Versammlungen und öffentlicher Aussprache verbunden.

Diese Bekanntmachung tritt am 2. September 1945 in Kraft.

Frankfurt am Main, den 1. September 1945

Im Auftrage der Militärregierung

Unter den Gründungsmitgliedern befanden sich mit dem Unternehmer Georg Ludwig Fertsch, dem ehemaligen Stadtschulrat Wilhelm Schwarzhaupt und dem Schulrektor Ernst Landgrebe gleich drei führende Köpfe der nationalliberalen Deutschen Volkspartei, die vor 1933 der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung oder dem Preußischen Landtag angehört hatten. Im Parteienspektrum verortete sich die LDP als „antisozialistische bürgerliche Sammlung [...] rechts von der in Frankfurt eher links auftretenden CDU“.⁴²³ In ihrem Parteiprogramm forderten die Liberalen eine „Rückkehr zu den christlichen Grundlagen der deutschen Kultur“ und schrieben sich die „Gewährleistung des Privateigentums“ und eine „gesunde Finanz- und Währungspolitik“ auf die Fahne.⁴²⁴

Im Herbst 1945 waren die ersten öffentlichen Kundgebungen sehr gut besucht, das Interesse an Parteipolitik blieb aber offenbar gering – zumindest, wenn man den Berichten des amtierenden Oberbürgermeisters Kurt Blaum an die amerikanische Militärregierung Glauben schenkt. Blaum hatte ab dem 20. August 1945 jeden Montagnachmittag dem Military Government einen kurzen Bericht zur politischen Lage in Frankfurt vorzulegen.

„Die Zulassung der Bildung von politischen Parteien“, schrieb Blaum im Wochenbericht vom 10. September 1945,

„hat in der Bevölkerung keinen sonderlichen Eindruck hinterlassen. Man hält den Zeitpunkt für verfrüht zur Bildung politischer Meinungen, da hierzu die notwendigen demokratischen Voraussetzungen fehlten [...] Ganz allgemein besteht in der Bevölkerung die Abneigung gegen politische Parteitätigkeit zum einen, weil an sich dem Deutschen die Erziehung und Ausbildung zum ‚political man‘ vollkommen fehlt und auch in der Zeit von 1918–1933 unterlassen wurde. Die Erfahrungen zum anderen mit der Zahl von 7 grösseren Parteien in Deutschland in der Zeit der Weimarer Republik hätten schon damals eine stark abschreckende Wirkung auf die politische Betätigung der deutschen Bevölkerung ausgeübt. Man will eine Wiederkehr des Parteienkampfes jener Zeit nicht, dem man völlige Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Geschehen der Nation vorwirft.“⁴²⁵

Dementsprechend schleppend verlief insbesondere bei den neu gegründeten Parteien die Mitgliederwerbung: Ende November 1945 zählte die CDP etwa 500 und die LDP nur 200 Mitglieder. SPD und KPD verfügten zu diesem Zeitpunkt über einen deutlich größeren Anhang, nämlich circa 5.500 beziehungsweise 2.600 Mitglieder. Die überwiegende Mehrheit kümmerte nicht der demokratische Neubeginn, sondern die Sorge um das tägliche Brot.⁴²⁶ Bittere Not bestimmte den Alltag der Nachkriegszeit, Rückkehrer und Zuzügler verschärften die ohnehin dramatische Wohnungsnot und Lebensmittelknappheit. Der Mangel an Saatgut und Düngemitteln, der daraus resultierende Rückgang der Erträge, der Verlust der Kornkammern im Osten sowie fehlende Transportmittel ließen insbesondere die Großstädte Hunger leiden. Lebensmittel und praktisch alle Artikel des täglichen Bedarfs waren als Mangelwaren rationiert und nur gegen Bezugsscheine erhältlich. Die Verteilung der Lebensmittel verantwortete seit dem 9. April 1945 das städtische Ernährungsamt. Woche für Woche wurde die Höhe der alle sieben Tage ausgegebenen Rationen neu festgelegt. Anstelle der erforderlichen 2.300 bis 2.500 Kalorien pro Tag sanken die seit Kriegsbeginn ohnehin knapp bemessenen Rationen nach Kriegsende noch unter das Existenzminimum von täglich 1.600 Kalorien für den Normalverbraucher.⁴²⁷ Die jahrelange Unterernährung wirkte sich auf die Konstitution der Menschen verhängnisvoll aus. Im Verhältnis zur Vorkriegszeit verdoppelte sich nach 1945 die Säuglingssterblichkeit, unter den Erwachsenen stieg die Mortalität um etwa fünfzig Prozent. Dass nicht nur die körperliche, sondern auch die seelische Verfassung unter der Mangelernährung

gelitten hatte, geht aus einer Bemerkung von Oberbürgermeister Blaum in seinem zweiten Wochenbericht an die Militärregierung vom 27. August 1945 hervor:

„Vorherrschend in der Stimmung der Bevölkerung ist die lethargische Haltung gegenüber allen allgemeinen, insbesondere politischen Fragen. Es interessiert fast nur die Ernährung, Kleidungs- und Haushaltsbedürfnisse und die Sorge für Brennmaterial im Winter.“⁴²⁸

Die Mainmetropole lag nach zwölf Jahren Nationalsozialismus zu großen Teilen in Trümmern – die Verantwortlichen für den Neubeginn standen vor einer Herkulesaufgabe. Schon am 28. März 1945, also bereits am Vortag der endgültigen Einnahme der Stadt durch die US-Armee, hatte Lieutenant Colonel William H. Blakefield den Journalisten Wilhelm Hollbach zum „amtierenden“ Bürgermeister ernannt und für eine Übergangslösung an der Spitze der Stadtverwaltung gesorgt. Blakefields Nachfolger, Stadtkommandant Oberstleutnant Howard D. Criswell, befahl den Beamten der Stadtverwaltung, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Alle Maßnahmen der Verwaltung mussten zuvor mit der Militärregierung abgestimmt werden. Die provisorischen Diensträume des ab dem 11. Juni 1945 von einem Zweiten Bürgermeister unterstützten Oberbürgermeisters und seiner Mitarbeiter befanden sich zunächst in dem Anwesen der Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft in der Siesmayerstraße. Auf Anordnung des Military Government wurde Hollbach, der bei den Amerikanern in Ungnade gefallen war, am 4. Juli 1945 abgesetzt und von dem bisherigen Zweiten Bürgermeister Kurt Blaum abgelöst.⁴²⁹

Im Unterschied zu Hollbach war Blaum ein erfahrener Verwaltungsfachmann, der auf eine Tätigkeit als Hanauer Oberbürgermeister von 1921 bis 1933 zurückblicken konnte. Der vermutlich auf Anweisung der Militärregierung von Blaum am 5. September 1945 einberufene Bürgerrat bildete einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Das 28 Mitglieder zählende Gremium, dem so namhafte Persönlichkeiten wie Ernst Beutler, Emil Carlebach, Walter Dirks, Wilhelm Knothe oder Hans Wilhelmi angehörten, entbehrte zwar einer demokratischen Legitimierung durch freie Wahlen, kann aber gleichwohl als Vorläufer der späteren Stadtverordnetenversammlung angesehen werden. Bar jeglicher Machtbefugnisse gliederte sich der Bürgerrat als reines Anhörungsgremium nach parteipolitischer Zugehörigkeit in jeweils acht Christdemokraten und Kommunisten sowie sieben Liberale und fünf Sozialdemokraten. Rechenschaft schuldeten der Oberbürgermeister und die Stadträte aber nicht dem Bürgerrat, sondern allein der Militärregierung.⁴³⁰



Die Regierung von Groß-Hessen schuf mit dem Gemeindewahlgesetz vom 15. Dezember 1945 und der zwei Tage darauf ergangenen Wahlordnung die Voraussetzungen für die ersten freien und demokratischen Kommunalwahlen nach 1933. Für Frankfurt wurde der 26. Mai 1946 zum Wahlsonntag erklärt. Der Zeitpunkt der Wahl kam für die gerade erst wieder zugelassenen und neu gegründeten Parteien, die sich um die sechzig Sitze in der künftigen Stadtverordnetenversammlung bewarben, eigentlich zu früh. Die heiße Wahlkampfphase wurde von SPD, CDU, KPD und LDP mit zahlreichen Veranstaltungen in Gaststätten und Kinosälen im Laufe des April 1946 eingeläutet. Es war ein kluger Schachzug der Frankfurter SPD, die kommunalpolitische Kompetenz der Sozialdemokratie zu unterstreichen, indem sie am 19. Mai 1946 für ihre zentrale Kundgebung vor dem Urnengang den Oberstadtdirektor von Düsseldorf, den Genossen Walter Kolb, als Hauptredner aufbot.⁴³¹

Walter Kolb eilte der Ruf voraus, ein überzeugter Demokrat und Befürworter der Weimarer Republik gewesen zu sein. Der gebürtige Bonner war im März 1920 direkt nach dem Abitur in die SPD eingetreten und hatte sich als Student der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft im Republikanischen Studentenkartell gegen die an den Universitäten weitverbreiteten antidemokratischen Strömungen engagiert. Nachdem Kolb 1924 als Gerichtsreferendar in den preußischen Staatsdienst eingestellt worden war und sich in verschiedenen staatlichen und kommunalen Positionen bewährt hatte, avancierte er 1932 im Kreis Schmalkalden zum damals jüngsten Landrat in Preußen. Im August 1933 wurde Kolb wegen seiner demokratischen Grundhaltung aus dem Staatsdienst entlassen und arbeitete anschließend bis 1941 als Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei in Bonn. Von 1941 bis 1944 musste der Sozialdemokrat zunächst als Gefreiter bei der Flakartillerie und später bei der Militärverwaltung in Nordfrankreich Kriegsdienst leisten. Nach dem 20. Juli 1944 wurde Kolb von der Gestapo verhaftet, im Februar 1945 gelang ihm auf einem Gefangenentransport von Köln nach Berlin die Flucht. Von der britischen Militärregierung in den öffentlichen Dienst zurückberufen, amtierte Kolb seit Oktober 1945 als Oberbürgermeister und seit Februar 1946 als Oberstadtdirektor von Düsseldorf.⁴³²

Litfaßsäule mit Wahlwerbung zur Kommunalwahl, Mai 1946.

ISG FFM, Best. S7Z Nr. 1946-13, Foto: Kurt Weiner

Über den Verlauf, den die SPD-Wahlkampfveranstaltung am 19. Mai 1946 im Bornheimer Schauburg-Kino genommen hat, ist leider nichts bekannt. Weder die Frankfurter Rundschau noch die Frankfurter Neue Presse haben über die Kundgebung mit dem Wahlkampfhelfer aus Düsseldorf berichtet. Während die Parteien auf Stimmenfang gingen, arbeitete das Statistische Amt fieberhaft an neuen Wählerverzeichnissen – das alte Einwohnerregister war bei einem Luftangriff verbrannt. Das Wahlrecht beschränkte sich auf alle Deutschen über 21 Jahre, die seit mindestens sechs Monaten ihren Wohnsitz in Frankfurt hatten und nicht hauptberufliche Amtsträger in einer NS-Organisation gewesen oder der NSDAP vor dem 1. Mai 1937 beigetreten waren. Drei Tage vor dem Urnengang richtete Oberbürgermeister Blaum an die Bevölkerung den Appell, wählen zu gehen:

„Mitbürger! Am kommenden Sonntag wählt Frankfurts Bürgerschaft zum ersten Mal seit dreizehn Jahren wieder in freier und gleicher Wahl eine Stadtverordnetenversammlung, Männer und Frauen Frankfurts! Damit ist euch nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht gegeben. Zeigt der Welt durch möglichst vollständige Beteiligung an dieser Wahl, daß ihr gewillt seid, eure neue staatsbürgerliche Freiheit zu gebrauchen und damit den ersten Schritt zu einem Wiederaufbau Deutschlands in freiheitlichem Geiste zu tun!“⁴³³

Von den 266.968 Wahlberechtigten gaben an dem Wahlsonntag 198.392 ihre Stimme ab, das entsprach einer Wahlbeteiligung von 74 Prozent; eine bis heute nur einmal 1989 mit 77,2 Prozent übertroffene Anteilnahme an einer Frankfurter Kommunalwahl. Fehlerhafte und unvollständige Wählerlisten sorgten am 26. Mai 1946 in einigen Wahllokalen für erhebliche Konfusion und großen Unmut. Am Tag nach der Wahl hagelte es von allen Seiten Proteste: KPD und LDP, die mit 11,6 und 11,8 Prozent der Stimmen an der hohen 15-Prozent-Klausel gescheitert waren, bezweifelten die Gültigkeit der Wahl. Ohne Erfolg forderten die Liberalen Neuwahlen. Laut offiziellem Endergebnis entfielen 41 Prozent der Stimmen auf den Wahlsieger SPD und 35,1 Prozent auf die CDU, was einer Sitzverteilung von 32 zu 28 in der Stadtverordnetenversammlung entsprach. Einstimmig erklärten die am 21. Juni 1946 im Saal des Polizeipräsidiiums zur konstituierenden Sitzung versammelten Stadtverordneten die Wahl für gültig. Das Stadtparlament ging in der Eröffnungssitzung sogleich an die Arbeit und beschloss, die Stellen des Oberbürgermeisters und der Stadträte zur Wahl auszuschreiben.⁴³⁴

Von Bewerbern um das Amt des Oberbürgermeisters wurde entweder die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst verlangt, außerdem durften sie zu keiner Zeit der NSDAP angehört haben. Die üblichen

Bewerbungsunterlagen zuzüglich des großen Fragebogens der amerikanischen Militärregierung waren bis zum 15. Juli 1946 an den Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, Johannes Rebholz, zu richten. Kurz vor Ablauf der Bewerbungsfrist traf bei Rebholz das Schreiben des Düsseldorfer Oberstadtdirektors Walter Kolb ein. Kolb empfahl sich darin als geeigneten Kandidaten für das Amt des Frankfurter Oberbürgermeisters:

„Aus alledem ergibt sich m. E. die Schlussfolgerung, dass ich mich den Aufgaben, die beim Neuaufbau der Stadt Frankfurt sich ergeben werden, gewachsen fühlen darf. Ferner, daß ich, der wegen seines konsequenten und mannhaften Eintretens für die Sache der deutschen Demokratie und ihrer sozialen Ausgestaltung in meinem bisherigen Leben durch 6 Gefängnisse und Lager hindurchgehen musste, neben aller selbstverständlichen Fachkenntnis die Lebenserfahrung und politische Reife mitbringe, die m. E. notwendig ist, um der alten deutschen Reichsstadt Frankfurt eine ihrer historischen Größe und zukünftigen Bedeutung angemessene und würdige Prägung zu geben.“⁴³⁵

Walter Kolb wurde am 25. Juli 1946 mit den Stimmen der SPD von der Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister gewählt. Die CDU-Fraktion votierte geschlossen gegen den Sozialdemokraten aus Düsseldorf. Der Wahl war ein erbitterter Schlagabtausch um die Besetzung des hauptamtlichen Magistrats vorausgegangen. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU, Rudolf Menzer und Hans Wilhelmi, hatten sich am 21. Juni 1946 in der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zwar noch zur Zusammenarbeit bereit erklärt, doch der Konflikt um den Posten des Oberbürgermeisters warf bereits seinen Schatten voraus. Dass Wilhelmi die öffentliche Stellenausschreibung des Oberbürgermeisters als Formalie bezeichnete, die nicht zwangsläufig zu einem Wechsel an der Spitze der Stadtverwaltung führen müsse, weckte den Argwohn der SPD. Der seit einem Jahr amtierende Oberbürgermeister Kurt Blaum besaß in ihren Augen nämlich das falsche, das christdemokratische Parteibuch. In geheimer Abstimmung kürten die sozialdemokratischen Stadtverordneten am 17. Juli den Düsseldorfer Oberstadtdirektor Kolb zum Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters und unterstrichen damit als Partei mit der absoluten Mehrheit im Stadtparlament den Anspruch auf das nach dem Stadtverordnetenvorsteher höchste Amt in der Stadt. Zwischen Sozial- und Christdemokraten tat sich eine tiefe Kluft auf. Während die CDU nicht einsehen wollte, warum der bewährte Blaum durch einen mit den örtlichen Gegebenheiten kaum vertrauten Bewerber ausgetauscht werden sollte, kritisierte die SPD in der Stadtverordnetenversamm-

lung vom 19. Juli den autoritären Führungsstil des amtierenden Oberbürgermeisters und reklamierte als stärkste Partei den ihr gebührenden Einfluss auf die Magistratsbildung. Zum Format des zukünftigen Oberbürgermeisters bemerkte Menzer, dass die Stadt mehr als einen Verwaltungsfachmann brauche.⁴³⁶

Die Fronten zwischen den beiden Parteien verhärteten sich. Der sozialdemokratische Kompromissvorschlag vom 22. Juli, die elf besoldeten Magistratsposten mit sechs SPD- und fünf CDU-Kandidaten zu besetzen, scheiterte an der Weigerung der Christdemokraten, die Personalpolitik der Sozialdemokraten in Bezug auf das Amt des Oberbürgermeisters mitzutragen. Umgekehrt lehnte es die SPD ab, den gemischten Magistrat mit der CDU gemeinsam und den Oberbürgermeister allein zu wählen. Zum Gegenvorschlag der Opposition sagte der neue sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Hermann Schaub in der Frankfurter Rundschau: „Es liegt auf der Hand, dass eine Einigung zwischen zwei Parteien über die



Walter Kolb an seinem Schreibtisch in der Lindenstraße 27, um 1950.

ISG FFM, Best. S1/4 Nr. 362, Foto: unbekannt

Wahl eines Magistrats nur möglich ist, wenn beide Parteien geschlossen für sämtliche Mitglieder des Magistrats stimmen.⁴³⁷ Da beide Parteien auf ihren Standpunkten beharrten, wählten die Sozialdemokraten sehr zum Ärger der CDU am 25. Juli 1946 einen Magistrat mit dem Oberbürgermeister Walter Kolb im Alleingang.

Der Tag der Amtseinführung, der 1. August 1946, begann für Kolb mit einer offiziellen Begrüßung der Magistratsmitglieder, gefolgt von der Vorstellung beim Vertreter der Militärregierung, Oberst Francis E. Sheehan, im IG-Hochhaus. Im Rahmen einer in der Aula der Universität anberaumten feierlichen Sitzung der Stadtverordneten vereidigte Regierungspräsident Martin Nischalke Walter Kolb als Frankfurter Oberbürgermeister und legte ihm die goldene Amtskette um. Bevor der neue Oberbürgermeister zu seiner ersten Amtshandlung schritt und die übrigen Magistratsmitglieder vereidigte, richtete er eine Rede an die Festversammlung. Ohne Umschweife kam Kolb auf den im Raum stehenden Parteienstreit im Vorfeld seiner Wahl zu sprechen. Unumwunden gab er die eigenen Bedenken zu, Düsseldorf, das ihn einstimmig zum Oberstadtdirektor gewählt hatte, mit Frankfurt zu vertauschen, wo ihn Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner erwarteten. Andererseits hätten ihn gerade die mit dem neuen Amt verbundenen hohen Anforderungen zur Annahme der Wahl gereizt. Kolb reichte im Verlauf seiner Antrittsrede der Opposition die Hand zur Versöhnung:

„Es ist ein Grundsatz der Gerechtigkeit und Objektivität, den wir Deutsche lernen müssen, einander zu achten, auch dann, wenn wir in anderen politischen Lagern stehen. Aus dieser Grundhaltung heraus, aus diesem eindeutigen und klaren Bekenntnis zur Demokratie, die eine sozial vernünftige Fundierung erfahren muss, wenn alle Volksschichten sich wohl fühlen sollen im Vaterhaus, betrachte ich meine Arbeit [...] als der ganzen Bürgerschaft und nicht einem Teil derselben gewidmet. Für mich spielt es in der alltäglichen Arbeit keine Rolle, welcher Partei, welcher Konfession oder welcher Rasse der einzelne angehört. Für mich sind alle Bürger gleichen Rechts, die mit Sorgen zu mir und zu meinen Mitarbeitern kommen und dann in sachlich anständiger, wohlwollender und kameradschaftlicher Weise beraten werden. So sehen wir unsere Arbeit. Ich glaube, dass die große historische Aufgabe unserer Zeit darin liegt, in Deutschland, diesem Land der Mitte Europas – geistig wie geographisch –, die Synthese zu finden zwischen den grossen ethischen Kräften der modernen Arbeiterbewegung und den ewig gültigen Werten des Christentums.“⁴³⁸

Die deutlichen Worte über Toleranz und Kooperationsbereitschaft ließen die Oppositionspolitiker von der CDU aufhorchen. Der christdemokratische Fraktionschef Wilhelmi brachte in der Aula der Universität die Hoffnung zum Ausdruck, dass es Kolb gelingen möge, die Differenzen zwischen SPD und CDU auszuräumen. Der Schreibtisch des Oberbürgermeisters stand inzwischen in der Lindenstraße 27, dem ehemaligen Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei von 1941 bis 1945 in Frankfurt. Die Amtsgeschäfte des ersten frei gewählten Frankfurter Stadtoberhauptes der Nachkriegszeit regelte die vom Innenminister Groß-Hessens, Hermann Venedey, am 19. Juni 1946 bekanntgegebene Magistrats-Ordnung. Als oberstem Dienstherrn aller städtischen Mitarbeiter übertrug die Magistrats-Ordnung auf der Grundlage der Groß-Hessischen Gemeindeordnung vom 21. Dezember 1945 dem Oberbürgermeister die Leitung und Beaufsichtigung der Stadtverwaltung. Im von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Magistrat führte der Oberbürgermeister den Vorsitz; außerdem regelte er die Geschäftsverteilung unter den Magistratsmitgliedern. Beschlüsse des Magistrats, der sich im September 1946 in Frankfurt aus dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister, dem Stadtkämmerer sowie sieben haupt- und elf ehrenamtlichen Stadträten zusammensetzte, waren für den Oberbürgermeister verbindlich.⁴³⁹

Kolbs Amtszeit in Frankfurt begann turbulent. Als der neue Oberbürgermeister am 1. September 1946 die Amtsgeschäfte aufnehmen wollte, traf er nur noch einen Rumpfmagistrat an. Vier Schlüsselpositionen im hauptamtlichen Magistrat waren vakant. Während die Kandidaten für das Hochbau- sowie für das Fürsorge- und Gesundheitswesen, Köngeter und Bautzmann, ihre Wahl von vornherein nicht angenommen hatten, waren, noch bevor Kolb sein Amt antreten konnte, auch noch Bürgermeister Karl Althem und Stadtkämmerer Friedrich Lehmann aus ihren Ämtern ausgeschieden. Althem wurde am 6. August 1946 unter dem Verdacht verhaftet, auf dem Fragebogen zur Entnazifizierung falsche Angaben über seine politische Vergangenheit gemacht zu haben. Da sich der Anfangsverdacht erhärtete und Althem sowohl seinen früheren Rang als SA-Rottenführer als auch sein Aufnahmegesuch in die NSDAP verschwiegen hatte, wurde er von einem Militärgericht zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.⁴⁴⁰

Stadtkämmerer Lehmann wurde nach amtlicher Lesart am 7. August 1946 auf eigenen Wunsch aus Gesundheitsgründen zum 1. September 1946 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Jahre später lüftete ein von der Frankfurter Neuen Presse veröffentlichtes Porträt des Frankfurter Kämmerers von 1932 bis 1946 das Geheimnis um Lehmanns unerwarteten Rückzug aus der Stadtverwaltung. Nach dieser Version hatte der amerikanische Stadtkommandant die Amtsenthebung

Lehmans gefordert, weil dieser sich geweigert hatte, einige Mitläufer zu entlassen. Derweil sich die Magistratskrise im August zuspitzte, schoben sich die Parteipolitiker die Verantwortung für die verfahrenere Situation gegenseitig in die Schuhe.

Schließlich riss der Militärregierung der Geduldsfaden. Sie stellte der Stadtverordnetenversammlung für die Wahl eines arbeitsfähigen, aus Sozial- und Christdemokraten gebildeten Magistrats ein Ultimatum. Um Neuwahlen zu vermeiden, raufte sich die Vertreter von SPD und CDU zusammen und besetzten am 26. September 1946 nahezu einmütig die vier vakanten Magistratsposten mit Bürgermeister Eugen Helfrich (CDU), Stadtkämmerer Georg Klingler (CDU), Stadtrat für Sozialwesen Rudolf Prestel (parteilos, später CDU) und Stadtrat für Hochbau Eugen Blanck (parteilos). Bis auf den Stadtrat für Tiefbauwesen Adolf Miersch, der als Parteiloser zu den Liberalen tendierte, gehörten die bereits am 25. Juli 1946 zu hauptamtlichen Magistratsmitgliedern gewählten Stadträte der SPD an: Rudolf Menzer (Personal), Hellmut Reinert (Wohnungswesen und Rechtsamt), Heinrich Seliger (Schulen) und Georg Treser (Technische Werke).⁴⁴²

Noch kurz vor den entscheidenden Nachwahlen zum ersten Frankfurter Nachkriegsmagistrat hatte Hans Wilhelmi von der CDU in der Stadtverordnetenversammlung die Verdienste des neuen Oberbürgermeisters um die Beilegung der Magistratskrise gewürdigt. Walter Kolb war einer der Väter des Frankfurter Mehrparteienmagistrats, der bis zum 11. März 1972 Bestand haben sollte.⁴⁴³ Im Herbst 1946 konnte sich der nunmehr komplette Magistrat endlich den drängenden Sachfragen zuwenden.

Über seine kommunalpolitischen Ziele informierte Oberbürgermeister Kolb die Bevölkerung in der Neujahrsbotschaft 1947. An erster Stelle stand die Förderung des Wohnungsbaus, es folgten die Wiederbelebung des Messe- und Ausstellungswesens sowie der Aufbau des Flughafens und der Zweizonenverwaltung, wodurch nicht zuletzt auch Frankfurts Ruf als heimliche Hauptstadt Deutschlands gefestigt werden sollte. Walter Kolbs Herzensangelegenheit bildete aber der Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Paulskirche zur Jahrhundertfeier des ersten gesamtdeutschen Parlaments am 18. Mai 1948. Schon in seiner Antrittsrede als Oberbürgermeister hatte Kolb gefordert: „Wenn in zwei Jahren die Jahrhundertfeier der Paulskirche begangen wird, so wird damit die besondere Stellung Frankfurts erneut unterstrichen. Bis 1948 muß Frankfurt anders aussehen als heute!“⁴⁴⁴ Für den überzeugten Demokraten Walter Kolb war die Paulskirche, in der 1848/49 mit der Frankfurter Nationalversammlung das erste gewählte gesamtdeutsche Parlament getagt und am 27. Dezember 1848 die „Grundrechte

Kolbs Lieblingsprojekt. Modell der Paulskirche in der Ausstellung „1848“, März 1948.

ISG FFM, Best. S1/4 Nr. 316, Foto: unbekannt

des Deutschen Volkes“ verabschiedet hatte, ein Nationalheiligtum. „Wenn in der Frankfurter Paulskirche von 1848 der Beginn der deutschen Demokratie zu sehen ist, dann wollen wir“, so Kolbs Vision, „in der Frankfurter Paulskirche von 1948 die Wiedergeburt des deutschen demokratischen Staates erblicken, der nun aber, nach der grauensvollen Episode von 1933 bis 1945 zum unverlierbaren Besitz der deutschen Nation werden soll.“⁴⁴⁵

Ein im Juni 1946 von der Stadt Frankfurt ausgeschriebener Ideenwettbewerb für den Wiederaufbau der Paulskirche machte den teilnehmenden Architekten zur Auflage, unter Verwendung der Mauerreste die variable Nutzung als Gotteshaus und Tagungsraum einzuplanen. Den ersten Preis vergab die Jury, die im Oktober 1946 tagte und in der Walter Kolb inzwischen den Platz von Kurt Blaum eingenommen hatte, an den Architekten Gottlob Schaupp. Sein Entwurf erfüllte am ehesten die Vorstellungen des Preisgerichts, das sich gegen eine historische Kopie und für eine zeitgemäße Umgestaltung aussprach. Es ließ sich dabei, so der Frankfurter Stadtbaudirektor Otto Fischer als Mitglied der Jury, „von dem großartigen Raumeindruck leiten, den das Kircheninnere auch heute noch im Zustand der Zerstörung auf empfindsame Beschauer ausübt“.⁴⁴⁶ Im Vergleich zum Vorkriegszustand verzichtete Schaupp auf die umlaufende Empore und brachte die obere Fensterreihe wieder zur Geltung, statt sie durch eine Zwischendecke abzutrennen. Dadurch betonte er die Schlichtheit und Monumentalität des Innenraums. Einen konventionelleren Gestaltungsansatz als Schaupp wählten die Frankfurter Architektengemeinschaft Franz C. Throll und Ferdinand Rupp, deren Entwürfe – einer mit wiederhergestellter Galerie, der andere mit großzügigem Foyer – beide einen zweiten Preis gewannen.⁴⁴⁷

Die Jury stellte an die Entwürfe für den Wiederaufbau der Paulskirche allerhöchste Ansprüche. Die hochgeschraubten Erwartungen der Preisrichter begründete der Vertreter des Oberbürgermeisters in der Jury, Stadtbaurat Eugen Blanck, am 4. November 1946 in einem Zwischenbericht:

„Dabei ist auch zu bedenken, daß die Wiederherstellung der Paulskirche als deutsches Nationalsymbol eine Angelegenheit ist, die weit über die Stadt Frankfurt a. M. hinaus die Gemüter in Deutschland beschäftigen wird. Der



Bau der Paulskirche ist die erste große monumentale Gestaltungsaufgabe nach 12jähriger Verfallszeit, die für die geistige Haltung des deutschen Volkes vor der Welt Zeugnis ablegen muß.⁴⁴⁸

Keinen der 109 eingereichten Entwürfe, auch nicht den prämierten Entwurf Schaupps, hielt das Preisgericht für baureif. Für die Projektbearbeitung konnte Blanck seinen Kölner Kollegen, die Kirchenbaukoryphäe Rudolf Schwarz, gewinnen und mit ihm die Planungsgemeinschaft Paulskirche gründen. Neben den beiden Städtebauern gehörten der Planungsgemeinschaft noch ein ehemaliger Mitarbeiter von Schwarz, der Architekt Johannes Krahn, und vor allem der Gewinner des Paulskirchen-Wettbewerbs, Gottlob Schaupp, an. Das Quartett kannte sich aus der Zeit des Neuen Frankfurt und sollte den Wiederaufbau der Paulskirche als einen Bau der Moderne durchsetzen. Ungeachtet der wütenden Proteste der „Traditionalisten“ um den sogenannten Altstadtvater Fried Lübbecke stimmte im Februar 1947 die Stadtverordnetenversammlung einstimmig für den auch von Kolb befürworteten Entwurf der Planungsgemeinschaft.

Wie in Schaupps ursprünglichem Entwurf vorgesehen, beließ die Planungsgemeinschaft den Kirchen- und Tagungsraum weitgehend frei von Einbauten. Die Eingangssituation in das Gebäude überarbeiteten die Architekten, indem sie in

das Rund ein Untergeschoss und darüber ein zuvor nicht vorhandenes Foyer einzogen. Der Haupteingang im Erdgeschoss des Turms liegt seitdem zu ebener Erde, sodass sich ein schachtartiger tonnenüberwölbter Torweg ergab, durch den man unter einem Relief, das den Erzengel Michael im Kampf mit dem Bösen zeigt, in die dämmerige Wandelhalle gelangt.⁴⁴⁹ Die dort stehenden Marmorsäulen tragen den darüberliegenden lichtdurchfluteten Saal, in den zwei der Rundung der Außenwand folgende Treppen führen. Zur Symbolik dieses Dreischritts aus Torweg, Wandelhalle und Saal erklärte die Planungsgemeinschaft: „Wenn man die Folge der Räume durchschreitet, vollzieht man eine Bewegung aus dem Niedern, Halbdunkeln, Ertragenden ins Hohe, Lichte und Freie. Wir wollten damit ein Bild des schweren Weges geben, den unser Volk in dieser seiner bittersten Stunde zu gehen hat.“⁴⁵⁰

Oberbürgermeister Walter Kolb bewies großen politischen Wagemut und Weitblick, als er inmitten furchtbarster Wohnungsnot dem Wiederaufbau der Paulskirche den Vorrang gab. Das Vorhaben, den Wiederaufbau der Stadt mit einer eher symbolischen Geste zu beginnen, musste bei den Ausgebombten, die noch in Bunkern und Kellern lebten, auf Unverständnis stoßen. Um der erwartbaren Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen, hatten die Stadtverordneten im November 1946 auf Initiative der CDU einstimmig beschlossen, parallel zur Paulskirche die kriegszerstörte Friedrich-Ebert-Siedlung im Gallusviertel wieder aufzubauen. Fröhlich versammelte sich am 17. März 1947 ein illustrier Kreis von Ehrengästen zunächst in der Ruine der Paulskirche und eine Dreiviertelstunde später in der Friedrich-Ebert-Siedlung zur doppelten Grundsteinlegung für den offiziellen Beginn des Frankfurter Wiederaufbaus. Im Beisein des Stadtkommandanten Oberst Robert K. Phelps, des hessischen Ministerpräsidenten Christian Stock sowie Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten verlas Kolb die anschließend in der Paulskirche eingemauerte Urkunde der Grundsteinlegung:

„Heute beginnen wir mit dem Wiederaufbau der Paulskirche. Sie wurde zerstört, weil wir die sittlichen Gesetze missachteten. Mögen unsere Nachkommen sich selbst überwinden und über die Grenzen hinaus allen Völkern die Hand in Eintracht reichen. Dies ist unser Wunsch und unser Vermächtnis.“⁴⁵¹

Bis zur Jahrhundertfeier der Nationalversammlung waren es nur noch 16 Monate. Aus eigener Kraft konnte das notleidende Frankfurt in der Kürze der Zeit den Wiederaufbau der Paulskirche auf keinen Fall bewerkstelligen. In einem Aufruf mit der Bitte um Unterstützung erhob Kolb den Wiederaufbau der Paulskirche zu

einer gesamtdeutschen Angelegenheit – es gehe nicht um Frankfurt, sondern um Deutschland. In einem gemeinsamen Kraftakt sollte die Paulskirche als Symbol für den demokratischen Neubeginn und als „Haus aller Deutschen“ wie ein Phönix aus der Asche steigen.⁴⁵²

Trotz des allgemeinen Mangels fand der Hilferuf eine unerwartet positive Resonanz. Die Spendensammlung zugunsten des Wiederaufbaus der Paulskirche setzte ein Zeichen gegen die drohende Teilung Deutschlands. Insgesamt wurden der Stadt Frankfurt bis November 1947 mehr als 1,8 Millionen Reichsmark zugesichert; darunter befand sich zum Beispiel auch eine 10.000-Mark-Spende des Zentralsekretariats der Sozialistischen Einheitspartei aus Berlin. Gleichzeitig waren exakt 327 Sachspenden eingetroffen. So kamen aus Thüringen drei mit Bauholz beladene Eisenbahnwaggons, und aus dem benachbarten Offenbach wurde eine Partie Leder für die Bestuhlung geliefert. Als trotz einiger Schwierigkeiten am 7. November 1947 die Fertigstellung des Rohbaus mit einem Richtfest gefeiert werden konnte, galt Kolbs Dank der Opferbereitschaft der an dem Werk beteiligten Städte, Kreise und Länder.⁴⁵³

Der 18. Mai 1948 ist wohl der größte Tag im Leben des Politikers Walter Kolb gewesen. Unter Glockenläuten zogen am Nachmittag wie ein Jahrhundert zuvor die Abgeordneten der Nationalversammlung und die Ehrengäste der Jahrhundertfeier, angeführt von Oberbürgermeister Kolb, Stadtverordnetenvorsteher Hermann Schaub und Festredner Fritz von Unruh, vom Römer zur teilweise noch eingerüsteten Paulskirche. Schätzungsweise 35.000 Menschen verfolgten dichtgedrängt den Einzug und den über Lautsprecher nach draußen auf den Paulsplatz übertragenen Festakt. In der Begrüßungsansprache beschwor Kolb den Geist der Frankfurter Paulskirche von 1848 als zukunftsweisend für den demokratischen Neubeginn. Die hehren Ideale des Paulskirchen-Parlaments, Freiheit der Person und Einheit der Nation, hielt Kolb 1948 für aktueller denn je. Alle deutschen Politiker stünden in der Pflicht, das zu vollenden, was 1848 von der Nationalversammlung begonnen worden sei. Aufs wärmste hieß Kolb den nach 16-jähriger Emigration erstmals wieder in Deutschland weilenden Festredner Fritz von Unruh willkommen. Unruh rief die Deutschen dazu auf, sich zu ihrer Schuld zu bekennen. Das Eingeständnis sei die Voraussetzung für den Neubeginn.⁴⁵⁴

Die Paulskirchenfeier 1948 stellte mehr dar als nur ein historisches Jubiläum. Der Wiederaufbau des symbolträchtigen Hauses war ein Bekenntnis zu den demokratischen Traditionen und ein an die Völkerfamilie gerichtetes Signal des demokratischen Neubeginns. Den erfolgreichen Wiederaufbau verbanden die meisten Frankfurter mit der sozialdemokratischen Kommunalpolitik und dem

populären Oberbürgermeister. Kolb war der ideale Kopf der „Römerkoalition“ und ein Glücksfall für Frankfurt am Main. Kolb polarisierte nicht und half mit, die SPD in Hessens größter Stadt zur führenden politischen Kraft aufzubauen. Der Macher, der fast in jeder Rede auf die Menschen, die „guten Willens sind“,⁴⁵⁵ zu sprechen kam, war im Innersten ein Humanist. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ porträtierte das Frankfurter Stadtoberhaupt in der Ausgabe vom 22. April 1954 zutreffend: „Den Sozialdemokraten Kolb nimmt kaum jemand zur Kenntnis. Auch dies ist ein Zeichen seiner Popularität, die nicht zuletzt auf einer Neigung zu überparteilichen Betätigungen beruht.“⁴⁵⁶

Cornelia Röhlke

„Frauen und Mütter! Entscheidet Euch für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit!“

Die „Stunde der Frauen“

„Das Deutschland von 1945/46 war rein optisch ein Land der Frauen“, beschrieb Dr. Gabriele Strecker, hessische CDU-Politikerin und Leiterin des Frankfurter Frauenfunks, die deutsche Nachkriegsgesellschaft rückblickend in ihrer Autobiographie.⁴⁵⁷ Laut der Ergebnisse der ersten Volkszählung nach dem Krieg standen 1946 in Hessen 2,2 Millionen Frauen 1,8 Millionen Männern gegenüber.⁴⁵⁸

Angesichts der Kriegszerstörungen, der Verbrechen und des Leids infolge der NS-Diktatur und ihres weit höheren demographischen Anteils an der Bevölkerung rückten Frauen besonders in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Verantwortung für die Verheerungen durch den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg wurden in den frühen Nachkriegsjahren in vielen öffentlichen Äußerungen vor allem den handelnden Männern zugeschrieben und die Hoffnungen für den Wiederaufbau auf den positiven Einfluss von Frauen gesetzt.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit den politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten Wiesbadener Frauen nach Ende des Krieges sowie ihrem Einfluss beim Aufbau einer neuen demokratischen Gesellschaft. Beispielfhaft werden die Biographien von drei Wiesbadener Kommunalpolitikerinnen vorgestellt.

Spuren politisch und gesellschaftlich engagierter Frauen in dieser Zeit sind oftmals schwer zu finden. In den Protokollen der politischen Gremien wie der Stadtverordnetenversammlung oder des Magistrats finden sich nur wenige Äußerungen ihrer weiblichen Mitglieder. Besser sieht es in den Beständen der Zeitungen und Zeitschriften aus, die regelmäßig über frauenpolitische Themen berichteten und auch manche der Protagonistinnen selbst zu Wort kommen ließen. Dennoch stellen vor allem persönliche oder berufliche Nachlässe in Archiven sowie Museumsbestände und private Dokumente die wichtigste Quelle bei der Recherche für den vorliegenden Text dar.⁴⁵⁹

Wiesbadener Frauen beteiligten sich in überparteilichen Zusammenschlüssen, in Vereinen und Verbänden sowie als Kommunalpolitikerinnen an der Bewältigung der Herausforderungen der Nachkriegsgesellschaft, am politischen Wiederaufbau sowie am Kampf der Frauen um Gleichberechtigung. Ihr Engagement beschränkte sich nicht allein auf die Stadt Wiesbaden, sie waren sowohl im

Rhein-Main-Gebiet als auch deutschlandweit gut vernetzt. Auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene wirkten sie in unterschiedlichen Organisationen, stießen Entwicklungen an und gründeten Vereine und Verbände, die zum Teil bis heute Bestand haben.

Demographische Situation in Wiesbaden

Laut der ersten Volkszählung von 1946 lebten in Wiesbaden 99.000 Frauen und 74.000 Männer.⁴⁶⁰ Das Geschlechterverhältnis betrug also 1,3 zu 1.⁴⁶¹ Vor allem Männer der jüngeren Generation zwischen 20 und 55 Jahren waren kriegsbedingt in der Minderzahl, in dieser Altersgruppe fiel das demographische Ungleichgewicht mit rund 33.000 Männern gegenüber 50.000 Frauen noch ungünstiger aus.⁴⁶² Viele Männer galten 1946 noch als verschollen oder befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Bereits vor dem Krieg hatte es in Wiesbaden im Vergleich zu anderen Großstädten einen höheren weiblichen Bevölkerungsanteil gegeben.⁴⁶³

Die Zahl der aufgrund des Krieges allein lebenden Frauen, die eine Arbeits- und Ausbildungsstelle suchten, war demzufolge hoch. Viele hatten darüber hinaus eigene Kinder oder andere Familienangehörige zu versorgen. Aufgrund des geringen Anteils an Männern im jüngeren Lebensalter kam für viele Frauen eine Heirat und Familiengründung nicht in Frage, stattdessen galt es, sich eine eigene materielle Lebensgrundlage aufzubauen. Die Herausforderungen, die sich im täglichen Leben in den frühen Nachkriegsjahren stellten, trafen Frauen daher in besonderem Maße. Während der letzten Kriegsjahre hatten sie an zahlreichen Arbeitsplätzen die männlichen Kräfte ersetzt, nach dem Krieg jedoch war die Auswahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Frauen begrenzt.

Frauen im Fokus der Öffentlichkeit

Als größte Bevölkerungsgruppe waren Frauen für die wieder zugelassenen Parteien und Medien als Wählerinnen und potenzielle Mitgestalterinnen einer demokratischen Zukunft sowie für die Überwindung der Not zentrale Adressatinnen politischer und gesellschaftlicher Botschaften.⁴⁶⁴

„Wer hat die Frauen gefragt?“

Wahlwerbung der CDU zur hessischen Landtagswahl Dezember 1946.

StadtA WI, Best. ZgS Nr. 643

Wer hat die Frauen gefragt?

als der Krieg begann

Laßt die Frauen und Mütter entscheiden!

1918: 6,5 Millionen

1945: 25 Millionen Tote!

Wir vergessen die Toten nicht.

Deshalb kümmert Euch um die politischen Ereignisse!

Frauen und Mütter! Entscheidet Euch für

Frieden

Demokratie und

soziale Gerechtigkeit!

Wählt die Partei der christlich-demokratischen Einheit



CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION

LISTE 2

In ihren ersten Wahlkämpfen wandten sich viele Parteien auf Plakaten, in Anzeigen und Flugblättern mit Appellen an ihre Verantwortung als Mütter explizit an die weibliche Bevölkerung. Einige von ihnen warben zudem mit dem Versprechen zukünftiger gesellschaftlicher Gleichberechtigung.

Eine Wahlwerbung der hessischen CDU zur ersten Landtagswahl in Hessen im Dezember 1946 richtete sich mit dieser Formulierung an die Frauen:

„Wer hat die Frauen gefragt?

als der Krieg begann.....

Laßt die Frauen und Mütter entscheiden!

1918: 6,5 Millionen Tote!

1945: 25 Millionen Tote!

Wir vergessen die Toten nicht!

Deshalb kümmert Euch um die politischen Ereignisse!

Frauen und Mütter! Entscheidet Euch für

Frieden[,] Demokratie und soziale Gerechtigkeit!

Wählt die Partei der christlich demokratischen Einheit

[...]

Wiesbadener Frauen und Mütter!

Ihr hütet das Haus! Ihr sorgt für das Brot! Ihr haltet Ordnung!

Sorgt mit für den großen Haushalt des Staates!

Wählt! Entscheidet Euch!“⁴⁶⁵

Slogans anderer Parteien wie der SPD lauteten 1947 beispielsweise „SPD. Gleichberechtigt nur durch die Sozialdemokratie“.⁴⁶⁶ Und mit der Botschaft „Frauen und Politik? – JA! Aufgaben, die uns Frauen am Herzen liegen wollen gelöst sein [...]“, warb 1948 die Liberal-Demokratische Partei (LDP) in Hessen für sich.⁴⁶⁷ Die CDU trat zur ersten Bundestagswahl 1949 mit dem Porträt eines Mädchens und dessen Aufruf an: „Mutter ... denk an meine Zukunft wähle christlich-demokratische Union“⁴⁶⁸. Auch die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) stellte 1947 im Bremer Wahlkampf Frauen in den Mittelpunkt: „Frauen und Mütter! Denkt an die Zukunft Eurer Kinder! Wählt Kandidaten des Friedens. Darum Eure Stimme den Kandidaten der KPD“.⁴⁶⁹

Der ab Oktober 1945 neu erscheinende Wiesbadener Kurier beschäftigte sich aus unterschiedlichsten Perspektiven mit der Situation der weiblichen Bevölkerung. Die Zeitung thematisierte in ihren Artikeln zum Beispiel das Leben alleinerziehender Mütter („Vater ist in Rußland erfroren“)⁴⁷⁰ oder das alleinstehender Frauen in den mittleren Lebensjahren („Frauen von vierzig Jahren heute“)⁴⁷¹.

Wiesbadener Frauen und Mütter!

Ihr hütet das Haus! Ihr sorgt für das Brot! Ihr haltet Ordnung! Sorgt mit für den großen Haushalt des Staates!

Wählt! Entscheidet Euch!

Gebt Eure Stimme der Partei, die Ordnung wiederherstellen will. Lernt die Christlich-Demokratische Union kennen!

Wem verdanken wir Hunger und Wohnungsnot — Hitler!

Wem verdanken wir die Millionen Tote?

Unsere Gefangenen, Gefallenen, Vermißten? Hitler!

Ja, aber ohne die Vorarbeit der Gottlosen, ohne Materialismus und die Entseelung des Menschen, ohne Hohn und Spott auf alles Heilige — kein Hitler!

Die Wahl ist eine Gewissensfrage!

Frauen und Mütter! Ueberwindet den Klassenkampf durch die Taten der sozialen Gerechtigkeit, durch Bruderliebe, Hilfe von Mensch zu Mensch, Arbeitsfreude und Arbeitswürde.

Entscheidet Euch für die ewig wahren und gültigen Werte der christlichen Sitte und Moral. Schützt Euren Glauben!

Die Gesetzgebung im Landtag bestimmt die Sicherheit und Rechte Eurer Familien. Deshalb wählt lautere, verantwortungsbewußte, erfahrene Kandidaten, denen Ihr vertraut.

Wir wollen:

Die christliche Familie als Keimzelle der Erneuerung und Befriedung unseres heimgesuchten Volkes.

Die Einheit der christlichen Bekenntnisse im geschlossenen, politischen Handeln.

Soziale Gesetzgebung und Ausgleich für die Aermsten, die Flüchtlinge, Helmlösen und Ausgebombten, die Waisen, Witwen und Kriegsversehrten.

Den Schutz der Arbeit, besonders die Gleichberechtigung der berufstätigen Frau.

Gesunden Aufbau der zerstörten Heimat, zugleich mit der Planung eines großzügigen Siedlungswerkes.

Strenge Kontrolle unserer Ernährungswirtschaft.

Friede und Verständnis unter den Völkern.

Hört den Sprecher der Union!

Dr. Werner Hilpert, stellv. Ministerpräsident

Warum „Ja“ zur Verfassung?

Am Mittwoch, dem 27. November, 20 Uhr, in der geheizten Aula des Lyzeums am Boseplatz.

Besucht diese Wahlkundgebung der Union!

Auch ihre Selbstständigkeit und Durchsetzungskraft waren Thema in Artikeln wie „Die Frau steht heute ihren Mann“⁴⁷² und „Frauen im Lebenskampf“⁴⁷³ ebenso wie Beiträge mit politischen Appellen an den weiblichen Teil der Bevölkerung („Unsere Frauen helfen der Demokratie“⁴⁷⁴ oder „Frauen wollen den Frieden“⁴⁷⁵). Einig waren sich die unterschiedlichen Autoren, dass Frauen in der Nachkriegsgesellschaft mehr Verantwortung als früher zuwuchs und auch sie für den Wiederaufbau gebraucht wurden. Die Rolle, die sie dabei spielen sollten, wurde allerdings kontrovers diskutiert. Während die einen an der traditionellen Frauenrolle in Haushalt und Familie festhielten, forderten andere Autoren mehr aktive weibliche Beteiligung in Politik und Gesellschaft. Aber auch hier blieb es bei der üblichen Aufgabenverteilung. Im März 1947 stellte zum Beispiel eine Autorin unter der Rubrik „Für die Frau“ im Wiesbadener Kurier die Frage: „Haben wir immer richtig gehandelt?“⁴⁷⁶ Bei der Emanzipation hätten sich Frauen dahingehend weiterentwickelt, dass sie die Männer kopiert hätten. Zwar stünden ihnen die gleichen Möglichkeiten wie den Männern zu, ihre Aufgaben seien aber andere. Sie hätten die Aufgabe, sich einzuschalten und auszugleichen und „[...] den Mann zu seiner eigentlichen Aufgabe [...], der Gestaltung und dem Aufbau“, zu führen. „Die Junggesellenwirtschaft“ im Staatshaushalt müsse endlich aufhören, Frauen seien bereit, diese Aufgabe auf sich zu nehmen.⁴⁷⁷

Ein anderer Artikel trug die Überschrift „Unsere Frauen in die Politik“ und forderte, sie an der Parteipolitik zu beteiligen.⁴⁷⁸ Sie hätten die Pflicht, sich gegen Krieg und Zerstörung zu organisieren. Statt einer Frauenpartei, deren Gründung mancherorts diskutiert wurde, sollte es nach dem Vorbild der USA auch in Deutschland mehr Frauenverbände oder Frauenclubs geben. Allerdings sahen Parteien die Interessen der Frauen oftmals ausreichend in den eigenen Frauenorganisationen vertreten, wie zum Beispiel die SPD im Juli 1947 in der Stadtverordnetenversammlung erklärte.⁴⁷⁹

Der „Überparteiliche Frauenausschuß“ Wiesbaden

Wie war es jenseits der parteipolitischen Appelle und Presseaufrufe um die Möglichkeit der weiblichen Mitsprache und politischen Beteiligung in Wiesbaden nach dem Krieg bestellt?

Nach ihrer Rheinüberquerung am 23. März 1945 erreichten die amerikanischen Truppen am 28. März die bis zu einem Drittel zerstörte Stadt.⁴⁸⁰ Neben vielen Wohngebäuden in der Innenstadt waren die Städtischen Krankenanstalten, öffentliche Verwaltungsgebäude und Teile der Infrastruktur sowie die Kuranlagen

betroffen.⁴⁸¹ Die Versorgung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten, vor allem mit Lebensmitteln, aber auch Wohnraum, Bekleidung, Heizmaterial, die Beseitigung der Trümmer, die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, der Wiederaufbau der Verwaltung und der städtischen Infrastruktur gehörten zu den wichtigsten Maßnahmen der alliierten Besatzungspolitik.⁴⁸² Neben der ortsansässigen Bevölkerung hielten sich wie in vielen anderen deutschen Städten zudem zahlreiche Flüchtlinge, Vertriebene, aus den Konzentrationslagern befreite Häftlinge, Displaced Persons und entlassene Kriegsgefangene in der Stadt auf, die ebenfalls zu versorgen waren. Auch hatte die Militärregierung eine Reihe von Gebäuden für ihre eigenen Zwecke beschlagnahmt, darunter auch Schulen.

Bereits kurz nach der Befreiung Wiesbadens durch amerikanische Truppen bildete sich zur Unterstützung bei den Wiederaufbaumaßnahmen der „Aufbau-Ausschuß Wiesbaden“, zusammengesetzt aus Bürgern, die der NS-Herrschaft ablehnend gegenübergestanden hatten. Nach der Wiedezulassung politischer Parteien im August 1945 trat im November des Jahres ein Bürgerrat mit Vertretern damals zugelassener Parteien, der Christlich-Demokratischen Partei (CDP, später CDU), SPD und KPD an seine Stelle, der auch an einer Verfassung für die Stadt arbeitete.⁴⁸³ Unter den drei weiblichen Beiratsmitgliedern waren die Überlebende der Shoa, Claire Guthmann als Rechtsanwältin und Vertreterin der jüdischen Gemeinde, die KPD-Abgeordnete Minnie Köhler sowie die SPD-Politikerin Sabine Schwalbach. Mit der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 25. Mai 1946 endete auch die Arbeit des Wiesbadener Bürgerrats.

Neben diesen in der Regel männlich dominierten Beiräten gründeten sich in vielen hessischen Kommunen sogenannte Überparteiliche Frauenausschüsse, deren Mitglieder sich ebenfalls am Wiederaufbau beteiligen wollten.⁴⁸⁴ Darüber hinaus setzten sie sich speziell für die Verbesserung der Situation von Frauen und erweiterte Mitspracherechte ein, wobei ihr überparteiliches Vorgehen kennzeichnend war.⁴⁸⁵ In Wiesbaden gründete sich der Überparteiliche Frauenausschuss Mitte Oktober 1946 „[...] in aller Stille [...]“, wie der Wiesbadener Kurier in seinem Bericht im Februar 1947 bemerkte.⁴⁸⁶ Die rund 25 Mitglieder des Frauenausschusses unterschiedlichster politischer und beruflicher Herkunft trafen sich zu ihren Gründungsberatungen zunächst in Privatwohnungen.⁴⁸⁷

Der Vorstand bestand aus fünf Mitgliedern. An der Spitze stand als erste Vorsitzende die parteilose langjährige Mitarbeiterin bei der Inneren Mission Nassau, Dr. Else Moreau. Außerdem gehörten die Straßenbahnschaffnerin Minnie Köhler von der KPD, die Geschäftsfrau Emma Brezing (CDU), die spätere Landtagsabgeordnete Else Voos (SPD, verheiratete Voos-Heißmann), die Steuerberaterin Olga

Radtke von der LDP (später FDP) sowie als parteilose Geschäftsführerin Gertrud Neff dazu. Die Mehrheit der Vorstandsfrauen hatte bereits ein mittleres bis fortgeschrittenes Alter erreicht. Die Jüngste war mit 33 Jahren die 1913 geborene Else Voos, die Älteste mit 68 Jahren Gertrud Neff.⁴⁸⁸ Der Vorstand des Frauenausschusses sollte zugleich die Rolle eines „Frauen-Beirats“ beim Oberbürgermeister Hans Heinrich Redlhammer (CDU) einnehmen und sich zu regelmäßigen Besprechungen mit ihm treffen, um zum Beispiel Fragen zum Wohnungswesen oder zu Problemen mit der Fleischversorgung zu beraten.⁴⁸⁹ So sollte etwa das stundenlange Anstehen der Frauen vor den Geschäften, um ein wenig Fleisch oder andere Lebensmittel kaufen zu können, abgeschafft werden, der Frauenausschuss führte hierzu Gespräche mit der Metzgerinnung.⁴⁹⁰ In sogenannten Unterausschüssen berieten die Frauen auch über pädagogische Fragen und Möglichkeiten, die vielen Flüchtlinge in der Stadt unterstützen zu können. Der Frauenausschuss erhielt eine behelfsmäßige Geschäftsstelle im Hainerweg 10, jedoch ohne Telefonanschluss und Schreibmaschine, was die Beteiligten bemängelten.⁴⁹¹ Auch über den mangelnden Kooperationswillen mancher Kommunalpolitiker und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung klagten einige Ausschussmitglieder.⁴⁹²

Im März 1947 schlossen sich die im Frauenausschuss organisierten Frauen in Wiesbaden wie in anderen Städten zum Überparteilichen Wiesbadener Frauenverband zusammen, um sich verstärkt der Organisation von öffentlichen Veranstaltungen und der Diskussion sozialer und politischer Fragen zu widmen.⁴⁹³ Der Verband bereitete beispielsweise Vorträge zu politischen und gesellschaftlichen Fragen vor, zu denen Referentinnen und Referenten aus anderen Städten und Besatzungszonen eingeladen wurden. Im Mai 1947 berichtete die Leiterin des Frauenfunks Dr. Gabriele Strecker in Wiesbaden zum Beispiel über ihre Reise zum Internationalen Frauenkongress in die USA 1946.⁴⁹⁴ Auf einer anderen Veranstaltung mit der Frankfurter Journalistin Ulla Illing stellte diese die Frage „Warum steht die Frau politisch abseits?“ zur Diskussion.⁴⁹⁵ Der Frauenverband meldete sich auch weiterhin bei aktuellen alltäglichen Problemen zu Wort, zum Beispiel der Teuerung nach der Währungsreform 1948 oder der Diskussion über das sogenannte Doppelverdienertum verheirateter Frauen, das ihre Berufstätigkeit nur in dem Fall erlauben sollte, wenn der Ehemann arbeitslos war oder aus anderen Gründen nicht für den Unterhalt der Familie sorgen konnte.⁴⁹⁶

Mit der Stabilisierung der Verhältnisse, dem Wiederaufbau der politischen Parteien und Gremien sowie der allmählichen Verbesserung der Lebensbedingungen sowie der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 verringerten sich

die direkten Einflussmöglichkeiten des Frauenverbandes in der Kommunalpolitik, was sich auch in der Ablehnung von Anträgen auf eine Erhöhung der Zuschüsse für ihre Arbeit ablesen lässt.⁴⁹⁷

Frauen in den politischen Parteien und Gremien

Wer waren die Politikerinnen, die sich nach 1945 in Wiesbaden am Wiederaufbau der demokratischen Parteien beteiligten?

Nach der ersten Wiesbadener Kommunalwahl am 25. Mai 1946 zogen acht weibliche Mitglieder in die 60-köpfige Stadtverordnetenversammlung ein: Für die CDU waren es Amanda Abstein, geb. 1916, Emma Brezing, geb. 1899, Gabriele Leppla, geb. 1902, für die SPD Betty Coridass, geb. 1899, Henny Neu, geb. 1906, Lina Pfeifle, geb. 1898, Sabine Schwalbach, geb. 1906 (verheiratete Möckel) und Else Voos-Heißmann, geb. 1913.⁴⁹⁸ Einige von ihnen waren ebenfalls Mitglieder des Frauenausschusses.

Die Mehrheit der weiblichen Stadtverordneten war zwischen 40 und 50 Jahre alt. Nur Amanda Abstein und Else Voos-Heißmann gehörten einer jüngeren Generation an. Diese Altersverteilung entsprach auch einem in anderen Städten zu beobachtenden Phänomen. Da Frauen während der NS-Zeit weitgehend aus dem beruflichen, politischen und gesellschaftlichen Leben herausgedrängt und auf ihre Rolle als Mutter reduziert worden waren, fehlte es vielen jetzt an Erfahrung und Vorbildern. Ältere dagegen konnten oftmals an ihre politischen Aktivitäten aus der Zeit vor 1933 anknüpfen. Einige der SPD-Politikerinnen Wiesbadens, die sich nach dem Krieg um den Wiederaufbau ihrer Parteien verdient machten, waren bereits in jungen Jahren Mitglieder der Jugendorganisationen geworden, wie zum Beispiel Betty Coridass (1899–1971), Sabine Schwalbach (1906–1986) und Henny Neu (1906–1994). Henny Neu und Sabine Schwalbach waren mit anderen als Mitglieder der Widerstandsgruppe „Sozialistische Arbeiter Jugend“ um den späteren Oberbürgermeister und Landtagspräsidenten Georg Buch von der Gestapo verhaftet und 1941 zu Haftstrafen von sechs Monaten bis zu über einem Jahr verurteilt worden.⁴⁹⁹

Häufig war die Verbindung von Familie, Kinderbetreuung und Politik für politisch interessierte Frauen schwer zu vereinbaren, sodass weibliche Abgeordnete mit kleinen Kindern eher selten waren. Zu den kinderlosen und unverheirateten Kommunalpolitikerinnen gehörten zum Beispiel Franziska Retzinger (1898–1976, CDU) und Hilde Müller (1920–1971, CDU) sowie das Magistratsmitglied

Dr. Helen von Bila (1904–1985, SPD).⁵⁰⁰ Prägend für das politische Engagement vieler war das familiäre Umfeld, wie im Falle von Hedwig Schmitt-Maaß, der Tochter des SPD-Politikers Johannes Maaß, bei Olga Radtke, deren Mutter eine engagierte Kommunalpolitikerin und Frauenrechtlerin war, sowie bei Dr. Helen von Bila, die sich an den sozialen Aktivitäten ihrer Mutter orientierte. Andere kamen wie Hilde Müller aus kirchlichen Jugendorganisationen. Die Kostheimer CDU-Abgeordnete Franziska Retzinger war bereits vor 1933 in der Zentrumspar-
tei aktiv und trat 1945 in die CDU ein. Von 1949 bis 1972 engagierte sie sich als Stadtverordnete besonders für die Belange von Kostheim.⁵⁰¹

Nach den Schilderungen einiger Kommunalpolitikerinnen mussten sie meist zunächst Widerstände überwinden, bis sie gleichberechtigt mitarbeiten und ihre Ziele in den Parteien und Gremien erfolgreich vertreten und durchsetzen konnten. Neben fehlender Erfahrung machten ihnen manche männlichen Parteikolle-



gen sowie weitverbreitete Vorurteile zu schaffen. Erst langsam und mit dem Zuwachs an einschlägigen Kenntnissen sowie mit Hilfe kleiner Tricks erkämpften sie sich ihre Plätze in Partei und Parlament.

Im Rahmen einer Frauenveranstaltung berichtete die FDP-Politikerin Olga Radtke 1952 über ihre Erfahrungen als Stadtverordnete. Ihr war es gelungen, Vorurteile abzubauen und zur Vorsitzenden des Finanzausschusses gewählt zu werden.

„Nach der Wahl werden die Schwierigkeiten bereits bei der Konstituierung und Verteilung der Aufgabengebiete deutlich sichtbar. Die Mehrzahl der Männer versucht, die weiblichen Abgeordneten abzuschieben in Fürsorge-, Wohnungs-, Schul-, Kultur- und Gesundheitskommissionen, die wohl wichtig sind, aber nicht am wichtigsten. Selten wird einer Frau zugestanden, als Mitglied in die Personaldeputation zu gelangen, obwohl die meisten städtischen Angestellten Frauen sind, über die dann nur von Männern entschieden wird. [...] Noch seltener kann eine Frau in den Finanzausschuss gewählt werden, in welchem beinahe alle Fragen entschieden werden und gerade hier wäre eine der wichtigsten Frauen-Aufgaben, dafür zu sorgen, dass Geld z. B. bewilligt wird für Kindergärten, Kinderkrippen, Kinderspielplätze, ebenso wie für eine vermehrte Zahl von Krankenschwestern im Krankenhaus und von Fürsorgefrauen im Jugendamt.“⁵⁰²

Auch die SPD-Politikerin Hedwig Schmitt-Maaß kämpfte mit Widerständen und probierte aus, wie es ihren Anträgen erging, wenn nicht sie selbst sie einbrachte, sondern männliche Kollegen.

„Ich erinnere mich gut an die Worte eines wohlmeinenden Genossen, der eines Tages nach einer Sitzung zu mir sagte: ‚Welcher Teufel hat dich denn geritten, dass du diesen Antrag stellen musstest! Er war gut – natürlich – aber hast du nicht bemerkt, dass sie gar nicht wollen, wenn eine Frau gute Einfälle hat, die ihnen selber nicht gekommen sind? Sie wollen von den Frauen, dass sie brav dasitzen, zuhören und bei der Abstimmung befolgen, was die Männer ihnen vorher befohlen haben.‘“⁵⁰³

Hedwig Schmitt-Maaß wurde 1948 erstmals als Abgeordnete der SPD in die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung gewählt; die Aufnahme stammt von 1951.

HHStAW, Best. 3008/2 Nr. 6899, Foto: Willi Rudolph

Olga Radtke (1892–1953)

Zu den ersten Kommunalpolitikerinnen, die nach dem Krieg in Wiesbaden aktiv wurden, gehörte die Steuerberaterin Olga Radtke, geb. Harpf. In Mainz geboren, wuchs sie in Königsberg auf, wo ihre Familie ein Musikgeschäft und die Electrola Generalvertretung führte.⁵⁰⁴ Da sie kaufmännisch interessiert war, entschloss sie sich zu einem Studium an der Handelshochschule in Mannheim. Anschließend arbeitete sie bis 1917 als Diplomhandelslehrerin in Breslau. Nach ihrer Heirat im folgenden Jahr war sie gemeinsam mit ihrem Mann, Kurt Radtke, als Bücherrevisorin und später als Steuerberaterin in Königsberg tätig. Im Verlauf des Krieges verlor sie nicht nur ihren ältesten Sohn und ihren Ehemann, der an „Hungertyphus“ starb, sondern auch ihre Mutter, die Königsberger SPD-Politikerin und Frauenrechtlerin Martha Harpf, geb. Brisch, die von den Nationalsozialisten aufgrund ihrer jüdischen Herkunft ermordet wurde.⁵⁰⁵ Nach dem Geschäftsboykott der Nationalsozialisten floh Martha Harpf nach Wiesbaden, wo sie zunächst in das Haus ihrer Tochter Olga einziehen konnte. Später wurde sie gezwungen, in eines der sogenannten Judenhäuser umzuziehen. Dort wurde sie 1942 verhaftet und über Frankfurt nach Auschwitz deportiert, wo sie ermordet wurde.⁵⁰⁶

Nach ihrer Flucht aus Königsberg kam Olga Radtke im August 1945 allein nach Wiesbaden. Ihr minderjähriger Sohn war noch kurz vor Ende des Krieges eingezogen worden und schlug sich aus Norddeutschland nach Wiesbaden durch. Wie viele Flüchtlinge musste sich Olga Radtke eine neue Existenz aufbauen. Geprägt vom Vorbild ihrer Mutter kämpfte sie für die Gleichberechtigung und Förderung von Frauen. Im Herbst 1946 gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern des Überparteilichen Frauenausschusses und war bis zu ihrem frühen Tod langjährige Vorsitzende des nachfolgenden Wiesbadener Frauenverbandes. Darüber hinaus beteiligte sie sich am politischen Wiederaufbau und begründete mit anderen im Dezember 1945 die Ortsgruppe der Wiesbadener LDP (später FDP).⁵⁰⁷ Von 1948 bis 1952 war sie Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung. Bei der Wiesbadener Stadtverordnetenwahl vom Mai 1952 wurde die FDP zweitstärkste Kraft nach der SPD. Olga Radtke, bisherige Fraktionsvorsitzende der FDP, wurde neben Dr. Helen von Bila zur ersten weiblichen ehrenamtlichen Stadträtin gewählt.

Ihr Ziel war die Verbesserung der Lebensbedingungen der Wiesbadener Frauen und ihr größerer Einfluss auf die Politik. Sie setzte sich zum Beispiel dafür ein, die Mitglieder des neu gegründeten Hausfrauenverbandes stärker in kommunalpolitische Entscheidungen einzubeziehen. Auch machte sie sich für die Einrichtung von Kindergärten und die Berufsausbildung von Mädchen stark.



Olga Radtke als eine der Spitzenkandidatinnen auf einem Wahlplakat der Wiesbadener FDP zur Stadtverordnetenwahl am 4. Mai 1952. Mit ihr kandidierte auch Dr. Erich Mix. Obwohl er in der NS-Zeit unter anderem an der Enteignung der in Wiesbaden lebenden Juden beteiligt war, gelang ihm in der Nachkriegszeit eine Karriere als Kommunalpolitiker, 1954 wurde er zum Wiesbadener Oberbürgermeister gewählt.
 StadtA WI, Best. Pla Nr. 199

Als im Dezember 1952 der Magistrat darüber diskutierte, ob auch verheiratete Lehrerinnen in ein lebenslanges Beschäftigungsverhältnis übernommen werden sollten, kämpfte sie in einer engagierten Rede für die gleiche Behandlung männlicher und weiblicher Lehrkräfte.

Olga Radtke stellte dabei fest, dass es ihr unverständlich erscheine,

„dass man in Wiesbaden vielleicht aus der Reihe tanzen wolle zu einem Zeitpunkt, in dem das Gesetz über die Gleichstellung der Frau im Bundestag beraten werde. Unter den heutigen Verhältnissen könne man nicht von einer gesicherten Versorgung sprechen, wenn eine Lehrerin verheiratet sei[...]“⁵⁰⁸

Nur wenige Monate danach starb sie im Juli 1953 bei einem Autounfall nahe Augsburg.

Das amerikanische Demokratisierungsprogramm für Frauen

Aus der Perspektive der amerikanischen Militärregierung spielten Frauen in der deutschen Gesellschaft traditionell eine untergeordnete Rolle, die durch die NS-Politik und die damit verbundene Beschränkung von Frauen auf ihre Mutterrolle noch verstärkt worden war. Zwar galten die deutschen Frauen der amerikanischen Militärregierung als wichtige Adressatinnen ihres Reeducation-Programms und ihrer politischen Bildungsmaßnahmen, doch zu einem eigenen offiziellen Frauenprogramm entschloss sie sich erst im Oktober 1947.⁵⁰⁹ Zuvor hatte sie es bei einzelnen Maßnahmen wie der Lizenzierung zahlreicher Frauenzeitschriften, die anfangs vor allem politisch-gesellschaftliche Inhalte boten, sowie der Einrichtung eines Frauenfunks in jedem Landesrundfunksender der amerikanischen Besatzungszone bewenden lassen. Wichtige Leitungspositionen wurden dabei von amerikanischer Seite aus einem Kreis ausgewählter Deutscher besetzt, wie im Fall der Bad Homburger Ärztin Gabriele Strecker, die vor ihrer Tätigkeit als Politikerin und Landtagsabgeordnete zur Leiterin des Frankfurter Frauenfunks benannt wurde.⁵¹⁰ Nach Einschätzung der höchsten Verwaltungseinheit der amerikanischen Besatzungszone (OMGUS, Office of Military Government for Germany (U.S.)) waren Frauen die wichtigste Gruppe im Rahmen des Demokratisierungsprozesses in Deutschland, da sie als Mehrheit der Bevölkerung die größte Gruppe unter den Wahlberechtigten stellten sowie auf dem Arbeitsmarkt und in den Familien vielfach die Hauptverantwortlichen für die Erziehung der Kinder waren.⁵¹¹ Könnten Frauen für die Demokratisierung der Gesellschaft gewonnen werden, so die Einschätzung, sei auf dem Weg in eine demokratische Gesellschaft Deutschlands viel erreicht.

Darüber hinaus hatte eine amerikanische Studie 1947 ergeben, dass die Mehrheit der befragten Deutschen in der amerikanischen Zone gegen eine aktive Beteiligung von Frauen am politischen und gesellschaftlichen Leben war. Diese Einstellung sollte nach Meinung der amerikanischen Militärregierung geändert werden.⁵¹² Sie richtete daraufhin die „Women's Affairs Section“ mit dem Auftrag ein, eine auf Frauen ausgerichtete politische Bildung zu entwickeln und zu fördern, um die weibliche Bevölkerung für eine Beteiligung am politischen Leben zu gewinnen.⁵¹³ Das Frauenprogramm für die Besatzungszone sollte „[...] stimulier-

ren, führen und erziehen [...]“.⁵¹⁴ Hierzu gehörte es, vorhandene Gruppen mit entsprechenden Informationen zu versorgen, bei der Gründung und der Bildung neuer Zusammenschlüsse zu unterstützen, Frauen in Arbeitstechniken demokratischer Auseinandersetzung zu schulen und bei der Themenfindung für die öffentliche Auseinandersetzung bei Tagungen, in den Medien sowie in Gremien zu helfen. Auch der direkte Austausch zwischen amerikanischen, deutschen und anderen westeuropäischen Frauen sollte gefördert werden.

Das Ziel der Frauenabteilung war „[...] to observe, supervise, and assist German women and German women voluntary organizations in compliance with the objectives of Military Government“.⁵¹⁵ Diese Ausrichtung der Frauenpolitik blieb bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland bestehen. Danach wurden die Ziele der US-Frauenpolitik neu definiert und es wurde eine unabhängige Abteilung der „Women’s Affairs Division“ geschaffen.⁵¹⁶

Studienreisen in die USA

Zum amerikanischen Reeducation-Programm für Frauen gehörten auch Studienreisen in die USA, um den Deutschen das eigene demokratische Gesellschaftssystem näherzubringen.⁵¹⁷ Hedwig Schmitt-Maaß und andere Wiesbadener Politikerinnen wie Margot Faust und Dr. Helen von Bila hatten Gelegenheit, 1949/50 an Reisen in die USA teilzunehmen, um das politische System sowie Land und Leute kennen zu lernen.

Mit rund 50 Deutschen verschiedener Berufsgruppen aus der ganzen Bundesrepublik, darunter Verleger, Pädagogen, Hochschullehrer, Juristen und einige Frauen reiste Hedwig Schmitt-Maaß Ende April 1949 in die USA.⁵¹⁸ Sie zeigte sich begeistert vom amerikanischen Gesellschaftsmodell und hielt ihre Reiseeindrücke in einem Tagebuch fest.

„Was mir vom ersten Augenblick an in Amerika bewußt wurde, war der Eindruck, auf Schritt und Tritt die ‚gelebte Demokratie‘ zu finden. Die Menschen verhielten sich einfach anders als bei uns; die Art, wie man mit uns Besuchern umging und auch, wie sie miteinander umzugehen schienen, wirkte so positiv auf mich. Programmwünsche, die wir äußerten, wurden unverzüglich erfüllt; hochgestellte Persönlichkeiten, die wir gern treffen wollten, gewährten mit Sicherheit eine Begegnung. Das alles war neu und ungewohnt für uns; und ich habe viel daraus gelernt für den späteren Umgang mit ausländischen Gästen im eigenen Land.“⁵¹⁹

Sie besuchte unter anderem die Vereinten Nationen, den Kongress, das Arbeitsministerium, Fabriken, Schulen, Krankenhäuser, Wohngebiete und verschiedene Organisationen wie die „Liga weiblicher Wähler“.⁵²⁰

Die FDP-Politikerin Margot Faust schrieb ihrem Ehemann von den übergroßen Essensportionen auf dem Schiff, die nicht zu bewältigen gewesen seien.⁵²¹ Als Vertreterin des hessischen Landfrauenverbandes besuchte sie zahlreiche Farmen und informierte sich über die Arbeit und Haushaltsführung in der Landwirtschaft. Der technische Standard und die damit verbundene Bequemlichkeit der Arbeit durch den Einsatz von Maschinen beeindruckte sie sehr. Die Heuernte auf einer Farm beschrieb sie so: „Alles maschinell, eine Maschine presst das Heu in kleine Ballen zusammen und schiebt es auf den Wagen, damit fährt man in die Scheuer und die Ballen werden vom Auto mit einem Aufzug auf den Speicher transportiert.“⁵²²

Die Wiesbadener Juristin Dr. Helen von Bila war mit einer Gruppe deutscher Juristen unterwegs und berichtete im März 1950 unter anderem über die Rolle der amerikanischen Frauen im öffentlichen Leben.

„Die Amerikanerin fühlt sich daher ganz bewusst als Staats- und bzw. Gemeinde-Bürgerin verantwortlich verpflichtet und ebenso als Steuerzahler berechtigt, Forderungen und Wünsche in der Öffentlichkeit, auch im Parlament durch ‚ihren‘ Abgeordneten zu erheben, ihre Regierung zu kontrollieren und vor allem laut und deutlich ihre Meinung zu sagen, wenn sie glaubt, dass etwas an öffentlichen Einrichtungen oder Maßnahmen der Änderung bedürfe.“⁵²³

Hedwig Schmitt-Maaß (1918–1983)

Neben anderen prägte auch die SPD-Politikerin Hedwig Schmitt-Maaß, genannt Hety, mit ihrem großen Engagement in verschiedensten Politik- und Gesellschaftsbereichen die Wiesbadener Nachkriegsjahre.

Als drittes Kind des SPD-Politikers Johannes Maaß und seiner Frau Anna kam sie am 30. Januar 1918 zur Welt. Im Mittelpunkt ihres Elternhauses standen das umfangreiche politische Engagement ihres Vaters sowie seine pädagogische Arbeit. Johannes Maaß war seit 1919 unbesoldetes Magistratsmitglied und später Vorsitzender der SPD. Als Lehrer und Reformpädagoge war er maßgeblich am Aufbau der Wiesbadener Volkshochschule beteiligt, die er bis 1933 hauptamtlich leitete.

An ihrem 15. Geburtstag, dem 30. Januar 1933, endete mit der Machtübernahme Adolf Hitlers ihre glückliche Jugend, wie sie später schrieb.⁵²⁴ Ihr Vater erhielt als sozialdemokratischer Politiker und Leiter der Volkshochschule wenige Monate später Berufsverbot. Es folgten Polizeiaufsicht, Verhöre und mehrfache Hausdurchsuchungen. Das Einkommen der Familie reichte nicht mehr, die Studien- und Berufswünsche der Kinder zu erfüllen. Im Frühjahr 1934 verließ Hety Schmitt-Maaß daher nach der Mittleren Reife die Mädchenschule am Schlossplatz. Damit zerschlugen sich ihre beruflichen Zukunftspläne. Nach dem Besuch der einjährigen Frauenschule entschied sie sich für eine praktische Ausbildung zur Diätassistentin. 1938 heiratete sie einen Freund der Familie und zog mit ihm nach Heidelberg. Neben der Betreuung ihrer beiden Kinder besuchte sie als Gasthörerin Vorlesungen an der Heidelberg Universität.

Im Zuge der Ermittlungen nach dem missglückten Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde ihr Vater verhaftet und für ein halbes Jahr im Konzentrationslager Dachau inhaftiert. Erst Anfang Januar 1945 konnte er, deutlich von der Haft gezeichnet, nach Hause zurückkehren.

Nach dem Krieg und der Trennung von ihrem Mann wollte sie sich in Wiesbaden eine eigene Existenz mit ihren Kindern aufbauen und ihren Vater beim politischen Wiederaufbau unterstützen. Das Vorhaben, in Wiesbaden eine Arbeitsstelle, eine Wohnung und eine Betreuung für die Kinder zu finden, ließ sich nicht in die Tat umsetzen. Zunächst arbeitete sie einige Monate bei der Militärregierung in Hofheim (Taunus) im Bereich Entnazifizierung sowie später bei der Spruchkammer Wiesbaden. Ihre Kinder musste sie dafür in fremde Obhut geben.

Zur gleichen Zeit unterstützte sie ihren Vater in seiner wieder aufgenommenen politischen Arbeit, half im Parteibüro der SPD und engagierte sich schließlich im ersten Wiesbadener Kommunalwahlkampf 1946. Der SPD-Politiker Georg Buch setzte sie trotz ihrer Unerfahrenheit im Wahlkampf als Rednerin ein und wischte ihre Bedenken beiseite, „[...] die Tochter von Johannes Maaß könne reden, davon sei er überzeugt [...]“.⁵²⁵ Bei ihrem ersten Auftritt brachten sie Zwischenrufe einiger Zuschauer allerdings so aus dem Konzept, dass sie sich sofort wieder hinsetzte und nicht weitersprach. Später schrieb sie darüber: „Ich konnte nun auch die Blamage nicht auf mir sitzen lassen, dass ich mich des Redens für unfähig erklärte.“⁵²⁶ Nachdem sie ihr Redemanuskript überarbeitet hatte, übte sie ihren Vortrag auf einem leeren Trümmergrundstück.

„Von hier aus hielt ich laut meine Rede in die Trümmer hinein, fest überzeugt, dass mir niemand zuhören werde – außer mir selber –, da konnte ich

meine Sätze sprechen und zugleich zuhören, wie das klang; konnte neu beginnen und umformulieren, bis es mir richtig zu klingen schien.“⁵²⁷

Während ihres ersten Kommunalwahlkampfes 1946 begann ihr eigenes intensives Interesse an politischer Arbeit, für die sie sich durch „[...] Berge von Literatur über Sozialismus, Marxismus, Sozialpolitik, Schulreformen, Frauenfragen, Jugendprobleme etc. [...]“ las.⁵²⁸ Dabei wurde ihr klar, dass es vor allem die Lösung der täglichen Probleme der Menschen und praktische Fragen waren, für die sie sich engagieren wollte. Zwei Jahre später kandidierte sie erstmals selbst als Stadtverordnete und war anschließend für drei Wahlperioden Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Jugendarbeit und Frauenpolitik bildeten hier ihre Schwerpunkte.⁵²⁹ Neben der Arbeit im Überparteilichen Frauenverband engagierte sie sich in der SPD-Frauengruppe. Sie nahm an großen überregionalen Frauenkonferenzen teil, zum Beispiel 1949 in Bad Pyrmont. Anschließend berichtete sie ausführlich in unterschiedlichen Zeitungen im Rhein-Main-Gebiet darüber. Auf überregionalen Treffen wie in Berlin beim Staatsbürgerinnenverband oder einem Empfang der „Women's Affairs Advisor“ der britischen Besatzungszone kam sie mit Vertreterinnen deutscher und internationaler Frauenorganisationen zusammen.

Unter den überwiegend älteren Frauen fiel sie als junge engagierte Frau unter 30 auf, und so wurde sie 1949 von der „Public Affairs Division“ der amerikanischen Militärregierung für eine dreimonatige Studienreise im Rahmen des Frauenprogramms in die USA vorgeschlagen, um sich dort speziell über Frauenprojekte zu informieren.⁵³⁰ Anschließend arbeitete sie maßgeblich mit beim Aufbau des Büros für Frauenfragen. Nach ihrem Ausscheiden dort ging Hety Schmitt-Maaß 1954 als Referentin für Jugend- und Erwachsenenbildung zur Hessischen Zentrale für Heimatdienst, der heutigen Landeszentrale für politische Bildung. Anschließend war sie ab 1958 mehrere Jahre als Frauenreferentin beim Parteivorstand der SPD in Bonn tätig. 1963 kehrte sie nach Wiesbaden zurück und arbeitete bis zu ihrem Ruhestand 1978 als Pressereferentin im hessischen Kultusministerium. Von 1968 bis 1972 war sie nochmals Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Daneben schrieb sie regelmäßig Rezensionen über Bücher der politischen Bildung, Themen der Frauenpolitik und Arbeiten, die sich mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzten. Von besonderer Bedeutung sind die Briefwechsel, die sie mit Überlebenden des Holocaust wie Hermann Langbein, dem Schriftsteller Primo Levi sowie Jean Améry führte.

Das Büro für Frauenfragen

Zu den Maßnahmen der amerikanischen Frauenpolitik gehörte die Einrichtung eines Frauenbüros in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Nach ihrer Rückkehr aus den USA Ende 1949 erhielt Hety Schmitt-Maaß das Angebot, als Assistentin der amerikanischen Frauenreferentin Betsy Knapp zu arbeiten. Diese hatte unter anderem die Aufgabe, in Hessen ein Frauenreferat einzurichten sowie die Arbeit der deutschen Mitarbeiterinnen als „Women Special Affairs“ in den Büros der Resident-Offiziere in allen Kreisen und kreisfreien Städten Hessens zu koordinieren. Gemeinsam mit Betsy Knapp, die auch Mitglied der „League of Women Voters“ war, entwickelte Hety Schmitt-Maaß daraufhin das Konzept für ein Frauenbüro, das der „staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung von Frauen aus allen Parteien und Organisationen“ in Hessen dienen und diese auf ihre Aufgabe und Mitarbeit im öffentlichen Leben vorbereiten sollte.⁵³¹ Zukünftig sollten Frauen in der „Gesellschaft des demokratischen Deutschlands eine gleichwertige Stellung im demokratischen Staat und in der Gesellschaft erwirken“.⁵³²

Finanziert aus Mitteln des Marshall-Plans konnte das Büro für Frauenfragen unter der Leitung von Antje Lemke-Bultmann Anfang Oktober 1950 seine Arbeit aufnehmen. Hety Schmitt-Maaß war in dem Büro, das der Gesellschaft zur Gestaltung öffentlichen Lebens angeschlossen war, als stellvertretende Abteilungsleiterin und eine von fünf Referentinnen tätig.

In den folgenden Jahren organisierte das Büro monatlich Kurse zu Themen, die der Fortbildung von Frauen auf verschiedenen Gebieten dienen sollten und unter der Überschrift „Die Frau in der Gemeinde“ zusammengefasst wurden. Die einmal monatlich zentral im Haus Schwalbach in Lindscheid bei Bad Schwalbach stattfindenden Kurse richteten sich an Frauen in leitenden Positionen, daneben gab es Wochenendkurse in kleineren Gemeinden und Landkreisen, zum Beispiel für weibliche Mitglieder in Verbänden.⁵³³ Nach dem Vorbild dieser Kurse sollten ähnliche in anderen Regionen Hessens angeboten werden. Die Bildungsstätte Haus Schwalbach war 1949 in der ehemaligen Villa Lilly, benannt nach der Ehefrau des Kostheimer Brauereibesitzers Adolphus Busch, gegründet worden. Die Leiterin Dr. Magda Kelber entwickelte sie zu einer Arbeitsstätte für Gruppenpädagogik, die sie während ihrer Jahre in Großbritannien kennengelernt hatte. Die Themenauswahl für die Kurse „Die Frau in der Gemeinde“ orientierte sich auch an den Erfahrungen, die Mitarbeiterinnen des Büros als Frauen in der Kommunalpolitik und ihrer politischen Arbeit gemacht hatten. Seminarthemen hießen etwa „Hessische Gemeindevertreterinnen“, „Wirtschaftspolitik der Gegenwart“,

„Die rechtliche Stellung der Frau“ oder „Die Frau in Heim, Familie und Gemeinde“. Die Kurse richteten sich an unterschiedliche Zielgruppen wie Kommunalpolitikerinnen oder auch angehende Schöffinnen, die aus ganz Deutschland anreisten. Neben Vorträgen standen auch Begegnungen, beispielsweise mit aktiven Politikerinnen, Exkursionen zu einer Sitzung der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung, der gemeinsame Austausch oder Rollenspiele zur Vorbereitung von Gremiensitzungen auf dem Programm. Regelmäßig nutzten die Initiatorinnen dafür auch ihr eigenes Netzwerk und stellten zum Beispiel Kontakte zu Wiesbadener Politikerinnen und ansässigen Frauenorganisationen her. So berichteten die CDU-Stadtverordneten Franziska Retzinger und Hedi Friedrich über ihre parlamentarische Arbeit im Wiesbadener Stadtparlament. Auch besuchten Kursteilnehmerinnen die FDP-Politikerin Margot Faust und Vorsitzende des Wiesbadener Landfrauenvereins zu Hause auf Hof Adamsthal, um sich über die Situation der Landfrauen zu informieren.⁵³⁴

Ferner gab das Büro Publikationen und Informationsschriften heraus, darunter das Buch „Hundert Jahre Frauenbewegung in Deutschland“, Wiesbaden 1951, von Gabriele Strecker oder die Broschüre „Was muss die Frau über die Vereinten Nationen wissen“ von 1952. Ab 1951 erschien die aus einem Rundbrief entstandene Zeitschrift „Informationen für die Frau“ mit einer Auflage von 10.000, die nicht allein in Hessen, sondern bundesweit auf Interesse stieß. Über 50 Kurse fanden im Haus Schwalbach statt. Ab 1952 wurden sie von der Arbeitsgemeinschaft der Frauenverbände unter demselben Titel weitergeführt. Neben einem Frauenarchiv, das es einzurichten galt, war der Zusammenschluss der hessischen Frauenverbände unter dem Dach des Büros geplant, was 1952 mit der Gründung des Landesfrauenrats Hessen gelang. Mit dem Beginn des Jahres 1953 wurde das Büro auf eine neue Organisations- und Finanzgrundlage gestellt. Die bisherige Finanzierung durch die USA entfiel und das Büro für Frauenfragen wurde zum Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit e. V. Bis heute wird es aus hessischen Landesmitteln finanziert und besteht als einzige Einrichtung dieser Art in der Bundesrepublik fort.⁵³⁵

Frauenorganisationen in Wiesbaden

Aufgrund des geringen Anteils von Frauen in der Stadtverordnetenversammlung kam den Frauenorganisationen eine besondere Bedeutung in Bezug auf ihren Einfluss auf politische Entscheidungen, Frauenförderung und die Durchsetzung

der Gleichberechtigung zu, die durch den in das Grundgesetz aufgenommenen Gleichheitsgrundsatz festgeschrieben worden war.

1947 berichtete der Wiesbadener Kurier unter dem Titel „Unsere Frauen helfen der Demokratie“ über die Gründung des Frauenverbandes Wiesbaden, in dem Vertreterinnen aller Parteien, Schichten und Berufe zusammengeschlossen seien. Es sei keine Zeit, darauf zu warten, bis sich Frauen in den Parteien durchgesetzt hätten, sondern es müsse eine machtvolle Organisation geschaffen werden.⁵³⁶ Im Verband organisierten sich im Laufe der Zeit auch die Frauengruppierungen der Parteien oder der Deutsche Ärztinnenbund, die Evangelische Frauenhilfe sowie der Club berufstätiger Frauen und andere. Zwischen den Mitgliedern herrschte ein reger Austausch, sie nahmen wechselseitig an Veranstaltungen teil, hielten Vorträge und informierten aus den jeweils anderen Arbeitsbereichen. Ein Beispiel für ein gemeinsames Vorgehen der Organisationen war 1951 die Einrichtung einer der Hilfseinrichtung für Flüchtlinge mit dem Namen „Beratungsstelle für Heim und Familie“. Federführend waren dabei der Wiesbadener Frauenverband und der Landfrauenverband mit ihren Vorsitzenden Olga Radtke und Margot Faust.⁵³⁷

Ende der 1940er Jahre bildeten sich in Wiesbaden weitere Frauenorganisationen wie 1948 der Kreislandfrauenverein, zu deren Gründerinnen 1948 Margot Faust gehörte, die sich im gleichen Jahr bereits für die Gründung des Landfrauenvereins Hessen-Nassau engagiert hatte.⁵³⁸

1949 fanden sich sieben Mitglieder des Frauenverbandes zusammen, um den Wiesbadener Hausfrauenverein ins Leben zu rufen. Ihr Ziel war es, eine Anlaufstelle zu etablieren, die nicht nur der hauswirtschaftlichen Weiterbildung diene, sondern auch Orientierung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet bot.⁵³⁹ Neben hauswirtschaftlichen Kursen sowie Kursen zur Säuglings- und Krankenpflege organisierte der Verein gemeinsame kulturelle Angebote wie Museumsführungen, Theaterbesuche und Vorträge. Außerdem engagierte er sich für die Eingliederung von Flüchtlingsfrauen und wirkte als Anlaufstelle für diejenigen, die sich anderen Organisationen nicht zugehörig fühlten. Die Mitgliederzahl stieg schnell auf über 300 im Jahr 1954. Der Verein entwickelte sich so zum mitgliederstärksten Frauenverein Wiesbadens. 1957 konnte er ein eigenes Büro (Haus der Hausfrau) in der Herrngartenstraße eröffnen und plante darüber hinaus die Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle. Später engagierte er sich für die Ausbildung im hauswirtschaftlichen Bereich und initiierte einen Kurs zur Hauswirtschaftsmeisterin.

Ein besonders erfolgreiches Projekt des Vereins war 1950 die Gründung der „HAFA – Hauswirtschaftliche Fachausstellung“, die er bis 1956 in Eigenregie organisierte, bis die Vorbereitung der zur Messe gewordenen Veranstaltung zu umfangreich wurde. Die HAFA war die erste Industrieausstellung der Stadt in Verbindung mit Wiesbadens Einzelhandel. Zwölf Aussteller und der Hausfrauenverein begrüßten im ersten Jahr 300 Besucherinnen und Besucher in der Wartburg. In den folgenden Jahren wuchs die Industrieausstellung stetig an und konnte 1957 erstmals in den neu errichteten Rhein-Main-Hallen mit nun über 100.000 Besucherinnen und Besuchern unter dem Motto „Familie – Haus – Hof“ stattfinden.⁵⁴⁰

Die Möglichkeit, sich auf der Messe zu präsentieren, nutzten auch die Wiesbadener Frauenorganisationen, wie zum Beispiel das Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit. Zwar ging ab 1957 die Organisation der Messe an eine Wiesbadener Firma über, doch blieb der Hausfrauenverein bis zur Aufgabe der Messe 2009 ihr ideeller Träger.

Ganz im Sinne der Reeducation-Politik der amerikanischen Militärregierung war die Gründung des Wiesbadener Deutsch-Amerikanischen Frauenclubs im März 1949 durch zehn amerikanische und elf deutsche Frauen.⁵⁴¹ Vereinsziele waren der Abbau gegenseitiger Vorurteile, die Vertiefung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, der Aufbau gegenseitigen Verständnisses und die Förderung des kulturellen Gedankenaustauschs. Neben Veranstaltungen mit Bildungs- und Informationscharakter – wie Vorträgen über das politische System Deutschlands, das Rechtssystem der USA oder die Gesundheitssysteme beider Länder – gab es unterhaltende Angebote. Auf karitativem Gebiet war der Verein ebenfalls tätig und organisierte zum Beispiel 1949 eine Weihnachtsfeier für Wiesbadener Kinder. Und auf Einladung des Clubs kamen 1949 im Haus Schwalbach die Reiserückkehrerinnen aus den USA zusammen, um über ihre Erfahrungen und Erlebnisse zu berichten, unter ihnen Hedwig Schmitt-Maaß und Margot Faust.⁵⁴² Innerhalb des ersten Jahres stieg die Zahl der Mitglieder von 21 auf 60 und erreichte nach zehn Jahren die Zahl von rund 100 Frauen.

Margot Faust (1917–2001)

Margot Faust, Tochter einer bürgerlichen Frankfurter Familie, verlor infolge eines Unfalls früh ihren Vater.⁵⁴³ Der daraufhin eingesetzte Vormund nahm das Mädchen nach der Mittleren Reife vom Gymnasium und ließ sie eine landwirtschaftliche Mädchenschule besuchen. Nach der Ausbildung zur landwirtschaftlichen

Fachlehrerin war sie rund drei Jahre an verschiedenen Schulen tätig, wo sie ihren späteren Ehemann, einen Landwirt und Inhaber der Kupfermühle, kennenlernte und 1943 heiratete. Nach dem Ende des Krieges setzte sie sich, mittlerweile Mutter von drei Kindern, besonders für die Belange der hessischen Landfrauen ein. 1948 gehörte sie zu den Gründerinnen des Landfrauenverbandes Hessen-Nassau und rief im gleichen Jahr in Wiesbaden den ersten Kreislandfrauenverein ins Leben, dessen Vorsitzende sie jahrzehntlang blieb. Ein besonderes Anliegen Margot Fausts war die Förderung der auf dem Land lebenden Frauen. Sie kannte die enormen Arbeitsbelastungen für Frauen in den landwirtschaftlichen Betrieben. So gründete sie das bundesweit erste Freizeitheim für Frauen in der Landwirtschaft, das Haus der Landfrau in Neustadt bei Marburg, später in Friedrichsdorf ansässig, und arbeitete als Vorsitzende im Kuratorium der Einrichtung, deren Angebote schnell große Beliebtheit erreichten.

Das parteipolitische Engagement Margot Fausts begann 1952 mit ihrer Mitgliedschaft in der FDP. Im gleichen Jahr erhielt sie als jüngste Abgeordnete ein Mandat für die Stadtverordnetenversammlung, das sie zwölf Jahre innehatte; anschließend war sie von 1968 bis 1972 ehrenamtliches Mitglied im Wiesbadener Magistrat. Der Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit lag auf dem Gebiet der Familien-, Kultur- und Sozialpolitik. In den Jahren 1965 und 1969 kandidierte sie für den Bundestag. Neben dem Wohnungsbau war für sie die Frauenförderung besonders wichtig. Es ging ihr um die Sicherung von Teilzeitarbeitsplätzen, um Hilfen für Mütter, die nach der Familienpause wieder in den Beruf zurückwollten, und um die Abschaffung der Diskriminierung von sogenannten Nur-Hausfrauen. Darüber hinaus trat sie für bessere Arbeitsbedingungen an Schulen und Universitäten ein. Bis ins hohe Alter, sie starb 2001, engagierte sie sich in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens. So gehörte sie auch zu den Mitbegründerinnen des Nachbarschaftsheims in Biebrich (heute Nachbarschaftshaus), dessen zweite Vorsitzende sie war.

Zusammenfassung

In den Nachkriegsjahren richteten sich das öffentliche Augenmerk sowie das der Parteien verstärkt auf die Rolle der Frauen beim demokratischen Wiederaufbau und bei der Überwindung der Kriegs- und Diktaturfolgen. Hierzu trug neben ihrer demographischen Überzahl bei, dass die Folgen von Krieg und Diktatur in der frühen Nachkriegszeit vielfach als ein Versagen der Männer angesehen wurden. Allerdings waren Frauen in den ersten Monaten nach dem Krieg

formierenden Ausschüssen und Beiräten, die sich am Wiederaufbau beteiligten, faktisch nicht oder nur in einer Minderheit vertreten. Demgegenüber schlossen sie sich auch in Wiesbaden zu einem Überparteilichen Frauenausschuss zusammen, um sich mit ihren Kompetenzen an der Bewältigung des Nachkriegsalltags sowie der Neugestaltung der Gesellschaft zu beteiligen und sich darüber hinaus für die Vertretung weiblicher Interessen zu engagieren. Obwohl ihnen eine wichtige Rolle beim demokratischen Wiederaufbau offiziell zugedacht worden war, blieben den Frauen in der Politik mehrheitlich die Türen verschlossen bzw. wurde ihnen eine Mitarbeit im Rahmen der traditionellen Rollenverteilung zugedacht. Da in den neu gewählten politischen Gremien die Wiesbadener Frauen kaum vertreten waren, sind die Bedeutung ihres Engagements in den überparteilichen Zusammenschlüssen und ihre Vernetzung dort besonders hoch zu bewerten. Über die Organisationen bildeten sich parteiübergreifende Netzwerke, die gemeinsames Agieren und gegenseitige Unterstützung erlaubten und über lange Zeit Bestand hatten. Nur wenigen Frauen, beispielsweise Olga Radtke, gelang es, in einflussreichere Positionen zu gelangen, nachdem sie die Widerstände und Vorurteile in Parteien und Parlamenten überwunden hatten. Zwar erkannte die amerikanische Militärregierung von Anfang an den großen gesellschaftlichen Einfluss an, den auch Frauen bei der Demokratisierung Deutschlands spielten, doch initiierte sie erst seit Ende des Jahres 1947 ein spezielles Frauenbildungsprogramm. Mit Hilfe dieses von den USA finanzierten Programms entwickelten die Wiesbadener Frauen ausgehend von eigenen Erfahrungen eine überregional erfolgreiche Bildungseinrichtung zur Förderung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe für Frauen, die heute vom Land Hessen getragen wird.

Gemeinsam gelang es den Wiesbadener Frauenorganisationen und Politikerinnen gegen Widerstände, die Entwicklung der Stadt und das Leben seiner Bürgerinnen mitzugestalten und Unternehmungen anzustoßen, die sich weiterentwickelten und teilweise bis heute Bestand haben. Viele Namen der engagierten Beteiligten sind heute leider nahezu vergessen, sie sind es wert, weiter erforscht und der Öffentlichkeit präsentiert zu werden.

Bewährungsprobe für die junge Demokratie: Wahlen und Aufarbeitung

Impuls

von Dr. Ina Hartwig, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft der Stadt Frankfurt am Main

Die Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft bedeutete kommunalpolitisch sowohl einen Neubeginn als auch ein Anknüpfen an demokratische Traditionen.

So hatte es etwa in Frankfurt in den 1920er Jahren lebhaft Debatten in der demokratisch gewählten Stadtverordnetenversammlung gegeben, die sich auch in den lokalen Zeitungen sowie dem jungen Rundfunk widerspiegelten. Etwa über die Zukunft des Städtebaus und der Architektur in Frankfurt, wobei Stadtbaurat Ernst May leidenschaftlich für das Neue Bauen mit seinen flachen Dächern eintrat, während konservative Stadtverordnete darin den Tod des Dachdeckerhandwerks und eine unerträgliche bauliche Monotonie ausmachten und lautstark opponierten.

Solche Debatten waren in den Jahren des Nationalsozialismus und der nach dem Führerprinzip organisierten kommunalen Verwaltungen natürlich undenkbar. Mit dem Ende des Regimes waren sie ein Angebot des sanften Wiedereintritts in die politische Auseinandersetzung, da sehr konkret und weit entfernt von weltanschaulichen Grundsatzdebatten.

Diese delegierte man getrost auf die nationale Ebene – ebenso wie die Schuld an den nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen. Ein Unrechtsbewusstsein war zunächst offenbar wenig ausgeprägt. Die Entlastungserzählung, man habe von nichts gewusst und der Holocaust sei die alleinige Verantwortung einer kleinen Führungsclique um Adolf Hitler, während das deutsche Volk fast ausschließlich aus „verführten“ Mitläufern bestanden habe, erfreute sich großer Zustimmung.

Sie ermöglichte auch personelle Kontinuitäten in den kommunalen Verwaltungen. Die Tatsache, dass diese Verwaltungen ebenso wie große Teile der Bevölkerung die nationalsozialistischen Verbrechen bereitwillig mitgetragen, umgesetzt und selbst davon profitiert hatten, wurde verdrängt.

Entsprechend gering war das Interesse der deutschen Bevölkerung an einer juristischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Nicht einmal die staatlichen Behörden widmeten sich diesem Ziel mit besonderem Eifer. Im Gegenteil unterstützten ihre Vertreter in vielen Fällen die Täter bei der Strafvereitelung oder der Flucht. Die Geschichtswissenschaft verwendet hier oft den von Ralph Giordano geprägten Begriff der „zweiten Schuld“ der Deutschen.⁵⁴⁴

Bezeichnend ist das berühmte Zitat des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer, wonach er bei Verlassen seines Büros „feindliches Ausland“ betreten habe.

Die Verfolgung der NS-Verbrecher durch die Tätergesellschaft erwies sich als komplexes Unterfangen. Zu groß war das Wissen über die tiefe Verankerung der nationalsozialistischen Verbrechen in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung, die in vielen Fällen zu Mittätern geworden waren.

Die Auschwitzprozesse, die 1963 in Frankfurt begannen, entsprachen zwar dem im Grundgesetz verbrieften Selbstverständnis der jungen Bundesrepublik, auf große Zustimmung in der Bevölkerung trafen sie nicht. Bis sich so etwas wie eine kommunale Erinnerungskultur herausbildete, die ganz konkret die Tatorte des nationalsozialistischen Terrors markierte und die vor Ort Verantwortliche benannte, vergingen Jahrzehnte. Noch im 21. Jahrhundert traf etwa das Ansinnen, an das Frankfurter Konzentrationslager in den Adlerwerken zu erinnern, auf Widerstand. Der Geschichtsort Adlerwerke, der inzwischen an dieses Kapitel der Stadtgeschichte erinnert, wurde erst 2022 eröffnet.

Dennoch ist die Re-Etablierung der Demokratie in den hessischen Kommunen eine Erfolgsgeschichte, die im Ergebnis zu einer regional ausdifferenzierten politischen Landschaft, zu breitem zivilgesellschaftlichen Engagement und lebhaften öffentlichen Debatten geführt hat. Darauf sind wir zu Recht stolz und begreifen diese gelebte Demokratie als etwas, das wir verteidigen müssen.

Letzteres ist angesichts derer, die leichtfertig oder sogar lüstern mit dem Feuer spielen und die Demokratie und ihre Institutionen mit Dreck bewerfen, eine Herausforderung; in der Gegenwart mehr als jemals zuvor in der bundesrepublikanischen Geschichte. Daher möchte ich mit der Warnung schließen, der Bedrohung durch die Demokratiefeinde nicht leichtfertig und naiv zu begegnen, wie es die politische Mitte aus alter Gewohnheit und Bequemlichkeit oft tut.

Die Zeit der bequemen Demokratien ist längst vorbei. Deshalb müssen wir als Demokraten genau an dieser Stelle den Kommunikationswettbewerb aufnehmen und unsere rhetorischen Waffen noch mehr schärfen, um den Demokratieverächtern etwas entgegenzusetzen.

Und auch wenn wir unsere parlamentarische Demokratie beschwören, sollten wir dies selbstbewusst und zugleich konkret und ehrlich tun. Dazu gehört auch die Tatsache, dass sie repräsentativ und nicht basisdemokratisch funktioniert, was ihre Verteidiger zu selten thematisieren und somit schlimmstenfalls Erwartungen wecken, die nur enttäuscht werden können.

Die Wählerin und der Wähler treten ihr Mandat an ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter ab, damit diese ihre Interessen im demokratischen Aushandlungsprozess vertreten – und naturgemäß nur in den wenigsten Fällen eins zu eins umsetzen können. Die deutschen Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Stadträte verhandeln zentrale politische Fragen, die sich oftmals viel unmittelbarer auf den Alltag der Menschen auswirken als die Entscheidungen der Bundespolitik.

Ich spreche in diesem Zusammenhang immer wieder die Einladung aus, einmal eine Sitzung des kommunalen Parlaments im eigenen Wohnort zu besuchen: Die Gewaltenteilung – ein Kernelement unserer Demokratie – lässt sich bereits an der Sitzordnung ablesen. Je konkreter die Demokratie erfahrbar wird, desto faszinierender ist sie.

Gunter Stemmler

Handlungsausrichtung durch eigene Interessen – beispielhaft für 1945 und danach.

**Ludwig Erhard, Max Schwarz, Otmar von Verschuer,
Bruno Müller, Wilhelm Polligkeit sowie Friedrich Lehmann**

Einführung

Wer kein Ziel hat, kommt nirgendwo an. Wer hingegen allein ein Mehr an Macht, Geld oder Ansehen anvisiert, sieht Chancen zum Avancement. So jemand ist flexibler als diejenigen, die beladen sind mit moralischen Werten, sachlichen Anliegen oder Ideologien.

Ein System, das erstarrt ist, erschwert den beruflichen Aufstieg. Je mehr Bewegung in einer Organisation herrscht, desto besser ist die Konstellation, um das passende Sprungbrett zu finden.

Der Zusammenbruch des totalitären NS-Staates vollzog sich auf der Ebene der Kommunen mit Verwaltungen, die im Rahmen der Kriegslage erstaunlich gut funktionierten: Unterbrechungen, wie sie an Plünderungen sichtbar werden, blieben kurze Episoden. Die Macht hatten die Sieger, vorneweg deren Militärs. Rechtsfreie Räume wie der Schwarzmarkt sollten nicht überschätzt werden.

Den kündigungssuchenden Spielern bot sich ein reiches Feld an Betätigungen: Die bis dato erfolgreichen Politiker, Spitzenbeamten, Professoren und Experten beschafften sich zuerst das Lebensnotwendige, um dann die vorhandene Stellung abzusichern und mit der Suche nach neuen, ertragreichen Kontakten zu starten. Die Pflege der bestehenden Beziehungen war selbstredend ebenso wichtig. Die Ausgangslage war materiell schlecht. Jedoch werden viele der Spieler bald erkannt haben, dass die Chancen, die bisherigen beruflichen und gesellschaftlichen Positionen zu sichern, zu festigen und sogar auszubauen – ja, dass bald ein erträgliches Leben wieder zu erwarten war –, hinreichend gut waren, um ihre ganze Kunst und Kundigkeit als Karrieristen in die Waagschale zu werfen.

Schwieriger war es für diejenigen, die 1945 aus ihrer beruflichen Position entfernt worden waren. Aber sie werden sehr schnell realisiert haben, dass diese Interventionen – wohl im Wesentlichen in Hessen nur durch die Amerikaner – das soziale Netz und das über Jahre und Jahrzehnte aufgebaute soziale Kapital kaum betrafen.⁵⁴⁵

Die Forschung bietet auf dem gegenwärtigen Kenntnisstand bereits vielerlei Einblicke, welche Handlungsoptionen für die Protagonisten bestanden. Wie ein Stroboskop, das Menschen, die in Bewegung sind, blitzartig anstrahlt, so werden hier exemplarisch Bilder von Aktionen und Aussagen sichtbar. In diesem explorativen Ansatz stehen sechs Personen im Mittelpunkt.

Ludwig Erhard: Neuorientierung, da ohne Anstellung

Karriere hatte Ludwig Erhard⁵⁴⁶ ab Oktober 1929 im Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware von Prof. Wilhelm Vershofen gemacht; er wurde von diesem jedoch nicht zum Nachfolger erkoren. Erhard schied im Streit mit ihm Ende September 1942 aus und firmierte unter „Institut für Industrieforschung“, einer Einrichtung, zu der sich keinerlei rechtliche Verankerung finden lässt. Dennoch konnte er mit ihr hohe Einnahmen vorweisen, vor allem durch seinen Schwager Karl Guth, der Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Industrie war. Dabei bestanden Erhards Aufgaben offenkundig in der Koordination und Konzeption von wissenschaftlichen Planungen zur Nachkriegswirtschaft. Seine Studie „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ überreichte er persönlich dem Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Otto Ohlendorf, der außerdem Abwehrchef des SD im Reichssicherheitshauptamt war.

Der Einzug amerikanischer Truppen beendete de facto die Tätigkeit seines Instituts, bei dem augenfällig nur seine Sekretärin angestellt war. Erhard hatte den Vorteil, kein NSDAP-Mitglied gewesen zu sein; seine Nähe zum NS-Staat war prima facie kaum sichtbar.⁵⁴⁷ Ohne berufliche Verpflichtungen antichambrierte er im April in seinem Wohnort Fürth bei den Amerikanern, erstellte darauf aufbauend im Mai für sie eine Studie und nahm bei Prof. Adolf Weber in München an dessen volkswirtschaftlichem Kreis teil. Für diesen Kreis suchte Erhard dann die Amerikaner in Frankfurt auf. Als Vertreter eines marktwirtschaftlichen Neuanfangs konnte er danach durch die Amerikaner Wirtschaftsminister in Bayern werden, von der Universität München zum Honorarprofessor ernannt werden, im Rhein-Main-Gebiet in protodemokratischen Wirtschaftseinrichtungen Führungsaufgaben übernehmen, eine zentrale deutsche Rolle bei der Einführung der DM haben, um schließlich als Bundeswirtschaftsminister zur Legende zu werden.

Beim Ordinarius Weber und seiner Volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Bayern (VAfB) befassten sich einige Mitglieder in einer Art Ausschuss

mit „Geld und Kredit“. Sie erarbeiteten einen „Plan zur Neuordnung des deutschen Geldwesens“, den Erhard in ihrem Auftrag persönlich im Juli 1945 der amerikanischen Militärregierung in Frankfurt vorlegte; es ist die Rede auch von Gesetzentwürfen sowie von zwei Fahrten – wohl von Fürth – nach Frankfurt im Juli. Er „kämpfte sich mit mangelhaftem Englisch durch das stacheldrahtabgesperrte IG-Farben-Hochhaus“.⁵⁴⁸ „Erhard legte auch in den folgenden Monaten weitere Arbeitsergebnisse der VAfB. in Frankfurt vor.“⁵⁴⁹ Zur Frankfurter Konferenz, welche die Industrie- und Handelskammer einberufen hatte, war Erhard als bayerischer Minister gereist und somit am 29. November 1945 bei der „Frankfurter Resolution“ dabei.⁵⁵⁰

In Anbetracht der damals erheblich zerstörten Eisenbahn und einer teilweise schwierigen Verpflegungslage lässt sich Erhards Aktivität als unternehmungslustig, selbstbewusst und geschickt bezeichnen; er zeigte sich weiterhin als jemand, der keine Angst vor hohen Tieren hat.

Einen wirtschaftlichen Aufschwung hätte es in Westdeutschland auch mit manch anderer politischen Konstellation gegeben. Das Wirtschaftswunder – für dessen Publicity Ludwig Erhard gesorgt hat – eröffnete durch finanzielle Ressourcen dem Staat, gesellschaftliche Spannungen zu verringern. Das marginalisierte politische Extremisten und stärkte wiederum die Demokratie.

Max Schwarz:

Behinderung der Entlassung, Befürwortung einer Neueinstellung

Medizin studierte Max Schwarz⁵⁵¹ ab dem Wintersemester 1918/19 und war seitdem am rechten Rand militärisch sowie politisch aktiv. 1933 trat er vielen NS-Organisationen bei. Seiner beruflichen Karriere hatte er den Vorrang gegeben: In seinem Studium konzentrierte er sich auf Hals-Nasen-Ohren-Krankheiten. Mit seiner Habilitation mit dem Titel „Die Bedeutung der Vererbung für die Schwerhörigkeit“ während der Weimarer Zeit vollzog er einen Meilenstein für seinen Aufstieg im „Dritten Reich“. Ab November 1936 war er der Redakteur für die eigenständige Beilage „Erbblätter für den Hals-, Nasen- und Ohrenarzt“ in einer wichtigen Fachzeitschrift.

Vor allem trat er hervor als Autor von Untersuchungsbögen zu sogenannten Erbkrankheiten bei Gehörlosen. Für ihn sollten Entscheidungen über Zwangssterilisationen nur vom geschulten Ohrenarzt erfolgen, was eine entsprechende Fortbildung von HNO-Ärzten verlangte; da konnte er strategisch ein Ordinariat

erwarten. Max Schwarz wurde bereits im April 1937 Professor an der Goethe-Universität Frankfurt und zudem städtischer Klinikdirektor. Sein Einkommen lag schließlich weit über dem eines Frankfurter Stadtrats: Er gab gegenüber den Alliierten 71.748 RM an für 1943, im Vergleich dazu verdiente Stadtrat Bruno Müller 15.200 RM.⁵⁵² Sein Haus lag unmittelbar neben der Villa Mumm, die später für den Bundespräsidenten gedacht war; seine Familie hatte dort Zugang zum Bunker der Wehrmacht. Max Schwarz wirkte sowohl als Beisitzer an einem Erbgesundheitsgericht als auch als Obergutachter an Zwangssterilisationen mit. Er betreute Dissertationen über Gehörlose in Frankfurt.⁵⁵³ In der Nachkriegszeit praktizierte Schwarz zuerst als Arzt in Frankfurt; er wurde Chefarzt in Karlsruhe und schließlich Professor in Tübingen.⁵⁵⁴

Nach dem Ende des „Dritten Reiches“ hatten die Amerikaner die Stadtregierung angewiesen, seine Tätigkeit an der städtischen Klinik zu beenden, was zum 30. September 1945 geschah. Beim gleichen Verlangen aber agierte die Goethe-Universität dagegen. Sie wies sein Gehalt für Juli/August 1946 an.⁵⁵⁵ Es kann vermutet werden, dass dies darüber hinaus geschah.

Bezeichnend sind die Ergebnisse des internen Hauptuntersuchungsausschusses sowie dessen Revision im Sommer 1945. Dort kam man zum Ergebnis: „Gegen die Belassung [...] bestehen keine Bedenken politischer Art.“ Die Behauptungen gipfelten in der Aussage, Schwarz sei „eine dem politischen Leben gänzlich fernstehende [...] Persönlichkeit“ gewesen, und steigerten dies mit der dazu widersprüchlichen Erklärung, er habe „bald zu“ den „schärfsten Gegnern“ der Nationalsozialisten gehört.⁵⁵⁶ Man hatte weder seine einschlägigen NS-Veröffentlichungen noch die Akte über seinen Ruf nach Frankfurt berücksichtigt; dort hätte man lesen können: „Eine führende Stellung nimmt er auf dem Gebiet der Vererbungs- und Konstitutionsforschung ein.“ Und zur „parteipolitische[n] Eignung liegen gute Urteile vor“. Auch der Dozentenbundführer in Tübingen habe ihn „warm empfohlen“, denn er „gilt als zuverlässiger Nationalsozialist“.⁵⁵⁷

Max Schwarz war anwesend gewesen in der Sitzung der Medizinischen Fakultät am 7. August 1945, in der über Entlassungen informiert und sein Name genannt wurde.⁵⁵⁸ Vorlesungen von ihm zu der Zeit finden sich jedoch nicht in den digitalisierten Nachkriegsverzeichnissen.⁵⁵⁹ Der Rektor, die Medizinische Fakultät mit dem Dekan sowie der Planungsausschuss der Goethe-Universität setzten sich für seine Weiterbeschäftigung respektive Wiedereinstellung ein, und zwar unter anderem gegenüber der Militärregierung.⁵⁶⁰ So gelang es, durch den Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung wiederholt eine „Genehmigung zur vorläufigen Weiterbeschäftigung“⁵⁶¹ als Professor für jeweils 60 Tage bis mindestens

Ende Oktober 1946 zu erhalten. Schwarz selbst schrieb dazu auch noch am 8. Oktober 1946.⁵⁶² Die Medizinische Fakultät erklärte, dass sie „sein Ausscheiden sehr bedauern“ würde und verwies auf frühere Empfehlungen. Dabei wurden in acht Zeilen detailliert seine „Hauptarbeitsgebiete“ dargelegt, ohne auf die Erbgesundheit einzugehen oder hinzuweisen.⁵⁶³ Am 26. Juli 1946 war seine Angelegenheit der erste Punkt auf der Tagesordnung der Fakultätssitzung, nachdem man ihn schon am 31. Mai positiv bewertet hatte.⁵⁶⁴

Otmar von Verschuer:

Neuplanung von Täter mit Humanexperimenten als „Mittläufer“

Die rassistischen Versuche an Menschen im „Dritten Reich“ gehören mit zu den überaus abscheulichen Merkmalen jenes Regimes. Zum Kreis der Mediziner, die daran Anteil hatten, gehört Otmar von Verschuer. Er wurde 1935 in Frankfurt am Main Gründungsdirektor des Universitätsinstituts für Erbbiologie und Rassenhygiene und zugleich Professor an der Medizinischen Fakultät.⁵⁶⁵ Während der folgenden Jahre wird Verschuer in Frankfurt bei Politik und Stadtverwaltung sowie den Kundigen in der Stadtgesellschaft bekannt gewesen sein.⁵⁶⁶ Dafür werden bereits die städtischen Einladungen zur Feier anlässlich der Eröffnung am 19. Juni beigetragen haben.⁵⁶⁷ 1942 wechselte Verschuer auf die Leitungsposition des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin.⁵⁶⁸

1945 konnte er auf das Familiengut nach Solz bei Bebra ausweichen und dorthin sogar „die umfangreiche Bibliothek des Kaiser-Wilhelm-Instituts“ bringen, welche er für einen Institutsaufbau in Frankfurt nutzen wollte.⁵⁶⁹ Um für die Zukunft – also für eine Nachkriegszeit – eine erfolgsversprechende berufliche Perspektive zu haben, verfolgte er auch „intensiv“⁵⁷⁰ das Ziel, wieder eine Professur innezuhaben. Mediziner vor Ort in Frankfurt waren im Juli 1946 dafür: „Die Fakultät beschliesst die Berufung auf den Lehrstuhl für Genetik vorzubereiten und Herrn v. Verschuer bevorzugt bei der Spruchkammer zur Entnazifizierung einzureichen.“⁵⁷¹ In der Fakultät wurde davon ausgegangen, dass er das Spruchkammerverfahren überstehen würde, sodass er dann den Lehrstuhl übernehmen könnte. So schrieb Verschuer an Otto Hahn am 27. Juli 1946, dass die „Medizinische Fakultät, der Rektor und der Kurator der Universität [...] ihn auf seinen alten Lehrstuhl zurückberufen“ wollten.⁵⁷² Bedeutsamer war sein Bestreben, sein Institut nach Frankfurt zu verlegen. Der Oberbürgermeister, damals noch Kurt Blaum, sei „damit einverstanden“⁵⁷³ wird für die Fakultätssitzung am 11. Juli 1946

protokolliert. Verschuer hatte an Blaum am 12. Dezember 1945 geschrieben und sich im neuen Jahr dann mit ihm auf dessen Einladung hin getroffen.⁵⁷⁴ Und Verschuer fuhr 1946 nach Frankfurt, „um mit dem Stadtkämmerer Lehmann die Finanzfrage zu besprechen. Der habe ihm ja den Institutsetat garantiert.“⁵⁷⁵ Bei Friedrich Lehmann „gab es nach der NS-Zeit anscheinend auch keine handlungsleitenden Skrupel, einem praktizierenden Menschenverächter wie Otmar von Verschuer dabei helfen zu wollen, sein Institut nach Frankfurt am Main zu verlegen, wo dieser [...] einen Lehrstuhl für Genetik“ bekommen sollte. „Es stellt sich die Frage, inwieweit Keller nach dem Krieg in die Bemühungen von Teilen der Universität eingebunden war, von Verschuer einen Lehrstuhl für Genetik zu geben,“⁵⁷⁶ denn er war bis zum 1. August 1946 Stadtrat gewesen. Eingebunden waren einige städtische Personen bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten, so Adolf Miersch und Dr. Hein; dafür engagierte sich auch Stadtpfarrer Otto Fricke.⁵⁷⁷ OB Walter Kolb wird dann wohl einen begehrlchen Blick auf den Bestand der Bibliothek geworfen haben.⁵⁷⁸ Beim Spruchkammerverfahren erhielt Verschuer von verschiedenen Seiten Unterstützung.⁵⁷⁹

Prof. Robert Havemann, der vom Berliner Magistrat als vorläufiger Leiter der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eingesetzt worden war, stoppte diese beinahe erfolgreiche Etablierung in Frankfurt. Dabei sorgte

„Havemanns Veröffentlichung über die Forschungsk Kooperation zwischen Mengele in Auschwitz und Verschuer am KWI für Anthropologie im Zusammenhang mit Verschuers laufendem Entnazifizierungsverfahren in der Berliner ‚Neuen Zeitung‘ am 3. Mai 1946 für großen Unmut“⁵⁸⁰

bei der Göttinger Generalverwaltung des Instituts.⁵⁸¹ Havemann hatte auch Stadt und Universität in Frankfurt informiert.⁵⁸² Dennoch gab Verschuer nicht auf, sodass unter anderem das Hessische Staatsministerium am 28. Februar 1947 kompromisshaft erklärte, dass er „nicht mehr ‚leitend und forschend‘ tätig“ sein dürfe.⁵⁸³ Verschuer war mit seiner mehrgleisigen Aktivität in Frankfurt bis 1950 nicht erfolgreich.⁵⁸⁴ Jedoch wurde er 1951 Professor „an der Universität Münster, wo er das Institut für Humangenetik aufbaute.“⁵⁸⁵

Bruno Müller:

Bereicherung durch Plünderung und deren spätere Darstellung

Ein Kommunalpolitiker passt seine Worte den Umständen an. Für Ruhm und Reichtum wechselt er Richtungen, auch wenn es dabei und beim Schreiben nur

zum kleinen Format reicht. Nach der Revolution von November 1918 stieg Bruno Müller schnell zum Stadtrat in Frankfurt an der Oder auf. Er sprang auf zum Amt des Bürgermeisters von Höchst, das aber unter französischer Besatzung stand und 1928 in Frankfurt am Main eingemeindet wurde. Dabei erwirkte er für sich die Stellung eines Stadtrats in Frankfurt am Main. Als NS-Rechtsdezernent und Leiter der Stiftungsabteilung war er maßgeblich beteiligt an der Ausplünderung der vielen jüdischen Stiftungen. Nach 1945 lavierte er sich wieder an die Spitze der Stiftungsabteilung und veröffentlicht die offiziöse Stiftungsgeschichte, welche er für den NS-OB begonnen hatte.

Frankfurter hatten während der Stunde Null in Frankfurt geplündert, was andere Frankfurter in ihren Berichten zu jenen Tagen beklagten. Der NS-Stadtrat Bruno Müller⁵⁸⁶ hatte sich in der Übergangsphase vom „Dritten Reich“ zur amerikanischen Militärregierung in der Stadt umgesehen. Zum 27. März 1945 schrieb er in seinen Notizen vom Juni 1945 unter anderem:⁵⁸⁷ „Einige mir bekannte Mitbürger, die in den letzten Monaten und Wochen an keiner Tätigkeit teilnehmen konnten, weil sie [...] an Herzschwäche litten, erwiesen sich auf einmal als erstaunlich leistungsfähig“ bei Plünderungen von Güterzügen mit Lebensmitteln.⁵⁸⁸ Diese maschinenschriftlichen Aufzeichnungen „Erlebnisse in den ersten Tagen der amerikanischen Besatzung“ (erstellt am „9.6.45“) waren nicht für eine Verbreitung bestimmt.

Diese Aussage kann eine Invektive gegen den NS-Stadtkämmerer Friedrich Lehmann gewesen sein, dessen Amt Müller 1932 gerne gehabt hätte, aber nicht hatte erringen können. Lehmann war vor Kriegsende erkrankt. Am 3. Juli 1945 schrieb er zu dieser Erkrankung an den amtierenden Bürgermeister Wilhelm Hollbach:

„Weihnachten 1944 traten dann plötzlich schwere Gefäßkrämpfe am Herzen auf (Coronarinfarkt). Ich habe deshalb vom 25. Dezember 1944, wo ich den ersten Anfall erlitt, bis zum Einrücken der Amerikaner in Frankfurt gelegen. Erfreulicherweise hatten sich dadurch die Herzbeschwerden soweit gebessert“.⁵⁸⁹

Lehmann war von Dezember 1944 ab für die „Amtsleiterbesprechungen“, der NS-Terminus für die Dezernentenrunde, krankgemeldet und erst am 17. April wieder anwesend.⁵⁹⁰ Jedoch sind in seiner Personalakte für diesen Zeitraum weder Krankmeldungen noch ärztliche Atteste vorhanden, während es zuvor eine Reihe gegeben hatte. Für eine solche Plünderung hätte Lehmann vielleicht auf seinen Dienstwagen zurückgreifen können?

1955 schrieb dann Müller:

„Sofort öffneten die Insassen der großen Gefangenenlager ihre Gitter und erlangten die Freiheit. Sie fingen an, die Bürgerschaft unter Schreckensherrschaft zu setzen. Es bildete sich ein Selbstschutz verständiger Bürger [...], der es aber nicht verhindern konnte, daß in der Nähe der einstigen Gefangenenlager deutsche Radfahrer von den Ausländern überfallen und ihrer Räder, Uhren und sonstigen Wertsachen beraubt wurden, daß leider auch wertvolle junge Mitbürger dabei das Leben lassen mußten.“⁵⁹¹

Müller setzte dies fort in Bezug zu Deutschen: „Ebensowenig konnte verhindert werden, daß die im Höchster Güterbahnhof stehenden, mit Lebensmitteln beladenen Güterzüge zunächst von den Ausländern, später auch von der Bevölkerung ausgeplündert wurden.“ Diese Reihenfolge von 1955 ist das Gegenteil zu seinen Notizen aus dem Juni 1945.

Die Stadt Frankfurt verfügt über ein beeindruckendes Goldenes Buch; seit der NS-Zeit hat sie auch ein ziemlich schlichtes Goldenes Buch der Stiftungen sowie ein kaum bekanntes Erinnerungsbuch der Stiftungen. Stadtrat a. D. Dr. Schlotter schrieb als Leiter der Stiftungsabteilung am 10. Oktober 1945, von diesem Erinnerungsbuch sei „der wertvolle Einbanddeckel nach dem Einmarsch der Amerikaner in Verlust geraten.“ Zwei Tage später erklärte Schlotter zum diskutierten Aufbewahrungsort für das kostbare Goldene Buch der Stadt, dass er die Tresorräume der Stadthauptkasse „für ausserordentlich ungünstig“ halte, „weil dort die Amerikaner Zugang haben“.⁵⁹² Am 25. Januar 1947 schrieb Schlotter zum Erinnerungsbuch jedoch von einem „Einbruch der Polen“.⁵⁹³ Dieser Schuldzuschreibung zum Verlust des Einbandes schloss sich am 9. Mai 1949 Müller an, sofern er selbst nicht der Urheber der genannten Behauptung gewesen war:

„Der schöne Umschlag dieses ‚Ehrenbuches‘ ist im April 1945 bei der Plünderung des notdürftig in der Holzhausen Schule untergebrachten Bestandes der Stiftungsabteilung von freigelassenen Polen entwendet worden. Die Blätter mit den Eintragungen blieben aber erhalten und sind im Mai 1945 behelfsmäßig neu gebunden worden.“⁵⁹⁴

Im Mai 1949 ist der Kalte Krieg anscheinend so wirkmächtig gewesen, dass Müller ehemaligen polnischen Zwangsarbeitern den Diebstahl unterstellte. In seinem Stiftungsbuch schrieb Müller 1958 schließlich, der Einband sei von „plündernden Ausländern“ entwendet worden.⁵⁹⁵

Es könnten Deutsche gewesen sein. Wahrscheinlicher ist, dass es amerikanische Soldaten waren; GIs hatten in Deutschland für Souvenirs Beute gemacht. Gerade sie hatten Kunstwerke gestohlen, so den berühmten Quedlinburger Domschatz.⁵⁹⁶

**Wilhelm Polligkeit:
möglichst wenig Sozialausgaben für aus dem KZ Theresienstadt
zurückgeholte Juden**

Kaum jemand ist so umtriebig gewesen als Sozialmanager, so gut vernetzt und so erfolgreich wie Wilhelm Polligkeit.⁵⁹⁷ Mühelos wechselte er von der Kaiserzeit in die Weimarer Republik, dann in das „Dritte Reich“ und schließlich in die junge Bundesrepublik. Macht strebte er an, und einflussreich war er. Mit Herrschenden stellte er sich gut.

So wurde er Frankfurter Sozialdezernent im Juni 1945 und blieb es bis zum Ende Juli 1946.⁵⁹⁸ Währenddessen war er auch verantwortlich für die Betreuung von zurückgekehrten sowie aus KZs nach Frankfurt zurückgeholten Juden. Aber „bereits ab Spätsommer 1945 wendet Polligkeit beträchtliche Zeit und Mühe auf, um immer wieder unberechtigte Bezieher von Fürsorgeleistungen aufzuspüren“⁵⁹⁹.

„In einem ausführlichen Bericht über ‚Betrugsfälle politischer Häftlinge‘ sprach Polligkeit von ‚einem Teil der jüdischen KZ-Häftlinge‘, die sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Vermögensvorteile verschafften und wegen Betrugs angezeigt worden seien. Realiter waren es sechs namentlich aufgeführte Fälle, alles ‚polnische Juden‘“.

„Die Wortwahl [reichte, G. St.] von ‚kriminellen und asozialen‘ Elementen bis zu ‚Berufsverbrechern‘ [...] Wer während der NS-Zeit in einem KZ gewesen war, hatte auch nach ihrer Einsicht sicher gelitten, aber andererseits, warum war dieser Mensch überhaupt in eine solche Lage gekommen?“

Hat sich Polligkeit manchmal mehr um die Kosten gesorgt als um die Menschen? Er vertrat „bereits seit November 1945“ die Ansicht, „die Arbeit der Sonderbetreuungsstelle“ könne demnächst beendet werden. Und Anfang 1946 hielt er „eine Sonderstellung von Verfolgten und Überlebenden des NS-Regimes sozial und politisch für nicht mehr vertretbar“. Für Juden aus dem KZ Theresienstadt,

denen Polligkeit eine Kur im Hilfskrankenhaus Köppern⁶⁰⁰ zubilligte, wollte er wie der NS-Stadtkämmerer Lehmann „eine Verrechnung der entstehenden Kosten aus Reichsmitteln“.

Polligkeit stellte für Rudolf Prestel⁶⁰¹, der ihm als Sozialdezernent folgte, einen „Persilschein“ aus.⁶⁰² Er setzte sich auch für Hermann Baldes ein,⁶⁰³ einen Verwaltungsdirektor des Fürsorgeamtes, der sehr wahrscheinlich bei den vielen sozialrassistischen Maßnahmen des Sozialamtes mitgewirkt hatte. Durch einen vom „Karrierebewusstsein getriebenen Opportunismus hat er so manchem belasteten Kollegen nach dem Krieg dazu verholfen, wieder festen Tritt zu fassen“.⁶⁰⁴

Friedrich Lehmann:

möglichst wenig Finanzmittel für ausgeraubte Juden

Frankfurt am Main war die „zweithöchst verschuldete Grosstadt Deutschlands“.⁶⁰⁵ Und Friedrich Lehmann⁶⁰⁶ war 1932 ihr Stadtkämmerer geworden: Sein berufliches Ziel wird die Entschuldung Frankfurts gewesen sein. Zugleich wollte er als NS-Stadtkämmerer gestalten, weshalb er im „Dritten Reich“ Geld für Pseudobezahlungen bei der NS-Raubkunst zur Verfügung stellte.

Nach dem Krieg argumentierte der sich weiterhin im Amt befindende Kämmerer Lehmann, es sei eine Widerstandsleistung gewesen, eine hohe Millionen-summe Bargeld gerettet und damit nach dem Krieg in Frankfurt die Geldzirkulation gesichert zu haben. Unabhängig davon, dass diese Behauptung maßlos und wohl falsch gewesen ist, bleibt es erschreckend, wenn man diese Aussage Lehmanns kontrastiert mit der Forschung von Viktoria Pollmann zu seiner Rolle bei besonderen Anstrengungen des amtierenden Bürgermeisters Hollbach unmittelbar nach dem Krieg: „Zur Kostenübernahme bei der Instandsetzung der Liegenschaften der jüdischen Gemeinde fragte auch der Kämmerer Dr. Friedrich Lehmann am 27. Mai 1945 etwas maliziös beim Bauamt an, woher man denn ‚die Kosten zu nehmen gedenke‘.“⁶⁰⁷ Pollmann zieht das Fazit:

„Dabei wäre allein das über das ganze Jahr 1945 dauernde kleinliche Hickhack um den Kostenvoranschlag der jüdischen Gemeinde, die Frage von Vorschüssen, Krediten und Rückzahlungsmodalitäten eine ausführliche Behandlung wert, denn niemand in der städtischen Finanzverwaltung kannte besser als [...] Lehmann die Ursachen [...] der völlig verarmten jüdischen

Gemeinde [...] Bei der Diskussion um die finanzielle Unterstützung der Gemeinde wird ihr unverfroren empfohlen, sich eigene Einnahmen zu erschließen“;

wenn die „Spenden des amerikanischen Hilfskomitees“ nicht ausreichten, und zwar durch „Erhebung einer Kultussteuer und Sammlungen bei den wirtschaftlich stärkeren Mitgliedern der Gemeinde“, so Lehmann an das Stadtoberhaupt. Es handelte sich dabei um das Entgelt für Heiminsassen.

Indem Lehmann – wie er es in der NS-Zeit in Frankfurt praktiziert hatte – die Jüdische Gemeinde für solche Sozialleistungen in der Verantwortung sah und nicht die Stadtgemeinde, argumentierte er antisemitisch-rassistisch. Juden waren enteignet worden; für diejenigen, die sich verstecken konnten, hatte dies das Ende der bürgerlichen Existenz bedeutet. Lehmann kannte die allgemeinen wie die städtischen Ausplünderungen nur zu gut – bis hin zur „Auflösung der jüdischen Kleinstguthabenkonten“.⁶⁰⁸

Ausblick

Je mehr biographische Daten zu dieser Phase veröffentlicht werden, umso besser sind individuelle Optionen zur Lebensgestaltung einzuschätzen. Charaktere von Protagonisten sowie deren Einstellungen und Verhalten lassen sich dann zunehmend erkennen und schließlich bewerten. Wege zur Prosopographie werden besser denkbar. Darüber hinaus sind Beziehungsgeflechte zu entschlüsseln. Folglich lohnt sich der Blick auf Details bei Biogrammen aus der NS-Zeit.

Bernd Blisch

Juristische Aufarbeitung der Naziverbrechen in einer Kleinstadt: der sogenannte Flörsheimer Kristallnacht-Prozess vom 9. bis 14. Mai 1949

Im Mai 1949 fand im Flörsheimer Traditionsgasthaus „Zum Hirsch“ eine außergewöhnliche und bis dahin einmalige Veranstaltung statt. Die Strafkammer des Landgerichts Wiesbaden tagte vom 9. bis zum 14. Mai im großen Saal des Gasthauses zum seinerzeit sogenannten Flörsheimer Kristallnacht-Prozess. Es ging darum, wie es der damalige Bäckermeister und Hobbyhistoriker Ludwig Dehn in einer Notiz für den Flörsheimer Heimatverein hinterließ, die Vorgänge des 10. November 1938 „zu überprüfen, um wenigstens einen Teil der Täter von damals der gerichtlichen Strafe zuzuführen“.⁶⁰⁹

Die Idee des Gerichts, am Ort des Geschehens zu verhandeln, schien aufzugehen. Der Saal soll jeden Tag mit Zuhörern voll besetzt gewesen sein, die Urteilsverkündung in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai 1949 um 2 Uhr in der Frühe habe vor 600 Personen im völlig überfüllten Lokal stattgefunden.⁶¹⁰ Wenn man überlegt, dass Flörsheim im Jahr 1939 knapp 7.000 Einwohner hatte und 1949 rund 9.000 Einwohner (der Zuzug erfolgte durch Ausgebombte, Flüchtlinge und Heimatvertriebene), dann war sicher aus jeder Familie des Flörsheim der Nazijahre jemand beim Prozess anwesend.⁶¹¹

So groß das Interesse auch vor Ort war, so wenig Niederschlag fand es etwa in der lokalen Zeitung. Die Flörsheimer Zeitung – der Maingau Bote – berichtete nur ein einziges Mal in ihrer Ausgabe am 27. Mai über das „Urteil im Landfriedensbruch-Prozess“.⁶¹² Breiteren Raum in der wöchentlich erscheinenden Zeitung nahmen die Vorbereitungen zur Pfingst-Ruderregatta am 5. und 6. Juni⁶¹³ sowie die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Georg von Opel⁶¹⁴ ein.

Gehen wir aber zunächst ein paar Jahre zurück und blicken auf das, was der Verhandlungsgegenstand war:

Die Kleinstadt Flörsheim am Main hatte eine jahrhundertealte jüdische Tradition.⁶¹⁵ Eine Synagoge war bereits in Kurmainzer Zeit im Jahr 1718 errichtet worden, deren 200-jähriges Bestehen man mit Stolz im Jahr 1918 feierte⁶¹⁶ und die in den 1920er Jahren noch einmal aufwendig renoviert wurde. In Flörsheim lebten im Jahr 1933 52 Juden, Frauen, Kinder, Männer, die in den unterschiedlichsten Berufen tätig waren, im Handwerk als Bäcker und Metzger, als Laden-

besitzer für Oberbekleidung oder Schuhe, als Händler von Vieh oder Futtermitteln, als Fabrikant oder Besitzer von kleineren Betrieben. Viele waren auch in die Flörsheimer Vereinswelt eingebunden.⁶¹⁷

Was das Verhältnis der jüdischen und nichtjüdischen Bürgerinnen und Bürger in Flörsheim betrifft, so wird oft darauf verwiesen, dass auch die jüdische Gemeinde in Flörsheim den Stadtfeiertag „Verlobter Tag“ beging.⁶¹⁸ Ein Zeichen, wie sehr sich auch die jüdische Gemeinde der Stadt verbunden fühlte.

Der Bezirksrabbiner Dr. Paul Lazarus aus Wiesbaden betonte bei seiner Festpredigt zum Abschluss der Renovierung der Synagoge im Jahr 1927, dass „heute Friede und Eintracht unter den Menschen aller Konfessionen herrsche“.⁶¹⁹ Und auch der Festball am Sonntag, dem 26. Juni 1927, im „Sängerheim“, dem ehemaligen Gasthaus „Kaisersaal“ mit „vorzüglicher Musik und erstklassigem Jazzorchester“ vermittelt den Eindruck einer Gemeinschaft ohne Schwierigkeiten.⁶²⁰

Der Schein trog jedoch: Rasch nachdem die Nationalsozialisten an die Regierung kamen, gab es wie in allen deutschen Städten und Dörfern Ausschreitungen gegen die jüdische Gemeinde und ihre Mitglieder. Am 1. April zogen auch in Flörsheim bewaffnete Posten vor die Läden der Juden und verhinderten den Zutritt für Kunden.⁶²¹ Ein Thema des Prozesses von 1949 wurde eine „Abwasch-Aktion“ im September 1933, bei der drei Vertreter der Sozialdemokraten, darunter ein Mitglied der jüdischen Gemeinde (Hermann Altmaier), und ein Vertreter der kommunistischen Partei gezwungen wurden, noch lesbare Wahlaufrufe von SPD und KPD an der Opel-Brücke abzuwaschen bzw. zu entfernen.⁶²² In den nächsten Jahren fand in Flörsheim wie überall im Reich die Entrechtung auch der Flörsheimer Juden und ihre Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben und dem Alltag statt.

Im Jahr 1938, noch vor dem Pogrom im November, nahm die Ausgrenzung der Flörsheimer Juden jedoch eine neue Dimension an. Im Frühjahr ging die Lagerhalle von Hermann Herzheimer – wohl durch Brandstiftung – in Flammen auf. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juni wurde der jüdische Friedhof geschändet.⁶²³ Im Sommer 1938 prügeln drei Flörsheimer Nationalsozialisten so auf Vater und Sohn Wolf ein, dass der Vater im November an seinen Verletzungen starb.⁶²⁴

Das Novemberpogrom übertraf allerdings sowohl im Umfang als auch im Ausmaß der Gewalttätigkeiten alle bisherigen lokalen Aktionen. In Flörsheim ist es der 10. November und der Abend und die Nacht vom 10. auf den 11. November, an dem es zu Ausschreitungen kam. In nahezu allen Wohnhäusern Flörsheimer jüdischer Familien, ihren Geschäften oder Fabriken kam es zu Zerstörungen und Verwüstungen. Auch die Synagoge wurde an diesem Tag komplett verwüstet.

Der jüdische Totenwagen wurde mit liturgischem Gerät, den Thorarollen und Leuchtern beladen, an den Main gefahren und dort angesteckt. Die Überreste warf man sodann in den Main.⁶²⁵

Vor allem um diese Ereignisse vom 10. November 1938, die „Abwasch-Aktion“ vom Sommer 1933, Tötlichkeiten gegen einen SPD-Kommunalpolitiker im August 1933 und Ausschreitungen gegen den Nachkriegsbürgermeister Jakob Merkel im September 1933 richtete sich nun diese Verhandlung der Strafkammer im Mai 1949.

Das Verfahren begann mit einem Paukenschlag: Wegen formeller Fehler konnte das Ergebnis der Vernehmungen der Angeschuldigten im Ermittlungsverfahren nicht verwertet werden. Auch Teilgeständnisse blieben deshalb außer Betracht. Man habe die Aussagen unter Druck abgeben müssen. Der vernehmende Richter habe mit Inhaftierung gedroht.⁶²⁶

18 Personen waren angeklagt.⁶²⁷ Die Staatsanwaltschaft forderte in einem Fall eine Höchststrafe von drei Jahren und sechs Monaten, bei neun Personen wurden Anträge für Strafen über ein Jahr gestellt.

Die meisten Angeklagten wollten jedoch nur zufällig am Tatort gewesen sein, ohne bei den Zerstörungen mitgewirkt zu haben. Als typisch für die Einlassungen der Angeklagten gilt Werner Schiele, der mit seinen Büchern über die Juden in Flörsheim sicher der beste Kenner der Materie ist, die Äußerung: „Ich habe mich im Allgemeinen wenig um alles gekümmert und bin eben aus Neugier im Hausgang des Hauses Schohl gewesen, bei Herzheimer war ich nicht im Haus. Als ich zu Herzheimer kam, war alles schon fertig.“⁶²⁸

Ein angeklagter SA-Truppführer erklärte, er habe sich zwar in Flörsheim aufgehalten, aber „von der ganzen Judenaktion an diesem Tage überhaupt keine Kenntnis gehabt“. Erst nach einer späteren Unterrichtung sei er im Sturmlokal eingetroffen und habe gegenüber den SA-Männern die Anweisung erteilt, vor den Häusern der Juden Posten zu stehen, um Diebstahl und Plünderungen zu verhindern.⁶²⁹

Über einen der Hauptangeklagten schreibt Ludwig Dehn in seiner bereits erwähnten Notiz: „Daß Kraft mit einer Axt bewaffnet war, wie dies der Vorsitzende ihm vorhielt, daran konnte sich der Beklagte nicht mehr erinnern. Überhaupt wurden die Nazis nach dem Zusammenbruch von einer sonderbaren Krankheit, eher schon eine Epidemie, befallen, sie litten an Gedächtnisschwund. Das offenbarte auch der Prozeß im Hirsch.“⁶³⁰

Es verwundert allerdings, dass auch die meisten Zeugen, in der Regel Nachbarn der Familien Herzheimer oder Schohl, vorgaben, einzig viel Krach gehört,

aber keine Täter erkannt zu haben. Obwohl die Menschenmenge vor dem Anwesen Schohl wohl um die 100 Personen umfasste.⁶³¹

Typisch für Zeugenaussagen sind die beiden folgenden von Nachbarinnen der Familie Schohl:

„Gegen 22 Uhr ungefähr hörten wir aber Lärm, man konnte deutlich hören, wie Fensterscheiben und Möbel zertrümmert wurden. Wir gingen darauf zum Fenster und sahen bei Schohl den Tumult. Vor dem Haus Schohl stand eine große Menschenmenge. Im Haus Schohl bemerkte ich mehrere Leute, die randalierten. Es ging ein und aus. Ich sah mir das nicht lange an, ging dann zu Bett und war ganz fertig.“⁶³²

Eine weitere Nachbarin beschreibt ähnlich: „Auf der Straße vor dem Haus Schohl sahen wir eine Menschenmenge. Man hörte Scheibengeklirr. Ich habe nicht lange geschaut, weil mir das zu furchtbar war.“⁶³³

Von den 18 Angeklagten wurden in der Nacht zum 14. Mai 1949 neun Personen zu Freiheitsstrafen zwischen sieben und zwölf Monaten verurteilt.⁶³⁴ Es erfolgten Verurteilungen in sieben Fällen wegen einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch, bei einem Angeklagten wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch. Ein Angeklagter wurde wegen seines Tatbeitrags bei der Zerstörung der Synagoge wegen Beihilfe zur gemeinschädlichen Sachbeschädigung verurteilt.⁶³⁵ Mit dem Strafmaß blieb das Gericht damit weit unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft. Das Gericht sah sich häufig nicht in der Lage, konkrete Feststellungen zu treffen. An der einen oder anderen Stelle des Urteils findet sich der Satz: „Dieser Verdacht reichte indessen nicht aus, um [xy] einer Schuld zu überführen. Andere Beweismittel fehlten. Der Angeklagte war daher in diesem Punkte freizusprechen.“⁶³⁶ Ein Angeklagter wurde freigesprochen, weil das Gericht seine Aussage als nicht widerlegbar einstufte. Er hatte vorgebracht, er sei nur deswegen im Anwesen Schohl angetroffen worden, weil er seine Ehefrau gesucht habe, die er im gegenüberliegenden NS-Frauenschaftsheim vermutet habe.⁶³⁷

Dass die Angeklagten wegen der „Abwasch-Aktion“ 1933 und der Ausschreitungen 1933 gegen den späteren Nachkriegsbürgermeister Jakob Merkel verurteilt wurden, hat sicher damit zu tun, dass hier Betroffene bereit waren auszusagen. Die Witwe und die Töchter von Dr. Schohl – er selbst war in Auschwitz ermordet worden – waren nach Flörsheim zurückgekehrt und kämpften für ihre Sache.⁶³⁸ Deshalb nahmen die Gespräche und Bemerkungen über die Verwüstung des Anwesens Schohl sicher einen besonders großen Raum im Prozess ein. Familie

Herzheimer war in die Schweiz ausgewandert, die Familie Hermann Altmaier war nach New York emigriert. Viele ältere Mitglieder der jüdischen Gemeinde waren ermordet worden, die jüngeren Mitglieder waren in alle Welt zerstreut.

Zwischen den Tätern und ihren Verwandten, Nachbarn und Vereinskameraden scheint eine Art „Korpsgeist“ im Dorf geherrscht zu haben, der noch stärker war als der Wunsch, die Täter der gerechten Strafe zuzuführen.

Willi Thomas, SPD-Mitglied und eines der Opfer der „Abwasch-Aktion“, schrieb am 17. Mai 1949 in einem Brief an den in New York lebenden ehemaligen Flörsheimer Robert Gerson. (Gerson und seine Frau waren nach Theresienstadt deportiert worden, was beide überlebten und nach Amerika emigrierten.) Herr Thomas schreibt also noch unter dem Eindruck des Prozesses:

„Es ist beschämend für eine große Gemeinde von 9000 Einwohnern, daß es gerade drei Menschen gibt, die so viel Mut aufbrachten, sich gegen die Schurkereien und ihre Veranlasser zu stellen. Im Juli 1947 hatten wir für den Landgerichtsrat Thuro[w] aus Wiesbaden Protokolle gemacht über die in Flörsheim verübten Schandtaten. Zwei Jahre hat die Staatsanwaltschaft über diese Dinge gebrütet. Es ist eine Anklage herausgekommen, die sich hören läßt. [...] Die vielen von uns angegebenen Zeugen haben vollständig versagt oder sie haben nichts gesagt. [...] Eine Tragödie ist beendet. Ihr habt Heimat, Hab und Gut verloren, doch eines haben wir dabei gerettet. Wir haben einer Bestie bewiesen, daß es eine Gerechtigkeit auf der Welt gibt. Wenn auch viele ungestraft für ihre Untaten in Flörsheim herumlaufen, so ist immerhin der Gerechtigkeit Genüge getan.“⁶³⁹

**80 Jahre danach:
Das Kriegsende als Mythos
oder Verpflichtung?
Wie über Verantwortung
sprechen?**

NEUBEGINN 1945

JUGEND ERINNERT 2025

EINE INTERVENTION IN DER DAUERAUSSTELLUNG

27.06.2025 – 11.01.2026

ORT

sam – Stadtmuseum am Markt
Marktplatz · 65183 Wiesbaden



Stadta WI Best. F000, Nr. 5453. Fotograf: Willi Rudolph

In Kooperation mit

sam
STADTMUSEUM
AM MARKT

ELLY-HEUSS-SCHULE
WIESBADEN

MARTIN-NIEMÖLLER
SCHULE

Gymnasium
Tausenstein
Gymnasium des Wittgenstein-Tausen-Kollegs



Lisa Sommer

Neubeginn 1945 – Jugend erinnert 2025. Eine partizipative Intervention im sam – Stadtmuseum am Markt

Zu diesem bedeutsamen 80. Jahrestag, der ein Ende, aber vor allem auch einen Neubeginn markiert – für ein demokratisches System, eine Werteordnung, die uns heute immer noch begleitet und unser freies, gesellschaftliches Miteinander ermöglicht und prägt –, war es für uns als Stadtmuseum selbstverständlich, ein besonderes Augenmerk auf diese Zeit zu legen. Unser Ziel war es, das Kriegsende und den Neubeginn durch ein Projekt auf besondere Weise in das Bewusstsein der Wiesbadener Stadtgesellschaft zu bringen, vor allem in das Bewusstsein der Jugend und Generation, die das Kriegsende und die Nachkriegszeit nicht selbst miterlebt hat und deren Bezug zu diesem Thema bereits sehr gering scheint. Denn wir sind davon überzeugt, dass die persönliche und kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, besonders mit persönlichem Bezug, auch den kritischen Blick und das Verständnis für aktuelle Ereignisse und Entwicklungen schärfen sowie die eigene Verantwortung bewusst machen kann. Gleichzeitig sehen wir uns als Plattform, auf der sich kritisch mit historischen Themen und Fragen auseinandergesetzt werden kann, als eine Plattform, die Verbindungen schafft zu Fragestellungen, die in veränderter Form auch heute (wieder) relevant sind. In unseren Augen bot sich das Thema – die Auseinandersetzung mit der Anfangszeit der Bundesrepublik und damit auch mit der „eigenen“ Geschichte – sehr gut für ein partizipatives Projekt mit Schulen an. Entstanden ist das Projekt „Neubeginn 1945 – Jugend erinnert 2025“.

Ein Aufruf an Wiesbadener Schulen ermutigte die Lehrkräfte, sich mit ihren Schülerinnen und Schülern mit dem Ende des Krieges und dem Anfang der Bundesrepublik auseinanderzusetzen sowie ihre Recherchen und Ergebnisse bei uns im Museum zu präsentieren. Die einzelne Themenwahl ließen wir gezielt offen, damit die Schülerinnen und Schüler eigene Schwerpunkte setzen konnten. Daraufhin meldeten sich vier Lehrkräfte aus vier unterschiedlichen Schulen, die sich mit ihren Schülerinnen und Schülern beteiligen wollten: Dr. Benjamin Laqua von der Martin-Niemöller-Schule, Holger Stunz von der Elly-Heuss-Schule, Sophie Baumgart vom Gymnasium Taunusstein und Monica Huff von der Wiesbaden High School. Mit der Wiesbaden High School kam die US-amerikanische Per-

spektive mit in die Ausstellung und damit auch eine Präsenz, die in der Nachkriegszeit im besetzten Wiesbaden eine große Rolle spielte.

Die Vorgehensweise der Lehrkräfte war unterschiedlich: Frau Baumgart etablierte das Projekt – nach demokratischer Abstimmung mit ihren Schülerinnen und Schülern – im Unterricht, während die restlichen Schulen Projektgruppen aus Interessierten bildeten, die sich nach dem Unterricht freiwillig dem Projekt widmeten.

Die Schulen arbeiteten dann mit viel Eigeninitiative: trafen eine Themenwahl und konsultierten Archive, Heimatforscher sowie Zeitzeugen und Zeitzeuginnen. Durch die freie Themenwahl kam ein breites Spektrum an Themen zustande, wobei der Fokus merklich auf sozialen Themen lag: dem Schulalltag nach Kriegsende, Kindheitserfahrungen in der Wiederaufbauzeit, der Aufnahme von Flüchtlingen aus den ehemals deutschen Gebieten und der Etablierung der amerikanischen Wiesbaden High School für die Kinder der US-Streitkräfte.

Als Koordinationsstelle standen wir vom sam beratend und helfend zur Seite. Ein Workshop im Museum gab den Einstieg aus dem Theoretischen ins Praktische: Was heißt es eigentlich, eine Ausstellung zu konzipieren? Und wie gelingt das auf kleinem Raum? Denn für die Intervention konnte nur eine kleine Nische im Marktkeller zur Verfügung stehen, und es war schnell klar, dass sich jede Projektgruppe auf ein Roll-up zur Präsentation ihres Themas beschränken musste. Da sich die Schulklasse des Gymnasiums Taunusstein aufgrund der Gruppengröße und Einbettung in den Unterricht nicht nur einem Thema widmen konnte, bekam sie zwei Roll-ups zur Verfügung. Was leider immer noch nicht sehr viel mehr Platz bedeutete. Nun hieß es, die recherchierten Informationen – teilweise zahlreiche Seiten lang – auf maximal 1.000 Zeichen herunterzubrechen. „Wie soll das denn gehen?“, fragten einige Schülerinnen und Schüler mit Entsetzen. Eine Einführung in die Kunst des Ausstellungstexteschreibens schaffte Abhilfe. Auch Präsentationsleitlinien halfen bei der Erstellung einer Skizze zur Gestaltung der Roll-ups.

Entstanden sind eindrucksvolle visuelle und textliche Beiträge, die von persönlichen Biographien, kollektiven Erfahrungen und strukturellen Herausforderungen erzählen.

Die Projektgruppe der Elly-Heuss-Schule beschäftigte vor allem der Alltag an ihrer Schule nach Ende des Krieges. Die damalige Mädchenschule am Boseplatz hatte Glück: Ihr Gebäude wurde nicht durch Luftangriffe zerstört. Sie blieb lediglich von Februar bis Oktober 1945 geschlossen, weil Fenster kaputt waren. Die Schule am Schlossplatz hingegen war eine Ruine geworden, weshalb die Schüle-

rinnen nachmittags an der Elly-Heuss-Schule unterrichtet werden mussten. Nationalsozialisten unter den Lehrkräften mussten gehen, sodass es Lehrermangel gab. Flüchtlingskinder aus dem Osten kamen in großer Zahl, woraufhin die US-Amerikaner mit Schulessen halfen. Der Neustart brachte Aufbruch: die Einführung der Schülervertretung, internationale Kooperationen und neue Lehrpläne. Profile sorgten für Auswahl. Man konnte sich für einen musischen, einen neu sprachlichen, einen natur- oder einen sozialwissenschaftlichen Zweig entscheiden. Obwohl es nicht mehr ganz in den Untersuchungszeitraum passte, faszinierte die Projektgruppe in besonderem Maße der Umstand, dass auf dem Höhepunkt des Krieges ein Bunker im Keller für die Nachbarschaft gebaut wurde. Dort taten Schülerinnen jede Nacht Dienst. Die Gruppe untersuchte den Bunker im Keller und hielt ihn filmisch fest. Der Film wurde in der Ausstellung auf einem Monitor auf einem alten Schultisch gezeigt

Lotta Liebau und Rheana Schücke von der Martin-Niemöller-Schule beteiligten sich mit ihrem Thema „Neue Grenzen, neue Heimat? Geflüchtete und Vertriebene in Wiesbaden“ am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten und erzielten mit ihrer Arbeit einen Landessieg.⁶⁴⁰ Die Arbeit war als Lesexemplar in der Ausstellung ausgelegt und über einen QR-Code abrufbar. Das Roll-up verdeutlichte die wichtigsten Informationen zur Aufnahme von Flüchtlingen in

Rheana Schücke vor
den Roll-Ups der Martin-
Niemöller-Schule.

Foto: Patrick Bäumerl



Wiesbaden: Zwischen 1944/45 und 1950 flohen Millionen Deutsche aus Ostpreußen, Schlesien oder dem Sudetenland. Den Hintergrund bildeten die 1945 beschlossenen neuen Grenzen im Osten, die zu massenhaften Zwangsumsiedlungen führten. Wiesbaden – größtenteils zerstört und mit katastrophaler Versorgungslage – stand damals vor der Frage: Wie sollten die zahlreichen Heimatvertriebenen ein neues Zuhause und ausreichende Versorgung erhalten? In Wiesbaden führte der Wohnraumangel zu einer bevorzugten Unterbringung der Vertriebenen in privaten Haushalten der Vororte wie Kloppenheim, Igstadt oder Erbenheim. Daher kam es oft zu Spannungen zwischen Einheimischen und Neubürgern. Wiesbaden hatte zudem zwar bereits 1946 sechs Durchgangslager eingerichtet, dort mangelte es jedoch an Platz, Schlaf- und Kochstätten sowie an Sanitäranlagen. Aufgrund der angespannten Situation erwirkte die Stadt Wiesbaden am 20. August 1946 eine Zuzugssperre, um Massenflüchtlingstransporte zu stoppen. Alleinreisende Flüchtlinge erhielten nur dann eine Zuzugsgenehmigung, wenn sie bei Verwandten wohnten oder einen sogenannten Mangelberuf ausübten. Arbeit war bei der Integration der Flüchtlinge ein wichtiger Faktor. Besonders für Aufbauarbeiten waren Arbeitskräfte gesucht. Die Wiesbadener und Wiesbadenerinnen wurden daher immer wieder aufgefordert, zur Integration der Flüchtlinge beizutragen – sei es durch die Bereitstellung von Wohnraum oder durch die Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Eins der insgesamt zwei Roll-ups des Gymnasiums Taunusstein widmete sich ebenfalls den Zuwanderungs- und Flüchtlingsströmen nach 1945, aber mit einem Fokus auf Taunusstein: Flüchtlings- und Zuwanderungsströme stellten viele Ortsteile Taunussteins vor große Herausforderungen. Irmgard M. aus dem tschechischen Zwittau war eine von rund drei Millionen Sudetendeutschen, die nach 1945 aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Sie berichtet von der Vertreibung aus ihrer Heimat, der Ankunft in einem Zwischenlager in Taunusstein-Hahn und ihrer Kindheit und Jugend in Oberlibbach. Die Familie wohnte zunächst in einem Zimmer bei Einheimischen und schlief auf Strohsäcken. Anfangs dachte sie noch, sie würde bald wieder in ihre Heimat zurückkehren. Heute lebt Irmgard M. bereits 79 Jahre in der Region. Die hohe Zahl an Flüchtlingen und Zuwanderungsströmen führte zu einer Wohnungsnot. Viele Gemeinden reagierten mit verstärktem Wohnungsbau. In Hahn bekamen Familien von der Gemeinde vergünstigtes Bauland, wenn sie bereit waren, Vertriebene in ihren Häusern aufzunehmen. Auch die Wasserversorgung war infolge der Bevölkerungsentwicklung unzureichend. Infolgedessen begann die Gemeinde Hahn mit der Verbesserung der örtlichen Infrastruktur.

Auf dem zweiten Roll-up fassten die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Taunusstein ihre Ergebnisse der Recherchen zu Kindheit und Jugend in der Nachkriegszeit in Taunusstein zusammen: Aus Zeitzeugenberichten geht hervor, dass viele Schulgebäude in Taunusstein und Umgebung unzureichend ausgestattet waren. Es gab zu wenige und zu kleine Räume, der Umgang mit den Schülerinnen und Schülern war streng. Der Zweite Weltkrieg wurde in den Schulen kaum bis gar nicht thematisiert. Lebensmittel waren sehr knapp. Viele Familien bauten, wenn sie die Möglichkeit dazu hatten, selbst an oder halfen den ansässigen Bauern, um dort Lebensmittel zu bekommen. Der wertschätzende Umgang mit Lebensmitteln und ihre Bedeutung wird besonders an einem Zitat von Helmut Schaab deutlich, der im Jahr 1947 von einem benachbarten Bauern zwei Brote zur Konfirmation geschenkt bekam. Hierzu berichtet er: „Das war mein schönstes Konfirmationsgeschenk, weil ich mich endlich zu Hause satt essen konnte.“ Um die Versorgung mit den Lebensmitteln zu regulieren, führte das Ernährungsamt ein Kartensystem ein. Es schrieb vor, wie viele Lebensmittel an bestimmte Personengruppen ausgegeben werden durften.

Die Abschlussklasse der Wiesbaden High School recherchierte zur Gründung ihrer Schule, die mit der beginnenden Besatzungszeit der US-Amerikaner in Wiesbaden immer notwendiger wurde: Die heutige Wiesbaden High School wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, um Kindern amerikanischer Militärangehöriger im besetzten Deutschland eine schulische Heimat zu geben. Wiesbaden war ein strategisch wichtiger Standort für die US-Streitkräfte, hier stationierte Soldaten lebten mit ihren Familien vor Ort. Die Schule eröffnete 1946 in einem ehemaligen deutschen Schulgebäude an der Lahnstraße. 1948 kamen Oberstufenklassen hinzu – mit nur 50 Schülerinnen und Schülern sowie gemischtem deutsch-amerikanischem Personal. Zuvor mussten die jungen Menschen lange nach Frankfurt pendeln. Das Gebäude wurde kaum verändert – amerikanischer Lehrplan im deutschen Bau. Sport, Cheerleading und Schulveranstaltungen prägten die frühen Jahre. Die Schulzeit war stark von der US-Besatzung geprägt. Trotz räumlicher Nähe lebten deutsche und amerikanische Jugendliche oft getrennt. Spielplätze und Wohnräume wurden separat genutzt. Dennoch entstand eine eigene amerikanische Schulidentität – mit Stolz, Teamgeist und Gemeinschaftsgefühl. Die Geschichte zeigt, wie Bildung und Begegnung auch in Zeiten des Umbruchs möglich waren.

Während alle Texte in der Ausstellung in Deutsch zu lesen und englische Übersetzungen über einen QR-Code zugänglich waren, blieb der Text der High



Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende eröffnet
die Ausstellung am
26. Juni 2025 im sam.
Foto: Patrick Bäumel

School in English, der Muttersprache der Schülerinnen und Schüler. Dort war die deutsche Übersetzung über einen QR-Code zu finden.

Am 26. Juni 2025 fand die feierliche Eröffnung der Ausstellung mit einem Grußwort des Oberbürgermeisters Gert-Uwe Mende und der Vorstellung der Roll-ups und Themen durch die Projektgruppen statt. Es war ein gelungener Abschluss eines schönen, lehrreichen und herausfordernden Projekts, mit dessen Endprodukt an dem Abend alle sehr zufrieden waren.

Die Ausstellung war vom 27. Juni 2025 bis zum 11. Januar 2026 im sam kostenfrei zu sehen.

Die Beiträge der Schülerinnen und Schüler lenkten den Blick nicht nur auf die schwierige, aber prägende Anfangszeit der Bundesrepublik – oft mit einem Schwerpunkt auf sozialen Herausforderungen –, sondern auch auf Themen, die in veränderter Form bis heute relevant sind. Wer darf ankommen? Was bedeutet Neuanfang heute? Sie spiegeln zudem wider, was junge Menschen heute im Rückblick auf die Vergangenheit bewegt.

Wir vom sam halten es für wichtig, dass wir weiter gemeinsam die Erinnerung pflegen, dass wir die Verknüpfung herstellen zwischen historischen Ereignissen und unserer aktuellen Gesellschaft. Darin sehen wir einen wichtigen Beitrag unseres Museums zur politischen Bildung und zur Stärkung des demokratischen Gedankens. Museen sind Orte der Demokratie, die vielfältige Erfahrungen hinsichtlich Bildung, Reflexion und Wissensaustausch ermöglichen. Wir wünschen uns, in Zukunft weitere solcher Projekte umsetzen zu können.

Margit Sachse

„Wir sind alle Kinder des 8. Mai“ (Jürgen Habermas). Herausforderungen und Chancen in pädagogischer und internationaler Perspektive

„Wir sind alle Kinder des 8. Mai.“ – Mit diesem Zitat des Philosophen Jürgen Habermas knüpfte Bundespräsident (BPr) Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede zum 80. Jahrestag des Kriegsendes an die berühmte „Erinnerungswende“ an, die sein Vorgänger Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag eingeleitet hatte.⁶⁴¹ Mit dem Satz „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“⁶⁴² hatte Weizsäcker am 8. Mai 1985 ein Umdenken hin zu mehr Aufrichtigkeit eingefordert und damit viele Türen geöffnet zu einer neuen, multiperspektivischen Diskussion des Kriegsendes.

Am 8. Mai 2025 stellte Steinmeier fest, dass wir heute beim Rückblick auf 1945 nicht über den „doppelten Epochenbruch“ hinwegschauen könnten, der unsere Tage bestimmt: den viele Menschenleben vernichtenden Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und den Wertebruch in den USA. Steinmeier prangerte die „Faszination des Autoritären, die populistischen Verlockungen und den weltweit zu beobachtenden Zweifel an der Demokratie“ an. Die Justiz werde missachtet, die Gewaltenteilung ausgehebelt, die Freiheit der Wissenschaften bedroht.⁶⁴³

Auch in der Bundesrepublik Deutschland erstarken extremistische Kräfte. Der Rechtsruck, dem Hass Tür und Tor öffnet, ist offensichtlich. Hass grenzt aus, Hass stigmatisiert, Hass tötet. Umso wichtiger ist es, lebensbejahende demokratische Werte im Blick zu behalten und auf friedliches Miteinander zu setzen, statt in feindliches Gegeneinander zu verfallen. Steinmeiers Rede hebt aber auch hervor: 2025 können wir in Europa nicht in ruhiger Selbstgewissheit an den 8. Mai 1945 erinnern. Es ist offensichtlich, dass die Freiheit nicht für alle Zeit garantiert ist. „Wie können wir frei bleiben?“ Das ist die Frage, mit der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier uns im Jahr 2025 aufrüttelt.⁶⁴⁴

Internationale Dimension und Solidarität

Am 8. Mai 2025 nahm ich auf Einladung der Veranstalter in Österreich mit der französischen Delegation des Lycée Senghor Évreux und einer deutsch-spanischen Studienfreundin aus Köln an den internationalen Gedenkfeiern in Wien,



HistoLab Award des Europarates,
Observatory on History Teaching
in Europe 2024 (OHTE).

Foto: Margit Sachse

Gusen und Mauthausen teil. Eingeladen waren wir, weil unsere Projektgruppe aus Darmstadt im April 2024 zusammen mit griechischen, französischen und deutschen Partnerschulen den HistoLab Award des Europarats für unsere transnationale Webapp-Entwicklung, Crossmedia-Produktion und Netzwerkarbeit erhalten hatte. „Footprints for Freedom“ und „Jewish Footprints“ – das sind die Themen, für die wir seit Jahren viele Jugendliche gewinnen konnten, die in Zusammenarbeit mit Experten wichtige eigene Beiträge erstellt und publiziert haben: Viele von ihnen haben Migrationshintergrund und werden aus Überzeugung zu jungen Influencerinnen und Influencern für die Demokratie. Unser Ziel im Jahr 2025: Als Redaktion wollten wir gerne über das, was in der Erinnerungskultur in Österreich geschieht, berichten:

Auf dem Wiener Heldenplatz traten am 8. Mai 2025 drei rüstige 80-Jährige auf, die als „Babys von Mauthausen“ 1945 geboren wurden und Symbole für das Überleben sind. Sie drücken mit ihrer Lebensfreude das aus, was Steinmeier in seiner Rede wohl mit „Hoffnungstrotz“ beschrieb: das Ja zum Überleben, zur Würde eines jeden Menschen und zu einem friedlichen Europa.

In Gusen bildeten am 10. Mai 2025 rund 2.500 Teilnehmende einen großen Kreis – ein starkes Bild für Kontinuität und Zusammenwachsen. Die Reden hoben die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit hervor und würdigten alle Opfergruppen. Eindrucksvoll gelang die Integration der Zeugenschaft von Überlebenden und Nachfahren sowie die Übergabe der Verantwortung an die junge Generation.

Am 11. Mai 2025 kamen in Mauthausen fast 20.000 Menschen zur ältesten (seit 1946!) und größten europäischen Befreiungs- und Gedenkfeier zusammen. Wir wollten wissen, wie das gelingen kann. Das Motto „Gemeinsam für ein Niemals wieder!“ verband Erinnerung mit Handlungsauftrag und so wurde es wirklich zu dem von den Organisatoren angekündigten „Fest der Freude für die Demokratie“.⁶⁴⁵

Besonders eindrucksvoll waren die Begegnungen und Gespräche mit internationalen Delegationen, darunter auch zahlreiche Nachfahren von ehemaligen Partisanen, die in großer Zahl aus Italien angereist waren und in ihrer weltoffen-engagierten Haltung an die „Omas gegen Rechts“ erinnerten. Alle sprachen sich stark dafür aus, dass auch deutsche Jugendliche und Experten einbezogen werden sollten, um sich in Mauthausen gemeinsam für die freiheitliche Demokratie und ein einiges Europa einzusetzen. So äußerten auch die aus Paris angereisten Teilnehmer der Amicale de Mauthausen, dass sie bereit seien, alle (auch die Deutschen) zu integrieren.

Ausdrücklich möchte ich die Verstärkung internationaler Jugendbegegnungen im Rahmen der Erinnerungskultur empfehlen, da sie dem gegenseitigen Austausch und der Verstärkung gemeinsamer europäischer Anliegen dienen. „Learning Through The Arts“ sollte dabei auch in der Erinnerungskultur die Resonanz erhöhen, um Jugendliche zu ermutigen, gemeinsam und in kreativer Form ihre Stimme zu erheben, um entschieden gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung jeder Art aufzustehen, wo immer ihnen diese menschenfeindliche Haltung begegnet. Künstlerische Ansätze wie das Projekt „Sound in the Silence“ von Dan Wolf aus Kalifornien, Daniel Langbeins Wiener „Lebenslang“-Theater- und Dokumentarfilmprojekt zum Fortleben der Botschaft seines Großvaters Hermann Langbein oder unser trilaterales CERV-Projekt mit jungen Basken, Franzosen und Deutschen, koordiniert von der Pianistin und Musikwissenschaftlerin Mélina Burlaud und dem Verein „Mémoires Musicales Sans Frontière“, können das Gedenken zusätzlich öffnen und größere Adressatengruppen erreichen. Hierbei geht es darum, Jung und Alt ohne erhobenen Zeigefinger und mit vielen Partizipationsmöglichkeiten im Herzen zu bewegen. Dies gilt beispielsweise für das Motto, das die Schülervvertretung der Lichtenbergschule Darmstadt zurzeit mit dem Deutschen Lehrkräfteforum entwickelt: DemocracyAtHeart. Auch bei den Gesprächen der baskischen, französischen und deutschen Jugendlichen mit einer jungen Politikerin im Deutschen Bundestag und mit Historikern und Juristen in der Ambassade de France in Berlin wurde deutlich, dass jede und jeder dazu beitragen kann, dass Demokratie und Solidarität in Europa lebendig bleiben.

Aus meiner Sicht ist es somit ein zentrales Desiderat, mehr international zusammengesetzte Gruppen einzubeziehen. Gerade ihr Austausch in der gemeinsamen Begegnung – mit den unterschiedlichen Perspektiven und den Schlussfolgerungen, die sie daraus ziehen – bietet ein enormes Potenzial für die Stärkung der Demokratie in Europa.

Zurzeit fehlt jedoch in Mauthausen ein internationales Begegnungshaus, wie es etwa in Auschwitz existiert. In Gusen wird in diesem Jahr das Ergebnis eines internationalen Architekturwettbewerbs für die Erweiterung des vernetzten Erinnerungsortes für die Zukunft vorgestellt.⁶⁴⁶ Es braucht genau diese Ressourcen, Personal und Strukturen, um die internationale Zusammenarbeit systematisch zu fördern.

Pädagogische Perspektiven: Citizen Science, Peace & Peer Education

Internationale Jugendprojekte – wie unser preisgekröntes HistoLab-Projekt „Footprints for Freedom“ – zeigen, wie viel erreicht werden kann, wenn junge Menschen ihre Ergebnisse der Projektarbeit, Beiträge zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, Besondere Lernleistungen und Bewertungen im Rahmen der Citizen Science miteinander teilen.⁶⁴⁷

Erinnerungskultur braucht neue Impulse, insbesondere in der pädagogischen Arbeit. Jugendliche und junge Erwachsene sind zunehmend von aktuellen Krisen, Kriegen und Unsicherheiten geprägt. Demokratien geraten weltweit unter Druck. Deshalb ist es entscheidend, Erinnerung nicht nur als Rückschau, sondern als Lernraum für Gegenwart und Zukunft zu gestalten. Es gilt, junge Menschen für einen neuen demokratischen Pakt für Europa zu mobilisieren. Influencer für Demokratie sind gesucht, überall.

Peer & Peace Education bedeutet, Lernende zu befähigen, Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten, Verantwortung für Gemeinschaft zu übernehmen und die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Sie knüpft an die Erinnerung an NS-Verbrechen an und macht deutlich, dass Demokratie, Menschenrechte und Freiheit immer wieder neu verteidigt werden müssen.

Wichtig ist dabei die Verknüpfung von historischer Aufklärung mit kreativen und partizipativen Methoden. Im Mittelpunkt steht die Aktivierung und Ermutigung, selbst als „citizen scientists“ wirksam zu werden: Jugendliche sollen nicht nur über Geschichte belehrt werden, sondern sich im Sinne einer demokratischen Kultur als aktive Mitgestalter einer friedlichen und solidarischen Zukunft erleben und daraus Mut schöpfen für die Kreation eigener Projektideen. Hierzu hat der

Europarat im Oktober 2025 das „European Reference Framework for Competences for Democratic Culture“ veröffentlicht, der konkret auf „Values, Attitudes, Skills, Knowledge and critical understanding“ als Grundvoraussetzungen eben dieser demokratischen Kultur abzielt.⁶⁴⁸

Das Motto „Don't talk about us – talk with us“ gilt daher auch für die Bildungsarbeit. Erinnerung ist nur dann nachhaltig, wenn sie gemeinsam mit jungen Menschen und den Betroffenen von Verfolgung und Diskriminierung entwickelt wird. Dies bedeutet, dass immer jüdische Perspektiven in den Diskurs über die Erinnerungskultur einbezogen und dass deutsche Jugendliche bei den internationalen Befreiungsfeiern beteiligt werden sollten, denn „[w]ir sind alle Kinder des 8. Mai“. Der Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD) setzt sich in diesem Sinne auch für einen Beitritt Deutschlands im Observatory of History Teaching in Europe des Europarats ein.



Fatima Haji und Chrisa Triantafyllakou im Europarat auf dem Weg zur Preisverleihung im HistoLab #HistoryAtHeart, 5. April 2024.

Foto: Margit Sachse



Fatima Haji präsentiert den HistoLab Award im Europarat in Strasbourg.

Foto: Margit Sachse

Demokratische Kultur, Historisches Lernen aus der aktiven Beschäftigung mit Literatur, Zeitzeugen und Gedenkstätten

Der 8. Mai 1945 und die Tagung in Wiesbaden erinnern uns an das Ende des Krieges, aber auch an den Beginn einer Verantwortung, die bis heute anhält. Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich – sie müssen immer wieder neu erkämpft, verteidigt und gelebt werden.

Ein wesentlicher Teil unserer Arbeit war von Anfang an die Zusammenarbeit mit Autorinnen und Autoren wie Mirjam Pressler und Peter Härtling. Wir traten in bedeutsame Dialoge mit Historikern wie Wolfgang Benz und Christof Dipper sowie Zeitzeugen wie Leslie Schwartz, Hanna Skop, Dr. Bernhard Posner, Simon Malkes und José de Sola. Besonders fruchtbar wurde der Austausch mit den Nachfahren der Familien Juda und Strauss, die einerseits drei Darmstädter Opfer im Holocaust zu beklagen haben (Lise/Liese Juda (beide Schreibweisen existieren, je nach deutscher oder französischer Quellenlage), Hedwig Juda und Karoline Straus(s)), andererseits stets darauf hinweisen, dass einigen Familienmitgliedern wie zum Beispiel Elsbeth und Hans Juda der Aufbau eines neuen Lebens im Exil gelang und dass auch die „Sheroes“⁶⁴⁹ (Retterinnen, Pädagogen) und Organisatoren des Rettungswiderstands⁶⁵⁰ nicht vergessen werden sollten, wie zum Beispiel Baronin Germaine de Rothschild, geb. Halphen (1884 – 1975) und Robert Jablon (1909 – 2008), die aufgrund ihres diplomatischen Geschicks und juristischen Sachverstands 130 Kinder aus Österreich, Berlin und der Pfalz nach La Guette und La Bourboule in Frankreich und später in die USA retten konnten.⁶⁵¹ Diese Erkenntnislinie konnte ich in Lyon und Dieulefit durch die Zusammenarbeit mit dem Zeitzeugen Jean Lévy und der Historikerin Valérie Portheret ausbauen, die – inspiriert und unterstützt durch Beate und Serge Klarsfeld – eine nie ermüdende Entschlossenheit zur Aufklärung solidarischer Formen des Rettungswiderstands unter Beweis gestellt haben.⁶⁵² Ohne all diese Stimmen und Akteure wäre unser Projekt niemals so erfolgreich geworden. Von ihnen haben wir gelernt, dass die jüdische Perspektive (generell: die Perspektive der Verfolgten) in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in der DDR viel zu lange verdrängt und außen vor gelassen wurde. Die Leerstellen gilt es dringend zu füllen – es geht um die „untold stories“ aller Opfergruppen.

Durch die Kooperation mit dem französischen Projekt „Convoi 77“ in Paris haben wir erfahren, wie wichtig es ist, die individuellen Schicksale der aus ganz

Europa stammenden Deportierten – in Zusammenarbeit mit Historikern und mit den betroffenen Familien – zu rekonstruieren, zu publizieren und damit sichtbar zu machen. Zugleich ist es entscheidend, die oftmals traumatisierten und in alle Welt verstreuten Familien selbst zu Wort kommen zu lassen.⁶⁵³

Die Traumata sind in allen Familien nachweisbar: bei Verfolgten ebenso wie bei den Verfolgern oder Rettern. Rettungswiderstand und Zivilcourage sollten wie bereits 2013 unterstützt durch die Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema von internationalen Holocaust-Konferenzen werden. Hier gibt es dringenden Forschungsbedarf, da bisher eher in nationalen Alleingängen und keinem zukunftsweisenden europäischen Sinne geforscht wurde.

Künstlerische Zugänge können dabei Brücken schlagen und emotionale Resonanz schaffen, müssen jedoch stets auf einem sicheren Fundament historischer Fakten stehen, damit Erinnerung nicht verfälscht oder verzerrt wird.

Aus diesen Erfahrungen leite ich die folgenden sechs Thesen ab:

1. **Erinnerung ist universal.** Alle sind dazu eingeladen, sich daran zu beteiligen. Niemand darf davon ausgeschlossen werden. Zugewanderte dürfen ihre eigene Perspektive und Fragen mit einbringen.
2. **Erinnerung ist international.** Sie muss Grenzen überschreiten und Räume für Begegnung schaffen. Nationale Erinnerungskulturen sind wichtig, reichen allein aber nicht aus.
3. **Erinnerung ist intergenerationell.** Nur wenn junge Menschen beteiligt sind, bleibt Gedenken lebendig. Sie brauchen Formate, die Partizipation ermöglichen und ihre Stimmen ernst nehmen.
4. **Erinnerung ist performativ.** Künstlerische, biographische und kreative Formen öffnen neue Zugänge, berühren emotional und regen zum Dialog an.
5. **Holocaust Education muss in der Schule und in den Universitäten ihren Platz finden** und darf im Lehrplan nicht zu spät angesetzt oder in der Praxis nur halbherzig vermittelt werden. Auch die nonformale Bildung sollte damit einhergehen.
6. **Wir benötigen die Fortsetzung Internationaler Holocaust-Konferenzen in Deutschland** zum Thema Rettungswiderstand und Zivilcourage und die aktive Beteiligung Deutschlands an Initiativen des Europarates zur Digitalisierung und wehrhaften Demokratie (Democratic Culture, Observatory on History Teaching in Europe und HistoLab).

Die Gedenkfeiern im Jahr 2025 – 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – haben gezeigt, dass Erinnerungskultur Zukunft braucht und Zukunft ohne Erinnerung nicht denkbar ist. Erinnerungskultur sollte stärker auf internationale und intergenerationelle Partizipation setzen und durch Begegnungsräume unterstützt werden. Nur so kann Erinnerung das werden, was sie sein muss – ein gemeinsamer Lern- und Gestaltungsraum für ein friedliches, freiheitlich-demokratisches Europa.

Dreifaches Gedenken an den 11. September 2001, 1944 und 1942

In Darmstadt haben wir seit der Auschwitz-Reise meines Leistungskurses Geschichte im Oktober 2015 die Geschichte von Liese Juda aufgearbeitet, einer Darmstädter Viktoriaschülerin (1921–1942), die am 9. September 1942 von Drancy aus im Convoi 30 deportiert und am 11. September 1942 in Auschwitz II-Birkenau ermordet wurde. Nur wenige Personen aus ihrem Convoi 30 überlebten das Kriegsende, woran wir seit 2020 zusammen mit ihren Familien und mit unseren französischen Bildungspartnern aus Nouvelle-Aquitaine in verschiedenen demokratischen Formaten erinnert haben.⁶⁵⁴

Liese Judas Todesdatum und Schicksal darf – stellvertretend für die vielen Namenlosen – nicht in Vergessenheit geraten. Sie gehört auch zu den „Indésirables“ im Camp de Gurs, worauf in anderen Publikationen eingegangen werden soll. Der 11. September ist weltweit ein Symbol gegen Terror, in Darmstadt sollte er zu einem Symbol gegen Terror, Flächenbombardement und Genozid werden. Wir denken an die Anschläge auf das World Trade Center am 11. September 2001 und trauern um die vielen dabei ums Leben gekommenen Zivilisten. Wir denken an die Zerstörung Darmstadts durch Angriffe der Royal Air Force am 11. September 1944 und die 12.000 dabei ums Leben gekommenen Zivilisten. Dieser Tag ist ein Mahnmal gegen Flächenbombardements und Einsätze gegen die Zivilbevölkerung. Wir sollten niemals vergessen, dass bereits zwei Jahre davor, am 11. September 1942, eine Darmstädterin namens Liese Juda in Auschwitz unschuldig ermordet wurde, und das nur, weil sie Jüdin war und die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten ihr das Recht auf das Leben abgesprochen haben.

Wir müssen gemeinsam aufstehen, wenn in Darmstadt am 11. September 2025 Rechtsextreme mit Fackeln aufmarschieren, um das Leid der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg in den Mittelpunkt zu rücken, ohne die Kausalitäten und den Kontext des von Deutschland ausgegangenen Vernichtungskrieges einzubeziehen. Viele Bürgerinnen und Bürger, viele Jugendliche möchten sich

gegen den Rechtsruck und für die Verteidigung der Grundwerte der freiheitlichen Demokratie einsetzen. Das sollten wir unterstützen, in der Schule und in nonformalen Bildungsprojekten mit nachhaltigen historisch-politischen Inhalten.

Mein besonderer Dank gilt Pierre Jablon, Robert Liebenthal und Dr. Manfred Efinger, Kanzler der TU Darmstadt, sowie der Obermayer Foundation. Ohne ihr Vertrauen in unsere pädagogische Arbeit wäre all dies nicht möglich gewesen. Und danken möchte ich all den Alumni und Schülerinnen und Schülern, die seit vielen Schülergenerationen alles tun, teilweise auch mit Unterstützung ihrer Eltern, um diesem Projekt die Sichtbarkeit zu verschaffen, die es verdient hat. Ein großer Dank geht an die Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen nah und fern, Künstlerinnen und Künstler und alle Presseverantwortlichen, die je daran gearbeitet oder darüber berichtet haben. Danke auch an Martin Frenzel, den Initiator und Motor des Fördervereins Liberale Synagoge Darmstadt, und an meine ehemalige Schülerin Sadia Haji, die in Wiesbaden auf der Bühne ihre Perspektive als Alumna einbrachte, stellvertretend für alle „Schüler gegen Vergessen für Demokratie“ (SGVFD – in Anlehnung an den überparteilichen Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“). Danken möchte ich auch den ehemaligen Generalkonsuln Verena Gräfin von Roedern und Andreas Siegel für den fachlichen Austausch zur Erinnerungskultur sowie dem Vorsitzenden des Fördervereins der LuO (Lichtenbergschule Darmstadt, Gymnasium Europaschule), Dr. Lars Schuster. Ohne den Förderverein wären die Antragstellungen unserer Projekte nicht möglich gewesen. Ich danke auch Magdalena Zeller und der KulturRegion FrankfurtRheinMain sowie Dr. Katherine Lukat und Kay-Hermann Hörster für die Einladung zur Mitwirkung.

Historisches Lernen durch literarisches Lesen und dialogisches Lernen: Was wir von Mirjam Pressler, Peter Härtling und Leslie Schwartz (1930–2020) lernten

Die Begegnung mit dem aus Ungarn stammenden und aus New York angereisten Zeitzeugen Leslie Schwartz⁶⁵⁵ im Jahr 2015 anlässlich des Jahrestages des Kriegsendes, organisiert in Kooperation mit Magdalena Zeller (KulturRegion FrankfurtRheinMain) und Prof. Dr. Christof Dipper (Darmstadt), markierte den Beginn einer konsequenten Neuausrichtung unserer Geschichtsprojekte: stärker europäisch, international, dialogisch, schüleraktivierend und öffentlichkeitsorientiert – inklusive Einbeziehung digitaler Formate.



Fatima Haji (LuO Darmstadt), Chrisa Triantafyllakou (Athen) und Margit Sachse (CSI Lyon) bei der Präsentation der Footprints-For-Freedoms-Videoproduktionen in der Webapp im Rahmen der HistoLab-Preisverleihung am 5. April 2024 im Europarat in Strasbourg. Foto: Margit Sachse

SGVFD-Alumni der Lichtenbergschule Darmstadt auf dem Podium des Kolloquiums in Wiesbaden, 15. Mai 2025.

Foto: Alexander Paul Englert

Fünf Jahre später wurde diese Zusammenarbeit mit einer Video-Vernissage am 8. Mai 2020⁶⁵⁶ in Partnerschaft mit Nouvelle-Aquitaine und Paris erweitert. Für die nachhaltige transnationale Arbeit mit Jugendlichen aus Griechenland, Frankreich und Deutschland erhielten wir den HistoLab Award des Observatory on History Teaching in Europe. 2025 wurde die Kooperation auf ein baskisches Gymnasium ausgeweitet: Zwei baskische Zeitzeugen, darunter José de Sola (Child Survivor des Camp de Gurs), berichteten von ihren Erlebnissen der „Libération“ und zeigten sich begeistert von der internationalen Zusammensetzung der Gruppe.

Die Initiative „Schüler gegen Vergessen für Demokratie“ (SGVFD), die an der Lichtenbergschule Darmstadt seit 2008 als Service-Learning-Projekt besteht, konnte dadurch internationalisiert werden: als Webapp-Entwicklung „students, educators and artists – united against oblivion for democracy“. Sie verknüpft schulische Aufklärungsarbeit, Zeitzeugeninterviews und digitale, demokratiestärkende Projekte wie die Webapp „Footprints for Freedom“, die Beiträge nicht nur digital sichtbar macht, sondern auch reale Begegnungen und Show-and-Tell-Formate ermöglicht.

Die Kooperation mit den Familien Juda, Strauss, Jablon und Liebenthal erlaubt Einblicke in komplexe, transkontinentale Familiengeschichten: Flucht, Exil, Deportation und Rettungswiderstand. Diesen historischen Kontext nutzen Schülerinnen und Schüler, um Forschungsschwerpunkte zu entwickeln und ihre Kenntnisse über Shoah und Rettungswiderstände zu vertiefen. Zugleich führen



wir die Initiative langfristig als „Digital Collective Memory“⁶⁵⁷ fort und vernetzen uns wie bisher mit starken Partnern aus dem Spektrum der demokratischen Zivilgesellschaft.

Meilensteine: SGVFD, Footprints for Freedom, europäisches Kulturerbe und mehr

- **2015:** Studienreise des Leistungskurses Geschichte nach Auschwitz auf den Spuren der Darmstädterinnen Liese Juda, Hedwig Juda und Karoline Strauss sowie des Kustos Dr. Karl Freund – in Begleitung des Nachfahren Pierre Jablon, des israelischen Historikers Gideon Greif und der polnischen Gedenkstättenleiterin Katharina Oleksy
- **2016:** Europawoche mit Robert Liebenthal in Darmstadt. Internationales Gedenken
- **2018:** Beginn der Webapp-Entwicklung „Digitale Spurensuche – Jewish Footprints“⁶⁵⁸
- **2019:** Förderpreis der Stiftung Aktive Bürgerschaft in Berlin. Erweiterung der Thematik und Umbenennung in „Footprints for Freedom“
- **2020:** Video-Vernissage und Start transnationaler Erinnerungsarbeit
- **2021:** Portal „Fernrohr in die Vergangenheit“ für die Webapp integriert
- **2022:** paralleles deutsch-französisches Gedenken an die Ermordung Liese Judas im Convoi 30 in Paris im Mémorial de la Shoah, im Darmstädter Rathaus und auf der Bühne der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt

- **2023:** Netzwerkarbeit in Lyon und Évreux, internationale Sektionen verschiedener Schulen. Zusammenarbeit mit Jean Lévy und Valérie Portheret, *Enfant caché* und Historikerin aus Lyon
- **2024:** Obermayer Award in Berlin und HistoLab Award im Europarat, Straßburg
- **2025:** MUSICAGURS-Projekt mit Jugendbegegnungen in Frankreich, Spanien, Berlin, Sachsenhausen und Ravensbrück; Neuprogrammierung der Webapp als mehrsprachige Plattform, Kooperationen mit weiteren Stiftungen. Zukünftig geplant: Integration unserer inhaltlichen Forschungen und pädagogischen Vermittlungsarbeit in das Synagogenprojekt der Goethe-Universität Frankfurt unter Leitung von Prof. Christian Wiese. Persönlich plane ich ein Promotionsprojekt rund um die Tagebücher und Briefe der Familie Strauss-Juda in Kooperation mit dem Mémorial de la Shoah in Paris.⁶⁵⁹

Die Projektinitiative zeigt, wie historisches Lernen durch literarisches Lesen, tiefgründige Dialoge, digitale Medien und internationale Kooperation nachhaltig vermittelt werden kann – und wie Jugendliche europaweit befähigt werden, die Grausamkeiten der NS-Verbrechen zu reflektieren und daraus demokratische Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen.

Fazit

Für kommende Jahre empfehle ich als Konsequenz für die Gestaltung von Gedenkfeiern eine stärkere Einbeziehung der jüdischen Perspektive durch Überlebende, Nachfahren und Experten sowie deutscher und europäischer Jugendlicher und Bürgerforscher.

Idealerweise sollten sich Zeitzeugen (wie Eva Szepesi, Jean Lévy, Yvette Lévy, Ginette Kolinka), Nachfahren, Jugendliche, Pädagogen und Künstler gemeinsam (analog und digital) auf Spurensuche begeben, um die vielen Biographien von Menschen zu rekonstruieren, deren Leben von den Nazis zerstört wurden. Gemeinsam sollten sie im Sinne der Werte, Kompetenzen und demokratischen Kultur des Europarates in einen weltoffenen Diskurs mit der Jugend Europas eintreten und neue Wege beschreiten, um mit künstlerischen, fotografischen und filmtechnischen Mitteln unsere Demokratie in Europa mit ihren kreativen digitalen und analogen Beiträgen gegen Vergessen und Gleichgültigkeit zu stärken.

Thomas Altmeyer

Der Geschichtsort Adlerwerke als interaktiver und partizipativer Lernort

80 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus scheint die deutsche Erinnerungskultur etabliert. Aber das Gedenken an die Opfer der NS-Verbrechen und die Vermittlung der NS-Geschichte mit ihren Strukturen und Dynamiken stehen vor vielfältigen Veränderungen. Hierzu gehören das seit vielen Jahren beschwo-rene Ende der Zeitzugenschaft, die immer offener kommunizierten demokratie-feindlichen, revisionistischen und oft rassistischen Geschichtsinterpretationen und -umdeutungen. Plurale Geschichtsbezüge in der Postmigrationsgesellschaft, neue Medienkanäle und -formate sind Herausforderungen, die zugleich Chancen mit sich bringen.

Der „Geschichtsort Adlerwerke: Fabrik, Zwangsarbeit, Konzentrationslager“ ist eine vergleichsweise neue Gedenk- und Bildungsstätte. Er wurde am 25. März 2022 in Frankfurt am Main eröffnet.

Historischer Hintergrund

Die Adlerwerke (vormals Heinrich Kleyer AG) waren ein Frankfurter Traditions-unternehmen. Bis zu 10.000 Menschen arbeiteten hier. Die ersten deutschen Schreibmaschinen wurden nach einem amerikanischen Patent in diesem Unter-nehmen produziert. Fahr- und Motorräder wie auch Autos gehörten zur Produkt-palette des Unternehmens.

In den 1930er Jahren wurden die Adlerwerke Teil der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie, sie „arisierten“ vier Grundstücke von jüdischen Unterneh-mern und setzten ab der zweiten Jahreshälfte 1941 auch Zwangsarbeiter:innen und Kriegsgefangene ein. Die Adlerwerke gehörten 1943 in Frankfurt zu den drei Unternehmen, die besonders viele Zwangsarbeiter:innen beschäftigten. Nur die I.G. Farben an diversen Standorten in Frankfurt und die Vereinigten Deutschen Metallwerke in Frankfurt-Heddernheim beschäftigten mehr Zwangsarbeiter:in-nen. Bei den Adlerwerken waren zu jenem Zeitpunkt 1.727 Menschen als „aus-ländische Zivilarbeiter“ oder Kriegsgefangene beschäftigt. Zwangsarbeit be-schränkte sich aber keineswegs auf die großen Industrieunternehmen. Auch in städtischen Einrichtungen, auf Bauernhöfen, in Handwerksbetrieben oder

Privathaushalten wurden Zwangsarbeiter:innen eingesetzt. Die Unterbringung war vielfältig: Sie übernachteten in Privathaushalten, in Sammellagern in Turnhallen, in Gaststätten oder in Barackenlagern. Jüngere Forschungen des Geschichtsortes Adlerwerke und seiner Trägereinrichtung, des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933–1945, machen es sehr wahrscheinlich, dass mit bis zu 200.000 Menschen gerechnet werden muss, die Zwangsarbeit in der Mainmetropole leisteten. Die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, die durch rassistische Differenzierungen und Ausgrenzungen hervorgerufen wurden, wie auch die Vielzahl an Akteuren im System der Zwangsarbeit will der Geschichtsort Adlerwerke in ihrer Vielfältigkeit vermitteln.

Exemplarisch für dieses NS-Verbrechen stehen die Adlerwerke. Hinzu kommt, dass ab August 1944 in den Adlerwerken ein KZ-Außenlager mit dem Tarnnamen „Katzbach“ eingerichtet worden ist. 1.616 Männer aus elf Ländern – der Großteil kam aus Polen und wurde während des Warschauer Aufstands festgenommen und über die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau nach Frankfurt verschleppt – mussten unter katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Adlerwerke arbeiten. Etwa ein Drittel der Häftlinge überlebte die KZ-Haft in Frankfurt nicht. Im Zuge der Lagerauflösung im März 1945 starben viele weitere Häftlinge auf dem sogenannten Evakuierungstransport nach Bergen-Belsen oder dem Todesmarsch von Frankfurt über das Kinzigtal und Fulda nach Hünfeld. Die überlebenden KZ-Häftlinge wurden von dort ins KZ Buchenwald gebracht, wo für die meisten ein weiterer Todesmarsch wartete. Nur etwa zehn Prozent der Häftlinge des KZ Katzbach erlebte die Befreiung vom NS-Regime und das Ende des Zweiten Weltkrieges.

Konzeptionelle Überlegungen

Die späte Gründung des Geschichtsortes Adlerwerke macht es möglich, von Anfang an die zu Beginn kurz genannten aktuellen Rahmenbedingungen in der Konzeption zu berücksichtigen. Die Geschichte des KZ-Außenlagers Katzbach in den Frankfurter Adlerwerken und das Thema Zwangsarbeit in einer Großstadt stehen im Mittelpunkt der Arbeit. An diesem Ort verbinden sich aber auch weitere Schichten historischer Themen: Die Adlerwerke waren seit ihrer Gründung ein Ort der Arbeitsmigration. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es eine Binnenmigration von Arbeitskräften aus dem Umland ins städtische Ballungsgebiet. Die zivile Zwangsarbeit und der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen in der Produk-

tion waren ein dramatisches Kapitel dieser Geschichte, die mit der „Gastarbeiter“-Migration seit den 1950er Jahren ihre Fortsetzung fand. Die Frage nach der Bedeutung der Erfahrung von Begegnungen zwischen Einheimischen und Fremden am Arbeitsplatz, vor allem zunächst in der NS-Zeit unter Zwang und Terror und wenige Jahre danach in Form von „Gastarbeiter“-Migration, eröffnet einen Raum für die Auseinandersetzung über Kontinuitäten von Rassismus, aber auch über Assimilation und Bündnisse in einem von Migration geprägten Stadtteil.

Im Blick auf die NS-Geschichte legt der Geschichtsort Adlerwerke großen Wert darauf, die Beteiligung der städtischen Verwaltung und unterschiedlichster Betriebe am Funktionieren des Systems der NS-Zwangsarbeit anschaulich zu machen. Hier geht es aus demokratiepädagogischer Perspektive um Fragen von Beteiligung, also persönlichen Entscheidungen einzelner Akteure, und damit um die Verantwortung der Einzelnen.

Der Geschichtsort Adlerwerke, so der zentrale Ansatz bei den konzeptionellen Überlegungen, sollte partizipativ und interaktiv sein, zum Mitmachen und Nachforschen animieren und eine niedrigschwellige Teilhabe ermöglichen. Die Ausstellung ist daher so angelegt, dass sie durch Beiträge, die in Workshops oder in Projekten in den Frankfurter Stadtteilen entstehen, flexibel ergänzt werden kann. Dazu gehören neue Biographien oder Dokumentationen zu den Einsatzorten und Unterkünften der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Archivboxen bieten Raum für vertiefende Beschäftigungen mit einzelnen Aspekten der Themen des Geschichtsortes Adlerwerke.

Der Geschichtsort Adlerwerke versteht sich auf mehreren Ebenen als ein interaktiver und partizipativer Lernort.

Ein Großteil der Besucher:innen sind Jugendliche, die im Rahmen eines Gedenkstättenbesuchs in den Geschichtsort Adlerwerke kommen. Für Schüler:innen gibt es jedoch keine Frontalführungen über das Außengelände oder durch die Ausstellung. Durch Methoden des entdeckenden Lernens erschließen sich die Jugendlichen selbstständig die Schwerpunktthemen des Geschichtsortes Adlerwerke, indem sie partizipativ und interaktiv mit und in der Ausstellung arbeiten. Sie sollen sich dabei mit dem Ort, seiner Geschichte und den dort agierenden Menschen auseinandersetzen. Dabei wird der Blick auch auf die Handlungsspielräume verschiedener Akteure gerichtet.

Zudem erweitern Lebensgeschichten, die von Jugendlichen in Biographie-Workshops zum Thema Zwangsarbeit recherchiert werden, die Ausstellung. Schüler:innen eignen sich dadurch unter anderem narrative, methodische und

historische Sachkompetenzen an. Auf diese Weise werden darüber hinaus diverse Lebensschicksale sichtbar und das Thema Zwangsarbeit wird auf individueller Ebene wahrnehmbar. Vielfältige Bezüge tun sich gerade für Besucher:innen mit osteuropäischen Familienbiographien auf.

Ein besonderes Projekt war 2025 die Entwicklung einer Sonderausstellung mit dem Titel „Hauptsache, wir haben das überlebt“ über tschechoslowakische Zwangsarbeiter:innen in Frankfurt am Main. 15 Schüler:innen einer zehnten Klasse des Gymnasiums Römerhof recherchierten im Rahmen eines mehrmonatigen Projekts über Zwangsarbeit in Frankfurt, die deutsche Besetzung der Tschechoslowakei und über die Tschechoslowak:innen, die zum Arbeitseinsatz nach Frankfurt gebracht wurden. Eine wichtige Quelle hierzu war die Datenbank zur Zwangsarbeit in Frankfurt, die der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 mit dem Geschichtsort Adlerwerke aktuell aufbaut. Informationen über 7.518 Tschechoslowak:innen sind hier enthalten und wurden für das Ausstellungsprojekt ausgewertet. Ein besonderer Schatz sind darüber hinaus Fotos und Briefe, die ehemalige Zwangsarbeiter:innen nach Frankfurt geschickt haben und die im Dokumentationsarchiv des Studienkreises aufbewahrt werden. Auch diese wurden in der Ausstellung das erste Mal der Öffentlichkeit präsentiert.

Der Geschichtsort Adlerwerke ist nicht nur für Jugendliche, sondern gerade auch für die (gewerkschaftliche) Erwachsenenbildung ein guter Ort. Über die Auseinandersetzung mit dieser exemplarischen Firmengeschichte können sich Workshop-Teilnehmer:innen mit Arbeitsbedingungen, Erfahrungen mit Rassismus und Ausgrenzung und auch mit Solidarität in Betrieben und Verwaltungen sowie Handlungsmöglichkeiten in Vergangenheit und Gegenwart auseinandersetzen.

Zivilgesellschaftliche kollaborative Erinnerungsarbeit

Blickt man auf die Entstehungsgeschichte des Geschichtsortes Adlerwerke, so wird das jahrzehntelange mühsame Ringen um ein adäquates Gedenken und ein diesem Ort angemessenes Vermitteln der NS-Verbrechen in den Adlerwerken deutlich. Entstehen konnte diese Gedenk- und Bildungsstätte nur aufgrund des Engagements zahlreicher Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich über viele Jahre für eine Gedenk- und Bildungsstätte am historischen Ort eingesetzt haben. Dementsprechend ist es dem Geschichtsort Adlerwerke ein Anliegen, mit diesen Initiativen und Einzelpersonen und darüber hinaus in einem

breiten Netzwerk der Frankfurter Stadtgesellschaft mit geschichtspolitisch aktiven Vereinen und Engagierten, Museen und Kultureinrichtungen zusammenzuarbeiten.

Der Geschichtsort Adlerwerke kooperierte beispielsweise bereits zweimal mit dem Jungen Schauspiel Frankfurt. Für das inklusive Jugendtheaterprojekt „Unter uns. Unsichtbar?“ war der Geschichtsort Adlerwerke Ausgangspunkt einer Suche nach Zusammenhängen zwischen Zwangsarbeit, der Naziideologie der „deutschen Arbeit“ und eigenen Erfahrungen mit Arbeit, Abhängigkeit und Widerstand heute. Der Geschichtsort Adlerwerke übernahm zudem die wissenschaftliche Beratung dieses Projekts. Auch für das von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ geförderte Projekt „Gallus Geschichten“ war der Geschichtsort Adlerwerke Anlaufpunkt für Recherchen und beratend für das vom Jungen Schauspiel Frankfurt getragene Projekt beteiligt. Fragen der Beherrschung und Erfahrungen von Ausgrenzungen als Zwangsarbeiter:innen, „Gastarbeiter“ und deren Kinder- und Enkelgeneration wurden gestellt und einbezogen und schließlich in Performances und künstlerischen Aktionen im Stadtraum präsentiert.

Zum 80. Jahrestag der Auflösung des KZ Katzbach und des Todesmarsches Frankfurt-Hünfeld gelang es, insbesondere durch die große Unterstützung des Dezernates für Kultur und Wissenschaft der Stadt Frankfurt am Main, ein großes interkommunales und gleichzeitig auch zivilgesellschaftliches Projekt im Kulturraum zwischen Frankfurt und der Rhön durchzuführen. Über 30 Kooperationspartner:innen wirkten im März 2025 bei über zwanzig Veranstaltungen in Frankfurt und an verschiedenen Orten des Todesmarsches zusammen. Sie informierten über dieses NS-Verbrechen kurz vor der Befreiung durch die US-Armee und boten Raum für das Nachdenken über die Beteiligung der Zivilbevölkerung an den Verbrechen in der NS-Zeit und zum Gedenken in der Gegenwart. Mit der zentralen Gedenkfeier in der Frankfurter Paulskirche am 24. März 2025 wurde die Geschichte des KZ Katzbach und seiner Opfer mitten in die Stadtgesellschaft und ins Zentrum der Erinnerungs- und Demokratiegeschichte gebracht. Eine besondere Rolle spielten die aus Polen, Australien, Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden angereisten Nachfahren der KZ-Häftlinge, die eindrücklich von der lebenslangen und intergenerationellen Bedeutung der KZ-Haft berichteten.

Neben seiner oft projektbezogenen Zusammenarbeit versteht sich der Geschichtsort Adlerwerke als ein Bestandteil der deutschen und europäischen

Gedenkstättenlandschaft. Er ist Teil der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen (LAG Hessen), des Netzwerks der Erinnerungsorte zur NS-Zwangsarbeit in Deutschland und des Verbundes der Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex Natzweiler e. V. (VGKN).

Ausblick/Zwischenbilanz

Seit der Eröffnung des Geschichtsortes Adlerwerke sind gut 3,5 Jahre vergangen. Im Rückblick zeigt sich, dass die vielfältigen und partizipativen Vermittlungsangebote gut angenommen worden sind. Der Geschichtsort Adlerwerke hat sich zu einer der zentralen Gedenk- und Bildungsstätten in Hessen entwickelt. Das KZ Katzbach mitten in Frankfurt und Zwangsarbeit als im Alltag erfahrenes Verbrechen im nationalsozialistischen Deutschland sind Teil des kollektiven Gedächtnisses Frankfurts und Hessens geworden. Wie die gestiegenen Besuchszahlen für das Jahr 2025 unterstreichen, ist das Interesse an der Auseinandersetzung mit diesen Themen der Geschichte keineswegs geringer geworden. Es scheint dem Geschichtsort Adlerwerke aktuell zu gelingen, begehbare Brücken zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart zu schlagen. Damit diese Brücken nicht ähnlich marode und sanierungsbedürftig werden wie Straßenbrücken in Deutschland, bedarf es aber regelmäßiger Wartungsarbeiten sowie Raum, um neue Methoden und Formate auszuprobieren und weiterzuentwickeln. Neben dem zivilgesellschaftlichen Engagement zahlreicher ehrenamtlich Aktiver und der Förderung durch die Stadt Frankfurt wäre für den Geschichtsort Adlerwerke, wie auch für die anderen hessischen Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen, ein stärkeres Engagement des Landes Hessen wünschenswert, um mit kontinuierlicher und institutioneller Förderung eine vielfältige und differenzierte Erinnerungskultur zu erhalten, die den Herausforderungen der Zeit begegnen kann.

Markus Häfner

20 Minuten – innovative Wege zur Erinnerung an die Zerstörung Hanaus am 19. März 1945

Wie kann eine Stadt zeitgemäß an das Kriegsende 1945 und die Nachkriegszeit erinnern? Wie lassen sich junge Menschen erreichen und einbinden? Wie schafft man Angebote, die auch nach dem Gedenkjahr nachhaltig nutzbar sind? Diese Fragen stellten sich der Fachbereich Kultur, Stadtidentität und Internationale Beziehungen mit den Städtischen Museen Hanau zum 80. Jahrestag der Zerstörung der Brüder-Grimm-Stadt.

Zusammen mit zahlreichen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern entstand das Projekt „20 Minuten: Hanau 19. März 1945“ mit fünf Säulen: einer Sonderausstellung im Neustädter Rathaus, Bannerinseln im Stadtraum, einem breitgefächerten dreimonatigen Veranstaltungsprogramm, Schulprojekten sowie einer Website und einem Instagram-Kanal für dauerhafte digitale Angebote. Die Säulen verband die Zielsetzung, dass jede Hanauerin und jeder Hanauer über das Wissen verfügen sollte, was am 19. März 1945 passierte, die Ursachen



Leitmotiv zum Projekt „20 Minuten: Hanau 19. März 1945“
mit entsprechender Wortmarke

kennt und einschätzen kann, wie sehr das 20 Minuten dauernde Bombardement das heutige Stadtbild Hanau weiterhin prägt. Ausgehend von der lokalen Ebene sollte allgemein an die Folgen von Krieg erinnert und gemahnt werden.

Historischer Hintergrund

Hanau war in den 1940er Jahren eine Mittelstadt mit rund 42.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, handwerklich und industriell geprägt. Ein gerade 20 Minuten dauerndes Bombardement der britischen Royal Air Force legte die Innenstadt am 19. März 1945 in Schutt und Asche.

Die Bilder Hanaus der Nachkriegszeit zeigen, welche Folgen Rassenhass, Antisemitismus, Faschismus, Diktatur, Propaganda, Abschaffung der Demokratie, totalitäre Ideologien und die von ihnen angezettelten Kriege haben: Allein in Hanau 2.003 Tote binnen weniger Minuten, Tausende, die ihre gesamte Existenz, ihre Häuser und Wohnungen, Hab und Gut verloren hatten. Die Überlebenden blickten fassungslos auf die Reste ihrer Heimatstadt.

Die damals 19-jährige Ilse Bauer erinnerte sich an die Morgenstunden:

„Uns überfiel nur dumpfe Resignation. Es schien mir in diesem Augenblick undenkbar, daß unsere Stadt je wieder aufgebaut werden könnte. An diesem Morgen wurde es nicht hell; der Himmel blieb den ganzen Tag über von riesigen schwarzen Rauchwolken verdunkelt. Es war Weltuntergangsstimmung.“⁶⁶⁰

Eine Woche später, am 28. März 1945, eroberte die US-Armee die weitgehend zerstörte Stadt. Die Schäden umfassten 90 Prozent der Innenstadt sowie in weiten Teilen Infrastruktur, Bahn- und Industrieanlagen. Am 8./9. Mai 1945 war der Zweite Weltkrieg in Europa beendet.

Hanau nach dem 19. März 1945: eine Stadt in Trümmern, hier der Bereich um die Nürnberger Straße.

Medienzentrum Hanau/Bildarchiv 219/E3

Blick auf die Trümmerlandschaft von der Paradiesgasse auf das zerstörte Neustädter Rathaus.

Medienzentrum Hanau/Bildarchiv 225/C5



Die Folgen des 19. März 1945 finden sich bis heute im Stadtbild wieder. Mit einem offiziellen Schadensgrad von 70 Prozent war Hanau die prozentual am schwersten zerstörte Stadt in Hessen. In den beiden folgenden Jahrzehnten gelang es, die Trümmer und Schäden zu beseitigen und Hanau wiederaufzubauen. Es entstand ein neues, funktionales und modernes Stadtbild.

Die Erinnerung an die Schicksalsnacht wird von der Stadtgesellschaft seit 80 Jahren wachgehalten, der 19. März symbolisiert weiterhin die Zerstörung der Heimatstadt – und gilt damit als Mahnung, welche Folgen Kriege haben.

Um insbesondere der jüngeren Generation zu verdeutlichen, welche Auswirkungen Krieg, Antisemitismus und Diktatur auf ihre Heimatstadt hatten, setzte das Vorhaben „20 Minuten“ auf unterschiedliche Bausteine.

Ausstellung im Neustädter Rathaus

Die vom 28. Februar bis zum 23. März 2025 zu sehende und von Dr. Markus Häfner kuratierte Ausstellung „Hanau 19. März 1945 – Brandnacht, Zerstörung, Wiederaufbau“ zeigte dreigeteilt die Vorgeschichte des 19. März, die Ereignisse der Schicksalsnacht und deren Folgen sowie die Nachkriegsjahre mit Wiederaufbau und Gedenken.

Drei Themenkomplexe ordneten den 19. März 1945 ein: die Mechanisierung der Kriegsführung, der Kriegsalltag seit 1940 und vorherige Bombenangriffe. In mehreren Vitrinen waren ein Luftschutzhelm, eine Luftschutzapotheke, eine Gasmaske und eine Sirene zu sehen – alles Dokumente dafür, wie alltäglich der Luftschutz und die Bombardements in dieser Zeit waren. Insgesamt 39 Mal wurde Hanau aus der Luft angegriffen. Hinzu kamen zwischen 1940 und 1945 mindestens 576 Fliegeralarme und 949 öffentliche Luftwarnungen. Mindestens 2.564 Menschen kamen infolge der alliierten Angriffe ums Leben.

Während des Zweiten Weltkrieges bildeten Luftangriffe einen festen Bestandteil der Kriegsführung. Die deutsche Luftwaffe führte 1939 bis 1941 Bombardements an allen Fronten durch – unter anderem gegen Warschau, Rotterdam und Belgrad sowie besonders auf britische Städte wie Coventry, Liverpool, Birmingham und London. Tausende starben in den Trümmern und Feuerstürmen. Der japanische Angriff auf Pearl Harbor 1941 entfachte den Pazifikkrieg, der im Abwurf von zwei US-amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 mit rund 250.000 Toten gipfelte.

Die Folgen von Nationalsozialismus und Zerstörung visualisierten in der Ausstellung Schadenskarten, Originalobjekte der Trümmerjahre, Zeitzeugenerin-

nerungen, Filme und zahlreiche Fotografien. Die Schäden und Ereignisse der Kriegsjahre dokumentierte mit Luftbildern die 1995 erarbeitete Ausstellung „Hanau im Bombenkrieg 1942–1945“, die in die 2025 gezeigte Ausstellung integriert war.

Mit den Nachkriegsjahren und den Auswirkungen des 19. März befasste sich das letzte Drittel der Ausstellung anhand der Themen Schadensausmaß, Nachkriegszeit, Wiederaufbau und Gedenken. Das als Ausstellungsort gewählte Neustädter Rathaus steht symbolhaft für die Herausforderungen, aus den Trümmern wieder eine funktionierende Stadt zu erbauen. Es dauerte zwei Jahrzehnte, in denen die Stadtpolitik in Schloss Philippsruhe tagte und entschied, den Wiederaufbau eines Rathauses immer wieder zu verschieben – zugunsten von Strom- und Wasserleitungen, zugunsten von Schulen und Kultur, zugunsten von Wohnungsbau und Brücken.

Zahlreiche Herausforderungen bestimmten die Nachkriegsjahre: Ausgangssperren, Schwarzmarkt, Mangel an Nahrungsmitteln, an Alltäglichem und an Baustoffen, die Unterbringung und Versorgung der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die Aufnahme der Ausgebombten und Ostflüchtlinge in den eigenen vier Wänden oder die Trauer um die Verstorbenen. Die Not machte bisweilen erfinderisch, aus was man Kinderspielzeug oder Schuhe herstellen konnte, was ebenfalls in der Ausstellung zu sehen war. Parallel verliefen Maßnahmen zur Entnazifizierung und zur Reeducation, denn die US-Amerikaner wollten einen demokratischen Staat aufbauen und den Nationalsozialismus gänzlich entfernen.

Dem Wiederaufbau ging die Enttrümmerung voraus. Anhand zahlreicher Bilder und einer privaten Farbfilmaufnahme aus dem Jahr 1948 ließen sich die Fortschritte in der Ausstellung erkennen. In den folgenden Jahren wurde in Hanau an allen Ecken gebaut, und das bisweilen ohne Rücksicht auf den Vorkriegszustand. Im Verlauf der 1950er Jahre setzten sich moderne Nutzungs- und Architekturkonzepte durch. Ein Altstadtmodell zeigte einen frühen Planungsentwurf. Die dort noch für einen Wiederaufbau vorgesehenen Reste von Stadtschloss, Stadttheater oder der alten Hohen Landesschule wichen Bürogebäuden, Schulen und Straßenbegradigungen. Funktionalität und vorzeigbare Ergebnisse waren in den Wiederaufbaujahren Trumpf.

Der 19. März nahm dabei zweierlei Funktion ein: Zum einen gedachte die Stadtgesellschaft der Toten und mahnte vor neuerlichen Kriegen; zum zweiten wurde der 19. März zum Tag der Grundsteinlegungen oder Einweihung von wiedererrichteten Gebäuden. Sinnbildlich 1958 beim Deutschen Goldschmiedehaus



Interessierte bei Stadtführung entlang der Bannerinseln im Stadtraum.

Medienzentrum Hanau/Bildarchiv

und beim Mahnmal für die Opfer des Krieges in der Martin-Luther-Anlage. Entsprechend war der Entwurf für das Mahnmal von Otto Crass in der Ausstellung zu sehen. Die Brücke in die Gegenwart schlugen eine Einordnung der Gedenktage und zahlreiche Zitate zu Krieg und Frieden. Mit 3.000 Besuchenden war die Ausstellung ein großer Erfolg.

Stadtgeschichte sichtbar machen

Zusätzlich zur Sonderausstellung beleuchteten für zwölf Wochen insgesamt 15 Straßenbanner die Ereignisse und die Folgen des 19. März 1945 für Hanau. Montiert an Bauzauninseln „störten“ sie beim Markteinkauf oder Bummeln in der Innenstadt die gewohnten Blickachsen und erweckten Interesse, sich mit dem Thema zu befassen. Hiermit wurden zwischen dem 6. März und dem 18. Mai 2025 die Nichtbesuchenden von Ausstellungen als Zielgruppe erreicht.

Die Banner dokumentierten auf den fünf Hanauer Innenstadtplätzen Schlossplatz, Altstädter Markt, Freiheitsplatz, Neustädter Marktplatz und Französische Allee die Auswirkungen und Veränderungen für Platzflächen wie auch von Einzelbauten. Hierzu zählten das Stadtschloss, die Stadthalle, das Deutsche Goldschmiedehaus, die Alte Johanneskirche, das Stadttheater, die Nürnberger Straße, das Neustädter Rathaus oder die Wallonisch-Niederländische Kirche. Aus jeweils drei Blickwinkeln wurden die Situation vor der Zerstörung, deren Folgen durch das Bombardement am 19. März 1945 und der Wiederaufbau des zerstörten Hanaus beleuchtet. Mit Fotografien aus den Beständen des Medienzentrums Hanau/Bildarchiv und erläuternden Texten gelang die museale Vermittlung direkt im Stadtraum – für jeden zugänglich und rund um die Uhr.

Veranstaltungen

Zu den Jahrestagen von Zerstörung und Kriegsende organisierten Vereine, Verbände, Initiativen, Kirchen, Schulen und Stadtverwaltung Hanau unter der Federführung von Kulturfachbereichsleiter Martin Hoppe mehr als 60 Veranstaltungen. Das Programm umfasste Gedenkveranstaltungen, Vorträge, Lesungen, Filmvorführungen, Schulprojekte, Führungen, Konzerte, Gottesdienste und kleinere Ausstellungen. So setzte die Stadtgesellschaft ein deutliches Zeichen gegen Krieg und für Frieden.

Im Zentrum standen das Gedenken am 19. März 2025 mit Glockenläuten, Morgenandachten und Gedenkgottesdienst, Gedenkstunden und Kranzniederlegungen am Altstädter Markt, am Hauptfriedhof und am Mahnmal in der Martin-Luther-Anlage sowie verschiedene Programmangebote rund um das Mahnmal in der Ruine der Wallonischen Kirche.

Die Veranstaltungen stießen auf großes Interesse. Den Abschluss bildete die zentrale Gedenkveranstaltung zum Kriegsende mit dem Vortrag von Leibniz-Preisträger Prof. Dr. Jörn Leonhard von der Universität Freiburg zum Thema „Über Kriege und wie man sie beendet“.

Schulprojekte

Ein Programmschwerpunkt lag auf der Zusammenarbeit mit Schulen. In Zeitzeugenprojekten, Expertengesprächen, Podiumsdiskussionen, digitalen Formaten und Stadtführungen befassten sich Hanauer Schülerinnen und Schüler mit der Thematik.



Über den Instagram-Kanal „20min_hanau“ erfolgte eine digitale und zeitgemäße Vermittlung der historischen Fakten und Erinnerungskultur.

Schülerinnen und Schüler der Otto-Hahn-Schule produzierten einen hörens-werten Podcast über die Bombennacht und interviewten Zeitzeugen und Exper-ten. Andere sprachen mit ihren Großeltern über deren Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit. Im Rahmen des Europatages stellten sie ihre Produktionen ihrer Jahrgangsstufe vor. Filmvorführungen und ein Expertenge-spräch mit zahlreichen Rückfragen aus dem Plenum zeigten das große Interesse der Jugendlichen an lokalgeschichtlichen Themen, ebenso verhielt es sich an der Mädchenrealschule St. Josef im Stadtteil Großauheim.

Die Oberstufe der Paul-Gerhardt-Schule sprach Erinnerungen ein und gab den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen so eine Stimme. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zur Erinnerungskultur und machten die Lebensgeschichten für die Ge-genwart greifbar. Eine Klasse der Lindenaus Schule untersuchte anhand von Ori-ginaldokumenten die Ereignisse und war beeindruckt vom Überlebens- und Wie-deraufbauwillen der Nachkriegsgeneration.

Zahlreiche Klassen besuchten die Ausstellungen oder erhielten fachkundige Führungen zur Thematik im Stadtraum. Es zeigte sich, dass für viele Schülerin-nen und Schüler heutige Kriege und Zerstörung nicht nur durch mediale Ver-breitung präsent, sondern häufig mit der eigenen Biographie verbunden sind. Ins-gesamt wünschten sich die Schülerinnen und Schüler mehr lokalen Bezug im Un-terricht, um Verständnis für die Ereignisse vor Ort und die Kriegsauswirkungen zu bekommen.

Digitale Vermittlung

Die Schulprojekte sind dauerhaft auf www.20min-hanau.de verfügbar. Die Web-site dient als verbindendes Element zwischen Ausstellung, Platzraum-Bannern, Veranstaltungen und Schulprojekten. Sie beinhaltet neben Schulprojekten und Veranstaltungsprogramm ebenso die Inhalte der Ausstellung und einen Amateur-film aus den Nachkriegsjahren. Als dauerhafte Webpräsenz informiert sie über die Ereignisse am und die Folgen des 19. März 1945. Somit bietet sie auch zukünftig Raum für digitale Spuren, für Podcasts, für Schul- und Erinnerungs-projekte.

Zusätzlich beleuchtet der Instagram-Kanal [20min_hanau](https://www.instagram.com/20min_hanau) aus vielschichtigen Perspektiven das Ereignis. Der Kanal begleitete Veranstaltungen und umfasst gut drei Dutzend historische Rückblicke, Zitate, Bildvergleiche vorher/nachher oder

früher/heute, Hörspiele, Zeitzeugeninterviews und Videocasts. Diese digitalen Elemente werden in den nächsten Monaten wachsen, gerade durch Schulbeiträge: Die jetzigen Beiträge regen zum Nachdenken und Reflektieren an – und zeigen, wie präsent die Kriegsereignisse vor 80 Jahren für Schülerinnen und Schüler heute sind. In vier Monaten erreichte der Instagram-Kanal mehr als 120.000 Menschen bei mehr als 20.000 Aktionen, die Website besuchten 22.000 Personen.

Möglich machte das breite Angebot die Förderung durch den Ortsbeirat Hanau-Innenstadt und die Stiftung der Sparkasse Hanau. Holger Förster von der MTV Förster GmbH & Co. KG sponserte das Digitalprojekt mit dem Ziel, „generationenübergreifend aufzuzeigen, dass das Erreichte, der Frieden, sehr zerbrechlich und nicht selbstverständlich ist“. Die digitale Umsetzung übernahm die Agentur digitalnaturals* smc GmbH Hanau.

Fazit

Hanau erinnerte 2025 in vielfältigen Formaten an Zerstörung, Nachkriegszeit und Wiederaufbau. Mit der Mischung aus analogen, personalen und digitalen Angeboten gelang es, breite Teile der Stadtgesellschaft zu erreichen. Insbesondere Jugendliche, Neubürgerinnen und Neubürger informierten sich über die Bannerinseln, Einzelveranstaltungen, Schulprojekte und Instagram. Ein Dank lautete: „Wenn ich jetzt hier rauslaufe, sehe ich Hanau mit ganz anderen Augen.“

Wer sich die Bilder der Verwüstung aus den unmittelbaren Nachkriegsjahren ansieht, versteht die Verpflichtung, das Ereignis und deren Ursprünge auch 80 Jahre danach in Erinnerung zu rufen. Hanaus Oberbürgermeister Claus Kamin-sky gab die Richtung vor: „Es darf nie wieder einen politischen Irrweg geben, an dessen Ende ein 19. März stehen kann.“

Das Projekt „20 Minuten“ macht dauerhaft sichtbar, was nicht vergessen werden darf: Hass und Krieg haben nur Zerstörung und Verlust zur Folge. Zwei Schülerinnen drückten ihre Wünsche im Gästebuch aus: „Es ist erschreckend, was damals in Hanau geschah. Die Geschichte zeigt, wie wichtig unsere Demokratie ist. Vielen Dank für diese Ausstellungen.“

Kristina Matron

Frankfurt went West. Sonderausstellung im ISG mit Fotografien von Mickey Bohnacker

80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges zeigt das Institut für Stadtgeschichte Frankfurt seit Juni 2025 die Ausstellung „Frankfurt went West“, die mehr als hundert Fotografien aus den Jahren 1945 bis 1965 aus dem Nachlass des Sensations- und Pressefotografen Mickey Bohnacker (1928–2017) präsentiert. Seine Bilder zeigen zahlreiche Facetten der Amerikanisierung Frankfurts und der jungen Bundesrepublik.

Bohnacker kam als sehr junger Mann kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in einem deutsch-amerikanischen Jugendclub in Frankfurt mit den amerikanischen



Mickey Bohnacker am Flughafen, ca. 1950.

ISG FFM, Best. S7Bo Nr. 19, Foto: unbekannt





Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte in Europa, auf dem Frankfurter Flughafen; im Hintergrund links John J. McCloy, 21. Januar 1951. ISG FFM, Best. S7Bo Nr. 154, Foto: Mickey Bohnacker

Plakatmotiv der Ausstellung: Junge Frau vor einem einmotorigen Flugzeug, dahinter an einer Gebäudewand der Schriftzug „Pan American World Airways“, ca. 1952. ISG FFM, Best. S7Bo Nr. 2395, Foto: Mickey Bohnacker



John F. Kennedy in Frankfurt, 25. Juni 1963: Während seines Deutschlandaufenthaltes besuchte der Präsident unter dem Jubel zehntausender Menschen Frankfurt. In seiner Rede auf dem Römerberg würdigte er die Frankfurter Aufbauleistungen, die demokratische Tradition und die Freundschaft zwischen den Völkern. In der Paulskirche hob er die Bedeutung der atlantischen Verteidigungs- und Wirtschaftsverbindungen hervor. ISG FFM, Best. S7Bo Nr. 1646, Foto: Mickey Bohnacker

Bohnacker ließ sich vom örtlichen „Klub langer Menschen“ als Ehrenmitglied aufnehmen und schloss Freundschaft mit dem größten Frankfurter Polizisten. Beim Zwischenstopp der Beatles auf dem Flughafen 1964 sollte sich das als Vorteil erweisen: Hochgehoben von starken Händen, gelangen dem Fotografen gute Aufnahmen.

ISG FFM, Best. S7Bo Nr. 85, Foto: unbekannt





Mickey Bohnacker mit seinem Porsche 356, ca. 1951. Das Fahrzeug war nicht nur Ausdruck von Freude am raschen Vorankommen, sondern auch beruflicher Vorteil: Jeder der Frankfurter Agentur-Fotografen wollte mit seinen Aufnahmen „erster auf der Trommel“ sein – damit war der öffentliche Bildtelegraphendienst gemeint, der im Januar 1950 wieder zugelassen wurde. Da viele Aufnahmen außerhalb der Stadt entstanden, ging es darum, schnell wieder nach Frankfurt zu kommen. ISG FFM, Best. S7Bo Nr. 51, Foto: unbekannt

Besatzern in Kontakt und begann, für Zeitungen der US-Armee zu fotografieren. Er war nicht nur fasziniert vom American Way of Life, sondern verfolgte als politisch interessierter Begleiter der Diskussion um Westbindung und Wiederbewaffnung sowie als Beobachter die allgegenwärtige Präsenz der USA in der Stadt. So entstanden seine Motive, die aus nächster Nähe den Einfluss Amerikas auf Politik, Alltag und Kultur der Nachkriegs- und Wiederaufbaujahre zeigen.

In der Ausstellung wird Frankfurt als ein maßgeblicher Ausgangspunkt der Amerikanisierung Westdeutschlands und der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik herausgestellt. Die Stadt, in der sich im ehemaligen I.G.-Farben-Gebäude der Sitz des obersten militärischen US-Kommandos und des amerikanischen Militärgouverneurs befand, war ein zentraler Schauplatz der alliierten Besatzungspolitik in Westdeutschland. Lucius D. Clay, Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, hatte von März 1947 bis Mai 1949 seinen Sitz im I.G.-Farben-Gebäude. Mit dem britischen und französischen Militärgouverneur überreichte er am 1. Juli 1948 den westdeutschen Ministerpräsidenten die „Frankfurter Dokumente“. Sie enthielten den Auftrag, eine demokratisch-föderalistische Verfassung, die später die Bezeichnung „Grundgesetz“ erhielt, zu erarbeiten. Das I.G.-Farben-Gebäude, in der NS-Zeit eine Industriezentrale für Kriegsproduktion und Zwangsarbeit, wurde so zu einem Ausgangsort der westdeutschen Demokratie. Auch nach der Wahl Bonns zum Regierungssitz behielt die Stadt ihre zentrale Funktion, denn der Sitz des zuständigen Hohen Kommissars John J. McCloy blieb von 1949 bis 1952 im I.G.-Farben-Gebäude. So blieb Frankfurt ein wichtiger Ort für diplomatische Aktivitäten im Rahmen der Bündnispolitik, in dem Westdeutschland der Weg in die Nato geebnet wurde.

Die Ausstellung

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen über 100 eindrucksvolle Fotografien von Mickey Bohnacker. Gegliedert in zwölf Kapitel thematisieren sie den Wiederaufbau der Stadt Frankfurt, den demokratischen Neuanfang der Bundesrepublik, den Beginn des Kalten Krieges, die Nato-Integration, die Entwicklung Frankfurts zum europäischen Verkehrsdrehkreuz, den Frankfurter Umgang mit der NS-Vergangenheit, das kulturelle und sportliche Leben in der Stadt, die wirtschaftliche Entwicklung (Wirtschaftswunder und Konsumgesellschaft), die Kriminalität sowie die deutsch-amerikanische Freundschaft.

Ergänzt werden die Fotografien durch historische Filme auf Medienstationen – etwa zum Besuch John F. Kennedys 1963 oder mit Stadtansichten vom Anfang der 1960er Jahre errichteten Henninger Turm – sowie durch zwei großformatige Stadtpläne, die zentrale Aspekte der städtischen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg und die Entstehung zahlreicher US-Einrichtungen zeigen.

Nachlass Mickey Bohnacker

Karl-Heinz „Mickey“ Bohnacker wurde 1928 in Bornheim geboren. Seinen Spitznamen Mickey nach der Comic-Figur Mickey Mouse ließ er sich später als Künstlernamen eintragen. Der Name war auch eine Anspielung auf die geringe Körpergröße des Fotografen, mit der er selbst scherzhaft umging und die er nutzte, um aus der ersten Reihe zu fotografieren.

1946 schloss Bohnacker sich den „German Youth Activities“ an und fotografierte dort mit seiner Boxkamera prominente Gäste. Die örtliche Armeezeitung bot ihm erste Aufträge an und zahlte mit Kaffee und Schokolade. Bald darauf engagierte ihn eine US-Bildagentur, bei der er bis 1954 blieb. Aus diesen frühen Begegnungen entwickelte sich sein nachhaltiges Interesse an den USA, die er später mehrfach besuchte. Bohnacker gab seinen ungeordneten fotografischen Nachlass 2016/17 ans Institut für Stadtgeschichte.

Das Institut für Stadtgeschichte als kommunales Archiv der Stadt sammelt neben der städtischen Ämterüberlieferung auch Nachlässe und Unterlagen von Vereinen und Wirtschaftsunternehmen sowie seit 1962 systematisch Fotos. Es verfügt mittlerweile über mehr als 2,5 Millionen Bilder von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. In dieser Ausstellung präsentiert es erstmalig einen seiner spannendsten Fotobestände.

Laufzeit und Begleitprogramm

Die von Dr. Michael Fleiter und Tobias Picard kuratierte Ausstellung läuft vom 17. Juni 2025 bis zum 7. Juni 2026. Gefördert wird sie von der Dr. Marschner Stiftung. Die Themen der Ausstellung werden durch eine Vortragsreihe vertieft. Am Montag, 25. August 2025, eröffnet Dr. Michael Fleiter die Reihe mit seinem Vortrag „Frankfurt – Westdeutschlands amerikanischste Stadt“.

Am 10. November 2025 führt Prof. Celina Lunsford vom Fotografie Forum Frankfurt unter dem Titel „Freizeit, Fashion, Freiheit“ in die Fotografien der



Luftaufnahme des Flughafens, ca. 1965.
Nach Bau eines neuen Kontrollturms 1957
und Verlängerung der Nordbahn erfolgte
1959 die Einbeziehung in den Düsen-
flugverkehr. 1965 begannen Bauarbeiten
für das „Terminal Mitte“, und die FAG
beantragte den Bau einer Startbahn nach
Süden („Startbahn West“).

ISG FFM, Best. S7Bo Nr. 332,
Foto: Mickey Bohnacker



Bohnacker ca. 1990 mit letzten Aufnahmen
für den Flughafen.

ISG FFM, Best. S7Bo Nr. 122, Foto: unbekannt





Bau des Bürohauses der Rhein-Main-Bank, Gallusanlage 7, 1951.

ISG FFM, Best. S7Bo Nr. 2940, Foto: Mickey Bohnacker

Elvis Presley leistete in Friedberg seinen Militärdienst ab, hier ca. 1959.

ISG FFM, Best. S7Bo Nr. 2293, Foto: Mickey Bohnacker

Nachkriegszeit ein. Prof. Dr. Reinhild Kreis spricht am 17. November über das Amerikahaus Frankfurt als deutsch-amerikanische Kontaktzone im Kalten Krieg. Prof. Dr. Jürgen Schwab unternimmt am 15. Dezember Streifzüge durch die Frankfurter Jazzszene der 50er Jahre. Am 19. Januar 2026 beleuchtet Markus Grossbach vom Fraport AG Archiv die rasante Entwicklung des Frankfurter Flughafens zwischen 1945 und 1965.

Am 16. Februar 2026 wirft Dr. Matthias Häußler einen historischen Blick auf die Armeezeit Elvis Presleys in der Bundesrepublik des Kalten Krieges und auf seine Verwandlung im Film vom „Teenage-Rebellen“ zum pflichtbewussten amerikanischen Patrioten.

Filmisch geht es weiter am 3. März 2026 mit „Berlin-Express“ aus dem Jahr 1948, einem US-amerikanischen Thriller, der vor allem in Frankfurt gedreht wurde. Eingeleitet wird der Film von Tobias Picard. Am 20. April 2026 steht schließlich „Frankfurt im Scheinwerferlicht Washingtons“ im Vortrag von Dr. Thomas Bauer, der die Beziehungen von Stadtverwaltung und Militärregierung 1945–1955 darstellt.

Die Vorträge beginnen jeweils um 18 Uhr im Dormitorium des Karmeliterklosters. Regelmäßige Führungen stellen die Fotografien und das Ausstellungskonzept vor.

Archivpädagogik

Die Archivpädagogik des Instituts für Stadtgeschichte bietet zur Ausstellung zielgruppenspezifische Angebote für Schulklassen an. Buchbar sind für dritte bis sechste Klassen der Workshop „Nachkriegszeit und Aufbaujahre – Wie lebten Kinder in Frankfurt?“, für Schulklassen ab der neunten Klasse „Momentaufnahmen der Geschichte – Die Fotografie als Quelle“ sowie für Oberstufen „(Re-)Demokratisierung nach dem Zweiten Weltkrieg“.

Die Workshops knüpfen methodisch an die heutigen Erfahrungen und Lebenswelten der Jugendlichen an und zeigen damit die aktuelle Relevanz historischer Quellen und geschichtlichen Wissens. Sie stärken die quellenkritische Kompetenz der Jugendlichen, besonders im Hinblick auf die unsere heutige Kultur stark prägende Fotografie.



Seit den 1930er Jahren waren die USA Marktführer in der Produktion der Jukebox. Durch die in Deutschland stationierten GIs wurde sie in den 50er Jahren auch hierzulande populär. ISG FFM, Best. S7Bo Nr. 3109, Foto: Mickey Bohnacker

Hendrik Pletz und Lars Schlaphof

„Évreux/Rüsselsheim.

Befreiung, Wiederaufbau, Versöhnung 1944–1961“.

**Ein (unerwarteter) Erfahrungsbericht zu einer
deutsch-französischen Kooperationsausstellung**

Der August 1944 war für Évreux, eine Stadt rund 100 Kilometer nordwestlich von Paris, ein entscheidender Monat. Mit der Landung der Alliierten in der Normandie im Juni 1944 war die französische Kleinstadt erneut in den Fokus des Kriegsgeschehens gerückt. Die Stadt, welche die Zerstörungen der nationalsozialistischen Eroberung mühsam zu beseitigen versucht hatte, wurde in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1944 von amerikanischen Bombern schwer getroffen und ein zweites Mal zerstört – allein in dieser Nacht verloren 163 Menschen ihr Leben. Mit dem Vorrücken der Alliierten wuchsen mit der Nervosität der deutschen Besatzungstruppen auch deren Repressalien gegenüber der französischen Zivilbevölkerung. Ihren dramatischen Höhepunkt erreichten die Ereignisse in der besagten Augustwoche: Am Mittwochmorgen, dem 23. August 1944, erreichten amerikanische Truppen die Stadtgrenze. Dieser Tag, an dem die Hakenkreuzfahne vom Rathaus genommen wurde, ist für die Stadt bis heute der zentrale Gedenktag an den Zweiten Weltkrieg. Bereits am 27. Juni 1945 beschloss der Gemeinderat, ein jährliches Fest anlässlich des „Anniversaire de la Libération“ zu feiern.⁶⁶¹

Wie überall in Europa jährte sich auch in Évreux nun der Tag der Befreiung zum 80. Mal. Neben dem traditionellen Fest wurde ein Begleitprogramm anlässlich des besonderen Jubiläums geplant. Dazu zählte auch eine Sonderausstellung. In diesem Zusammenhang entstand die Idee, dieses Projekt zusammen mit der deutschen Partnerstadt Rüsselsheim am Main⁶⁶² zu realisieren. Und so kam es, dass diverse Kultureinrichtungen aus beiden Städten begannen, eine gemeinsame Ausstellung zu planen. Die Stadt Rüsselsheim am Main wurde durch das Stadtarchiv und das Stadt- und Industriemuseum vertreten, die tatkräftig durch das Stadtmarketing unterstützt wurden. Der Impuls, eine komparatistische Ausstellung zu realisieren, erwies sich als äußerst reizvoll. Ziel der Konzeption war es, sowohl den Zweiten Weltkrieg und dessen Ende als auch die Nachkriegszeit mit dem Wiederaufbau zu thematisieren und den Bogen schließlich bis zur Städtepartnerschaft im Jahr 1961 zu spannen. Zugleich traten die Herausforderungen eines derartigen Vorhabens rasch zutage. Wie lassen sich zwei Kommunen sinn-

voll miteinander vergleichen, die während des Krieges unterschiedlichen Kriegsparteien angehörten? Noch grundlegender stellte sich jedoch die Frage nach der Vergleichbarkeit an und für sich: Abgesehen von der eher zufälligen Begegnung beider Städte Ende der 1950er Jahre existieren kaum historische Gemeinsamkeiten. Lediglich ihre ähnliche Größe sowie die Nähe zu einer Metropolregion lassen strukturelle Parallelen erkennen.

Schon der August 1944, ein in der Ausstellung prominenter Markstein, zeigt dies deutlich: Während die Bevölkerung Évreux' ihre Befreiung und wiedererlangte Freiheit feierte, stand Rüsselsheim noch voll und ganz unter dem Eindruck nationalsozialistischer Politik und Ideologie. Im Jahr 1943 erreichte das Opel-Werk den Höhepunkt seiner Kriegsproduktion. Als „Kriegsmusterbetrieb“ ausgezeichnet, setzte es – wie alle „kriegswichtigen“ Betriebe des Deutschen Reiches – auf die systematische Ausbeutung von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern und Kriegsgefangenen. Nur zwei Tage nach der Befreiung von Évreux, in der Nacht vom 25. auf den 26. August, traf Rüsselsheim ein Luftangriff von verheerender



Kreuze trennen und verbinden die Städte in der Ausstellung.

Presseamt der Stadt Rüsselsheim am Main, Foto: Isabella Groth



Évreux nach den Bombenangriffen der Alliierten im Juni 1944.

Stadtarchiv Évreux, Nachlass Bernard Curé, 6Fi 959

Wucht. Phosphorbrandbomben der britischen Royal Airforce, die der Opel AG galten, trafen nicht nur das Werk, sondern verwandelten in wenigen Augenblicken auch umliegende Straßenzüge in rauchende Trümmerfelder. Mehr als 6.000 Menschen verloren in dieser Nacht ihr Zuhause. Die deutsche Belegschaft konnte in den beiden massiven Hochbunkern auf dem Werksgelände Schutz suchen. Auch der Zivilbevölkerung standen Luftschutzanlagen zur Verfügung, doch für viele reichte die Zeit nur, um in den eigenen Keller zu fliehen. Den Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern jedoch blieben lediglich notdürftig ausgehobene Splitter-schutzgräben. Am Ende des Krieges zählte Rüsselsheim knapp 450 Tote – fast die Hälfte von ihnen waren Kriegsgefangene und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.⁶⁶³

Die Kuratorinnen und Kuratoren beider Städte entschieden sich bewusst dafür, die Gleichzeitigkeit diametral unterschiedlicher Erfahrungen unverfälscht nebeneinanderstehen zu lassen – ohne den Versuch, künstliche Parallelen zu kon-



Rüsselsheim nach den Bombenangriffen der Alliierten im August 1944.

Stadtarchiv Rüsselsheim

struieren. In der Gestaltung spiegelte sich diese Haltung in Kreuzwänden wider, welche die Ereignisse beider Partnerstädte klar voneinander trennten und jeweils in deutscher und französischer Sprache präsentierten.

Als verbindendes Moment entwickelte das binationale Kuratorenteam gemeinsame Überschriften, die lose Brücken zwischen den Ereignissen schlugen. Die Absicht war es, den Besuchenden zunächst eine klare Trennung zu bieten, ihnen jedoch zugleich einen Impuls zu geben, selbst mögliche Parallelen zu entdecken; nicht als vorgegebene Interpretation, sondern als Einladung zur eigenen Reflexion über historische Zusammenhänge und ihre Deutungsräume. Beim Besuch der Ausstellung ergaben sich so oft überraschende Verbindungen – visuelle Assoziationen, welche die Wahrnehmung der Ausstellung produktiv begleiteten. Zwei dieser nicht intendierten „Übersprünge“ werden im Folgenden kurz beschrieben.

Ausgang des ersten Beispiels bildeten die im kollektiven Bildgedächtnis der deutschen Erinnerungskultur tief verankerten Fotos deutscher Städte am Ende des Zweiten Weltkrieges: Die Bilder des zerstörten Rüsselsheims fügen sich problemlos in die endlose Reihe anderer zerstörter deutscher Städte ein. Das deutsche Gedächtnis rekurriert eben nicht auf ein einzelnes ikonisches Bild, sondern bezieht sich vielmehr auf ein amorphes visuelles Archiv, gespeist aus unendlichen Fotos der gefühlt immergleichen Zerstörung.⁶⁶⁴ Und nun waren in der Ausstellung „plötzlich“ diese Fotos des von Bomben zerstörten Evreux. Sie reihten sich quasi störungsfrei in die Gewohnheiten deutscher Erinnerungskultur ein, wideretzten sich aber unmittelbar dieser kontextuellen Vereinnahmung und forderten so die Seh- und auch Erinnerungsroutinen heraus. Denn unabhängig von den oft sehr unterschiedlichen Bewertungen der Bombardements auf deutsche Städte sind die Bilder dieser Städte doch so prägend für das nationale Gedächtnis, dass abgesehen von Coventry und Rotterdam kaum weiterer Platz im visuellen Gedächtnis deutscher Erinnerungskultur zu sein scheint.⁶⁶⁵ Die Bilder des zerstörten Évreux irritierten und führten einem vor Augen, was man zu sehen gewohnt war und ist.

Ein ganz anderes Beispiel visueller Gleichheit fand sich am Ende der Ausstellung: die obligatorischen Fotos der städtischen Pressestellen, welche die Bürgermeister Mandle (Évreux) und Köbel (Rüsselsheim) beim Unterzeichnen der Städtepartnerschaftsurkunde zeigen. Und auch die anderen Bilder zu den Feierlichkeiten, seien sie nun in Évreux oder in Rüsselsheim gemacht worden, stärken den Eindruck eines international gleichförmigen Protokolls, das wenig Spielraum für individuelle Differenzierungen lässt. Auch hier überlagert das kollektive Bildgedächtnis das spezifische Foto. Ein wenig befremdlich wirken heute die beiden Herren in Schwarz-Weiß, die mit ernster Miene einen Vertrag unterzeichnen. Nein, es ist nicht der Élysée-Vertrag, der auch erst zwei Jahre später unterzeichnet werden wird. Die beiden Protagonisten sind auch nicht de Gaulle und Adenauer. Es sind einfach „nur“ zwei Bürgermeister zweier Städte, deren Namen man im jeweils anderen Land noch nie zuvor gehört hatte. Doch dann drängen sich die Biographien der beteiligten Personen auf und rücken das Bild in ein anderes Licht. Eberhard Köbel, von 1954 bis 1965 Bürgermeister der Stadt Rüsselsheim, galt bis in die 2010er Jahre als ein leuchtendes Vorbild für die Stadtgeschichte,⁶⁶⁶ war er es doch, der die eindrucksvolle Stadtentwicklung in den 1950er und 1960er Jahren zentral mitprägte. Zwischen 2011 und 2013 entfachte sich jedoch eine intensive Debatte um Köbels NS-Vergangenheit in der Stadtgesellschaft. Köbel war nicht nur Mitglied in verschiedenen nationalsozialistischen Vereinigungen, insbeson-

dere seine Promotion zum Winterhilfswerk brachte seine Nähe zu Ideologie, Staatsverständnis und Rechtsdenken des Nationalsozialismus deutlich zum Ausdruck. Nach Kriegsende versuchte er zuerst, sich dem alliierten Entnazifizierungsprozess durch Leugnung und Verharmlosung seiner Vergangenheit zu entziehen – jedoch ohne Erfolg. 1948 trat er aufgrund dieser bewussten Falschaussagen eine neunmonatige Haftstrafe an.⁶⁶⁷ Entgegen diesem für deutsche Verhältnisse typischen Umgang mit der NS-Geschichte und dem Verdrängen einer Mittäterschaft wählte die Stadt Évreux ihre Akteure im Rahmen der Verschwisterungsvorbereitungen wesentlich bewusster aus. Neben Bürgermeister Armand Mandle, seines Zeichens Mitglied der französischen Résistance, wurde gezielt André Le Thuillier eingebunden. Thuillier war Präsident des Verständigungsausschusses der Veteranenverbände und war schon sehr früh um die Versöhnung der Kriegsgegner bemüht. Ohne den Rückhalt dieser Bevölkerungsgruppe wäre eine Partnerschaft mit einer deutschen Stadt vermutlich weder politisch noch gesellschaftlich durchzusetzen gewesen.

Und plötzlich erzeugt dieses Bild, das wir alle aus anderen Zusammenhängen zu kennen glauben, im Zusammenspiel mit den biographischen Kontexten eine überraschende Spannung und eine eigentümliche Irritation bei den Betrachtenden. Aus dem protokollarischen Korsett taucht ein Moment der Demut auf: Da schüttelt ein ehemaliger Veteran nur knapp 15 Jahre nach dem Ende eines Krieges, der unendlich viel Leid über sein Land brachte, einem deutschen Bürgermeister und (zumindest ehemaligen) Nationalsozialisten die Hand. Dabei mischt sich eine sehr grundlegende Frage in die Bildrezeption ein: Warum reichten Mandle und Thuillier Köbel die Hand? Und noch viel wichtiger: Würde ich das auch tun? Aus einem folkloristisch-nostalgischen Blick auf eine lokale Bagatelle wird ein Lehrstück in Versöhnung, das nicht trotz, sondern gerade wegen der Spannung zwischen gewohnter Bildästhetik und individueller Geschichte seine eigentümliche Wirkmächtigkeit entfaltet.

So hinterlässt diese Ausstellung, die zunächst den Anschein erweckte, Unvergleichbares zu vermessen, einen vielschichtigen Nachhall komplexer Verflechtungen. Mal traten diese in den unterschiedlichen nationalen Erinnerungskulturen zutage, mal in kaum wahrnehmbaren Gesten und Details. Gerade das Vertraute erwies sich als unerwarteter Filter, durch den sowohl die eigene Geschichte als auch ihre bekannten Erzählmuster in neuem Licht erschienen. In diesem Perspektivwechsel wurde deutlich: Erinnerung ist kein statisches Gebilde, sondern ein lebendiger Prozess – geprägt von Begegnungen, Irritationen und der Bereitschaft, die eigene Sicht auf das Vergangene immer wieder zu hinterfragen.



Die Bürgermeister Mandle (links) und Köbel (rechts) reichen sich die Hand.
Stadtarchiv Rüsselsheim, Presseamt der Stadt Rüsselsheim

Informationen zur Ausstellung

Évreux/Rüsselsheim.

Libération, Reconstruction, Réconciliation 1944–1961/

Befreiung, Wiederaufbau, Versöhnung 1944–1961

Ausgestellt in Évreux: 23. August 2024 – 15. Februar 2025

Ausgestellt in Rüsselsheim: 28. März 2025 – 29. Juni 2025

Kuratiert von: Élodie Bocquet (Stadtarchiv Évreux), Dr. Jean-Michel Guieu (Universität Sorbonne, Paris), Nicolas Lange (Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim), Gilles Leblond (Mediathek Évreux), Dr. Hendrik Pletz (Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim), Lars Schlaphof (Stadtarchiv Rüsselsheim), Maëva Villerot (Bibliothek Évreux)

Wolfgang Schneider

„Und es ward Licht“.

Kinogeschichten in der Nachkriegszeit

Volksaufklärung und Propaganda. Ein Vorfilm

Die Kinogeschichte der Nachkriegszeit muss die Vorgeschichte erwähnen. Schon am Ende der Weimarer Zeit waren Filme mit faschistischem Gedankengut zu sehen. Der Nationalsozialismus kam nicht plötzlich an die Macht und Hitler sowie Goebbels wussten um die propagandistischen Möglichkeiten und Wirkungen kinematographischer Kunst, die schon früh in ihrer politischen Strategie eine bedeutende Rolle spielten. Sie wussten, was sie taten, als am 11. März 1933 das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gegründet wurde, um alle Bereiche der Kultur, also auch den Film, zu steuern. Hitler wollte den Film voll und ganz als Propagandamittel ausnutzen, nicht aber Goebbels, der eine andere Methode der Politisierung von Kunst bevorzugte.

„Im Dritten Reich wurden ca. 1150 Spielfilme hergestellt. Davon sind nur ein Sechstel direkte politische Propaganda. Dennoch hatte jeder Film damals eine politische Aufgabe. Wenn in den Unterhaltungsfilmern des Dritten Reiches sogar der Hitlergruß fehlt, war es leichter, ein unpolitisches Publikum weiterhin glauben zu lassen, dass es das alte, traute Idyll noch gab. Wirklichkeitsnähe wurde proklamiert, aber eine realistische Schilderung des Alltags vermieden. Sie hätte gefährlich werden können. Die Gelenkten sollten nicht merken, wohin sie getrieben wurden“⁶⁶⁸

schreibt Erwin Leiser in seinem Buch zur Propaganda im Film des „Dritten Reiches“.

Es gab selbstverständlich Propagandafilme: für die Partei, für die deutsche Rasse, gegen die Juden und ausländischen Feinde und schließlich Filme für und über den Krieg. Von Opferbereitschaft, Heldentum, Kampfgeist, Glaube und Liebe zum Vaterland ist immer wieder die Rede. Die Sprache der Werbetexte verrät die nationalsozialistische und rassistische Prägung: „Heldentum und Totenkampf unserer Emden“, „Der Sieg des Glaubens“, „Triumph des Willens“, „Der höhere Befehl“, „Im Kampf gegen den Weltfeind“, „Das deutsche Schwert schreibt Geschichte“, „Der ewige Jude“, „Kampfgeschwader Lützow“. Die Filme bedienten

sich der Stars des Theaters und schufen die Filmstars der Zeit. Paul Hörbiger, Gustav Fröhlich, Hans Albers, Willi Forst, Heinz Rühmann oder Harry Piel, Lilian Harvey, Anni Ondra oder Paula Wessely lockten die Zuschauer in die Kinos. Nicht selten waren Vorstellungen ausverkauft, gelegentlich gab es auch Pflichtprogramme für die Hitlerjugend und den Bund deutscher Mädel.⁶⁶⁹

Der Frankfurter Kulturpolitiker Hilmar Hoffmann hat im 93. Lebensjahr den Versuch unternommen, mittels Alltagsbeschreibungen und Gesellschaftsanalysen Ursachen und Folgen nationalsozialistischer Erziehung zu ergründen. Ihm gelingt eine zeitdiagnostische Selbstauskunft, gewissermaßen auch eine Abrechnung mit der eigenen Jugendzeit, die er selbst als „Reflexionen über eine Verführung“ beschreibt. Es geht um ihn als Pimpf, um ihn als Mitglied der „Generation Hitlerjugend“. Das Buch ist da besonders beeindruckend, wo Hilmar Hoffmann erinnerte Geschichten erzählt, die das System Hitlerjugend ebenso entlarvt wie die faschistische Propagandamaschinerie. Er ist nach wie vor einer der klügsten Kenner des NS-Films und gewährt hierzu wiederum ausführliche Einblicke in die Macht der Bilder. Das Buch ist mit seinen Erkenntnissen aus einer totalitären Vergangenheit zudem ein klares Bekenntnis zu künstlerischer Freiheit und kultureller Bildung für eine demokratische Zukunft. In seinem letzten Interview vor seinem Tod hat er mir 2018 erzählt, dass es an der Zeit war, sich kritisch mit seiner eigenen Vergangenheit als Hitlerjunge auseinanderzusetzen.

„Wir waren als Zehnjährige stolz, in Uniform erscheinen zu dürfen. Mit einer Koppel und einem Fahrtenmesser. Wir haben uns stark gefühlt in unserer Gemeinschaft. Und selbst Goebbels hat die Ode von Hölderlin zitiert, sozusagen als indirekte Aufforderung: ‚Lebe droben, o Vaterland. Und zähle nicht die Toten! Dir ist, Liebes! nicht Einer zu viel gefallen.‘ Und das hat uns bewegt und das haben wir verinnerlicht. Die Hitlerjugend war eine empathische Organisation. Wir sind jeden Sonntagmorgen in die Jugendfilmstunde marschiert. Und dort haben wir Filme gesehen, beispielsweise die von Leni Riefenstahl. Nachträglich muss ich leider feststellen, dass ich durch diese Filme überzeugt worden bin, dass ich auf dem richtigen Wege mitmarschiere. Ihr Reichsparteitagsoopus ‚Triumph des Willens‘, das war ja ein genialischer Entwurf. Eingerahmt von einer Rede von Joseph Goebbels und Gedichten von Heinrich Anacker, aus ebenjenem Volksempfänger. Und wir wollten so sein wie der blonde Trommler da oben auf der Leinwand.“⁶⁷⁰

Der Hauptfilm: Licht und Schatten, Wahrheiten und Lügen⁶⁷¹

Fangen wir mal ganz von vorne an: Was ist eigentlich Film? Jean-Luc Godard, französischer Filmmacher der Nouvelle Vague, behauptete: „Film ist Wahrheit, 24-mal in der Sekunde.“⁶⁷² Denn im Kino läuft oder, besser gesagt, lief ein Film mit der Geschwindigkeit von 24 Bildern in der Sekunde durch den Projektor. In Zeiten von Fake News, Desinformation und dem Kampf der Bilder erscheint der Begriff „Wahrheit“ zumindest hinterfragenswert. Deshalb gleich noch ein anderes Zitat, dieses Mal von Hollywoodregisseur Brian De Palma. Er soll gesagt haben: „Film lügt ununterbrochen, 24-mal in der Sekunde.“ Und Michael Haneke machte daraus: „Film ist 24-mal Lüge pro Sekunde, aber vielleicht im Dienste der Wahrheit.“⁶⁷³ Ja, was denn nun? Wahrscheinlich haben beide recht, Film bildet Wahrheiten in Bildern ab, kann Realitäten wahrhaftig dokumentieren und wahre Geschichten audiovisuell erzählen. Und Film hat die Möglichkeiten, mit Kamera, Dramaturgie und Schnitt das Publikum zu manipulieren.

Es war der 26. März 1947, als die Militärregierung Deutschlands mit einer Urkunde Kurt Palm „zwecks Ausübung folgender Tätigkeit“ die Erlaubnis erteilte: der „Vorführung genehmigter Filme“. Die sogenannte Registrierung der Burg-Lichtspiele erfolgte durch Irvin C. Scarbeck von der Film Section der US Army im Office of Military Government des Landes „Greater Hesse“. Das war die Geburtsstunde des Kinos in der Mainspitze, genauer: die Wiedergeburtstunde. Denn Kinos gab es auch schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Bischofsheim, Ginsheim und Gustavsburg: das Lichtspielhaus und die Saalbau-Lichtspiele in Ginsheim sowie die Adler-Lichtspiele und die Capitol-Lichtspiele in Bischofsheim. Und mit der ersten öffentlichen Filmvorführung am 3. April 1947 auch die Burg-Lichtspiele in Gustavsburg.

Mit Mauersteinen von Mainzer Trümmergrundstücken

„Ich war schon als Kind ein Filmnarr“, erzählte mir Kurt Palm anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Burg-Lichtspiele im Jahr 1997, „dies wussten auch meine Eltern und Verwandten, und so bekam ich an Weihnachten 1932 [...] ein kleines 35-mm-Vorführgerät mit Handkurbel und Wochenschau-Ausschnitten geschenkt“. Als Schüler verbrachte der in Gustavsburg Geborene seine Freizeit im Kino und wurde „gegen Geld oder Arbeit“ im Kino als Filmvorführer ausgebildet.

Kurz nach erfolgreicher Lehrzeit als Elektriker wurde Kurt Palm zur Wehrmacht eingezogen, wo er zum Kriegsberichterstatter ausgebildet wurde. An der Ostfront musste er mit einer Kamera „bewaffnet“ hinter die „feindlichen“ Linien, um dort „die Stärke und Lage des Feindes“ zu dokumentieren.⁶⁷⁴ Im Kessel von Stalingrad wurde er mehrfach verwundet und hatte das Glück, ausgeflogen zu werden. Im Zeitzeugenportal der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kann man fünf kurze Videos mit ihm sehen. Er erzählt als Infanterist von fünf Ereignissen des Grauens, berichtet als Augenzeuge aus dem Krieg. Die Clips tragen die Titel: „Marsch auf Stalingrad“, „Religiöse Rituale an der Ostfront“, „Exekution deutscher Deserteure im Zweiten Weltkrieg“, „Kesselschlacht in Stalingrad“ und „Im Lazarett“.⁶⁷⁵

Nach der Gefangenschaft kehrte er in seine Heimatgemeinde mit damals 2.500 Einwohnern zurück und half beim Wiederaufbau. Nicht ganz uneigennützig, denn viele der Rucksäcke und Taschen mit Mauersteinen von Mainzer Trümmergrundstücken, die er über die Eisenbahnbrücke geschleppt hatte, gelangten auch in die ehemalige „Notkapelle“ der Evangelischen Kirchengemeinde an der Darmstädter Straße, die er vom MAN-Werk mieten konnte.

Aus dem Gotteshaus von 1896 wurde nach dem Ersten Weltkrieg eine Kaserne für die französischen Besatzungssoldaten, danach stand es als Turnhalle für die Jugend zur Verfügung und konnte nach dem Zweiten Weltkrieg wegen der Beschlagnahmung der Grundschule durch die Amerikaner als Unterrichtsraum für die ersten Schüler der Nachkriegsgeneration genutzt werden. In diesem Gebäude fanden auch die ersten Wahlen für die Gemeindevertretung im Jahr 1946 statt. Nach Abnahme des Türmchens und dem Umbau der Fassade mauerte Kurt Palm eigenhändig den feuerfesten Vorführraum und stattete ihn mit zwei alten Kinomaschinen aus, „die ich in einem ausgebombten Dorf in der französischen Besatzungszone aufgestöbert habe“. Süffisant fügte er hinzu: „Aber Gottseidank gab es damals noch nicht so viele Ämter, die beim Bauen Schwierigkeiten machten.“⁶⁷⁶

Weil alle Lust auf Kino hatten

Freunde und Handwerker, ein pensionierter Schulleiter und Mitarbeiter von MAN packten mit an, weil alle Lust auf Kino hatten. „Keiner hatte damals ein Auto, um nach Wiesbaden zu fahren“, notierte der engagierte Cineast in seinen Erinnerungen, „wo schon verschiedene Kinos spielten – Mainz kam nicht in Frage, da [...] ein besonderer Passierschein erforderlich war. Außerdem musste

man sich stundenlang anstellen, um eine Eintrittskarte für 0,80 Reichsmark zu bekommen.⁶⁷⁷ Vom Kinomacher, zeitweise gehörten ihm zwei Dutzend Lichtspielhäuser, entwickelte er sich zum Filmunternehmer, eröffnete ein eigenes Film-Kopierwerk und wurde 1971 mit seiner Firma REPA Deutschlands erfolgreichster Filmproduzent. Zahlreiche Dokumentationen wurden mit Prädikaten ausgezeichnet, Kasse machte er aber mit erotischen Zeichentrickfilmen wie beispielsweise „Schneeflittchen und die 7 Zwerge“, mit Sexfilmen wie „Liebestechnik für Fortgeschrittene“ und „Pornografie in Dänemark. Zur Sache Kätzchen“ 1969 und den damals gängigen „Report“-Serien wie „Verführerinnen-Report“ und „Mädchen auf Stellungsuche – Der Hostessen Sex-Report“ 1972.

In der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom 24. August 1949 wird unter der Überschrift „Modern und ansprechend“ von den Burg-Lichtspielen „im neuen Gewand“ berichtet. In knapp achtwöchiger Bauzeit habe das Kino ein völlig neues Gesicht erhalten „und ist heute wohl das schönste Filmtheater in der Mainspitze“. Der Zuschauerraum mit seiner Stoffwandbekleidung in elfenbeinweißem Farbton und goldenen Verzierungen verfügte über 280 Plätze. Elektrische Wandkerzen sollten die diskrete Vornehmheit des Raums unterstreichen. Die Decke des Kinos, die früher aus einfachen Balken bestand, war mit Leichtbauplatten verkleidet worden, sodass dadurch die Akustik des Theaters wesentlich verbessert worden sei. Die Vorhänge auf der Bühne und am Eingang bestanden aus schwerem goldenem Plüsch. Die Bühne selbst sei auch für Varieté-Vorführungen geeignet und wurde von einer Lichtorgel farbig angestrahlt. Besonders erwähnenswert fand der Berichtersteller die neue Klimaanlage, die „im Sommer und Winter für eine gute Temperatur“ sorgen soll. Der Lokal-Anzeiger für die Orte der Mainspitze vom 19. August 1949 weiß auch von der feierlichen Stimmung mitzuteilen und resümiert: „[...] alles fügt sich harmonisch und warm in das Ganze ein“. Nicht unerwähnt bleiben soll auch der Hinweis auf die lokalen Gewerbetreibenden, „die zu dem schönen Gelingen des Umbaues beitrugen“. Die Burg-Lichtspiele seien ein „Schmuckkästchen und die Gustavsburger können stolz darauf sein“.

Kurt Palm war ein Tausendsassa, geboren 1924 in Gustavsburg, gestorben 2013 in Rüsselsheim. Er betrieb zwei Dutzend Kinos, darunter in der Opel-Stadt das Rex, die U.T.-Lichtspiele (später City) und das Regina in der Innenstadt sowie das Caroli in der Böllensee-Siedlung, und war Eigentümer des legendären Canadian Club mit Nachtgenehmigung, Gründer eines Boxtrainingscamps, in dem sich Schwergewichtler Karl Mildenberger auf seinen Kampf um die Weltmeisterschaft im Frankfurter Waldstadion gegen Cassius Clay, den späteren Mohammed Ali, vorbereitete, Geschäftsführer eines Trickfilmstudios, eines Kopierwerks in

Hassloch und vor allem der Produktionsfirma REPA-Film, langjähriger Vorsitzender des Rüsselsheimer Gewerbevereins und Vorstand des Bundesverbandes der Filmtheater.

Kurt Palm erzählte, er habe Dunja Rajter für den Film entdeckt, er trank mit Hans Albers schon zum Frühstück ein Zahnputzglas Schnaps, schlichtete ein Streitgespräch von konkurrierenden Schriftstellern mit Erich Kästner, war sachverständiges Mitglied des kulturpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, schrieb die Rede für Bundeskanzler Willy Brandt zur Eröffnung der Berlinale und reiste mit Wirtschaftsdelegationen der Bundesregierung unter anderem auf Einladung des sowjetischen Präsidenten Chruschtschow nach Moskau. Fotos von Kurt Palm zeigen ihn mit den Stars der Branche: Cornelia Froboess, Hardy Krüger, Oskar Sima, Kai Fischer, Karin Dor, Beppo Brehm, Hans Söhnker, Willi Millowitsch und anderen.

Der beste Film der Welt zur Wiedereröffnung

Zur Eröffnungsvorstellung in den renovierten Burg-Lichtspielen am 12. August 1949 um 20.30 Uhr wurden Einladungen gedruckt, jeweils „gültig für 2 Personen“. Heimatforscher und Schullehrer Erich Neliba begrüßte im Namen der Direktion. Seine Festrede beschloss er mit einem Zitat aus Goethes Faust, heißt es im Lokal-Anzeiger, „und übergab das Theater der Öffentlichkeit“. Hierauf öffnete sich der Vorhang und auf der Leinwand wurde der Film „Und es ward Licht“, Originaltitel: „La Symphonie Pastorale“, gezeigt. „Dieser Film“, so steht es in der Einladung, „wurde bei den Filmfestwochen im Sommer 1946 als der beste Film der Welt bezeichnet.“ Der katholische Filmdienst erzählt den Inhalt in zwei Sätzen: „Ein Pastor kümmert sich um eine blinde, junge Frau. Doch dann verliebt nicht nur er sich in sie, sondern ebenso sein Sohn.“ Und das Melodram nimmt seinen Lauf. Nicht nur wegen des schweren, moralisierenden Charakters urteilt die Kritik eher spöttisch über das Werk von Jean Delannoy, dass es „teilweise an die Grenzen des Erträglichen gerät“.⁶⁷⁸

An dieser Stelle sei ganz kurz ein Exkurs erlaubt oder, besser gesagt, ein historischer Einschub, um nachzuvollziehen, was ansonsten die Bürger der Mainspitze Ende der gerade entstehenden Bundesrepublik Deutschland beschäftigte. Der Lokal-Anzeiger für die Mainspitze durfte wieder erscheinen und stellte in mehreren Ausgaben die Frage: „Wer wird Bundespräsident?“ (12. August 1949). Eine Bürgerversammlung in Gustavsburg beschloss nach 15 Jahren Zugehörigkeit zur

Stadt Mainz, selbstständig zu bleiben. Das Protokoll dokumentiert: „20.15 Uhr Begrüßung durch Bürgermeister Reichert im Saalbau Ditt. Gegen 22.45 fand die für hiesige Verhältnisse stark besuchte Veranstaltung ihren Abschluss.“ (25. November 1949)

Der Wahlsonntag in Bischofsheim erbrachte für die SPD 2.043, die CDU 928, die FDP 755 und die KPD 243 Stimmen. Mit Inseraten warben die Hafen-Sport-Klause, die Textil-Etage, das Lebensmittelhaus Wolters, die Strickstube von Martha Donhauser und der Damen- und Herren-Salon von Friedrich Graf und Sohn in Gustavsburg, Radio-Hohmann an der Kostheimer Mainbrücke und Fritz Engert für Motorräder, Motorroller und Fahrräder der NSU mit der Möglichkeit einer „Teilzahlung“. Und auch das sei erwähnt, denn ohne dieses Ereignis vom 26. November 1949 könnte ich diesen Text nicht verfassen: „Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen: Hans Schneider und Anni Schneider geborene Fachinger, Bischofsheim, Hochheimer Straße 10“.

Abenteuer und Liebe, Sensation und Humor

Zurück zum Film. „Und Gott sprach“, so steht es im ersten Buch Mose, „es werde Licht. Und Gott sah, dass das Licht gut war. Da schied Gott das Licht von der Finsternis.“ „Gut Licht“ heißt es am Filmset, und das meint so etwas wie „Waidmanns Heil“ bei den Jägern. Und deshalb hießen die Kinos früher auch Lichtspiel-Häuser. Filme bringen es also ans Licht und nicht nur zu Zeiten der Schwarz-Weiß-Filme zeigen sie Licht und Schatten und spielen damit. Wahrheiten werden ans Licht gebracht und Lügen ebenso beleuchtet. Schon seit der Erfindung des Films im Jahr 1895 waren Filmvorführungen ein Faszinosum für das Publikum, die Menschen ließen sich Bilder zeigen und ließen sich auf deren emotionale Kraft ein. Kinos wurden Orte der Gefühle, vor allem wegen der expressiven Geschichten. Bei Durchsicht der Ankündigungen der Filme, die in den frühen Jahren in den Kinos der Mainspitze gezeigt wurden, wird in den Analysen der Anzeigen deutlich, was Angebot und Nachfrage zum Programm bestimmt hat.

In den vergilbten „Gustavsburger Film-Vorschauen“ von 1949 bis 1951, die im Archiv des städtischen Kulturbüros von Ginsheim-Gustavsburg aufbewahrt werden, lassen sich drei Werbestrategien ablesen. Es geht um Filme, die das Dramatische des Gesamtkunstwerks des Schauspiels und der Bildeinstellungen, der Montage und der Musik betonen:

„Eine unheimliche Geschichte, ein rasantes Geschehen, gefühlsstark und packend, Spannung vom Anfang bis zum Ende, eine dramatische Handlung, ein Furioso der Leidenschaften, ein packendes Werk, atemberaubende Szenen, abenteuerliche Situationen, ein beklemmendes Tempo, spannende Verfolgungsjagen, ein erschütternder Reißer. Was sich hier abspielt, ist aus dem Leben gegriffene erregende Lebenswirklichkeit.“

Es geht aber auch um Filme, die das Herz erwärmen sollen:

„Ein Streifen voller menschlicher Herzenswärme, eine zarte Liebesgeschichte, eine Ballung, eine hinreißende Revue, ein erschütterndes Liebesdrama, ein unvergleichlicher Sittenfilm. Die Beziehungen der Geschlechter führen zu Glück oder Verhängnis? Wann? Wie? Wo?“

Und es geht um Filme, die vor allem unterhalten sollen:

„Ein Angriff auf die Lachmuskeln, alles jauchzt vor Schadenfreude, ein köstliches Lustspiel, eine Liebeskomödie der Irrungen mit Schwung und Tempo, ein Triumph des Witzes, unwiderstehliche Heiterkeit. Nach diesem Filmlustspiel haben Sie eine Laune wie nach einem teuer erkauften Schwips. Bau-schige Röcke wippen, bunte Uniformen glänzen, Musik und Schwung, Heiterkeit und Verliebtheit in der guten alten Zeit, ein beschwingtes Lustspiel voll Frohsinn und Herzlichkeit.“

Letztlich geht es bei allem um Emotionen, wie die Ankündigung des Spätfilms „Die Nacht der Sensationen“ mit Harry Piel, der von Freitag, 6., bis Sonntag, 8. Juli 1951, gezeigt wurde, es zusammenfasst: „In diesem Film ist alles enthalten: Abenteuer, Liebe, Sensation, und Humor.“⁶⁷⁹

Harry Piel steht wie kaum ein anderer Darsteller für die Stars des Kinos der Nachkriegszeit, ebenso wie Maria Schell und O. W. Fischer, Sonja Ziemann und Rudolf Prack oder Ruth Leuwerik und Theo Lingen. Sie waren die Zuggpferde für die Filme und galten als Identifikationsfiguren für das Publikum, das ihre besonderen Eigenschaften in den Rollen, die sie spielten, zu schätzen wusste. Viele von ihnen waren auch schon in der Zeit des Nationalsozialismus im Kino zu sehen. Auch hier war von einer Stunde Null, also einem Neuanfang in der Gesellschaft, nichts zu spüren – ebenso wenig wie im System der Polizei und Justiz, in der Schule und später im Militär. Der Film im sogenannten Dritten Reich war ein Propagandamittel, das auf perfide Art und Weise dem autoritären Führerprinzip diene und Filme zur Aufrüstung sowie mit Durchhalteparolen instrumentali-

sierter – auch wenn auf den Leinwänden gesungen und getanzt, auch wenn der ein oder andere historische Stoff verfilmt wurde. Siehe oben. Die Wahrheit stirbt zuerst im Krieg, eine Feststellung, die so aktuell ist wie die russische Invasion in der Ukraine.

Wahrheit und Lüge, sie sind im Film nahe beieinander, auch in den Filmen des ersten Jahrzehnts der Burg-Lichtspiele. Die sogenannten Heimatfilme suggerierten die heile Welt inmitten einer Trümmerlandschaft, Operettenfilme in blühenden Landschaften lenkten ab vom verlorenen Krieg, verlorenen Seelen und verlorenen Mitmenschen. Nur wenige Filme setzten sich mit der jüngeren Vergangenheit auseinander, folgende seien hier genannt: „Die Mörder sind unter uns“ und „Rosen für den Staatsanwalt“ von Wolfgang Staudte oder „Berliner Ballade“ von Robert A. Stemmler und „Die Brücke“ von Bernhard Wicki. Auf seine eigene Art und Weise zwischen Satire und Selbstkritik macht das „Film ohne Titel“, der hier besondere Erwähnung finden soll, weil er sich mit dem Filmemachen beschäftigt, 1947 entstanden ist und auch weil er bis heute in einer Original 35-mm-Version existiert.

Einer der klügsten deutschen Nachkriegsfilme zum Jubiläum

Ein Regisseur, ein Filmautor und ein Schauspieler suchen nach einem komödiantischen und zeitnahen Drehbuchstoff. Der Zufall konfrontiert sie mit dem Schicksal eines Paares, das jeder der drei Beteiligten auf seine ganz persönliche Weise dramaturgisch variiert. Von Helmut Käutner konzipiert und von Rudolf Jugert mit bescheidenen Produktionsmitteln, aber mit hochkarätiger Besetzung wie Hildegard Knef und Hans Söhnker inszeniert, ist der Film ein ironisches Spiegelbild des Lebensgefühls. „Der Film hat Tempo und Zeitkolorit“, schreibt die Kritik auf filmportal.de, er zeige die ganze Misere des Krieges, das abenteuerliche Überleben nach der Befreiung.⁶⁸⁰ Und das Filmmagazin Cinema nennt ihn „einen der klügsten deutschen Nachkriegsfilme: Amüsant und visionär nimmt er Kinoklischees aufs Korn, die wenig später Deutschlands Leinwände beherrschen sollten.“⁶⁸¹

Anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Burg-Lichtspiele wurde eine ausgestorbene Spezies des Kinos gezeigt, eine Wochenschau, ein Format der Informationsvermittlung, das zu Zeiten vor Fernsehen und Internet noch zu jedem Kinoabend gehörte. „Welt im Film“ Nummer 96 stammt vom 28. März 1947 und könnte am 3. April des gleichen Jahres in Gustavsburg gezeigt worden sein, als sich der Vorhang zur ersten Aufführung öffnete. Aus den Burg-Lichtspielen

wurde 1986 ein Kommunales Kino und das Filmtheater wurde von Grund auf saniert. Die Kommune wird Träger einer Kultureinrichtung, so wie Ginsheim-Gustavsburg sich eine Musikschule leistet und Bischofsheim eine Bücherei. Ein Verein kümmert sich mit ehrenamtlichem Engagement, mit dem Format „Achterbahn“ kommt Kleinkunst auf die Bühne und es gibt nicht nur Filme zu sehen, sondern auch Musik zu hören. Hervorgegangen ist das Kommunale Kino aus dem Filmring der Volkshochschule Mainspitze, der 1975 im Capitol-Filmtheater der Nachbargemeinde Bischofsheim seinen ersten Film zeigte.

Director's Cut: vom Kinoboom und Kinosterben⁶⁸²

In der Bahnhofstraße in Rüsselsheim steht ein Gebäude, das einst das kulturelle Herz der Stadt war: die Schauburg. Eröffnet im Jahr 1929, war sie über Jahrzehnte hinweg das größte Kino der Stadt und ein imposantes architektonisches Gegenstück zum gegenüberliegenden Opel-Werk. Während dort Automobile für die ganze Welt gefertigt wurden, war die Schauburg ein Ort des Träumens – ein Filmpalast, in dem Operetten- und Heimatfilme das Publikum begeisterten.

Die Geschichte der Schauburg ist eng mit der Familie Amsl verknüpft. Nachdem das ursprüngliche Kino, die Rüsselsheimer Lichtspiele, aus Platzgründen abgerissen wurde, ließ der Fotohändler Josef Amsl ein neues, größeres Lichtspielhaus errichten. Doch das Kino, das so viele Kindheiten und Jugendjahre prägte, wurde im Winter 1943 durch Bomben zerstört. Die Nachkriegszeit brachte jedoch einen Neuanfang: Hans Amsl, Sohn des Kinogründers, baute die Schauburg 1950 originalgetreu wieder auf. Die Wiedereröffnung wurde groß gefeiert – mit Glückwünschen des Deutschen Filmtheaterverbandes und einem Auftritt des bekannten Mainzer Fastnachtpräsidenten Rolf Braun.

In den 1950er Jahren war die Schauburg der Ort, an dem deutsche und europäische Filmkunst, aber auch Hollywoods Blockbuster erlebt werden konnten. Von den sogenannten Wirtschaftswunderjahren bis in die frühen 1970er war das Kino ein sozialer Treffpunkt, es war mehr als ein Ort zum Filmeschauen, es war ein gesellschaftliches Ereignis. Doch mit der Verbreitung des Fernsehens und den sich wandelnden Sehgewohnheiten und Freizeitgestaltungen verlor das Kino auch in der Arbeiterstadt Rüsselsheim seine Bedeutung. 1975 fiel der letzte Vorhang, eine Ära ging zu Ende.

Nach jahrelanger Vernachlässigung wurde das Gebäude aber von Ernst Riemekasten und seiner Frau Hannelore, die als Pfliegerin von Josef Amsl eine

enge Verbindung zur Geschichte des Kinos hatte, übernommen. Sechs Jahre dauerte die behutsame Renovierung, bis die Schauburg 2012 wiedereröffnete. Doch auch dieser Neuanfang hatte ein Ende. Heute dient das Haus als Multifunktionshaus mit Dönerladen. Und steht der Geschichte städtischer Kinokultur in nichts nach. Das City-Kino (früher U.T.-Lichtspiele) schloss nach 56 Jahren 1985. Im gleichen Jahr gingen auch die Lichter im 1957 erbauten Regina aus. Auch das 1920 gegründete Central gibt es nicht mehr und das Rex, auch nicht die Königstädter Lichtspiele (1931–1951 und an anderer Stelle 1953–1965) und das Lichtspielhaus Bauschheim.

In der Rüsselsheimer Böllensee-Siedlung eröffneten 1952 die Waldlichtspiele und zeigten vornehmlich Heimatfilme. „Aber auch Wildwestfilme gab es und natürlich vorher die Wochenschau“, erinnert sich Anne-Trude Zieres, die in der Siedlung aufwuchs und schon als Jugendliche das dortige Kino besuchte. An was sie sich noch erinnert, das sind die Alterskontrollen, die von Schutzmännern oft vor der Vorstellung im Kinosaal vorgenommen wurden.⁶⁸³ Bereits nach zwei Jahren waren die Waldlichtspiele räumlich zu klein und dem Ansturm der Zuschauer nicht mehr gewachsen. Und so eröffnete das Ehepaar Georg und Lini Roszbach am 23. Dezember 1954 an der Wilhelm-Sturmfels-Straße das Caroli-Filmtheater mit 407 Plätzen, das nach der Tochter benannt wurde. „Prinz Eisenherz“ flimmerte über die Leinwand, die elf Meter breit war. 1960 wurde das Caroli von Kurt Palm gepachtet, der das Kino noch ein paar Jahre betrieb, bevor ein Lebensmittelmarkt in die Räumlichkeiten einzog.⁶⁸⁴

Die Geschichte der Lichtspielhäuser in der Main Spitze endet mit dem Kino sterben. Das hatte einerseits kommerzielle Gründe. Andererseits zeugt es von einem Versagen kommunaler Kulturpolitik. Es gab eine Zeit, da missverstandene Kommunalpolitiker die Vorgaben von Regierungspräsidien und deren nachgeordneten Genehmigungsbehörden sowie, mit tatkräftiger Unterstützung des Landesrechnungshofs, den Hinweis bei der Genehmigung von Haushaltsplänen auf sogenannte „Freiwillige Leistungen“ zu verzichten, um ausgeglichene Haushalte genehmigt zu bekommen. Heute können sich Kommunen auf den § 26e der Verfassung des Landes Hessen beziehen, in dem es heißt: „Die Kultur genießt den Schutz und die Förderung des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände“.

Kultur ist also ein Staatsziel und hat Verfassungsrang. Und zur Kultur gehören die Künste, zu den Künsten die Filmkunst, die aber zumeist von wirtschaftlichen Interessen geprägt ist. Rüsselsheim hat es wie viele andere Städte versäumt, für eine infrastrukturelle Basis von Filmkunst und Kinokultur zu sorgen. Immer-

hin gibt es nebenan das Kommunale Kino Mainspitze, das wie die Kinos der Nachkriegszeit ein wichtiger Faktor im gesellschaftlichen Leben ist und auch bleiben wird, wenn es denn weiterhin kulturpolitisch gewollt ist.

Wolfgang Geiger

„Abenteuer Neubeginn“ 1945 – Frankfurter Hefte. Sammlung mit Texten von Eugen Kogon und Walter Dirks 1946–1947

Die Eugen-Kogon-Gesellschaft hat auf ihrer Website eine Artikelsammlung von Eugen Kogon und Walter Dirks aus den ersten 15 Monaten der Frankfurter Hefte (April 1946 bis Juli 1947) zusammengestellt mit freundlicher Genehmigung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Redaktion Frankfurter Hefte/Die Neue Gesellschaft, Berlin.⁶⁸⁵ Daraus wurde gesondert eine Quellensammlung mit Auszügen für den Schulunterricht in Geschichte und Politik erstellt.⁶⁸⁶ Beide Sammlungen enthalten jeweils ein erläuterndes und zum historischen Kontext weiterführendes Nachwort, ein ausführlicheres in der Volltextsammlung.⁶⁸⁷

Historischer Kontext

Unter der Lizenzierung durch die Besatzungsbehörden entstanden ab Ende 1945 neben der Tagespresse neue Zeitschriften, die sich vor allem der geistigen Erneuerung Deutschlands widmeten. Dieser Aspekt zivilgesellschaftlichen Engagements für die Demokratie in der Nachkriegszeit und der dadurch vorübergehend entstandene öffentliche Diskursraum sind fast vollständig in Vergessenheit geraten und jedenfalls nicht Teil der offiziellen Erinnerungskultur, die auf die Entstehung des Grundgesetzes verengt wird, und selbst da nur auf das Ergebnis. Die Frankfurter Hefte waren nach den anfänglichen Beschränkungen die auflagenstärkste und dann langlebigste Zeitschrift, die sich mehr als die meisten anderen ab 1946 mit den Lehren aus der Vergangenheit, der Schuldfrage und der geistigen Erneuerung der Demokratie befasste und dann die Entstehung der Bundesrepublik und darüber hinaus kritisch begleitete.

Die Persönlichkeit Eugen Kogons trug wesentlich dazu bei. Von 1939 bis 1945 im KZ Buchenwald interniert, verfasste er unmittelbar nach der Befreiung federführend zusammen mit anderen ehemaligen Häftlingen noch in Weimar selbst für das Hauptquartier der Alliierten Expeditionsstreitkräfte den „Buchenwald-Report“ (damals nicht veröffentlicht).⁶⁸⁸ Auf Wunsch der Amerikaner schrieb Kogon dann davon ausgehend ein Buch für das deutsche Publikum: „Der SS-Staat“, das er im Dezember 1945 in Oberursel fertigstellte, wo er in unmittelbarer

Nähe des Camp King einquartiert wurde.⁵⁸⁹ Das Buch erschien erst im Herbst 1946 und wurde dann für Jahrzehnte zum Bestseller. Mit dem Journalisten Walter Dirks gründete Kogon zur Jahreswende 1945/46 die Frankfurter Hefte, deren erste Ausgabe im April 1946 erschien.

Zum Inhalt der Zeitschrift und zur Textauswahl

Das letzte Kapitel des Buches, die Auseinandersetzung mit den Nachkriegsdeutschen um die Schuldfrage, aber auch mit dem Kollektivschuldvorwurf der Amerikaner, wurde vorab im ersten der Frankfurter Hefte unter dem Titel „Gericht und Gewissen“ veröffentlicht. Der Artikel bestimmte die Orientierung der Zeitschrift für die nächsten Jahre. Zusammen mit Walter Dirks und anderen Mitarbeitern und Gastautoren ging es um die geistige Entnazifizierung und Demokratisierung sowie als deren Voraussetzung um die Analyse der Schuldfrage im unmittelbaren und mittelbaren Kontext: unmittelbar in Bezug auf den Nationalsozialismus und seine Ermöglichung, mittelbar um historisch weiter zurückliegende Wurzeln der Schwäche demokratischen Denkens und der Stärke autoritärer Mentalität in Deutschland.

Die von uns ausgewählten Artikel von Kogon und Dirks sowie die daraus extrahierten Auszüge für die didaktische Quellensammlung drehen sich um diese zentralen Themen aus verschiedenen Blickwinkeln. Die damit verbundenen Fragen nach der Schuldverdrängung eines großen Teils der (West-)Deutschen und der Errichtung einer nicht nur äußerlichen Demokratie – der institutionelle Prozess war ja im Gange –, sondern auch einer inneren, moralisch gefestigten Demokratie enthalten in vielen Aspekten auch noch Lehren für heute, gewissermaßen Lehren aus den Lehren von damals. Und zwar angesichts dessen, dass die Demokratie heute nicht mehr so selbstverständlich erscheint – „von selbst verständlich“ –, wie man vor einiger Zeit noch dachte. Es geht somit um einen Beitrag zur Demokratiebildung durch Demokratiegeschichte.

- 1 Die Ergebnisse des Kolloquiums sind nachzulesen in dem Band: Die „Macht-ergreifung“ 1933 in Rhein-Main. Forschungen, Werkstattberichte und Impulse, hrsg. von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, der KulturRegion Frankfurt/Rhein/Main und dem Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Neustadt an der Aisch 2024.
- 2 Frank-Walter Steinmeier: Gedenkstunde im Deutschen Bundestag zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges, 8.5.2025. Abrufbar unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2025/05/250508-Ende-2WK.html> (9.10.2025).
- 10 Ingeborg Toth: Wiesbaden in der Stunde Null, in: Wiesbadener Tagblatt, 27./28.3.1975, S. 13.
- 11 Die Rede ist nachzulesen: Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1985 in Bonn. Abrufbar unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2015/02/150202-RvW-Rede-8-Mai-1985.pdf>, S. 2 (11.9.2025).
- 12 Vgl. Jan-Holger Kirsch: „Wir haben aus der Geschichte gelernt“. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland, Köln u. a. 1999, S. 52–54. Die Rede ist abgedruckt bei: Walter Scheel: Rede zum 30. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges (8. Mai 1945) in der Schlosskirche der Universität Bonn, 6.5.1975, in: Friedhelm Franken (Hrsg.): Repräsentanten der Republik. Die deutschen Bundespräsidenten in Reden und Zeitbildern, Bonn 1989, S. 177–184, Zitat S. 177.

Peter Quadflieg

**Eroberung – Übergabe – Befreiung?
Das Kriegsende in Wiesbaden und die
kollektive Erinnerung an den 28. März 1945**

- 3 In Bezug auf das Kriegsende ist für diese Diskussion nach wie vor Norbert Frei: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, erweiterte Taschenbuchausgabe, München 2009, maßgeblich.
- 4 Vor fünf Jahren. Die ersten Stunden der Besatzung, in: Wiesbadener Kurier, 28.3.1950, S. 5.
- 5 Heinz Otto: Das war das Ende. Die bitteren Stationen des Zusammenbruchs in der verlorenen Schlacht um Deutschland, in: Wiesbadener Kurier, 26.3.1955, S. 26.
- 6 Als der Krieg zu Ende ging, in: Wiesbadener Kurier, 28.3.1955, S. 17.
- 7 Aufatmen trotz Sorge und Not, in: Wiesbadener Kurier, 26.3.1955, S. 18.
- 8 In den letzten Märztagen des Jahres 1945: Die Schlacht bei Wiesbaden fand nicht statt, in: Wiesbadener Tagblatt, 26./27.3.1955, S. 11.
- 9 Morgen vor Zwanzig Jahren: Der Kampf um Wiesbaden fand nicht statt!, in: Wiesbadener Kurier, 27.3.1965, S. 3.
- 13 Zur Einordnung der Weizsäcker-Rede vgl. Kirsch, 8. Mai (wie Anm. 12), S. 52–54, sowie Cornelia Siebeck: „Einzug ins verheißene Land“. Richard von Weizsäckers Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 1, 2015, S. 161–169, und Katrin Hammerstein/Birgit Hofmann: „Wir [...] müssen die Vergangenheit annehmen“. Richard von Weizsäckers Rede zum Kriegsende 1985, in: Deutschland Archiv, 18.12.2015. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/217619> (10.9.2025). Hammerstein und Hofmann weisen zu Recht darauf hin, dass sich auch der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl in ähnlicher Form äußerte: „Interessanterweise finden sich in Kohls Reden im Gedenkjahr 1985 ähnliche und teilweise gleiche Argumentationslinien und Versatzstücke wie bei Weizsäcker. [...] Auch sprach Kohl beispielsweise vom 8. Mai als ‚Tag der Befreiung‘ und nannte Sinti und Roma als NS-Opfer.“ Ebd.

- 14 Zum erinnerungshistorischen Umgang mit der „Befreiung“ der Stadt Aachen im Herbst 1944 vgl. beispielsweise Peter Quadflieg: Katastrophe – Kapitulation – Befreiung. Die Erinnerung an die Eroberung Aachens 1944, in: Centre Charlemagne (Hrsg.): Der Krieg ist aus. Politik, Alltag und Medien in Aachen. Begleitband zu den Ausstellungen im Centre Charlemagne, Couven Museum und Internationalen Zeitungsmuseum anlässlich des 75. Jahrestages des Endes der Zweiten Weltkriegs, Aachen 2019, S. 101–108, und ders.: Die „Schlacht um Aachen“ im Gedächtnis der Stadt: Von der Kapitulation zur Befreiung (1944–2014), in: Bürgerstiftung Lebensraum Aachen (Hrsg.): 70 Jahre Frieden und Freiheit in Aachen 1944–2014, Aachen 2014, S. 80–143.
- 15 Die Debatten in der ehemaligen DDR verliefen hingegen gänzlich anders und müssen hier ausgeklammert bleiben. Vgl. zur Rezeption in der DDR: Kirsch, 8. Mai (wie Anm. 12), S. 47–70.
- 16 Vgl. zum Folgenden Frei, 1945 (wie Anm. 3), passim.
- 17 Vgl. exemplarisch Markus Bernath: Westeuropa ohne Amerika: Das ist eine Wende, wie es für viele im Osten 1989 war, in: NZZ online, 26.4.2025. Abrufbar unter: <https://www.nzz.ch/nzz-am-sonntag/report-und-debatte/untergang-der-nachkriegsordnung-ist-wie-die-wende-von-1989-ld.1881072> (11.9.2025).
- 18 Vgl. exemplarisch Jan Diesteldorf/Alexander Hagelüken u. a.: „Trump demoliert gerade die komplette Nachkriegsordnung“, in: Süddeutsche Zeitung online, 18.2.2025. Abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/handelskrieg-europas-donald-trump-zoelle-usa-inflation-li.3204369?reduced=true> (11.9.2025).
- 19 Vgl. Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, insbesondere S. 238–241 und S. 272–281.
- 20 Vgl. zur militärhistorischen Einordnung der Situation im Frühling 1945 einfürend Rolf-Dieter Müller: 1945. Das Ende des Krieges, Darmstadt 1945; ders. (Hrsg.): Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945. Erster Halbband: Die militärische Niederwerfung der Wehrmacht (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10/1), München 2008; John Zimmermann: Die Kämpfe gegen die Westalliierten 1945. Ein Kampf bis zum Ende oder die Kreierung einer Legende?, in: Jörg Hilmann/John Zimmermann (Hrsg.): Kriegsende 1945 in Deutschland (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 55), München 2002, S. 115–136; Ian Kershaw: Das Ende. Kampf bis in den Untergang – NS-Deutschland 1944/45, München 2013.
- 21 Vgl. auch zum Folgenden aus deutscher Perspektive John Zimmermann: Die deutsche militärische Kriegsführung im Westen 1944/45, in: Müller, Zusammenbruch (wie Anm. 20), S. 277–490, hier S. 430–468.
- 22 Vgl. ebd. Für die amerikanische Perspektive vgl. nach wie vor Charles B. MacDonald: The Last Offensive, Neuauflage, Washington D.C. 1993. Der Band erschien erstmals 1972 und fußte als Teil der offiziellen US-Militärgeschichtsschreibung primär auf den Kriegstagebüchern der beteiligten US-Einheiten und -verbände.
- 23 Vgl. ebd. Für eine zeitnahe Darstellung aus Sicht beteiligter deutscher Offiziere vgl. die im Rahmen des amerikanischen Foreign-Military-Studies-Programm (FMS-Programm) in der Kriegsgefangenschaft entstandene Denkschrift Hans Boelsen: Bericht über Feldzug Rheinland vom 7.3.45 bis 21.3.45 für Kommandant Rhein Bereich Mitte (Wehrkreis XII) (Gruppe Runge) vom 15.6.1946, Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg/Breisgau (künftig: BArch), Best. ZA 1 Nr. 402. Generalmajor Hans Boelsen war im März 1945 Divisionskommandeur im Bereich der 7. Armee gewesen.

- 24 Vgl. hierzu auch die FMS-Erinnerung von General Osterkamp: Herbert Osterkamp, Feldzug Rheinland (15. September 1944 – 21. März 1945) vom 7.7.1946, BArch, Best. ZA 1 Nr. 460. General der Artillerie Osterkamp war seit 1.11.1944 Kommandierender General des stellvertretenden Generalkommandos des XII. Armeekorps sowie des Wehrkreises XII. Er schilderte für die Amerikaner besonders die desolante Versorgungs- und Ausrüstungslage nüchtern, aber treffend.
- 25 Aus deutscher Sicht vgl. die Erinnerung für das FMS-Programm des Stabschefs des Generalstabes des Wehrkreises XII Generalleutnant Ernst Faackenstedt: Der Feldzug in Mitteldeutschland vom 22.3.–11.5.45 aus dem Abschnitt Koblenz – Speyer bis in die Erzgebirgs-Stellung, datiert Winter 1945/47, BArch, Best. ZA 1 Nr. 755, S. 5–7.
- 26 Vgl. ebd., S. 3–5. Aus amerikanischer Perspektive vgl. MacDonald, Last Offensive (wie Anm. 22), S. 269.
- 27 Vgl. Hans Boelsen, Bericht über den Feldzug Mitteldeutschland für Kommandant Rhein Bereich Mitte (Gruppe Runge) vom 21.3.1945 bis 25.3.1945 vom 11.3.1947, BArch, Best. ZA 1 Nr. 757. Auch dieser Bericht entstand im Rahmen der FMS.
- 28 Zu militärhistorischen Einzelaspekten der Rheinüberquerung sowie der Einnahme Wiesbadens vgl. auch die Materialsammlung zum Thema des Veteranen und Militärhistorikers Ronald MacArthur Hirst: Stadtarchiv Wiesbaden (künftig: StadtA WI), Best. NL 50 Nr. 180. Hier auch Erinnerungen amerikanischer Teilnehmer an der Operation. Aus deutscher Sicht vgl. Faackenstedt, Feldzug (wie Anm. 25), S. 8 f.
- 29 Vgl. MacDonald, Last Offensive (wie Anm. 22), S. 269–270. Es wurde immer wieder behauptet, Runge habe den Heldentod gesucht, nachdem sein Gegenangriff gescheitert war. Diese Version der Ereignisse findet sich etwa bei der populärwissenschaftlichen Darstellung von Hans Leiwig: Finale 1945. Rhein-Main, Düsseldorf 1985, S. 80. Aus deutscher Sicht vgl. Faackenstedt, Feldzug (wie Anm. 25), S. 10 f., und Boelsen, Bericht (wie Anm. 27), S. 5 f.
- 30 Vgl. MacDonald, Last Offensive (wie Anm. 22), S. 292. Er stützt sich auf die ebenfalls im Rahmen des FMS-Programms entstandene Studie des Generalstabsoffiziers der 7. Armee: Rudolf Freiherr von Gersdorff: The Final Phase of the War. From Moselle to the Czech border, FMS A-893.
- 31 Vgl. Boelsen, Bericht (wie Anm. 23), S. 1.
- 32 Einen komprimierten Einblick in die Operationen aus amerikanischer Perspektive bietet MacDonald, Last Offensive (wie Anm. 22), S. 292–294.
- 33 Die folgende Darstellung der Ereignisse folgt weitgehend Herbert Müller-Werth: Vom Zusammenbruch zum Wiederaufstieg. Wiesbaden 1945–1951, Typoskript, Wiesbaden 1951. Der Text liegt in zwei unterschiedlichen Vervielfältigungen in der Bibliothek des Stadtarchivs Wiesbaden (Signatur B 1875 und Signatur B 52) vor. Stadtarchivar Müller-Werth hatte – da nur wenige schriftliche Quellen zur Verfügung standen – für seinen Bericht mit zahlreichen Zeitzeugen gesprochen. Zudem standen ihm schriftliche Zeugnisse maßgeblicher Akteure aus den Jahren 1945 und 1946 zur Verfügung. Sein Text erschien später gekürzt in den Nassauischen Annalen: vgl. ders.: Schicksalstage Wiesbadens am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Nassauische Annalen 67, 1956, S. 203–213.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd. In den Unterlagen von Hirst, StadtA WI, Best. NL 50 Nr. 180, befinden sich Fotokopien der letzten Titelseiten der Wiesbadener Zeitung von Donnerstag, den 22. März 1945, sowie der Ausgabe für das Wochenende vom 23. März 1945.
- 36 Müller-Werth, Zusammenbruch (wie Anm. 31), S. 9 f. Unklar ist, welche Rolle Friedrich Lampas als NSDAP-Kreisleiter von Wiesbaden spielte.

- 37 Vgl. Anordnung des Gauleiters und Reichsverteidigungskommissars: Räumung, 24.3.1943, StadtA WI Best. WI/3 Nr. A 1267.
- 38 Bericht an den Herrn Oberbürgermeister: Betr. Richtigstellung eines Zeitungsberichts, von Detlef Lorenzen, 12.4.1946, StadtA WI, Best. WI/3 Nr. 1267, S. 1.
- 39 Am 24. März 1945 traf um 21:40 Uhr eine Weisung der Gauleitung ein, dass sämtliche Behörden Wiesbaden sofort zu räumen hätten. Vgl. Notiz zur telefonischen Durchsage des Regierungsvizepräsidenten Dr. Brückmann vom 24.3.1945, 21:40 Uhr, StadtA WI, Best. WI/3 Nr. A 1267. Die Wiesbadener SS verließ am 25.3. die Stadt, beispielsweise der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Oberführer Hans Trummler. Vgl. Sven Keller: Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013, S. 245 f.
- 40 Vgl. hierzu auch Philipp Kratz: Eine Stadt und die Schuld. Wiesbaden und die NS-Vergangenheit seit 1945 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts 25), Göttingen 2019, S. 37 f.
- 41 Zur Einordnung des „Nero-Befehls“ vgl. Klaus-Dietmar Henke: Die amerikanische Besetzung Deutschlands. München 1995, S. 429–435.
- 42 Befehl des Führers bzw. Erlass des Führers betrifft: Prioritätenfolge bei Räumungstransporten, 14.3.1945, in: Martin Moll (Hrsg.): Führer-Erlasse 1939–1945, Lizenzausgabe Hamburg 2011, S. 485.
- 43 Vgl. Müller-Werth, Zusammenbruch (wie Anm. 33), S. 10 f.
- 44 Bericht an den Herrn Oberbürgermeister, Betr. Richtigstellung eines Zeitungsberichts, von Detlef Lorenzen, 12.4.1946, StadtA WI, Best. WI/3 Nr. 1267, S. 1.
- 45 Vgl. Müller-Werth, Zusammenbruch (wie Anm. 33), S. 11 f.
- 46 Vgl. etwa Zwei Befehle, die Wiesbaden retteten, in: Wiesbadener Kurier, 31.3.1965, S. 6, und Leiwig, Finale (wie Anm. 29), S.114.
- 47 Vgl. zum Rückzug der Gruppe Runge Boelsen, Bericht (wie Anm. 27), S. 7.
- 48 Vgl. Faeckenstedt, Feldzug (wie Anm. 25), S. 11 f.
- 49 Vgl. zum Folgenden den Bericht Zierenbergs betr. Militärische Ereignis vor der Besetzung Wiesbadens am 28.3.1945, 30.9.1946, StadtA WI, Best. WI/3-4107 Nr. 178.
- 50 Die folgende Darstellung folgt Zierenbergs Bericht vom 30.9.1946 (wie Anm. 49).
- 51 Vgl. Faeckenstedt, Feldzug (wie Anm. 25), S. 4.
- 52 Vgl. beispielsweise Oberst Zierenberg – zwei Befehle retten die Stadt, in: Wiesbadener Kurier, 27.8.1966, Ausriss in StadtA WI, Best. WI/3-4107 Nr. 178. Jüngere Beispiele für die irrtümliche Bezeichnung Zierenbergs als Kampfkommandanten etwa Axel Ulrich: Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet, 3. Aufl., Wiesbaden 2008, S. 172. Die Behauptung Ulrichs, Zierenberg habe als „Kampfkommandant“ das „Artilleriefeuer über den Rhein“ einstellen lassen, ist schon deswegen absurd, weil gar keine deutsche Artillerie mehr im Kampfgebiet stand. Der Begriff „Kampfkommandant“ auch bei Vorstand der Unternehmensgruppe Mainzer Stadtwerke AG (Hrsg.): Wir schreiben Geschichte. Die Chronik der Unternehmensgruppe Mainzer Stadtwerke AG, Mainz 2017, S. 101, oder auch bei Sönke Neitzel: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Taschenbuchausgabe, Berlin 2022, S. 216.
- 53 Zum Vorstehenden, auch zum wörtlichen Zitat, vgl. die Personalakte Zierenbergs: BArch, Best. Pers 6 Nr. 6152.
- 54 Vgl. hierzu Oberst Zierenberg – zwei Befehle retteten die Stadt, in: Wiesbadener Kurier, 27.8.1966, S. 4. Die Befehle wurden 1965 in der Zeitung abgedruckt: Zwei Befehle, die Wiesbaden retteten, in: Wiesbadener Kurier, 31.3.1965, S. 6. Die Darstellungen, ob Zierenberg diese Befehle freiwillig oder nur auf Druck und Drängen der Notverwaltung unterschrieb, gingen weit auseinander, wie bereits 1976 der damalige Hauptamtsleiter Eberle feststellte, als im Raum stand, Zierenberg und die ehemaligen Mitglieder der Notverwaltung

- besonders zu ehren. Vgl. Vermerk für Herrn Oberbürgermeister: Würdigung der Herren Reeg und Zierenberg wegen ihrer Verdienste um die Erhaltung der Stadt Wiesbaden zum Ende des 2. Weltkrieges, 23.11.1976, StadtA WI, Best. WI/3-4107 Nr. 178. Die Altsignatur dieser Akte lautet 23-2. Eberle kam auf Grundlage der von Stadtarchivleiter Mischewski angestellten Recherchen zu dem Ergebnis: „Ob er [Zierenberg] wirklich der in der Presse häufig gefeierte ‚Retter Wiesbadens‘ ist, ist zumindest nicht gesichert. [...] Die vorliegenden Unterlagen reichen u. E. nicht aus, die Handlungsweise der Herren Reeg und Zierenberg in den letzten Kriegstagen zweifelsfrei zu belegen.“ Ebd., S. 2. Als dann noch herauskam, dass Zierenberg seit dem 1.5.1933 der NSDAP angehört hatte, wurde auf eine Würdigung von Seiten der Stadt für den mittlerweile verstorbenen Oberst a. D. verzichtet.
- 55 Kratz, Eine Stadt und die Schuld (wie Anm. 40), S. 37, geht fälschlicherweise davon aus, dass Bürgermeister Felix Piékarski auch NSDAP-Kreisleiter von Wiesbaden war. Tatsächlich hatte dieser das Amt in den frühen 1930er Jahren und dann nochmals 1943–1944 aber nur vertretungsweise inne. Lampas, der zuvor kommissarischer Kreisleiter von Mainz war, hatte das Amt des Wiesbadener Kreisleiters seit dem 18.10.1943 offiziell übernommen, war aber zu diesem Zeitpunkt noch eingezogen und konnte es wegen eines Lazarettaufenthalts erst am 23.7.1944 antreten. In dieser Zeit vertrat Piékarski Lampas wohl. Vgl. Franz Maier: Biographisches Organisationshandbuch der NSDAP und ihrer Gliederungen im Gebiet des heutigen Landes Rheinland-Pfalz, 2., ergänzte Aufl., Mainz 2009, S. 327 f. Die Vermutung von Kratz, Piékarski sei „Kreisleiter von Wiesbaden“ gewesen, rührt daher, dass dieser tatsächlich den NSDAP-Rang eines Kreisleiters trug, jedoch bei der Gauleitung ressortierte und damit keinem NSDAP-Kreis vorstand. Zu dem 1907 in Nidda geborenen Lampas vgl. auch dessen Kennkarte aus der amerikanischen Internierung: Staatsarchiv Ludwigsburg, Best. EL 904/2 Nr. 390000. Piékarskis Karteikarte findet sich unter der Signatur: Staatsarchiv Ludwigsburg, Best. EL 904/2 Nr. 51531.
- 56 Eigene Übersetzung. Im amerikanischen Original: „To the Germans it was quite apparent that Wiesbaden and the surrounding sector were soon to be either captured or encircled; the Americans in the bridgeheads both north and south of the city would see to that. With this in prospect, no one on the scene would have been willing to leave sizable forces in the threatened arc – even had they been available.“ MacDonald, Last Offensive (wie Anm. 22), S. 292.
- 57 Ob diese offizielle amerikanische Darstellung, die immer wieder auch in deutschen Zeitungen verbreitet wurde, stimmt, kann bezweifelt werden. Ein amerikanischer Zeitzeuge, James Ray Clark, Schütze in der B-Company des 317. Infanterieregiments, berichtet in seinen Erinnerungen sowohl von Toten durch Friendly-Fire-Zwischenfälle als auch bei einem Unfall mit einer Panzerfaust. Vgl. einen entsprechenden Bericht von 1993, in: StadtA WI, Best. NL 50 Nr. 180.
- 58 Eigene Übersetzung: „Following a halfhour artillery preparation, men of the 317th Infantry pushed out in assault boats at 0100 from slips and docks of the Mainz waterfront, despite a blaze of German fireworks, mainly small arms and 20-mm. antiaircraft fire. Once the troops were ashore, the Germans mounted two small counterattacks, which like the fire on the river produced more tumult than effect. By the end of the day contingents of a follow-up regiment had cleared Wiesbaden and more than 900 Germans had thrown up their hands; the 317th Infantry had lost not a man killed and only five wounded. One of the more noteworthy events of the day was capture of a warehouse with 4,000 cases of champagne.“ MacDonald, Last Offensive (wie Anm. 22), S. 293.

- 59 Vgl. MacDonald, Last Offensive (wie Anm. 22), S. 292, der sich auf die Nachkriegsaussagen von Gersdorff stützt: „When a request to OB West for permission to withdraw from the Rhine-Main arc drew the usual blunt refusal, Kniess and the Seventh Army commander, General Felber, resorted to what Felber's chief of staff termed 'the well tested method' of withdrawing most of the troops from the arc, leaving a weak shell in place to maintain a semblance of defense.“
- 60 Vgl. den Bericht: Es gab nichts mehr, was kapitulieren konnte, in: Wiesbadener Kurier, 26.3.1955, S. 17, wie auch noch zuletzt Heinz-Jürgen Hauzel: „Die Allee quillt über vor Amerikanern“. Mit dem Einmarsch der 3. US-Armee endete für Wiesbaden am 28. März vor 80 Jahren der Zweite Weltkrieg, in: Wiesbadener Kurier, 23.3.2025, S. 18. Kanonisiert wurde die Selbstentwaffnung des Volkssturms auch durch die Darstellung bei Heike Glaser: Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden. Aspekte des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus nach 1945, 2. Aufl., Wiesbaden 1995, S. 33, die sich auf Herbert Müller-Werth und Otto Fink beruft. Hauzel betont vor allem die Rolle des als Volkssturmführer eingesetzten Wiesbadener Rechtsanwalts und SA-Führers Hubert Gürten, der sich mit dem „Kommandeur des Ersatzregiments 87“ abgesprochen habe. Gemeint ist wohl das Grenadier-Ersatz-Bataillon 87, das noch in Wiesbaden lag. Gürten verteidigte u. a. auch den späteren Wiesbadener Oberbürgermeister Georg Buch 1942 in dessen Prozess wegen Hochverrats. Vgl. zu ihm seine Personalakte bei der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Best. 2040 Nr. 6 a.
- 61 Heute Friedrich-Ebert-Allee.
- 62 Vgl. Müller-Werth, Schicksalstage (wie Anm. 33), hier S. 211.
- 63 Vgl. ebd., S. 211–213.
- 64 Vgl. hierzu den Aktenband des Hauptamtes der Stadt Wiesbaden: „Leitstelle Schlüchtern bzw. Naumburg der Stadtverwaltung Wiesbaden; Ermittlungen gegen Felix Pié-karski u. a.“, StadtA WI, Best. WI/3 Nr. A 1267. Die Ermittlungen gegen Pié-karski dauerten bis 1948 an.
- 65 Vgl. Philipp Kratz: Die Luftangriffe auf Wiesbaden während des Zweiten Weltkriegs 1939–1945, in: Nassauische Annalen 116, 2006, S. 467–484.
- 66 Vgl. K. W.: Vor einem Jahr: Die Amerikaner kommen!, in: Wiesbadener Kurier, 28.3.1946, S. 8. Hier auch die folgenden wörtlichen Zitate. Bei „K. W.“ handelte es sich wahrscheinlich um den Journalisten Kurt Wenda (1920–1982).
- 67 Im Jahr 1937 kann man allein von 700.000 Personen ausgehen, die als Funktionäre für die NSDAP tätig waren. Vgl. Detlef Schmichen-Ackermann: Der „Blockwart“. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4, 2000, S. 575–602, besonders S. 586–589.
- 68 Vgl. Harald Welzer/Sabine Moller u. a.: „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, 10. Aufl., Frankfurt am Main 2021, S. 10–16.
- 69 Vgl. Die ersten Stunden der Besatzung, in: Wiesbadener Kurier, 28.3.1950, S. 5.
- 70 Vgl. exemplarisch: Als der Krieg zu Ende ging, in: Wiesbadener Kurier, 26.3.1955, S. 17.
- 71 Vgl. Der Kampf um Wiesbaden fand nicht statt!, in: Wiesbadener Kurier, 27.3.1965, S. 3, und 28. März 1945: Die ersten GI's in der City, in: Wiesbadener Tagblatt, 28.3.1965 [S. 45].
- 72 Vgl. Die letzten Tage zwischen Trümmern, Angst und Flüsterparolen, in: Wiesbadener Kurier, 26.3.1955, S. 18.
- 73 Vgl. Müller-Werths Materialsammlung zum Ende des Zweiten Weltkrieges in Wiesbaden, die in seinem Dienstenachlass erhalten geblieben ist: StadtA WI, Best. NL 73 Nr. 17.

- 74 Vgl. Herbert Müller-Werth: Vom Zusammenbruch zum Wiederaufstieg. Wiesbaden 1945–1951, Wiesbaden 1954. Der Band befindet sich als Typoskript unter der Signatur B 52 in der Dienstbibliothek des Stadtarchivs Wiesbaden, die hektografierte Version unter der Signatur B 1875.
- 75 Vgl. ders., Schicksalstage (wie Anm. 33).
- 76 Lothar Bembek/Axel Ulrich: Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933–1945. Eine Dokumentation, Gießen 1990, S. 419.
- 77 Vgl. etwa Otto Fink: Ein Oberst rettete Wiesbaden vor dem Chaos, in: Wiesbadener Tagblatt, 28.3.1980, S. 15.
- 78 Vgl. Heinz-Jürgen Hauzel: Amerikaner besetzen die Stadt – ohne Widerstand und Fanfaren, Wiesbadener Kurier, 27.3.2025, S. 20.
- 79 Vgl. ders., Die Allee quillt über (wie Anm. 60), S. 18.
- 80 Vgl. einführend Kerstin Freudiger: Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen, Tübingen 2002, und Annette Weinke: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949–1969 oder eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002.
- 81 Vgl. hierzu Susanne Brandt: Wenig Anschauung? Die Ausstrahlung des Films „Holocaust“ im westdeutschen Fernsehen (1978/79), in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer u. a. (Hrsg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 257–268.
- 82 Vgl. Ingeborg Toth: Wiesbaden in der Stunde Null, in: Wiesbadener Tagblatt, 27./28.3.1975, S. 13.
- 83 Vgl. Als der Frieden Einzug hielt. Nach Kriegsende kämpften Millionen um das tägliche Brot, in: Wiesbadener Kurier, 8.5.1985, S. 17.
- 84 Vgl. Weizsäcker würdigt Tag der Befreiung, in: Wiesbadener Tagblatt, 9.5.1985, S. 1.
- 85 Vgl. Leben und Sterben – Flucht und Widerstand, in: Wiesbadener Kurier, 9.5.1985, S. 3.
- 86 Vgl. „Das Bekenntnis zu hohen Werten reicht allein nicht aus“, in: Wiesbadener Kurier, 9.5.1985, S. 3.
- 87 Vgl. Auf den Spuren der Angst. Rund 70 Bürger besuchten KZ-Gelände „Unter den Eichen“, in: Wiesbadener Kurier, 9.5.1985, S. 3.
- 88 Die Sondersitzung wurde durch einen Umdruck der Niederschrift dokumentiert. Vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.): 8. Mai 1945. Eine Stadt setzt sich auseinander. Niederschrift über die öffentliche Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Mai 1985 im Kurhaus Wiesbaden, Wiesbaden 1985. Vgl. zur Presseberichterstattung neben den bereits genannten Artikeln auch 8. Mai 1945: Eine Stadt setzt sich auseinander. Sondersitzung des Parlaments im Kurhaus-Saal, in: Wiesbadener Tagblatt, 9.5.1985, S. 9.
- 89 Vgl. Peter Quadflieg: Die „Machtergreifung“ in Wiesbaden – Forschungsstand und Desiderata, in: Die „Machtergreifung“ 1933 in Rhein-Main. Forschungen, Werkstattberichte und Impulse, hrsg. von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, der KulturRegion FrankfurtRheinMain und dem Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Neustadt an der Aisch 2024, S. 21–32, hier S. 28 f.
- 90 Vgl. etwa „Gegen welchen Krieg – für welchen Frieden“, in: Wiesbadener Tagblatt, 9.5.1985, S. 11, BdV: Die nicht vergessenen sind..., in: Wiesbadener Tagblatt, 9.5.1985, S. 11, „Ein neutrales Deutschland hätte es nach dem Zweiten Weltkrieg niemals gegeben“. Abiturienten der Diltheyschule hörten zum 8. Mai Vortrag über Geschichte, in: Wiesbadener Kurier, 9.5.1985, S. 4, „Die Gewalt ist die Hebamme der Geschichte“. Ehemaliger jüdischer Widerstandskämpfer sprach zum 8. Mai in der Fachhochschule, in: Wiesbadener Kurier, 9.5.1985, S. 4. Vgl. auch die thematische Zeitungsausschnittsammlung in StadtA WI, Best. NL 32 Nr. 150.
- 91 Landeshauptstadt Wiesbaden, 8. Mai 1945 (wie Anm. 88), S. 17.

92 Ebd., S. 20.

93 Ebd., S. 15. Auch Fetscher bezog sich in seiner Rede, siehe Landeshauptstadt Wiesbaden, 8. Mai 1945 (wie Anm. 88), S. 20, auf das Zitat. Heuss hatte 1949 wörtlich gesagt: „Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“ Zitiert nach Rede vor dem Parlamentarischen Rat (8.5.1949), in: Theodor Heuss: Die großen Reden. Der Staatsmann, Tübingen 1965, S. 86.

94 Landeshauptstadt Wiesbaden, 8. Mai 1945 (wie Anm. 88), S. 7.

95 Vgl. ebd., S. 32–34.

96 Vgl. ebd., S. 8–10.

97 Vgl. ebd., S. 12–14.

98 Vgl. für Wiesbaden etwa die Berichterstattung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes 1995 Horst Goschke: Ein Pimpf und die Amis, in: Wiesbadener Kurier, 11.3.1995, Journal, S. 1, sowie die Zeitzeugenberichte Egon Schmidt: „Die Amis sind da!“, in: Wiesbadener Kurier, 28.3.1995, S. 5, und Gerhard Bauch: Pferde transportierten die Geschütze, in: Wiesbadener Kurier, 28.3.1995, S. 5.

99 Vgl. allerdings Kratz, Eine Stadt und die Schuld (wie Anm. 40), S. 313–365.

Frank Jacob

Das Kriegsende 1945 in Aschaffenburg: multiple Zäsuren

100 Vgl. dazu beispielhaft Carolyne Y. Robertson-von Trotha: Konflikt – Trauma – Neubeginn. Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.): Konflikt – Trauma – Neubeginn (Problemkreis der Angewandten Kulturwissenschaft 10), Karlsruhe 2004, S. 9–15.

101 Für den Kontext der deutschen Soldaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vgl. Ute Mank: Zwischen Trauma und Rechtfertigung. Wie sich ehemalige Wehrmachtssoldaten an den Krieg erinnern, Frankfurt am Main 2011, S. 101–183.

102 Dahingehend lohnt immer noch die Lektüre des „Klassikers“ der Holocaustforschung, d. h. Raul Hilberg: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt am Main 1996.

103 Vgl. Johannes-Paul Kögler: „Offenbar leiden die Oberen hier plötzlich an Charakterbronchitis.“ Die problematische Beziehung der Bundeswehr zu Veteranenverbänden der Wehrmacht am Beispiel der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger, in: Nina Leonhard/Dennis Werberg (Hrsg.): Veteranenpolitik. Veteranen und ihre Verbände als Akteure und Adressaten politischen Handelns, Berlin 2025, S. 181–202; Julia Katharina Nordmann: Das vergessene Gedenken. Die Trauer- und Gedenkkultur der Bundeswehr, Berlin 2022, S. 60–148.

104 Vgl. Reinhart K. Maurer: Hegel und das Ende der Geschichte, 2. Aufl., Freiburg im Breisgau/München 1980; Francis Fukuyama: The End of History and the Last Man, New York 1992.

105 Dazu ausführlich, auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern, Thorsten Holzhauser: Demokratie, Nation, Belastung. Kollaboration und NS-Belastung als Nachkriegsdiskurs in Frankreich, Österreich und Westdeutschland (Historische Zeitschrift, Beiheft 80), Berlin 2022.

106 Vgl. Joachim Brückner: Kriegsende in Bayern 1945. Der Wehrkreis VII und die Kämpfe zwischen Donau und Alpen (Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges 30), Freiburg 1987; Rainer Ehm/Roman Smolorz: April 1945. Das Kriegsende im Raum Regensburg, Regensburg 2019; Peter Engelbrecht: Frieden im Frühling. Kriegsende 1945 in Oberfranken, Weißenstadt 2020; Peter Fassl (Hrsg.): Das Kriegsende in Bayerisch-Schwaben 1945. Wissenschaftliche Tagung der Heimatpflege des Bezirks Schwaben in Zusammenarbeit mit der Schwabenakademie Irsee am 8./9. April 2005, Augsburg 2006; Karl Kunze: Kriegsende in Franken und der Kampf um Nürnberg im April 1945 (Nürnberger Forschungen 28), Neustadt an der Aisch 1995.

- 107 Vgl. Alois Stadtmüller: Maingebiet und Spessart im Zweiten Weltkrieg. Überblick, Luftkrieg, Eroberung (Veröffentlichungen des Geschichts- und Kunstvereins Aschaffenburg e.V. 19), Aschaffenburg 1982, S. 655–662.
- 108 Vgl. dazu für Aschaffenburg auch die entsprechenden Beiträge in Vaios Kalogrias/Joachim Kemper (Hrsg.): Geschichte der Stadt Aschaffenburg im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 2: Vom Ersten Weltkrieg (1914–1918) bis zur Nachkriegszeit (1945–1970), 2. Aufl., Aschaffenburg 2024.
- 109 Vgl. Carsten Pollnick/Susanne von Mach: Stadtoberhäupter. Bürgermeister und Oberbürgermeister in Aschaffenburg, Aschaffenburg 2020, S. 56–61, sowie ausführlich auch Frank Jacob: Wilhelm Wohlgemuth: Aschaffenburgs „brauner“ Oberbürgermeister (1933–1944), in: Kalogrias/Kemper (Hrsg.), Geschichte der Stadt Aschaffenburg, Bd. 2 (wie Anm. 108), S. 1083–1103.
- 110 Dazu ausführlich Monika Schmittner: Verfolgung und Widerstand 1933–1945 am bayerischen Untermain, Aschaffenburg 2002.
- 111 Zu Leben und Wirken von Josef Hepp vgl. Edwin Lang: „Mitwirken dürfen am Heil der Menschen“. Biografisches über den Geistlichen Rat Josef Hepp, Kleinostheim 1999. Im Pfarreiarchiv der Gemeinde St. Laurentius in Kleinostheim sind mehr als 300 Briefe von ca. 180 Soldaten überliefert. Diese dienen als Grundlage der Untersuchung und stammen aus dem Bestand, Pfarreiarchiv, Katholische Gemeinde Sankt Laurentius Kleinostheim, Feldpost an Pfarrer Hepp (01.1) (künftig: Bestand Hepp).
- 112 Während die Frühphase des Krieges noch durchaus euphorisch empfunden worden war, stellte die Erfahrung der Ostfront, insbesondere seit der Invasion der Sowjetunion eine ganz andere Dimension des Krieges dar. Sönke Neitzel: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Berlin 2020, S. 143–159 und S. 225–232.
- 113 Peter Eizenhöfer an Pfarrer Josef Hepp, O[rt] u[n]bekannt], 8.9.1944, Bestand Hepp.
- 114 Vgl. dazu ausführlich Frank Jacob: „Ach wenn doch nur mal dieses Völkermorden ein Ende hätte“. Kleinostheimer Kriegserfahrungen zwischen 1939 und 1945, in: Aschaffenburg Jahrbuch 35, 2023, S. 295–312. Für eine beispielhafte Korrespondenz vgl. ders.: „Das ist Krieg, Herr Pfarrer!“ Ein Kleinostheimer Editionsprojekt zur „Seelsorge via Feldpost“ im Zweiten Weltkrieg, in: Mitteilungen aus dem Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg 15, 2022, S. 75–85.
- 115 Vgl. Dieter Pohl: Die deutsche Militärbesetzung und die Eskalation der Gewalt in der Sowjetunion, in: Christian Hartmann/Johannes Hürter u. a. (Hrsg.): Der deutsche Krieg im Osten. Facetten einer Grenzüberschreitung, München 2009, S. 73–94.
- 116 Vgl. Karl Frank an Pfarrer Josef Hepp, O[rt] u[n]bekannt], Weihnachten 1942, Bestand Hepp.
- 117 Martha Braun an Pfarrer Josef Hepp, Krakau, 31.12.1943, Bestand Hepp.
- 118 Die immer weiter zurückweichende bzw. einbrechende Frontlinie ließ trotz der Versuche des Regimes, an das „Heldentum“ der Soldaten zu appellieren, nur wenig Zweifel daran, dass der Krieg bald in einer Niederlage enden würde. Vgl. dazu u. a. die ersten beiden Kapitel in Herbert Lackner: 1945. Schwerer Start in eine neue Zeit, Wien 2025.
- 119 Vgl. zu dieser Thematik auch Martin Rów: Militärseelsorge unter dem Hakenkreuz. Die katholische Feldpastoral 1939–1945 (Krieg in der Geschichte 83), Paderborn 2014, S. 42–76.
- 120 Heini Eizenhöfer an Pfarrer Josef Hepp, O[rt] u[n]bekannt], 6.12.1944, Bestand Hepp.
- 121 Lothar Eich an Pfarrer Josef Hepp, Ort unbekannt, 1.2.1945, Bestand Hepp.

- 122 Ausführlich dazu etwa Svenja Goltermann: Die Gesellschaft der Überlebenden. Deutsche Kriegsheimkehrer und ihre Gewalterfahrungen im Zweiten Weltkrieg, München 2009; Oliver von Wrochem/Christine Eckel (Hrsg.): Nationalsozialistische Täterschaften. Nachwirkungen in Gesellschaft und Familie, Berlin 2025.
- 123 Dazu ausführlich u. a. Thomas Kühne: *The Rise and Fall of Comradeship. Hitler's Soldiers, Male Bonding and Mass Violence in the Twentieth Century*, Cambridge 2017. Vgl. zudem ders.: Die Viktimisierungsfälle. Wehrmachtverbrechen, Geschichtswissenschaft und symbolische Ordnung des Militärs, in: Michael Th. Greven/Oliver von Wrochem (Hrsg.): *Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik*, Opladen 2000, S. 183–196; Oliver von Wrochem: Keine Helden mehr. Die Wehrmachtseelite in der öffentlichen Auseinandersetzung, in: ebd., S. 151–166.
- 124 Zum Begriff vgl. Axel Schildt: *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik*, Göttingen 2020.
- 125 Für eine kritische Auseinandersetzung mit Knopps Rolle und Arbeitsweise vgl. u. a. Frank Jacob: Ken Burns vs. Guido Knopp – Dokumentation oder Unterhaltung? in: Carsten Heinze/Thomas Weber (Hrsg.): *Medienkulturen des Dokumentarischen*, Wiesbaden 2017, S. 389–411.
- 126 Wohlgemuth hatte beispielsweise schon im Zuge der Gleichschaltung damit begonnen, politische Gegner auszuschalten.
- 127 Ausführlich zu Wohlgemuths Rolle in der NS-Zeit vgl. Jacob, Wilhelm Wohlgemuth (wie Anm. 109). Dass Wohlgemuth seine eigene Position nicht nur politisch, sondern ebenfalls zur eigenen Bereicherung ausgenutzt hatte, wurde kürzlich in einem Beitrag, der seine Rolle während der Arisierung jüdischer Unternehmen in Aschaffenburg beleuchtet hat, thematisiert. Frank Jacob: Die Arisierung der Aba-Werke und die Frage nach der Selbstbereicherung der Aschaffener NS-Elite, in: *Mitteilungen aus dem Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg* 16, 2024, S. 91–103. Ausführlich zur Verfolgung und Vernichtung der Aschaffener Juden, die sich ebenfalls in Wohlge-muths Zeit als Bürgermeister abspielte, vgl. Ingrid Heeg-Engelhart: Die Verfolgung und Vernichtung der Aschaffener Juden (1933–1945), in: Kalogrias/Kemper (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Aschaffenburg*, Bd. 2 (wie Anm. 108), S. 1219–1251.
- 128 Vgl. Jacob, Wilhelm Wohlgemuth (wie Anm. 109), S. 1086.
- 129 *Aschaffener Zeitung*, 14.6.1938, zitiert in Carsten Pollnick: Die NSDAP und ihre Organisationen in Aschaffenburg 1933–1939, *Aschaffenburg* 1988, S. 5.
- 130 Vgl. Joseph H. Kadlec, Agent CIC Cabbage, Arrest Form for Wilhelm Wohlgemuth, 7.4.1945, in: Stadtarchiv Würzburg (künftig: StaW), Best. Spruchkammer Aschaffenburg Stadt Nr. 2525-II.
- 131 Vgl. Wilhelm Wohlgemuth, Aufstellung Politischer Druck und Zwang, 1949, in: StaW, Best. Spruchkammer Aschaffenburg Stadt Nr. 2525-I, S. 1. Zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Freimaurerei vgl. Helmut Neuberger: *Winkelmaß und Hakenkreuz. Die Freimaurer und das Dritte Reich*, München 2001; Helmut Reinalter (Hrsg.): *Freimaurerei und europäischer Faschismus*, Innsbruck 2009.
- 132 Dazu ausführlich Fabien Théofilakis: Adolf Eichmann in Jerusalem: Defendant and Witness in the Glass Booth?, in: Manuela Consonni/Philip Galland Nord (Hrsg.): *Witnessing the Witness of War Crimes, Mass Murder, and Genocide. From the 1920s to the Present*, Berlin 2023, S. 129–158.
- 133 Vgl. Wohlgemuth, Aufstellung Politischer Druck und Zwang, 1949 (wie Anm. 131). Dieser Aussage steht entgegen, dass Wohlgemuth auch in seinen kulturellen Ämtern dafür Sorge getragen hat, dem Nationalsozialismus Vorschub zu leisten. Vgl. Schmittner, Verfolgung (wie Anm. 110), S. 58 f.
- 134 Spruch der Berufungskammer Würzburg, Würzburg, 7.9.1949, in: StaW, Best. Spruchkammer Aschaffenburg Stadt Nr. 2525-II, S. 1.

- 135 Stock hatte schon während des Ersten Weltkrieges ein revolutionär-politisches Profil entwickelt, das zwangsläufig zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus führen musste. Vgl. Julius Goldmann: Gesichter der Revolution: Jean Stock und Rudolf Hartig, in: Kalogrias/Kemper (Hrsg.), Geschichte der Stadt Aschaffenburg, Bd. 2 (wie Anm. 108), S. 938–949. Während der NS-Zeit wurde er schließlich immer wieder verhört und verhaftet. Vgl. ausführlich Schmittner, Verfolgung (wie Anm. 11), S. 138–142.
- 136 Ihr Einfluss sollte jedoch nicht lange währen, und es gelang insbesondere durchaus führenden Nationalsozialisten schnell, an ihre bisherigen Stellungen anzuknüpfen, da gerade in der Bundesrepublik Raum für funktionale Kontinuitäten ehemaliger NS-Eliten entstand. Vgl. dazu ausführlich den vor kurzer Zeit erschienenen Überblick von Hans-Ulrich Thamer: Zweite Karrieren. NS-Eliten im Nachkriegsdeutschland, Berlin 2024.
- 137 Zur Problematik der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik vgl. u. a. Edgar Wolfrum: Die Anfänge der Bundesrepublik, die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und die Fernwirkungen für heute, in: Ursula Bitzgeio/Anja Kruke u. a. (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik, Bonn 2009, S. 363–377.
- 138 Vgl. Polizeibericht Nr. 918, 1. März 1933, in: Bayerisches Staatsarchiv Würzburg, Best. LRA Aschaffenburg Nr. 2309.
- 139 Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, Best. Nachlass Nr. 28/4, zitiert nach Julius Goldmann: Im Dienst des Wiederaufbaus: der Aschaffener Oberbürgermeister und Politiker Vinzenz Schwind, in: Kalogrias/Kemper (Hrsg.), Geschichte der Stadt Aschaffenburg, Bd. 2 (wie Anm. 108), S. 1359–1371, hier S. 1363–1364.
- Sandra Zimmermann
Das Kriegsende in Darmstadt 1945. Von der Zerstörung zum Wiederaufbau der Stadt und ihres kulturellen Lebens (1944–1950)
- 140 In dem folgenden Beitrag wird keine gegenderte Sprache verwendet. Die verwendeten Begriffe umfassen dabei in der Regel aber alle Geschlechter (wenn sie sich nicht eindeutig spezifisch auf ein Geschlecht beziehen).
- 141 Vgl. Peter Engels: 75 Jahre Brandnacht. Die Zerstörung Darmstadts im Zweiten Weltkrieg, Ausstellungskatalog, Darmstadt 2019, S. 23.
- 142 Peter Engels: Brandnacht, in: Stadtlexikon Darmstadt Online. Abrufbar unter: <https://www.darmstadt-stadtlexikon.de/b/brandnacht.html> (27.6.2025).
- 143 Vgl. Peter Engels: Darmstadt im Wiederaufbau (1945–1975), in: ders./Dieter Schott (Hrsg.): Von der Residenzstadt zur Wissenschaftsstadt 1914–2019. Ein Jahrhundert Darmstadt, Bd. 2.1: Politik, Gesellschaft und Stadtentwicklung, Darmstadt 2022, S. 229–286, hier S. 229.
- 144 Vgl. John Nulty: „Operation Darmstadt“. A History of Military Government, Pfungstadt 1946; Andreas Hedwig: Stunde Null und die Bestatzungsstrategie der Amerikaner in Hessen, in: Gundula Bavendamm (Hrsg.): Amerikaner in Hessen. Eine besondere Beziehung im Wandel der Zeit, Hanau 2008, S. 42–49; Volker Koop: Die Deutsche Besatzungspolitik der Alliierten, in: Gundula Bavendamm (Hrsg.): Amerikaner in Hessen. Eine besondere Beziehung im Wandel der Zeit, Hanau 2008, S. 84–91.
- 145 Ludwig Metzger: Neubeginn aus dem Nichts. Die ersten Tage einer neuen Zeit – Darmstadt vor zwanzig Jahren, Darmstadt 1965, S. 1.

- 146 Zur Zusammensetzung siehe: Roland Dotzert: Die Darmstädter Kommunalpolitik seit 1945. Über 60 Jahre demokratische kommunale Selbstverwaltung in Darmstadt, in: Magistrat der Stadt Darmstadt (Hrsg.): Darmstädter Schriften, Bd. 91, Darmstadt 2007, S. 101.
- 147 Vgl. Dokument 2410_001, in: Stadtarchiv Darmstadt (künftig: StadtA DA), Best. 62 Nr. 1d/2.
- 148 Vgl. Engels, Darmstadt im Wiederaufbau (wie Anm. 143), S. 232.
- 149 Vereinzelte Exemplare befinden sich in: StadtA DA, Best. 814 Nr. 311.
- 150 Vgl. StadtA DA, Best. 104, Wochenberichte der Stadtverwaltung.
- 151 Vgl. Engels, Darmstadt im Wiederaufbau (wie Anm. 143), S. 233 f.
- 152 Vgl. StadtA DA, Best. 814 Nr. 311.
- 153 Vgl. StadtA DA, Best. 309 Nr. 30; StadtA DA, Best. 309 Nr. 191–192.
- 154 Ludwig Metzger: In guten und in schlechten Tagen. Berichte, Gedanken und Erkenntnisse aus der politischen Arbeit eines aktiven Christen und Sozialisten, Darmstadt 1980, S. 107.
- 155 Ebd.
- 156 Vgl. ebd., S. 107 f.; Susanne Király: Ludwig Metzger. Politiker aus christlicher Verantwortung, Darmstadt und Marburg 2004, S. 173–177.
- 157 Der Darmstädter Grenzgang hat seinen Ursprung bereits im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Zunächst diente er der Kontrolle der Darmstädter Grenzmarken und Grenzsteine. Mindestens seit der frühen Neuzeit bekam diese Veranstaltung einen Eventcharakter, an dem auch Bürger und Bürgerinnen beteiligt wurden. In der Zeit der Weltkriege fand er nicht statt. Heute findet der Grenzgang am dritten Samstag im Juni statt und bindet die Darmstädter Partnerstädte ein. Siehe hierzu Peter Engels: Grenzgang, in: Stadtlexikon Darmstadt. Abrufbar unter: <https://www.darmstadt-stadtlexikon.de/g/grenzgang.html> (27.6.2025).
- 158 Deutsche Gemeindeordnung vom 21. Dezember 1945, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für Groß-Hessen, 1946, Erster Teil, § 1 (2). Abrufbar unter: <https://starweb.hessen.de/cache/GVBL/1946/00001.pdf> (27.6.2025).
- 159 Verfassung des Landes Hessen. Vom 1. Dezember 1946. Abrufbar unter: <https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-VerfHERahmen> (27.6.2025).
- 160 Vgl. Darmstädter Echo, 30.1.1946, S. 1 f., in: StadtA DA, Best. Z Nr. 10.
- 161 Vgl. Niederschrift über die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung für die Zeit vom 26. Juni 1946 – 1947, hier: Niederschrift über die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Juli 1946, S. 4 f., in: StadtA DA, Best. 102 Nr. 1.
- 162 Vgl. Liste der Erfassung der NSDAP-Mitgliedschaft, in: StadtA DA, Best. 814 Nr. 156.
- 163 Vgl. Geschichte des CI Enclosure 91 Darmstadt von Februar bis Oktober 1946. Zusammengestellt auf Veranlassung und unter Aufsicht des Counter Intelligence Staff, 1947, S. 17–23, in: StadtA DA, Best. 62 Nr. 1d/1.
- 164 Peter Engels: Internierungslager, in: Stadtlexikon Darmstadt Online. Abrufbar unter: <https://www.darmstadt-stadtlexikon.de/i/internierungslager.html> (4.7.2025).
- 165 Geschichte des CI Enclosure 91 Darmstadt von Februar bis Oktober 1946. Zusammen- gestellt auf Veranlassung und unter Aufsicht des Counter Intelligence Staff, 1947, S. 55, in: StadtA DA, Best. 62 Nr. 1d/1.
- 166 Siehe u. a.: Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (künftig: HHStAW), Best. 522 Nr. 551, Blatt 60.
- 167 Vgl. HHStAW, Best. 522 Nr. 546, Blatt 138–140; HHStAW, Best. 522 Nr. 551, Blatt 1.
- 168 Vgl. Falko Heinel: „Das schlimme Lager in dem man gut leben konnte.“ Das Internierungslager in Darmstadt von 1946 bis 1949, Darmstadt 2005 (unveröffentlichte Magisterarbeit).

- 169 HHStAW, Best. 522 Nr. 546, Blatt 107.
- 170 Vgl. ebd., Nr. 551, Blatt 105.
- 171 Vgl. StadtA DA, Best. 814 Nr. 155.
- 172 Vgl. Darmstädter Tagblatt, 21./22.3.1964, S. 23, in: StadtA DA, Best. Z Nr. 1.
- 173 Vgl. Darmstädter Echo, 22.10.1946, S. 4, in: StadtA DA, Best. Z Nr. 10.
- 174 Darmstädter Echo, 24.10.1946, S. 3, in: StadtA DA, Best. Z Nr. 10.
- 175 Darmstädter Echo, 23.3.1946, S. 3, in: StadtA DA, Best. Z Nr. 10.
- 176 Schreiben Bergsträsser, Metzger und Reiber an die Militärregierung vom 7.6.1945 bezüglich der Konflikte mit den US-Truppen, in: StadtA DA, Best. 62 Nr. 1d/1.
- 177 Amtliches Mitteilungsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Darmstadt, 10.5.1945, in: StadtA DA Best. 62 Nr. 1d/1.
- 178 Vgl. StadtA DA, Best. 62 Nr. 1d/2 und 1d/3.
- 179 Engels, Darmstadt im Wiederaufbau (wie Anm. 143), S. 241.
- 180 Vgl. Wochenbericht 8.12.–14.12.1946, S. 2, in: StadtA DA, Best. 104.
- 181 Niederschrift über die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung für die Zeit vom 26. Juni 1946 – 1947, Sitzung vom 26. Juni 1946, S. 3, in: StadtA DA, Best. 102 Nr. 1.
- 182 Ebd.
- 183 Wochenbericht 9.–15.6.1946, S. 2, in: StadtA DA, Best. 104.
- 184 Vgl. Wochenbericht 24.3.–31.3.1946, S. 3, in: StadtA DA, Best. 104.
- 185 Vgl. „Wohnraumlentkung“ im Mitteilungsblatt für das Land Hessen vom 14.9.1945, in: StadtA DA, Best. 814 Nr. 311.
- 186 Vgl. Engels, Darmstadt im Wiederaufbau (wie Anm. 143), S. 242.
- 187 Vgl. ebd., S. 248.
- 188 Vgl. Wochenbericht 27.1.–3.2.1946, S. 2, in: StadtA DA, Best. 104.
- 189 Vgl. ebd.
- 190 Vgl. StadtA DA, Best. 62 Nr. 27d; siehe auch Mona Sauer: John-F.-Kennedy-Haus, in: Stadtlexikon Darmstadt Online. Abrufbar unter: <https://www.darmstadt-stadtlexikon.de/j/john-f-kennedy-haus.html> (28.8.2025).
- 191 Vgl. Elke Gerberding: Darmstädter Kulturpolitik in der Nachkriegszeit 1945–1949, in: Magistrat der Stadt Darmstadt (Hrsg.): Darmstädter Schriften, Bd. 69, Darmstadt 1996, S. 21.
- 192 Vgl. Engels, Darmstadt im Wiederaufbau (wie Anm. 143), S. 250.
- 193 Wochenbericht 12.8.–18.8.1945, in: StadtA DA, Best. 104.
- 194 Vgl. ebd.
- 195 Siehe hierzu u. a. die Wochenberichte der Stadtverwaltung, in: StadtA DA, Best. 104.
- 196 Vgl. Wochenbericht 14.10.–21.10.1945, 21.10.–3.11.1945, in: StadtA DA, Best. 104.
- 197 Wochenbericht 21.10.–3.11.1945, in: StadtA DA, Best. 104.
- 198 Vgl. Wochenbericht 4.11.–17.11.1945, in: StadtA DA, Best. 104.
- 199 Vgl. Wochenbericht 22.9.–28.9.1946, in: StadtA DA, Best. 104.
- 200 Vgl. Tony Vaccaro: Entering Germany. 1944–1949, Köln 2001, S. 125.
- 201 Wochenbericht 14.4.–20.4.1946, in: StadtA DA, Best. 104.
- 202 Niederschrift über die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung für die Zeit vom 26. Juni 1946 – 1947, hier: Sitzung vom 26. Juni 1946, S. 4, in: StadtA DA, Best. 102 Nr. 1.
- 203 Vgl. Wochenberichte der Stadtverwaltung, 30.6.–6.7.1946, in: StadtA DA, Best. 104.
- Sylvia Goldhammer
Das Kriegsende und der demokratische Neuanfang in Oberursel 1945/46, Camp King, Eugen Kogon und der Oberurseler Kreis
- 204 Nachfolgend handelt es sich um den überarbeiteten und erweiterten Vortrag im Rahmen des Symposiums „80 Jahre Kriegsende: Demokratischer Neubeginn 1945 in Rhein-Main“ in Wiesbaden am 15.5.2025, veranstaltet von der KulturRegion FrankfurtRheinMain und dem Stadtarchiv Wiesbaden in Verbindung mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung.

- 205 Angelika Baeumerth: Oberursel am Taunus. Eine Stadtgeschichte, Frankfurt am Main 1991, S. 294 f. (Kriegsende), S. 297–304 (Nachkriegszeit 1945–1946); von den gedruckten Quellen sind hervorzuheben: Bürger- und Verkehrsverein (Hrsg.): Oberurseler Jahrbuch 1949, bearb. v. Wilhelm Wollenberg, Oberursel 1949; Wilhelm Wollenberg: „Vor zehn Jahren – Wer weiß es?“, in: Der Taunuswächter 8, 1955, sowie ders.: „Wie war es vor zehn Jahren“, in: Der Taunuswächter 11, 1955, und 20, 1955.
- 206 Vgl. Stadtarchiv Oberursel (künftig: StadtA OU), Best. 15 Nr. 94, Nr. 188/1, 282.
- 207 Vgl. StadtA OU, Best. 15 Nr. 362.
- 208 Vgl. z. B. Joachim Altstadt, Zeitenwende 1945 – Erinnerungen eines damals siebenjährigen Oberurselers, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel (Taunus) e. V. (künftig: MGv), 49, 2010, S. 46; Helmut Hujer (Usingen), Das Kriegsende im Taunus. Zum Kampfgeschehen im 2. Weltkrieg im Gebiet des Hochtaunuskreises, 3., erw. Aufl., Backnang 2021, S. 48; Felix Kölsch: Die katholische Pfarrei St. Ursula (Oberursel) im Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zur NS-Stadtverwaltung, in: MGv 26, 1983, S. 13–33, hier S. 30. Der Aufsatz von Kölsch, eine Schülerarbeit (!), ist insgesamt eine wertvolle Quelle.
- 209 Vgl. Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (künftig: HHStAW), Best. 520/11 Nr. 64068 (Heinrich Kappus); Best. 520/05 Nr. 30364 (August Weiß); Best. 2040 Nr. 203 (Personalakte Ernst Wahl), StadtA OU, Personalakten Kappus und Weiß. Die nachfolgende Darstellung beruht auf diesen Akten, sofern nicht anders angegeben.
- 210 Vgl. Kölsch, Pfarrei St. Ursula (wie Anm. 208), S. 15–19; zu Widerstandshandlungen in Oberurseler katholischen Vereinen (Kolpingfamilie und Katholischer Arbeiterverein) vgl. Klaus Schatz: Geschichte des Bistums Limburg, Mainz, 1983, S. 276, Anm. 237.
- 211 Vgl. Wilhelm Wollenberg, Wie war es vor zehn Jahren? in: Der Taunuswächter 11, 1955; StadtA OU Best. 15 Nr. 163b.
- 212 Erster nationalsozialistischer (kommissarischer) Bürgermeister bis 23.10.1933.
- 213 Infolge der am 30.1.1935 erlassenen neuen Gemeindeordnung musste eine neue Hauptsatzung (29.6.1935) verfasst werden.
- 214 In den Gemeinderatssitzungen vom 28.6./1.8.1935 ging es um die Schaffung dieser Stelle. Die geplante Besetzung mit Stadtkämmerer Heinrich Kappus war jedoch bekannt. Schneider äußerte sich mit verschiedenen Argumenten gegen die neue Stelle, u. a. sei weniger die Eignung ausschlaggebend als vielmehr, dass ein „alter Parteigenosse bzw. „guter Nationalsozialist“ die Stelle erhalte. Weitere Ratsherren stimmten dem zu oder stellten in Frage, warum der bisherige Stadtkämmerer überhaupt in eine höhere Position solle, da er die gleiche Tätigkeit bisher auch ausgeübt habe. Letzteren Einwand wies Weiß als „demagogisch“ zurück. Als Gegenleistung erreichten die Ratsherren Schneider und Bohrmann, dass als ehrenamtliche Beigeordnete alte Parteigenossen berufen wurden. StadtA OU, Best. 15 Nr. 74.
- 215 Schreiben vom 1.11.1938, in: HHStAW, Best. 520/11 Nr. 64068.
- 216 Auszug aus dem Tagebuch von Lotte Kopp, bearb. von Manfred Kopp: Rückblick, 70 Jahre Kriegsende 1945. Abrufbar unter: <https://www.campkingoberursel.de/lebenserinnerungen.html> (20.8.2025). Am 24.3. hatte Gauleiter Jakob Sprenger zur Räumung Frankfurts aufgerufen.
- 217 Vgl. Baeumerth, Oberursel (wie Anm. 205), S. 295 f.; vgl. Hujer, Kriegsende (wie Anm. 208), S. 40, Abb. des Räumungsbefehls für den Obertaunuskreis in den amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Kronberg vom 27.3.1945 durch den Reichsverteidigungskommissar (= Gauleiter Jakob Sprenger).
- 218 Weiß habe dies später am Tag in einem Telefonanruf empfohlen und auf das Wehrmeldeamt verwiesen. Kappus hatte bereits entschieden.

- 219 Vgl. Spruchkammerverfahren 5.3.1948, Zeugenaussage von Hessen, in: HHStAW, Best. 520/11 Nr. 64068.
- 220 Tagebuch Lotte Kopp (wie Anm. 216).
- 221 Tagebuch Lotte Kopp (wie Anm. 216). Mit Manfred ist der Theologe, Lokalhistoriker und Ehrenbürger Oberursels Manfred Kopp (gest. 2023) gemeint.
- 222 Die Besetzung wurde fotografisch begleitet vom amerikanischen Magazin LIFE, Ausgabe vom 16.4.1946.
- 223 Vgl. Hans Konanz: „Die erste Partei war die KPD, die erste Wahl gewann die CDU“, in: Frankfurter Rundschau, 30.3.1995.
- 224 Vgl. Jahrbuch 1949 (wie Anm. 205), S. 25; StadtA OU, Best. 15 Nr. 94, Blatt 59.
- 225 Vgl. Jahrbuch 1949 (wie Anm. 205), S. 31 f.; Bekanntmachung Nr. 11, 10.4.1945, in: StadtA OU, Best. 15 Nr. 188/1.
- 226 Vgl. Jahrbuch 1949 (wie Anm. 205), S. 24.
- 227 Vgl. Konanz, Die erste Partei (wie Anm. 223).
- 228 Vgl. HHStAW, Best. 518 Nr. 336, Bd. 1.
- 229 Vgl. StadtA OU, Best. 15 Nr. 94. Leserbrief Karl Pohlmann, Taunus Zeitung, 20.11.1992, S. 20. Pohlmann sah sich nicht als Bürgermeister. Er wollte später auch nicht in die Fotogalerie der Bürgermeister im Rathaus aufgenommen werden, vgl. StadtA OU, Best. 15 Nr. 282.
- 230 Vgl. StadtA OU, Best. S22 Nr. 9.1.
- 231 Vgl. Kölsch, Pfarrei St. Ursula (wie Anm. 208), S. 23.
- 232 Zeugenaussage Wolfgang von Hessen, 5.3.1948, in: HHStAW, Best. 520/11 Nr. 64068.
- 233 Schreiben vom 8.6.1945, Anlage 3, Spruchkammersache, 30.12.1947, in: ebd. Der Ehemann, Willi Arbogast, war einige Jahre aus politischen Gründen im Gefängnis.
- 234 Schreiben vom 8.6.1945, in: ebd.
- 235 Konanz, Die erste Partei (wie Anm. 223).
- 236 Zur Praxis der verdeckten Jugendarbeit der katholischen Gemeinde vgl. Kölsch, Pfarrei St. Ursula (wie Anm. 208), S. 15–19.
- 237 Die Sondergerichte waren politische Instrumente zur schnellen Ausschaltung politischer Gegner. Das Todesurteil wurde zu Unrecht ausgesprochen, eine bewusste Rechtsbeugung konnte aber nicht nachgewiesen werden. Die Bewertung der Sondergerichtsurteile sind ein Thema für sich.
- 238 Auskunft der Tochter Ernst Wahls vom 8.4.2025.
- 239 Es ist belegt, dass er Mitarbeitenden der Stadtverwaltung vom Eintritt in die NSDAP abriet, dies bei einer Besetzung einer Stelle nicht immer forderte oder die charakterliche Eignung einer ausgeprägten NS-Gesinnung vorzog, z. B. auch bei der Besetzung einer Stadtratsstelle, vgl. Sitzung vom 5.11.1935, in: StadtA OU, Best. 15 Nr. 74; vgl. auch Kölsch, Pfarrei St. Ursula (wie Anm. 208), S. 24–26.
- 240 Zeugenaussage Karl Horn, 19.12.1946, in: HHStAW, Best. 520/05 Nr. 30364.
- 241 Die folgenden Ausführungen stammen aus Band 6 der von Michael Kogon und Gottfried Erb herausgegebenen Gesammelten Schriften Eugen Kogons: „Dieses merkwürdige, wichtige Leben“. Begegnungen, Weinheim/Berlin 1997; Michael Kogon: Lieber Vati! Wie ist das Wetter bei Dir? Erinnerungen an meinen Vater Eugen Kogon. Briefe aus dem KZ Buchenwald, München 2014; Walter Mühlhausen: Eugen Kogon – Ein Leben für Humanismus, Freiheit und Demokratie (Blickpunkt Hessen 5), 2. Aufl., Wiesbaden 2013. Eine umfassende Biographie über Eugen Kogon liegt noch nicht vor.
- 242 Kogon, Leben (wie Anm. 241), S. 82.
- 243 Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, 2. Aufl., München 2023, S. 22–24. Vgl. außerdem StadtA OU, Meldekarte Eugen Kogon.
- 244 Vgl. Kogon, Leben (wie Anm. 241), S. 87 f., 169; Gottfried Erb: Walter Dirks, Eugen Kogon und der demokratische Aufbau in Hessen, in: Hessen 60 Jahre Demokratie, Beiträge zum Landesjubiläum, (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 76, Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen 45), Wiesbaden 2006, S. 67–71.

- 245 Sabine Pappert: Werner Hilpert. Politiker in Hessen 1945 bis 1952. Vorkämpfer für eine christlich-soziale Demokratie (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 72, Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen 30), Wiesbaden 2003, S. 36 f., 79. Erinnerungen des Sohnes von Ernst Wahl, Telefonat am 25. März 2025.
- 246 Manuskript im Archiv der sozialen Demokratie, 1/EKA 1/EKAH000005A.
- Peter Noss
„Es war wie ein Wunder, dass wir wieder in der Synagoge standen!“ Bad Nauheim und Friedberg: Kriegsende und das Erbe der NS-Zeit 1945
- 247 So waren noch im März 87 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter von der SS in Hirzenhain erschossen worden. Vgl. Michael Keller, „Das mit den Russenweibern ist erledigt.“ Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit, Gestapo-KZ, Massenmord einer SS-Kampfgruppe und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit am Tatort in Hirzenhain wie auf dem Kriegsgräberfriedhof im Kloster Arnsburg 1943-1996, 2. Aufl. Friedberg 2000, S. 76–125.
- 248 Herfried Münkler: Machtzerfall. Die letzten Tage des Dritten Reiches dargestellt am Beispiel der hessischen Kreisstadt Friedberg, 2. Aufl. Hamburg 2005, S. 15.
- 249 Zeitzeugenbericht, zitiert in dem Film: Peter Noss: 8. Mai 1945 – 8. Mai 2020. *Erinnern und ein Versprechen für die Welt* danach, Friedberg 2020. Abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=XTTs0dlel3Y> (6.11.2025).
- 250 Hans-Helmut Hoos: Kehillah Kedoschah – Spurensuche. Geschichte der jüdischen Gemeinde in Friedberg. Auf den Spuren der Friedberger Juden von den Anfängen bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main 2009, S. 345. Hoos beschreibt die antisemitischen Predigten von Pfarrer Rühl, dessen Sohn als HJ-Führer maßgeblich an den Novemberpogromen 1938 mitgewirkt hatte, als wegbereitend für die antisemitische NS-Ideologie.
- 251 Vgl. Klaus-Dieter Rack: Vortrag zum 70. Jahrestag des Kriegsendes, Wetteraukreis, Friedberg 2015.
- 252 Ebd.
- 253 Münkler, *Machtzerfall* (wie Anm. 248), S. 21, 237.
- 254 Noss, *Erinnern* (wie Anm. 249). Vgl. dazu auch Sabine Bode: *Nachkriegskinder. Die 1950er Jahrgänge und ihre Soldatenväter*, 16. Aufl. Stuttgart 2025.
- 255 Vgl. hierzu: Alexander C. Jung: „Die Bad Nauheimer atmeten auf“. 80 Jahre Kriegsende, 8.5.2025. Abrufbar unter: <https://www.bad-nauheim.de/de/aktuelles-bad-nauheim/buergernah/2025/05-08-80-jahre-kriegsende> (30.9.2025).
- 256 Vgl. Hoos, *Kehillah Kedoschah* (wie Anm. 250), S. 328 f.
- 257 Vgl. zu Familie Eckstein: Bettina Leder, Christoph Schneider et. al.: *Ausgeplündert und verwaltet. Geschichten vom legalisierten Raub an Juden in Hessen*, Berlin 2018, S. 183–185. Vgl. außerdem Hoos, *Kehillah Kedoschah* (wie Anm. 250), S. 314–317.
- 258 Vgl. zum Folgenden: Peter Noss: *Jüdisches Leben in Bad Nauheim und in der Wetterau bis 1942*, in: *Wetterau-Museum* (Hrsg.): *Jüdisches Leben in der Wetterau*, Reader zur Roll-up-Ausstellung, Friedberg 2024, S. 6 f.; Rudolf Stahl: *Aus der Geschichte der Nauheimer Juden*, in: *Bad Nauheimer Jahrbuch* 9, 1929, S. 65–94.
- 259 Vgl. dazu auch: Stefan Kolb: *Die Geschichte der Bad Nauheimer Juden. Eine gescheiterte Assimilation*, Bad Nauheim 1987, S. 107–110.
- 260 Vgl. Hedwig Rohde/Markus Becker: *Zwischen „Endsieg“ und Wiederaufbau. Zur Geschichte Bad Nauheims in den Jahren 1944 bis 1948*, Bad Nauheim 1992.
- 261 Paul Arnsberg: *Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang – Untergang – Neubeginn*, Frankfurt am Main 1971, S. 104; Vgl. dazu weiter Arnsberg, *jüdische Gemeinden*, S. 103–111 und Kolb, *Geschichte* (wie Anm. 259), S. 181–183.

- 262 Vgl. den Artikel „388 US-Panzer kampfbereit vor Friedberg“, in: Frankfurter Neue Presse, 2.4.2025.
- 263 Vgl. Keller, „Das mit den Russenweibern“ (wie Anm. 247), S. 114–124.
- 264 Zu Martin Niemöller vgl. die Biographie von Benjamin Ziemann: Martin Niemöller. Ein Leben in Opposition, München 2019.
- 265 Vgl. das Themenheft von ImDialog (Hrsg.): Versagen und Verantwortung. Materialien für Gemeindefarbeit, Predigt und Unterricht im Umfeld der Stuttgarter Schulderklärung, Bickenbach 2025.
- 266 Zitiert nach Noss, Erinnern (wie Anm. 249).
- 267 Vgl. Dorothee Freudenberg: Mischehe als Schicksal. Adolf Freudenberg und Elsa Liefmann, Frankfurt am Main 2024. Vgl. außerdem Peter Noss: Diplomat, Theologe, Flüchtlingshelfer. Über Adolf Freudenberg, einen bedeutenden Wegbereiter für den christlich-jüdischen Dialog, Zeitzeichen 1/2025, S. 12-14.
- 268 Für weiterführende Informationen siehe Deutscher Koordinierungsrat (Hrsg.): So viel Aufbruch war nie. 75 Jahre Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit. Festschrift zum Jubiläum, Friedberg 2024. Hans-Helmut Hoos (Bearb.): Scherben der Erinnerung. Memoiren des Wetterauer Juden Henry Buxbaum, Friedberg 1994.
- Tanja Bernsau
**Die Besatzer als Kuratoren.
 Die Monuments Men in Wiesbaden**
- 269 Zur Gründung der Roberts Commission bzw. der Monuments, Fine Arts & Archives-Section siehe Tanja Bernsau: Die Besatzer als Kuratoren? Der Central Collecting Point Wiesbaden als Drehscheibe für einen Wiederaufbau der Museumslandschaft nach 1945, Münster 2013; Robert Edsel: Monuments Men: Allied Heroes, Nazi Thieves and the Greatest Treasure Hunt in History, New York 2009.
- 270 Vgl. United States Forces European Theatre: Monthly Report on Monuments, Fine Arts and Archives May-June 1945, von Leslie W. Jefferson [Chief R&D Section] an Assistant Chief of Staff, 10.7.1945, in: National Archive and Records Administration, Best. Microfilm-Publication M1947, Records concerning the Central Collecting Points (Ardelia Hall Collection): Wiesbaden Central Collecting Point, 1945–1952 (künftig: NARA M1 1947), Rolle 54.
- 271 Vgl. Jochen Zulauf: Verwaltung der Kunst oder Kunstverwaltung. Kulturförderung und Kulturpolitik des Landes Hessen 1945–1960, Wiesbaden 1995, S. 146.
- 272 Vgl. Walter I. Farmer: Die Bewahrer des Erbes. Das Schicksal deutscher Kulturgüter am Ende des Zweiten Weltkriegs, Berlin 2002, S. 32.
- 273 Vgl. Zulauf, Verwaltung der Kunst (wie Anm. 271), S. 146.
- 274 Vgl. Farmer, Die Bewahrer des Erbes (wie Anm. 272), S. 31.
- 275 Vgl. Lynn H. Nicholas: The Rape of Europe. The Fate of Europe's Treasures in the Third Reich and the Second World War, New York 1994, S. 376.
- 276 Vgl. Walter I. Farmer: The Wiesbaden Manifesto of 7 November 1945, in: Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz 33, 1996, S. 91–119, hier S. 94.
- 277 Martin Hildebrand: Als Nofretete in Wiesbaden war. Zur Geschichte des amerikanischen Central Collecting Points im Museum (Teil 1), in: Wiesbadener Leben. Die Monatszeitschrift unserer Stadt 3, 1995, S. 26–31, hier S. 28.
- 278 Vgl. Monuments, Fine Arts and Archives Status of Collecting Point Report vom 3.8.1945 an Commanding General, Western Military District APO 758, US Army, in: NARA M1947, Reports: Monthly Reports, May 1945-Nov. 1945 (wie Anm. 270), Roll 15.

- 279 Vgl. Wiesbaden Collecting Point, Wiesbaden, Germany: History. Wiesbaden Collection Point 13th of July 1945 – 5th of March 1946, undatierter Bericht, S. 5, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Rolle 14. Der Bericht enthält keine Angabe zu seinem Verfasser, allerdings erwähnt Farmer in seinen Memoiren, dass er am Ende seiner Tätigkeit einen Bericht mit diesem Titel veröffentlicht hat; vgl. Farmer, Die Bewahrer des Erbes (wie Anm. 272), S. 29 f.
- 280 Vgl. Martin Hildebrand: Wie ein deutsches Fort Knox der Kunst. Zur Geschichte des amerikanischen Central Collecting Point im Museum Wiesbaden (Teil 2), in: Wiesbader Kurier, 16.8.1989. Nach Farmer standen bei Eintreffen der Kunstwerke aus Frankfurt nur 67 Räume ausreichend wiederhergestellt zur Verfügung, die restlichen Räume folgten wenig später; vgl. Farmer, Die Bewahrer des Erbes (wie Anm. 272), S. 50.
- 281 Vgl. Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) zum Thema „Central Collecting Point“: Geschäftsbericht 2014. Abrufbar unter: <https://www.badv.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Bundesamt/Publikationen/geschaeftsbericht2014.html> (24.8.2025).
- 282 Vgl. Charles L. Kuhn: German Paintings in the National Gallery: A Protest, in: College Art Journal. Vol. 5, No. 2, Jan. 1946, S. 78–82, hier S. 78.
- 283 Vgl. Art Objects in US Zone, undatierter Bericht des Headquarters of US Group Control Council im Folder United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70. Der Bericht trägt kein Datum, jedoch bezieht sich ein in den Archivmaterialien nachfolgend abgelegtes Memorandum vom 30.7.1945 auf diesen Bericht, sodass ein Erstellungsdatum vor dem 30.7.1945 anzunehmen ist (vgl. Memorandum von Edwin Pauley und W. L. Clayton an General Clay vom 30.7.1945 im Folder „United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946“, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70).
- 284 Vgl. Art Objects in US Zone, undatierter Bericht des Headquarters of US Group Control Council im Folder „United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946“, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70.
- 285 Vgl. ebd.
- 286 Vgl. ebd.
- 287 Vgl. John Nicholas Brown, Advisor on Cultural Matters: Comments on Document „Art Objects in US Zone“, transmitted by C of S to Col. Jefferson, RD&R Division, US Group CC, under date 29. July 1945, to Deputy Military Governor, US Group CC (Germany) vom 9.8.1945 im Folder „United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946“, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70.
- 288 Interessantes Bildmaterial über die Lagerung im WCCP zeigt zum Beispiel die 3sat-Dokumentation „Die 434 oder das Geheimnis des Bunkers“. Achter Teil der Langzeit-Dokumentation zum „Jahrhundertprojekt Museumsinsel“, ZDF-History vom 5.11.2008, oder für den Münchner CCP: Edsel, Monuments Men (wie Anm. 269), S. 212.
- 289 Ein Schreiben von Colonel L. W. Jefferson vom 24.9.1945 bestätigt, dass ein Großteil der Kunstwerke in geeigneten Depots bleiben könne und ihre sichere Verwahrung unter deutscher Aufsicht gewährleistet sei. Eine finale Überprüfung aller Auslagerungsorte war jedoch noch in Gang; vgl. Colonel L. W. Jefferson: Reply to Cable on Removal of German-owned Art (The following is submitted as a draft reply to the cable from Mr. McCloy W-66436 to the Deputy Military Governor) vom 24.9.1945 im Folder „United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946“, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70.

- 290 Vgl. Kuhn, A Protest (wie Anm. 282), S. 81. Auch CCP-Mitarbeiter Kenneth Lindsay bezweifelte das Argument des fehlenden Fachpersonals, vgl. Lindsay, Kenneth C.: Official Art Seizure under the Military Cloak. In: *Art, antiquity and law*. 1996, vol. 3, No. 2, S. 119–136, hier S. 127.
- 291 Er selbst charakterisierte sich: „I was not a ‚museum man‘. I was an engineer with a lively interest in art history.“ Farmer, Die Bewahrer des Erbes (wie Anm. 272), S. 93; vgl. auch ebd. S. 91 f. und 116 f.
- 292 Vgl. Nachricht von AGWAR from Hilldring an OMGGUS [sic!] for Clay Personal, Oct. 1945, im Folder „United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946“, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70.
- 293 Nachricht von OMGUS Signed Clay an AGWAR for Warcard for Clay vom 5.11.1945 im Folder „United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946“, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70.
- 294 Die Daten für McBrides Besuch im WCCP lassen sich nicht exakt rekonstruieren. Erhalten ist das Telegramm von Clay, der bestätigt, dass McBride am 1.11.1945 in Frankfurt angekommen war. Leider ist kein Bericht McBrides über seine Inspektion erhalten. In einem Memorandum vom 19.10.1945 ist der Abtransport der Kunstwerke aber bereits beschlossene Sache – möglicherweise hat McBride nach seiner Inspektion keinen ausführlichen Bericht erstellt, sondern lediglich telegraphisch grünes Licht gegeben; vgl. Colonel Raymond Marsh: Memorandum to Deputy Director of Military Government (U.S. Zone): Removal of German Works of Art to the United States vom 19.10.1945 im Folder „United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946“, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70.
- 295 Vgl. Walter I. Farmer: Custody and Controversy at the Wiesbaden Collecting Point, in: *The Spoils of War. World War II and its Aftermath: The Loss, Reappearance and Recovery of Cultural Property*, Elizabeth Simpson (Hrsg.), New York 1997, S. 131–134, hier S. 132.
- 296 Vgl. Lindsay, Official Art Seizure (wie Anm. 290), S. 126; nach Lindsay waren auch die von McBride berichtete Heizmittelknappheit, die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen und der Mangel an geeignetem Personal nicht zutreffend.
- 297 Nachricht von Office of Mil. Gov. for Germany (US Restitution Branch Economics Division signed Clay „Shipment of Paintings to US“ to for action: Office of Mil. Gov. (US Zone) vom 6.11.1945 im Folder „United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946“, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70.
- 298 Farmer, Die Bewahrer des Erbes (wie Anm. 272), S. 100.
- 299 Movement of Paintings to Washington, Nachricht von Colonel M. C. Bauer vom 16.11.1945 an 2nd Lieutenant Lamont Moore im Folder „United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946“, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70.
- 300 Vgl. Report on Shipment of Paintings, Memorandum von 2nd Lieutenant Lamont Moore an C.G. Civil Affairs Division, War Department, Washington, D.C. vom 14.12.1945, im Folder „United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946“, in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70.
- 301 Farmer, Die Bewahrer des Erbes (wie Anm. 272), S. 61.
- 302 Vgl. Volker Koop: Besetzt. Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland, Berlin 2006, S. 82.
- 303 Vgl. Shipping Works of Art to the U.S., undatiertes und nicht unterzeichnetes Memorandum im Folder „United States: Shipment of Works of Art to the United States („202“), July 1945-October 1946“ (chronologisch einsortiert November 1945), in: NARA M1947 (wie Anm. 270), Roll 70.

- 304 Vgl. Farmer, *Custody and Controversy* (wie Anm. 295), S. 133.
- 305 Vgl. Wiesbadener Manifest vom 7.11.1945, abgedruckt in: Farmer, *Die Bewahrer des Erbes* (wie Anm. 272), S. 159–165.
- 306 Ebd.
- 307 Vgl. auch Klaus Goldmann: Laudation für Walter I. Farmer in Fürth am 10. Mai 1997, in: *Eleusis* 3, 1997, S. 7–11, hier S. 7 f.
- 308 Vgl. Lindsay, *Official Art Seizure* (wie Anm. 290), S. 123.
- 309 Es handelt sich dabei um den letzten Teil einer dreiteiligen Artikelreihe, die sich insgesamt mit dem Thema Raubkunst, *Collecting Point* und den *Monuments Men* beschäftigte; vgl. Janet Flanner: *Annals of Crime. The Beautiful Spoils (III Monuments Men)*, in: *The New Yorker*, 8.3.1947, S. 38–55.
- 310 Vgl. Janet Flanner: *Men and Monuments*, New York 1957, S. 288 f.
- 311 Vgl. Kuhn, *A Protest* (wie Anm. 282).
- 312 Farmer, *The Wiesbaden Manifesto* (wie Anm. 276), S. 105.
- 313 Altripp war während der NS-Zeit jedoch nicht mit Malverbot belegt, war aber zum Kriegsdienst eingezogen und während dieser Zeit nicht kreativ tätig; vgl. o. V.: *Alo Altripp. Ein Wiesbadener Maler*, Ausst.-Kat. Landesmuseum Wiesbaden, 1988, Kassel 1988, S. 8.
- 314 Vgl. Farmer, *Die Bewahrer des Erbes* (wie Anm. 272), S. 43–47.
- Philip Kratz
**1945 – ein „demokratischer“ Neubeginn?
 Politische Herrschaft und Entnazifizierung
 in Wiesbaden 1945 und 1955**
- 315 Chronologie der Stadtgeschichte: „Demokratischer Neubeginn“. Abrufbar unter: <https://www.wiesbaden.de/kultur/stadtgeschichte/demokratischer-neubeginn> (9.7.2025).
- 316 Heike Glaser: *Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden. Aspekte des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus nach 1945* (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden 4), Wiesbaden 1995, Klappentext.
- 317 Zu Hessen vgl. etwa Ulrich Schneider: *Als Der Krieg zu Ende war. Hessen 1945. Berichte und Bilder vom demokratischen Neubeginn*, Frankfurt am Main 1980; Walter Mühlhausen: *Demokratischer Neubeginn in Hessen 1945–1949. Lehren aus der Vergangenheit für die Gestaltung der Zukunft*, 2., vollst. überarb. Aufl., Wiesbaden 2022; zu Wiesbaden vgl. etwa: Glaser, *Neubeginn* (wie Anm. 316); Axel Ulrich: *Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden. Von den antifaschistischen Bürgeranschüssen und den Anfängen der politischen Reorganisation*, in: Konrad Schacht (Hrsg.): *Hessen 1945. Demokratischer Neubeginn zwischen Utopie und Pragmatismus. Ergebnisse der Fachtagung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung am 4. und 5. Mai 1995 in Wiesbaden*, Wiesbaden o. J. [1996], S. 29–70.
- 318 Jürgen Habermas: *Wie demokratisch ist die EU? Die Krise der Europäischen Union im Licht einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 56, 2011, Nr. 8, S. 37–48, hier S. 40.
- 319 Vgl. Wolfgang Benz: *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949*, in: Herbert Grundmann (Hrsg.): *Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. 22.1, 10. Aufl., Stuttgart 2009, S. 3–217, hier S. 46–67.
- 320 Vgl. Wolf-Arno Kropat: *Die nationalsozialistische Machtergreifung am 30. Januar 1933 in Wiesbaden und Nassau*, in: *Nassauische Annalen* 94, 1983, S. 245–277, hier S. 255.
- 321 Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hrsg.): *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*, Allensbach 1956, S. 133.
- 322 Vgl. Kratz, *Eine Stadt und die Schuld* (wie Anm. 40), S. 44 f.

- 323 Die jüngste entsprechende Studie von Peter Longerich beschreibt die Deutschen als „unwillige Volksgenossen“. Peter Longerich: *Unwillige Volksgenossen. Wie die Deutschen zum NS-Regime standen. Eine Stimmungsgeschichte*, München 2025; vgl. dagegen Götz Aly: *Wie konnte das geschehen? Deutschland 1933 bis 1945*, Frankfurt am Main 2025; Frank Bajohr: *Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg*, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.): *Hamburg im „Dritten Reich“*, Göttingen 2005, S. 69–121.
- 324 Vgl. zum methodischen Ansatz Hartmut Kaelble: *Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main/New York 1999.
- 325 Vgl. Anni Baker: *Wiesbaden and the Americans 1945–2003. The Social, Economic, and Political Impact of the U.S. Forces in Wiesbaden*, Wiesbaden 2004 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden 9), S. 21–24; Glaser, *Neubeginn* (wie Anm. 316), S. 32–46; Hans Dieter Schreeb: *Zwei Welten*, in: Helmut Müller (Hrsg.): *„Wunderland“. Die Amerikaner in Wiesbaden*, Frankfurt am Main 2013, S. 13–156, hier S. 13–27.
- 326 Zitiert nach Glaser, *Neubeginn* (wie Anm. 316), S. 39.
- 327 Zitiert nach Glaser, *Neubeginn* (wie Anm. 316), S. 39.
- 328 Zitiert nach ebd., S. 39.
- 329 Zitiert nach ebd., S. 41.
- 330 Vgl. Baker, *Wiesbaden* (wie Anm. 325), S. 27–29.
- 331 Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5, München 2008, S. 4.
- 332 Vgl. Klaus-Dietmar Henke: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 27), 3. Aufl., München 2009, S. 950–953.
- 333 MGO Wiesbaden, *Monthly Historical Report August 1945*, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (künftig: HHStAW), Best. 649 Nr. 8/189-3/13.
- 334 Vgl. Henke, *Besetzung* (wie Anm. 332), S. 107–118, 987–990.
- 335 Vgl. Volker Koop: *Himmllers letztes Aufgebot. Die NS-Organisation „Werwolf“*, Köln 2008.
- 336 Zitiert nach Glaser, *Neubeginn* (wie Anm. 316), S. 93.
- 337 Vgl. ebd., S. 85–101; Ulrich, *Neubeginn* (wie Anm. 317), S. 37–41.
- 338 Besprechung im Büro der Militärregierung Wiesbaden, 5.5.1945, zitiert nach Glaser, *Neubeginn* (wie Anm. 316), S. 40.
- 339 Zitiert nach Kratz, *Eine Stadt und die Schuld* (wie Anm. 40), S. 39.
- 340 Vgl. Maximilian Lerner: *Flight and Return. A Memoir of World War II*, o. O. 2013, S. 204; John R. Boker: *Report of Initial Contacts with General Gehlen's Organization, 1.5.1952* (Document 6); in: Kevin C. Ruffner (Hrsg.): *Forging an Intelligence Partnership. CIA and the Origins of the BND, 1949–1956*, Bd. 1, Washington 2006, S. 19–34; Stefan Schröder: *„Geschubse an der Tafel. Kurz nach Kriegsende treffen sich Kriegsverbrecher und Widerständler als US-Gefangene in zwei Villen am Wiesbadener Kurpark“*, in: *Wiesbadener Kurier*, 12.12.2020, S. 18.
- 341 Vgl. Rolf-Dieter Müller: *Reinhard Gehlen. Geheimdienstchef im Hintergrund der Bonner Republik. Die Biografie, Teil 1: 1902–1950* (Veröffentlichungen der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968, Bd. 7.1), Berlin 2017.
- 342 Vgl. Kratz, *Eine Stadt und die Schuld* (wie Anm. 40), S. 68.
- 343 Zitiert nach ebd., S. 71.
- 344 Zitiert nach Glaser, *Neubeginn* (wie Anm. 316), S. 92.
- 345 Vgl. ebd., S. 92 f.
- 346 Zitiert nach Henke, *Besetzung* (wie Anm. 332), S. 986.
- 347 *Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats in Deutschland*, Supplement Nr. 1, Berlin 1946, S. 13–20.
- 348 Zitiert nach Glaser, *Neubeginn* (wie Anm. 316), S. 77.

- 349 Vgl. ebd., S. 75–83.
- 350 Vgl. Kratz, *Eine Stadt und die Schuld* (wie Anm. 40), S. 68 f.
- 351 Vgl. ebd., S. 69 f.
- 352 Zitiert nach Glaser, *Neubeginn* (wie Anm. 316), S. 44.
- 353 Vgl. Axel Ulrich: *Ein neues Leben beginnt! Die Gründung der Demokratischen Einheitsgewerkschaft Wiesbaden*, Wiesbaden 1995; Glaser, *Neubeginn* (wie Anm. 316), S. 180–230; Eva-Juliane Welsch: *Die hessischen Lizenzträger und ihre Zeitungen*, Diss. Dortmund 2002.
- 354 Vgl. Kratz, *Eine Stadt und die Schuld* (wie Anm. 40), S. 49 f.
- 355 Vgl. Glaser, *Neubeginn* (wie Anm. 316), S. 62 f.
- 356 Vgl. ebd., S. 230–234.
- 357 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: *Warum es zur doppelten Staatsgründung kam*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 18–20, 2024, S. 4–10.
- 358 *Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) in der geänderten Fassung vom 23. Oktober 1954*, Art. 1, Abs. 2. Abrufbar unter <https://webarchiv.bundestag.de/archive/2008/1010/geschichte/parlhist/dokumente/dok04.html> (10.11.2025).
- 359 Vgl. Wilhelm Grewe: *Deutschlandvertrag*, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Einheit. 1949 – 1989 – 1999*, Frankfurt am Main 1999, S. 291–299; Josef Foschepoth: *Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik*, Göttingen 2012, S. 19–65.
- 360 Vgl. Ulrich Dreßler: *Die Spielregeln der Demokratie in den hessischen Gemeinden. 210 Jahre Magistratsverfassung (Blickpunkt Hessen)*, 2. Aufl., Wiesbaden 2017.
- 361 Vgl. Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 2003 (zuerst 1996).
- 362 Vgl. Kratz, *Eine Stadt und die Schuld* (wie Anm. 40), S. 156.
- 363 Vgl. Ernst Klee: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich*, Frankfurt am Main 2007, S. 249; Kratz, *Eine Stadt und die Schuld* (wie Anm. 40), S. 184.
- 364 Vgl. Kratz, *Eine Stadt und die Schuld* (wie Anm. 40), S. 182 f.
- 365 Vgl. ebd., S. 74 f.
- 366 Vgl. Philipp Kratz: *Erich Mix. Der zweifache Oberbürgermeister (1937–1945 und 1954–1960)*, in: *Nassauische Annalen* 119, 2008, S. 475–489; Kratz, *Eine Stadt und die Schuld* (wie Anm. 40), S. 90–98, 100–119.
- 367 Vgl. Kratz, *Eine Stadt und die Schuld* (wie Anm. 40), S. 370 f.
- 368 Vgl. Frei, *Vergangenheitspolitik* (wie Anm. 361), S. 397–406.
- 369 Vgl. Kratz, *Eine Stadt und die Schuld* (wie Anm. 40), S. 371; Hanne Leßau: *Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit*, Göttingen 2020; Mikkel Dack: *Everyday Denazification in Postwar Germany, The Fragebogen and Political Screening during Allied Occupation*, Cambridge 2023.
- 370 Vgl. Kowalczyk, *Staatsgründung* (wie Anm. 357).
- 371 Noelle/Neumann, *Jahrbuch* (wie Anm. 321), S. 134.
- 372 Jeffrey Herf: *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998, S. 460.

Gert-Uwe Mende, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden
Impuls

373 Kratz, Eine Stadt und die Schuld
(wie Anm. 40).

Gregor Maier
**Demokratischer Neuanfang
im Landkreis Usingen – ein Werkstattbericht**

374 Vgl. Das Usinger Land. Ein Heimatbuch des Kreises Usingen, Düsseldorf 1927; Thomas Klein (Bearb.): Grundriss zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, Reihe A: Preußen, Bd. 11: Hessen-Nassau (einschl. Vorgänger-Staaten), Marburg 1979, S. 485 f.

375 Vgl. Jost Kloft: Territorialgeschichte des Kreises Usingen (Schriften des Hessischen Landesamtes für Geschichtliche Landeskunde 32), Marburg 1971.

376 Vgl. Der Kreis Usingen. Beschreibung und Strukturuntersuchung, 2 Bde., Wiesbaden 1951.

377 Vgl. Rudi H. Kaethner/Martha Kaethner: Usingen. Menschen und Ereignisse aus der Geschichte einer kleinen deutschen Stadt, Usingen 1982.

378 Vgl. 75 Jahre Christian-Wirth-Schule Usingen 1922–1997. Festschrift zum Schuljubiläum, Usingen 1997; 100 Jahre Christian-Wirth-Schule Usingen 1922–2022, Usingen 2022.

379 Vgl. Eugen Ernst: Neu-Anspach. Werden und Wirken, Neu-Anspach 1974; ders.: 100 Jahre Eisenbahn Bad Homburg (Friedrichsdorf) – Usingen. Aus Neu-Anspacher Sicht, in: Jahrbuch Hochtaunuskreis (künftig: JbHTK) 4, 1996, S. 7–19; ders.: Emil Becker und Heinrich Nöll. Spuren ihres Wirkens in Anspach. Versuch einer Deutung ihres gesellschaftlichen Vermächtnisses (Heimat- und Geschichtsverein Neu-Anspach 1), Neu-Anspach 1998; ders.: Aspekte zum Pendlerwesen im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Darstellung

am Beispiel von Neu-Anspach, in: JbHTK 33, 2025, S. 144–148.

380 Vgl. Thomas Klein: Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867–1933, Bd. 2/1: Regierungsbezirk Wiesbaden (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 51/2,1), Marburg 1993, S. 1855–1888.

381 Vgl. Markus Müller: Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1928–1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 129), Düsseldorf 2001.

382 Vgl. Klein, Hessen (wie Anm. 380).

383 Für das Folgende: Gregor Maier: Zwischen Verwaltung und Politik. Die Landräte des Kreises Usingen 1886–1932 und 1933–1972, in: JbHTK 17, 2009, S. 78–88.

384 Vgl. Frank-Michael Saltenberger: Sparzwang setzt dem Landkreis ein Ende. Die Auflösung des Kreises Usingen, in: Angelika Baeumerth/Matthias Kliem u. a. (Hrsg.): Das Jahrhundert im Taunus, 3. Aufl., Frankfurt am Main 2000, S. 109–111.

385 Vgl. Kreis-Blatt für den Kreis Usingen 68, 1933, Nr. 157, 2.10.1933.

386 Klein, Hessen (wie Anm. 380).

387 Vgl. Helmut Hujer: Das Kriegsende im Taunus. Zum Kampfgeschehen im 2. Weltkrieg im Gebiet des heutigen Hochtaunuskreises, 3. Aufl., Usingen 2021.

388 Vgl. Mark Jakob: Zwischen Ablehnung und Solidarität. Die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge im Gebiet des heutigen Hochtaunuskreises, 1945–ca. 1960, Marburg 2014.

389 Vgl. Heidrun Bank/Ulrich Erle u. a.: Hundstadt, Grävenwiesbach 2010, S. 147–156; Jakob, Ablehnung (wie Anm. 388); Wolfgang Fritzsche/Barbara Bernard (u. a.): Das Projekt Denkmal.Kulturlandschaft.Digital am Landesamt für Denkmalpflege Hessen und seine Arbeit im Hochtaunuskreis, in: JbHTK 34, 2026 (im Druck).

390 Vgl. Jakob, Ablehnung (wie Anm. 388), S. 84–98.

- 391 Vgl. ebd.
- 392 Vgl. Heinrich Schneider: Landrat des Kreises Usingen, MS. 1947, im Familienbesitz.
- 393 Vgl. Maier, Verwaltung (wie Anm. 383).
- 394 Vgl. Schneider, Landrat (wie Anm. 392).
- 395 Ebd.
- 396 Arsen L. Yakoubian: Western Allied Occupation Policies and Development of German Democracy, 1945–1951, New York 1951, S. 18. – Freundlicher Hinweis von Peter Maresch, Bad Homburg v. d. Höhe.
- 397 Schneider, Landrat (wie Anm. 392).
- 398 Vgl. Gregor Maier: Aktuelle Debatten zur Gedenkkultur im Hochtaunuskreis. Ein Praxisbericht aus der Arbeit des Kreisarchivs, in: Archivnachrichten aus Hessen, Sonderheft 2023: Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit in hessischen Archiven, S. 39–42.
- 399 Vgl. „Von öffentlicher Würdigung ist abzuraten“, in: Usinger Anzeiger (künftig: UA), 6.4.2019, S. 22.
- 400 Vgl. Erhard Vetter: Leserbrief „Ich kannte ihn“, in: ebd., 17.4.2019, S. 16.
- 401 Vgl. HHStAW, Best. 520/16 Nr. 20096.
- 402 Vgl. Gregor Maier: Leserbrief „Tragik“, in: UA, 20.4.2019, S. 21.
- 403 Vgl. HHStAW, Best. 520/36.
- 404 Als Grundlage für diese Verhältniszahl wurde die Zahl der zur Gemeindewahl 1946 Wahlberechtigten im Kreis Usingen herangezogen, die sich auf 13.272 Personen belief. – Depositum des CDU-Stadtverbandes Usingen im Kreisarchiv Hochtaunuskreis (künftig: KreisA HG), Best. E 2 (unverzeichnet), Fasz. 3.
- 405 Vgl. KreisA HG, Slg. 102: Datensammlung Amtsträger.
- 406 Johanna Koppenhöfer: Wirena – Wehrheim. Die Chronik, Wehrheim o. J. [2009], S. 346.
- 407 Vgl. Maier, Verwaltung (wie Anm. 383).
- 408 Margit Schmerbach: o. T., in: Treisberger Blatt 12, Dezember 1990, o. S.; Heinrich Müller, Treisberger Chronik, Treisberg 2015.
- 409 Schmerbach, o. T. (wie Anm. 408).
- 410 Ebd.
- 411 Vgl. Das Taunusdorf Treisberg. Seine gesundheitlichen und bevölkerungspolitischen Verhältnisse und seine Stellung im Volk (unter besonderer Berücksichtigung der Soziologie, Wirtschaft und Kultur), (Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten, Hessen-Nassau 305), 2 Bde., Frankfurt am Main 1938/39.
- 412 Vgl. Heinrich Nitschke/Harry Strehlow: 100 Jahre SPD im Usinger Land 1891–1991, Usingen 1991; Festschrift 125 Jahre SPD Usinger Land. Grävenwiesbach – Neu-Anspach – Schmittlen – Usingen – Wehrheim – Weilrod 1891–2016, Neu-Anspach 2016.
- 413 Vgl. CDU Usingen (wie Anm. 404), Fasz. 2.
- 414 Für das Folgende: Ergebnis der Gemeindewahlen im Kreise Usingen, ebd., Fasz. 3.
- 415 Vgl. ebd., Fasz. 4.
- 416 Vgl. Ingrid Berg: Die Kommunalwahlen in Hessen 1968. Der Glashüttener Bürger Wolf H. Marder schreibt hessische Rechtsgeschichte, in: JbHTK 29, 2021, S. 210–215.

Thomas Bauer

„Für alle, die guten Willens sind“.

Walter Kolb und der demokratische Neubeginn in Frankfurt am Main

- 417 Bekanntmachung, in: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (künftig: ISG FFM), Best. 9-1 Nr. 412; siehe auch Frohlinde Balsler: Aus Trümmern zu einem europäischen Zentrum. Geschichte der Stadt Frankfurt am Main 1945–1989 (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission 20), Sigmaringen 1995, S. 35.
- 418 Zitiert nach Günter Mick: Als die Frankfurter noch zur Wahlurne strömten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.12.1971.
- 419 Vgl. „Nach 12 Jahren Schweigen“ und „Wir brauchen Optimismus“, in: Frankfurter Rundschau, 19.9.1945.

- 420 Vgl. Bettina Tüffers: Von der Römerkoalition zur Parteienkonkurrenz. Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, Bd. IV: 1946–1989 (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission 24), Frankfurt am Main 2011, S. 43–46.
- 421 Vgl. ebd., S. 48.
- 422 Vgl. Mick, Wahlurne (wie Anm. 418); Tüffers, Römerkoalition (wie Anm. 420), S. 44 f.
- 423 Jürgen Dittberner: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisationen, Perspektiven. Eine Einführung, Wiesbaden 2005, S. 33; hierzu auch Tüffers, Römerkoalition (wie Anm. 420), S. 47.
- 424 Zitiert nach Wolfgang Staudt: Liberale in Hessen seit 1945. Materialien zum 50jährigen Bestehen der F.D.P. in Hessen, Sankt Augustin 1996, S. 64.
- 425 Zitiert nach Rebecca Boehling: Die politischen Lageberichte des Frankfurter Oberbürgermeisters Blaum an die amerikanische Militärregierung, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 59, 1985, S. 485–537, hier S. 500.
- 426 Vgl. Tüffers, Römerkoalition (wie Anm. 420), S. 50 f.
- 427 Vgl. Statistisches Amt und Wahlamt der Stadt Frankfurt a. M.: Denkschrift über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Jahre 1946 in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1947, S. 7, 10 f., 34; Rudolf Menzer: Probleme der allgemeinen Verwaltung, in: Magistrat der Stadt Frankfurt (Hrsg.): Frankfurt am Main 1945–1965. Ein 20-Jahresbericht der Stadtverwaltung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1965, S. 21–31, hier 21 f.; Wolf-Arno Kropat: Hessen in der Stunde Null 1945/1947. Politik, Wirtschaft und Bildungswesen in Dokumenten, Wiesbaden 1979, S. 201–209.
- 428 Zitiert nach Boehling, Lageberichte (wie Anm. 425), S. 497.
- 429 Vgl. Lutz Becht: Zwischen Besatzung und Befreiung. Die Oberbürgermeister Wilhelm Hollbach und Kurt Blaum 1945/1946, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 73, 2012, S. 223–241, hier S. 226 f.
- 430 Vgl. Balse, Aus Trümmern (wie Anm. 417), S. 22, 26; Tüffers, Römerkoalition (wie Anm. 420), S. 30–41.
- 431 Vgl. Michael Fleiter: Frankfurt seit 1945. Ein historischer Streifzug, in: Marie-Luise Recker (Hrsg.): Tradition und Wandel. Frankfurt am Main, Bd. 2, Göttingen 2023, S. 267–395, hier S. 282. Das SPD-Flugblatt zur Wählerversammlung mit dem Hauptredner Kolb am 19. Mai 1946 ist abgedruckt in Thomas Bauer: „Seid einig für unsere Stadt“. Walter Kolb – Frankfurter Oberbürgermeister 1946–1956, Frankfurt am Main 1996, S. 11.
- 432 Vgl. Bauer, Walter Kolb (wie Anm. 431), S. 11–20.
- 433 Zitiert nach Mick, Wahlurne (wie Anm. 418); siehe auch Bauer, Walter Kolb (wie Anm. 431), S. 12; Tüffers, Römerkoalition (wie Anm. 420), S. 53–56.
- 434 Zu den Unregelmäßigkeiten des Wahlverlaufs: „Chronik zur Frankfurter Wahl“ und „Regen, dicke Luft, rote Scheine. Kreuz und quer durch den Frankfurter Wahlsonntag“, in: Frankfurter Rundschau, 28.5.1946; „Neuwahl in Frankfurt“ und „Wahlergebnis verkündet“, in: ebd., 31.5.1946. Zum Wahlergebnis Günter Mick: Den Frieden gewinnen. Das Beispiel Frankfurt 1945 bis 1951, Frankfurt am Main 1985, S. 58–62; Tüffers, Römerkoalition (wie Anm. 420), S. 57.
- 435 Bewerbungsschreiben Walter Kolbs an den Stadtverordnetenvorsteher Rebholz vom 14.7.1946, ISG FFM, Best. Personalakten 135.068, Blatt 7r. Ausschreibungstext veröffentlicht in: Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt a. M., Nr. 28 vom 8.7.1946.
- 436 Vgl. ISG FFM, Best. A.01.02 Nr. P 978, § 5, 21.6.1946 (Protokolle der Stadtverordnetenversammlung); Mick, Frieden (wie Anm. 434), S. 60–64.
- 437 „Zwischenspiel um den Frankfurter Magistrat“, in: Frankfurter Rundschau, 13.8.1946.

- 438 ISG FFM, Best. A.01.02 Nr. P 978, § 24, 1.8.1946 (Protokolle der Stadtverordnetenversammlung). Hierzu auch „Dienst an der gesamten Bevölkerung. Einführung des neuen Frankfurter Magistrats in der Aula der Universität“, in: Frankfurter Rundschau, 2.8.1946.
- 439 Zu den Grundlagen der Stadtverfassung nach 1945: Hauptsatzung und Verwaltungsordnung der Stadt Frankfurt am Main vom 28.6.1946, in: Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt a. M. vom 15. und 29.7.1946, Magistrats-Ordnung vom 19.6.1946, ISG FFM, Best. A.02.01 Nr. 4.213, Blatt 80r–83r, und Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. vom 23.8.1946, ISG FFM, Best. A.02.01 Nr. 4.107, Blatt 38r–39v.
- 440 Vgl. „Dr. Altheim zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt“, in: Frankfurter Rundschau, 15.8.1946; ISG FFM, Best. Personalakten 74.741. Zu den Absagen von Köngeter und Bautzmann: „Oberbürgermeister Kolb eingeführt“, in: Frankfurter Rundschau, 2.8.1946.
- 441 Vgl. „Er bezahlte Frankfurts Schulden. Der langjährige Stadtkämmerer Dr. Lehmann wird 65 Jahre alt“, in: Frankfurter Neue Presse, 5.11.1953; ISG FFM, Best. Personalakten 73.701 und 73.702.
- 442 Vgl. Bauer, Walter Kolb (wie Anm. 431), S. 28; Tüffers, Römerkoalition (wie Anm. 420), S. 63 f.
- 443 Vgl. Mick, Frieden (wie Anm. 434), S. 66–71; Tüffers, Römerkoalition (wie Anm. 420), S. 64 f.
- 444 „Bis 1948 muß Frankfurt anders aussehen als heute!“, in: Frankfurter Neue Presse, 5.8.1946. Zur Neujahrsbotschaft: „Walter Kolb: Frankfurt im Jahre 1947“, in: Frankfurter Rundschau, 31.12.1946.
- 445 Kolbs Rede in der wiederaufgebauten Paulskirche am 18. Mai 1948 ist abgedruckt bei Patricia Tratnik: Materialien zum Wiederaufbau der Paulskirche 1946–1948, Frankfurt am Main o. J., Dokument Nr. 80 (unveröffentlichtes Typoskript). Zum Folgenden Thomas Bauer: „Das Haus aller Deutschen“. Der Wiederaufbau der Paulskirche als Signal für den demokratischen Neubeginn, in: Evelyn Brockhoff/Alexander Jehn (Hrsg.): Die Frankfurter Paulskirche. Ort der deutschen Demokratie, Frankfurt am Main 2020, S. 117–129.
- 446 Otto Fischer: Die Wiederherstellung der Paulskirche, in: Neue Bauwelt 5, 1947, S. 61–71, hier S. 67.
- 447 Vgl. Bauer, Haus aller Deutschen (wie Anm. 445), S. 118.
- 448 Bericht von Stadtbaurat Blanck an den Magistrat vom 4.11.1946, abgedruckt in: Tratnik, Materialien (wie Anm. 445), Dokument Nr. 9.
- 449 Vgl. Dieter Bartetzko: Denkmal für den Aufbau Deutschlands. Die Paulskirche in Frankfurt am Main, Königstein im Taunus 1998, S. 50.
- 450 Planungsgemeinschaft Paulskirche: Die neue Paulskirche, in: Die neue Stadt 2, 1948, S. 101–104, hier S. 104.
- 451 Reproduktion der von Walter Kolb und Joseph Auth unterzeichneten Urkunde, in: Stadtkanzlei (Hrsg.): 1848/1948. Paulskirchen-Denkschrift, Frankfurt am Main 1948, S. 9.
- 452 Vgl. den Aufruf der Stadt Frankfurt am Main zum Wiederaufbau der Paulskirche vom 20.1.1947, ISG FFM, Best. Nachlass Walter Kolb S1/4 Nr. 242.
- 453 Vgl. Stifterbuch für den Wiederaufbau der Paulskirche von 1948, ISG FFM, Best. S5/400, und die Zusammenstellung der Spenden bis zum 7.11.1947, abgedruckt in: Tratnik, Materialien (wie Anm. 445), Dokument Nr. 41.
- 454 Vgl. Bauer, Haus aller Deutschen (wie Anm. 445), S. 124 f.
- 455 So zum Beispiel in der Ansprache zur Verleihung des Goethepreises an Karl Jaspers am 28.8.1947 („wir Menschen, die wir guten Willens sein wollen“) und in der Rede zur Einweihung der wiederhergestellten Alten Brücke am 13.9.1947 („für alle, die guten Willens sind“), in: Joseph Auth (Hrsg.): Wille zur Tat. Fünf Ansprachen des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Kolb 1947, Frankfurt am Main 1948, S. 21, 26.

- 456 Heinrich David: „Schutzherr der Turner und Tiere. Frankfurts Stadtoberhaupt Walter Kolb“, in: Die Zeit, 22.4.1954.
- Cornelia Röhlke
**„Frauen und Mütter!
 Entscheidet Euch für Frieden, Demokratie
 und soziale Gerechtigkeit!“**
- 457 Gabriele Strecker: Überleben ist nicht genug. Frauen 1945–1950 (Herderbücherei 915), Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 1981, S. 53.
- 458 Vgl. Elke Schüller: Wer stimmt bestimmt? Elisabeth Selbert und die Frauenpolitik der Nachkriegszeit, in: Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Wiesbaden 1996, S. 12.
- 459 Vgl. FrauenMediaTurm (FMT), Best. P10-Neff, Nachlass von Gertrud Neff, Köln; Archiv frauen museum wiesbaden, Best. 6. Nach 1945 z. B. Überparteilicher Frauenausschuss -A; Stadtarchiv Wiesbaden (künftig: StadtA WI), Best. NL 110, Hedwig Schmitt-Maaß; Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (künftig: HHStAW), Best. 502 Nr. 11490, Materialsammlung zur Gleichberechtigung der Frau (Handakte der Regierungsdirektorin von Bila) 1948–1952; HHStAW, Best. Depositum 2034, Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit.
- 460 Vgl. Wiesbadener Kurier (künftig: WK), 6.4.1946, S. 3.
- 461 Vgl. WK, 26.6.1948, S. 2.
- 462 Vgl. WK, 6.4.1946, S. 3.
- 463 Vgl. WK, 26.6.1948, S. 2; WK, 15.1.1949, S. 4; von 8.700 Männern, die im Januar 1949 noch vermisst wurden, galten etwa 4.300 als im Krieg gefallen.
- 464 Vgl. Waltraut Both: Zur sozialen und politischen Situation von Frauen in Hessen und zur Frauenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht, in: Ulla Wischermann/Elke Schüller u. a. (Hrsg.): Staatsbürgerin zwischen Partei und Bewegung. Frauenpolitik in Hessen 1945–1955, Frankfurt am Main 1993, S. 151–191, hier S. 155. Ab August
- waren Parteien auf Orts- und Kreisebene wieder erlaubt, ab Ende November 1945 auch auf Landesebene und ab Ende Februar auf Ebene der gesamten amerikanischen Besatzungszone. Hermann-Josef Rupieper: Bringing Democracy to the Frau-leins. Frauen als Zielgruppe der amerikanischen Demokratisierungspolitik in Deutschland 1945–1952, in: Geschichte und Gesellschaft 17, 1991, S. 61–91, hier S. 65 f.
- 465 Wahlwerbung der CDU, Landtagswahl Dezember 1946, in: StadtA WI, Best. ZgS Nr. 643.
- 466 Für dieses und die folgenden Beispiele vgl. Schüller, Wer stimmt bestimmt (wie Anm. 458), S. 14, Abdruck von Wahlplakaten.
- 467 Vgl. ebd. S. 15.
- 468 Ebd., S. 18.
- 469 Ebd.
- 470 WK, 15.1.1949, S. 4.
- 471 WK, 27.4.1949, S. 6.
- 472 WK, 20.5.1948, S. 3.
- 473 WK, 11.11.1948, S. 9.
- 474 WK, 3.4.1947, S. 4.
- 475 WK, 7.12.1948, S. 3.
- 476 WK, 8.3.1947, S. 4.
- 477 Ebd.
- 478 WK, 8.11.1947, S. 2.
- 479 Vgl. Erklärung der SPD zum Haushaltsplan am 24.7.1947, in: StadtA WI, Best. STVV Nr. 98.
- 480 Vgl. Glaser, Neubeginn (wie Anm. 316), S. 36.
- 481 Vgl. ebd., S. 36–38.
- 482 Vgl. ebd., S. 102–109.
- 483 Vgl. ebd., S. 85–101; StadtA WI, Best. WI/3 Nr. 13, Beirat des Oberbürgermeisters.
- 484 Vgl. Strecker, Überleben ist nicht genug (wie Anm. 457), S. 57.
- 485 Vgl. hierzu auch Marianne Zepp: Redefining Germany. Reeducation, Staatsbürgerschaft und Frauenpolitik im US-amerikanisch besetzten Nachkriegsdeutschland, Göttingen 2007, S. 149 f.
- 486 WK, 20.2.1947, S. 3.

- 487 Vgl. Brief von Gertrud Neff an den Oberbürgermeister, 22.10.1946, in: FrauenMediaTurm, 10-Neff sowie Bericht über den Überparteilichen Frauenausschuss Wiesbaden, ohne Datum, in: ebd.
- 488 Vgl. Bericht über den Überparteilichen Frauenausschuss, in: ebd.
- 489 Vgl. Sitzungsprotokoll des ÜFA vom 31.10.1946, in: ebd.
- 490 Vgl. Protokoll der Magistratssitzung vom 29.10.1946, in: StadtA WI, Best. MAG Nr. 193.
- 491 Vgl. Bericht über den ÜPA, ohne Datum, in: FrauenMediaTurm, Best. P10-Neff.
- 492 Vgl. Protokoll der Sitzung des Wohnungsausschusses vom 22.4.1947, in: FrauenMediaTurm, Best. P10-Neff.
- 493 Vgl. WK, 3.4.1947, S. 4.
- 494 Vgl. WK, 30.5.1947, S. 3.
- 495 WK, 6.9.1947, S. 2; Sabine Hock: Ulla Illing, in: Frankfurter Personenlexikon. Abrufbar unter: <https://frankfurter-personenlexikon.de/node/2839> (10.7.2025).
- 496 Vgl. WK, 25.8.1948, S. 3.
- 497 Vgl. Fraktion der KPD informiert den Frauenverband in einem Schreiben vom 31.7.1949, dass ein Antrag auf Erhöhung des Zuschusses von 600 auf 1.000 DM abgelehnt wurde, in: frauen museum wiesbaden, Best. 6.2.33.
- 498 Vgl. Liste der weiblichen Stadtverordneten und Ortsbeiräte bis 1989, in: StadtA WI, Best. NL 110 Nr. 136.
- 499 Vgl. Bembenek/Ulrich, Widerstand (wie Anm. 76), S. 50.
- 500 Vgl. Hessische Staatskanzlei (Hrsg.): Im Dienste der Demokratie. Die Trägerinnen und Träger der Wilhelm-Leuschner-Medaille, Wiesbaden 2004, S. 131 f.; „... die Welt gehört nun mal dem Mann – und der Frau“. Sechs Wiesbadener Kommunalpolitikerinnen der Nachkriegszeit im Porträt. Hessisches Sozialministerium – Stabsstelle Frauenpolitik, Stadtarchiv, Kulturamt Wiesbaden, Kommunale Frauenbeauftragte Stadt Wiesbaden (Hrsg.), Wiesbaden 2006, Porträts Helen von Bila und Hilde Müller.
- 501 Vgl. „... die Welt gehört ...“ (wie Anm. 500), Porträt Franziska Retzinger.
- 502 Berichte über Lehrgänge im Haus Schwalbach, in: HHStAW, Depositum 2034, Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit, Nr. 45.
- 503 StadtA WI, Best. NL 110 Nr. 113, S. 157.
- 504 Vgl. Wiesbadener Leben: die Monatszeitschrift unserer Stadt. Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen (Hrsg.), Heft 10, Oktober 1952, S. 25.
- 505 Vgl. vhs Wiesbaden (Hrsg.): „Stolpersteine sind jetzt hörbar“. Abrufbar unter: <https://www.wissensrouten.de/vhs-wiesbaden-stolpersteine-sind-jetzt-hoerbar> (12.7.2025).
- 506 Vgl. Erinnerungsblatt von Martha Harpf, herausgegeben von Aktives Museum Spiegelgasse für deutsch-jüdische Geschichte in Wiesbaden e.V.
- 507 Vgl. Politische Parteien 1945–1952, Schreiben der LDP vom 20.12.1945 an den Oberbürgermeister Krücke, in: StadtA WI, Best. WI/3 Nr. 1; Glaser, Neubeginn (wie Anm. 316), S. 224–225.
- 508 Vgl. Protokoll zur Magistratssitzung vom 5.12.1952, in: StadtA WI, Best. MAG Nr. 213, Dez. 1952.
- 509 Vgl. Rupieper, Frauen als Zielgruppe (wie Anm. 464), S. 75.
- 510 Vgl. Both, Soziale und Politische Situation (wie Anm. 464), S. 153; Strecker, Überleben ist nicht genug (wie Anm. 457).
- 511 Vgl. Rupieper, Frauen als Zielgruppe (wie Anm. 464), S. 76 f.
- 512 Vgl. Christl Ziegler: Lernziel Demokratie. Politische Frauenbildung in der britischen und amerikanischen Besatzungszone 1945–1949, Köln/Weimar/Wien 1997 (Studien zur Internationalen Erwachsenenbildung 11), S. 47.
- 513 Vgl. Ziegler, Lernziel Demokratie (wie Anm. 512), S. 44 f.; Rupieper, Frauen als Zielgruppe (wie Anm. 464), S. 61 f.; Strecker, Überleben ist nicht genug (wie Anm. 457), S. 64 f.
- 514 Rupieper, Frauen als Zielgruppe (wie Anm. 464), S. 75 f.
- 515 Ebd., S. 76.

- 516 Vgl. ebd., S. 81.
- 517 Vgl. ebd., S. 75 f.
- 518 Vgl. StadtA WI, Best. NL 110 Nr. 113, S. 150 f.
- 519 Ebd., S. 151.
- 520 Vgl. Bericht an die amerikanische Militärregierung, in: ebd., Nr. 21.
- 521 Vgl. Brief von Margot Faust an ihren Ehemann, in: ebd., Nr. 135.
- 522 Ebd.
- 523 HHStAW, Best. 502 Nr. 11492, Materialsammlung zur USA-Studienreise.
- 524 Vgl. StadtA WI, Best. NL 110 Nr. 113, S. 6.
- 525 Ebd., S. 124 f.
- 526 Ebd., S. 126.
- 527 Ebd.
- 528 Ebd., S. 128.
- 529 Vgl. ebd., S. 150.
- 530 Vgl. ebd., S. 150 f.
- 531 Hety Schmitt-Maaß: Wie alles begann, in: Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit (Hrsg.): 30 Jahre Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit, Wiesbaden 1982, S. 8 f.; vgl. zum Thema auch: StadtA WI, Best. NL 110 Nr. 113, S. 154; Strecker, Überleben ist nicht genug (wie Anm. 457), S. 65; Ziegler, Lernziel Demokratie (wie Anm. 512), S. 138 f.
- 532 Schmitt-Maaß, Wie alles begann (wie Anm. 531), S. 8.
- 533 Vgl. StadtA WI, Best. NL 110 Nr. 113, S. 154.
- 534 Vgl. Bericht über den Lehrgang 25. 9.–16.2.1952, in: HHStAW, Best. 2034 Nr. 45; Ziegler, Lernziel Demokratie (wie Anm. 512), S. 225 f.
- 535 Vgl. Bewerbungsschreiben an den Brockhaus Verlag, in: StadtA WI, Best. NL 110 Nr. 22; zur Geschichte des Büros für Frauenfragen siehe die Website des Staatsbürgerlichen Vereins für Frauenfragen e. V., abrufbar unter: <https://buero-frauenarbeit.de/wir-ueberuns/geschichte-buerof> (12.7.2025).
- 536 Vgl. WK, 3.4.1947, S. 4.
- 537 Vgl. StadtA WI, Best. WI/3 Nr. 1406, Beratungsstelle für Heim und Familie.
- 538 Vgl. StadtA WI, Best. 110 Nr. 135; Landfrauenverband Hessen e. V. (Hrsg.): 50 Jahre Landfrauenverband Hessen e. V. 1948–1998, Friedrichsdorf/Taunus 1998.
- 539 Vgl. WK, 30.6.1949, S. 3.
- 540 Vgl. StadtA WI, Best. NL 110 Nr. 137; Sigrid Betz: 40 Jahre Ortsverband Wiesbaden des Deutschen Hausfrauenbundes, Walluf 1989.
- 541 Vgl. Protokoll des ersten Treffens des Klubs am 17.3.1949 sowie Protokoll eines Treffens am 16.5.1949, in: StadtA WI, Best. V 41 Nr. 1.
- 542 Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung am 23.6.1949, in: StadtA WI, Best. V 41 Nr. 2; Hedwig Schmitt-Maaß berichtete in der Mitgliederversammlung über ihre USA-Reise und für Juni 1949 wurden weitere Berichte von USA-Reisenden angekündigt. Ergänzend kann noch ein Artikel aus dem WK genannt werden, der die Vereinsziele aufführt: WK vom 14.5.1949, S. 10.
- 543 Vgl. StadtA WI, Best. NL 110 Nr. 135; „... die Welt gehört ...“, Margot Faust (wie Anm. 500).
- 544 Vgl. Ralph Giordano: Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein. München 1987.

Gunter Stemmler

Handlungsausrichtung durch eigene Interessen – beispielhaft für 1945 und danach.
Ludwig Erhard, Max Schwarz, Otmar von Verschuer, Bruno Müller, Wilhelm Polligkeit sowie Friedrich Lehmann

- 545 Die Lage der archivalischen Bestände macht es für eine bessere Einschätzung von Personen sinnvoll, sie in einem zeitlichen Kontext zu betrachten, sprich, insbesondere das Jahr 1946 mit heranzuziehen.
- 546 Vgl. Gunter Stemmler: Erhard, Ludwig, in: Frankfurter Personenlexikon. Abrufbar unter: <https://frankfurter-personenlexikon.de/node/3380> (2.10.2025); ders.: Erhard, Ludwig Friedrich Wilhelm, in: Kirchengeschichtlich-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 46, Nordhausen 2023, Sp. 377–398.
- 547 Er konnte Anfang 1945 zwei Aufsätze veröffentlichen; Ludwig Erhard: Der Staatshaushalt in der volkswirtschaftlichen Bilanz, in: Bankwirtschaft 3, 1945, [Nr. 1] S. 1–3; ders.: Kapitalexport und Welt-handel, in: Bankwirtschaft 3, 1945, [Nr. 5/6; März] S. 53–55.
- 548 Roland Risse: Alltag mit Erhard, in: Gerhard Schröder/Alfred Müller-Armack u. a. (Hrsg.): Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1972, S. 591–598, hier S. 594.
- 549 Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1962. Abrufbar unter: <https://www.bayerischer-ministerrat.de/?vol=hoe11&doc=hoe11aENLT/////////> (2.10.2025); vgl. Meinhard Knoche: Ludwig Erhard, Adolf Weber und die schwierige Geburt des ifo Instituts, in: ifo schnell-dienst 71, 2018, Heft 13, S. 14–60, hier S. 21; Karl-Ulrich Gelberg: Die Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Bayern 1945, in: Zeitschrift für Bayerische Landes-geschichte 57, 1994, S. 157–169, hier S. 164 f.; Adolf Weber: Schein und Wirklichkeit in der Volkswirtschaft. Sechs Jahr-zehnte im Dienste der Volkswirtschaftslehre. Beiträge zur Klärung sozialökonomischer Gegenwartsprobleme, Berlin 1961, S. 68 f.
- 550 Siehe Herbert Alsheimer (Hrsg.): Ludwig Erhard. Der Weg unseres Landes aus den Trümmern des Krieges. Spuren seines Wirkens in Frankfurt am Main-Höchst und Bad Homburg vor der Höhe, Bad Homburg [u. a.] 1997, S. 31; Volkhard Laitenberger: Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen/Zürich 1986, S. 56.
- 551 Siehe Gunter Stemmler: Schwarz, Max Theodor, in: Hessische Biografie. Abrufbar unter: <https://www.lagis-hessen.de/pnd/14088601X> (2.10.2025).
- 552 Vgl. Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946, in: Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (künftig: HHStAW), Best. 520/38 Nr. 22070, Blatt 1v, 2v; zu Müller siehe Arbeitsblatt vom 4.7.1946, in: ebd., Best. 520F R 4704, K 2185, Blatt 2.
- 553 Vgl. Gunter Stemmler: Eine Geschichte der Gehörlosenschule in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 2020, S. 112.
- 554 Tübingen wollte wissen, bis wann er in Frankfurt beschäftigt war; die Universität antwortete zögerlich und hat schließlich die genannte Gehaltsanweisung nicht mitgeteilt, vgl. Universitätsarchiv Frankfurt am Main (künftig: UAF), Abt. 14 Nr. 1018, Blatt 81.
- 555 Siehe UAF, Abt. 14 Nr. 1018, Blatt 76v, 86.
- 556 Zitate und Nachweise siehe UAF, Abt. 120 Nr. 53, Blatt 271, 273–277.
- 557 Zitate und Nachweise siehe UAF, Abt. 13 Nr. 352, Blatt 153–156.
- 558 Vgl. UAF, Abt. 120 Nr. 60, Blatt 310.
- 559 Vgl. auch Protokoll Sitzung Spruchkammer vom 17.1.1947, in: HHStAW, Best. 520/38 Nr. 22070, Blatt 61v: „Lehrtätigkeit ruht bis Sommeranfang April 47“.
- 560 Vgl. z. B. UAF, Abt. 13 Nr. 162 Blatt 1, wobei das Datum 5.4.1945 ein Tippfehler ist, wie der Stempel daneben vom 11.4.1946 belegt; Prorektor an Öffentlichen

- Kläger vom 19.8.1946, in: HHStAW, Best. 520/38 Nr. 22070, Blatt 3; Blatt 6 vom 15.1.1945; Blatt 31 vom 1.10.1946.
- 561 Zitate vgl. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (künftig: ISG FFM), Best. A.11.02 Nr. 19.195, Blatt 17.
- 562 Vgl. z. B. UAF, Abt. 14 Nr. 1018, Blatt 76–79.
- 563 Zitat und Nachweise vgl. UAF, Abt. 120 Nr. 52, Blatt 132.
- 564 Vgl. UAF, Abt. 120 Nr. 60, Blatt 276, 284, vgl. Blatt 290v, 296.
- 565 Vgl. UAF, Abt. 4 Nr. 1785, Blatt 2.
- 566 Vgl. z. B. Jens Kolata: Krankheit, Wissen, Disziplinierung. Öffentliche Gesundheitsfürsorge in Frankfurt am Main zwischen Sozialhygiene und Eugenik 1920–1960, Göttingen 2024, S. 173–177, 199 f., 208.
- 567 Vgl. ISG FFM, Best. A.02.01 Nr. 8269, unpaginiert, Einladungslisten, darunter Stadtkämmerer Lehmann sowie die Stadträte Keller und Müller.
- 568 Vgl. Peter Sandner: Die Rolle des Universitätsinstituts für Erbbiologie und Rassenhygiene 1935–1945, in: Institut für Stadtgeschichte (Hrsg.): Frankfurt am Main 1933–1945. Abrufbar unter: <https://www.frankfurt1933-1945.de/beitraege/euthanasie-und-zwangssterilisation/beitrag/die-rolle-des-universitaetsinstituts-fuer-erbbiologie-und-rassenhygiene-1935-1945/suchwort/Verschuer?cHash=05c18a9c89e8491b57c1813919bb8de4> (2.10.2025).
- 569 Nachweise und Zitat siehe Reinhard Frost: Verschuer, Otmar von. Artikel aus der Frankfurter Biographie (1994/96), in: Frankfurter Personenlexikon. Abrufbar unter: <https://frankfurter-personenlexikon.de/node/1592> (2.10.2025); siehe auch Peter Sandner: Frankfurt, Auschwitz. Die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1998, S. 278; Hans-Ulrich Thamer: Zweite Karrieren. NS-Eliten im Nachkriegsdeutschland, Berlin 2024, S. 163–171; Dieter Wesp: Villa Kennedy: Wohnhaus, Forschungslabor, Luxushotel. Ein Stück Frankfurter Geschichte: von Reichtum und Raub, von Verdrängung und Neuanfang, von Privatisierung und neuem Luxus, Frankfurt am Main 2017, S. 154–163.
- 570 Frost, Verschuer (wie Anm. 569).
- 571 UAF, Abt. 120 Nr. 60, Blatt 278, Medizinische Fakultät vom 11.7.1946 (man wollte eine Informationsschrift über die Erbforschung für die Spruchkammer erstellen); vgl. ebd.; Abt. 4 Nr. 1785, Blatt 60, 62. Franz Volhard war in dieser und anderen Sitzungen anwesend, siehe zu ihm z. B. Udo Benzenhöfer: Die Frankfurter Universitätsmedizin zwischen 1933 und 1945, Münster/Ulm 2012, S. 52–54; Anikke Fischer: „Arzt mit NS-Vergangenheit. Frankfurter Uniklinik ändert umstrittenen Namen von Hörsaal“, hessenschau, 12.1.2025. Abrufbar unter: <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/uniklinik-frankfurt-aendert-umstrittenen-namen-von-franz-volhard-hoersaal-v1,uniklinik-frankfurt-umbenennung-hoersaal-100.html> (2.10.2025).
- 572 Zitiert nach Hans-Peter Kröner: Von der Rassenhygiene zur Humangenetik. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik nach dem Kriege, Stuttgart u. a. 1998, S. 104, mit Nachweis Max-Planck-Gesellschaft, I 1 A 3027; siehe bei Kröner die detaillierte Darstellung S. 85–144, insbesondere S. 119 f.
- 573 UAF, Abt. 120 Nr. 60 Blatt 278, Medizinische Fakultät vom 11.7.1946.
- 574 Vgl. ISG FFM, Best. A.02.01 Nr. 8269, Blatt 148; siehe auch Dietmar Schulze: Bemerkungen zum Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt unter Otmar von Verschuer und Heinrich Wilhelm Kranz (1933–1945), in: Udo Benzenhöfer (Hrsg.): Mengele, Hirt, Holfelder, Berner, von Verschuer, Kranz: Frankfurter Universitätsmediziner der NS-Zeit, Münster 2010, S. 79–93, hier S. 90.

- 575 Kröner, Rassenhygiene (wie Anm. 572), S. 103, Brief vom 29.6.1946 mit Verweis auf Universitätsarchiv Münster, NL Verschuer, BW Verschuer/de Rudder.
- 576 Zitate siehe Gunter Stemmler: Schuld und Ehrung. Die Kommunalpolitiker Rudolf Keller und Friedrich Lehmann zwischen 1933 und 1960 – ein Beitrag zur NS-Geschichte in Frankfurt am Main, 2., erw. Aufl., Hamburg 2020, S. 137 f. und S. 18, Anm. 42.
- 577 Siehe ISG FFM, Best. A.02.01 Nr. 8269, Blatt 149 f., 153. Fricke hatte am 10.5.1933 bei der Bücherverbrennung auf dem Römerberg gesprochen.
- 578 Siehe Sandner, Frankfurt (wie Anm. 569), S. 279 f.
- 579 Boris Rajewsky „selbst beteiligte sich an ‚Persilscheinen‘ für den Rassenmediziner Otmar von Verschuer und [...]“, Dieter Wesp: Rajewsky, Boris, in: Frankfurter Personenlexikon. Abrufbar unter: <https://frankfurter-personenlexikon.de/node/822> (2.10.2025).
- 580 Jürgen Renn/Horst Kant/Birgit Kolboske: Stationen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, in: Robert Schlögl (Hrsg.): „Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen“. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, 2. Aufl., Berlin 2015, S. 5–120, hier S. 67, Anm. 224; siehe auch Paul J. Weindling: Akteure in eigener Sache. Die Aussagen der Überlebenden und die Verfolgung der medizinischen Kriegsverbrechen nach 1945, in: Carola Sachse (Hrsg.): Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums, Göttingen 2003, S. 255–282, hier S. 274–279.
- 581 Was „aber wohl auch der inzwischen nach Frankfurt zurückgekehrte Dermatologe Gans verhindert“ hatte, Martina Lenzen-Schulte: Der Freiherr und der Jude: Otmar von Verschuer blieb ungeschoren, Richard Koch unbekannt. Lebensschicksale aus der Frankfurter Universität im Nationalsozialismus, in: Forschung Frankfurt 2, 2014, S. 138–142, hier S. 142.
- 582 Vgl. Havemann vom 23.1.1947, in: ISG FFM, Best. A.02.01 Nr. 8269, Blatt 157r+v; UAF, Abt. 4 Nr. 1785, Blatt 65 f.
- 583 Nachweis und Zitat siehe Schulze, Bemerkungen (wie Anm. 574), S. 91, mit Nachweis UAF, Abt. 13 Nr. 347, Blatt 214; vgl. ISG FFM, Best. A.02.01 Nr. 8269, Blatt 161, 28.2.1947. (Vgl. Dietmar Schulze: Untersuchungen zum Frankfurter Teilnachlaß des Rassenhygienikers Prof. Dr. Otmar Freiherr von Verschuer, Münster 2008.)
- 584 Vgl. z. B. UAF, Abt. 4 Nr. 1785, Blatt 104, 137.
- 585 Frost, Verschuer (wie Anm. 569).
- 586 Siehe Gunter Stemmler: Müller, Bruno, in: Hessische Biografie. Abrufbar unter: <https://www.lagis-hessen.de/pnd/13353622X> (2.10.2025).
- 587 Im Hauptuntersuchungsausschuss, im Spruchkammerverfahren sowie in der Berufungsverhandlung stellte er es dar, „anscheinend als einziger der leitenden städt. Beamten in Frankfurt verblieben“ zu sein, Nachweise und Zitate siehe HHStAW, Best. 520F Nr. R 4704, K 2185, Blatt 34, 75v, 165. Aber es waren u. a. Krebs, Fischer-Defoy und Kremmer anwesend, siehe Bettina Tüffers: Der Braune Magistrat. Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933–1945, Frankfurt am Main 2004, S. 216, und ebd., Anm. 545 unter Bezug auf ISG FFM, Best. S1/25 Nachlass Bruno Müller Nr. 1 c, S. 11–13.
- 588 Zitat und Nachweis siehe ISG FFM, Best. S1/25 Nachlass Bruno Müller Nr. 3, Blatt 20.
- 589 ISG FFM, Best. A.11.02 Nr. 73.702, Blatt 394. Wenn diese Erkrankung in der NS-Zeit eine Täuschung durch Lehmann gewesen wäre, um sich in den letzten Monaten des NS-Regimes vor diesem zu schützen, so stellt sich die Frage, warum Lehmann dies dann im Juli 1945 nicht zugegeben hat.

- 590 Vgl. ISG FFM, Best. A.02.04 Nr. 221 und 222; am 8.7.1945 ging man von seiner schlechten Gesundheit aus, vgl. Best. A.02.01 Nr. 3643, Blatt 170v.
- 591 Bruno Müller: 600 Jahre Höchst am Main 1355–1955. Rückblick und Ausblick, Frankfurt am Main 1955, S. 46. Zum „Selbstschutz“ siehe Michael Bermejo: Die Opfer der Diktatur. Frankfurter Stadtverordnete und Magistratsmitglieder als Verfolgte des NS-Staates, Frankfurt am Main 2006, S. 118 f. Im Vergleich zu anderen Aussagen in Müllers Buch ist diese Passage relativ ausführlich. Müller bezeichnet die Zwangsarbeiter als „Gefangene“, nicht als „Fremdarbeiter“. Zudem hätte man von ihm als Volljuristen erwarten können, nicht zehn Jahre danach plötzlich und leichtfertig den Vorwurf des mehrfachen Raubmordes zu äußern.
- 592 Nachweise und Zitate siehe ISG FFM, Best. A.02.01 Nr. 9.420.
- 593 ISG FFM, Best. A.02.01 Nr. 2.449, Vermerk.
- 945 ISG FFM, Best. A.30.02 Nr. 141, Blatt 57 (Müller handschriftlich).
- 595 Zitate und Nachweis siehe Bruno Müller: Stiftungen für Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1958, S. 137.
- 596 Diese Darstellung wurde übernommen aus Gunter Stemmler: Bruno Müller. Frankfurter Stadtrat für Stiftungen, Hamburg 2020, S. 66 f.
- 597 Vgl. Gunter Stemmler: Polligkeit, Friedrich Wilhelm, in: Hessische Biografie. Abrufbar unter: <https://www.lagis-hessen.de/pnd/116264764> (2.10.2025); Anne-Dore Stein: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen. Wilhelm Polligkeit zwischen individueller Fürsorge und Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus, Wiesbaden 2009, S. 30–45; dies.: Wilhelm Polligkeit und der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge – eine kritische Perspektive auf einen „Architekten“ der modernen Wohlfahrtspflege, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins 99, 2019, S. 309–315, 353–358.
- 598 Vgl. Matthias Willing: Der Deutsche Verein von 1945 bis 2005, in: Forum für Sozialreformen. 125 Jahre Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Berlin 2005, S. 117–264, hier S. 129. Polligkeit konnte 1946 aufgrund der Altersgrenze für hauptamtliche Stadträte nicht gewählt werden.
- 599 Zitate nach Viktoria Pollmann: Frankfurter KZ-Häftlinge kehren zurück. Rückholaktionen, Betreuung und Fürsorge seitens der Stadtverwaltung Frankfurt a. M. (Frühsommer 1945 – Frühjahr 1946), in: Nassauische Annalen 116, 2005, S. 563–586, hier S. 566, 578, 581–583. Alle folgenden Zitate, sofern nicht anders ausgewiesen, ebenfalls nach Pollmann.
- 600 Zu NS-Verbrechen dort siehe Stemmler, Schuld (wie Anm. 576), S. 117, Anm. 543; ders.: Hofacker, Johann Carl, in: Hessische Biografie. Abrufbar unter: <https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/bio/id/13671> (2.10.2025).
- 601 Vgl. Gunter Stemmler: Prestel, Rudolf, in: Hessische Biografie. Abrufbar unter: <https://www.lagis-hessen.de/pnd/122050606> (2.10.2025).
- 602 Vgl. Willing, Verein (wie Anm. 598), S. 123; siehe auch Harry Herrmann-Hubert: Jugendfürsorge, Jugendwohlfahrt und Jugendhilfe. Zur Geschichte des Jugendamtes der Stadt Frankfurt am Main, Bd. 2: Von 1945 bis 2014, Frankfurt am Main 2014, S. 149 f.
- 603 Vgl. Tüffers, Magistrat (wie Anm. 587), S. 241, 244.
- 604 Herrmann-Hubert, Jugendfürsorge (wie Anm. 602), S. 147. Im Umfeld hatte ein anderer anfangs „Pech“, siehe Gunter Stemmler: Achinger, Hans, in: Hessische Biografie. Abrufbar unter: <https://www.lagis-hessen.de/pnd/118646729> (2.10.2025).
- 605 So Lehmann im Jahr 1937, siehe ISG FFM, Best. A.02.02 Nr. 181, Blatt 9.
- 606 Vgl. Gunter Stemmler: Lehmann, Friedrich Wilhelm, in: Hessische Biografie. Abrufbar unter: <https://www.lagis-hessen.de/pnd/122050746> (2.10.2025); Stemmler, Schuld (wie Anm. 576).

- 607 Zitate nach Pollmann, Frankfurter KZ-Häftlinge (wie Anm. 599).
- 608 ISG FFM, Best. A.02.01 Nr. 5588, Bericht Stadtkämmerer vom 9.9.1943, III.
- Bernd Blisch
Juristische Aufarbeitung der Naziverbrechen in einer Kleinstadt: der sogenannte Flörsheimer Kristallnacht-Prozess vom 9. bis 14. Mai 1949
- 609 Manuskript von Ludwig Dehn, ohne Inventarnummer, Bibliothek des Heimatvereins Flörsheim 1924 im Heimatmuseum.
- 610 Vgl. Sammlung Robert Oerter: Willi Thomas berichtet über die Urteilsverkündung in einem Brief an Robert Gerson vom 1.5.1949. Zitiert bei Werner Schiele: Juden in Flörsheim am Main. Die Geschichte einer Minderheit auf dem Lande. Flörsheim 1999, S. 419.
- 611 Einwohnerzahlen von Flörsheim siehe „Flörsheim, Main-Taunus-Kreis“, in: Historisches Ortslexikon. Abrufbar unter: <https://lagis.hessen.de/resolve/de/ol/11259> (2.10.2025).
- 612 Maingau-Bote, 27.5.1949, S. 2.
- 613 Über die Flörsheimer Ruder-Regatta berichtete die Flörsheimer Zeitung am 27.5.1949 auf S. 1 und 2, am 3.6.1949 auf S. 1, 3 und 5 sowie am 10.6.1949 auf S. 1.
- 614 Über den neuen Ehrenbürger Georg von Opel berichtet die Flörsheimer Zeitung am 20.5.1949 auf S. 1 und 2 sowie am 3.6.1949 auf S. 5.
- 615 Vgl. Werner Schiele: Juden in Flörsheim am Main. Die Geschichte einer Minderheit auf dem Lande. Flörsheim am Main 1999.
- 616 Vgl. Flörsheimer Zeitung, 20. Juli 1918, S. 1.
- 617 Vgl. Werner Schiele, Juden in Flörsheim (wie Anm. 615), S. 395.
- 618 Beim „Verlobten Tag“ handelt es sich um ein Pestgelöbnis aus dem Jahr 1666, jährlich einen Stadtfeiertag mit katholischem Gottesdienst und Prozession zu feiern. Der Verlobte Tag wird noch heute am letzten Montag im August begangen. Auch die jüdische Gemeinde beging den Stadtfeiertag durch Schmücken der Häuser und des Prozessionswegs sowie durch Schließen der Geschäfte.
- 619 Vgl. Flörsheimer Nachrichten, 29.6.1927, S. 2.
- 620 Anzeige für Ball in der Flörsheimer Zeitung, 25.6.1927, S. 4; Bericht in der Flörsheimer Zeitung, 28.6.1927, S. 2.
- 621 Vgl. Werner Schiele, Juden in Flörsheim (wie Anm. 615), S. 394 f.
- 622 Seinerzeit berichtete sogar die Presse darüber: „Eine Reinigungsaktion wurde am Samstag von der Hiesigen SA veranlasst, die frühere SPD- und KPD-Angehörige aus ihren Wohnungen holte und sie mit auf die Brücke nahm zur Beseitigung von alten Wahlaufufen und sonstigen Erinnerungszeichen an die Marxistenzeit. Einem wurde es, als er der braunen Uniform ansichtig wurde, nicht ganz wohl, und das ehemalige Kreisauschußmitglied Altmaier erlitt einen leichten Nervenschock. Ein aus diesen Gründen geschickter Ersatzmann wurde nicht angenommen. Viele Zuschauer wohnen dem eigenartigen Schauspiel der ‚Putzscharen‘ bei.“ Höchster Kreisblatt, 18.9.1933.
- 623 Vgl. Werner Schiele: Die jüdischen Friedhöfe bei Flörsheim am Main, in: Kreisauschuß des Main-Taunus-Kreises (Hrsg.): Zwischen Main und Taunus, Jahrbuch des Main-Taunus-Kreises 1999, S. 52–57.
- 624 Vgl. Werner Schiele, Juden in Flörsheim (wie Anm. 615), S. 408 f.
- 625 Vgl. Katrin Siebel/Jan Teuwsen u. a.: „Die Geschichte macht auch vor den Toren Flörsheims nicht halt ...“, in: Graffiti – Schulzeitung der Graf-Stauffenberg-Schule 9, 1999.
- 626 Vgl. Werner Schiele, Juden in Flörsheim (wie Anm. 615), S. 418.
- 627 Vgl. Liste der angeklagten Personen mit den jeweiligen Strafanträgen der Staatsanwaltschaft in Peter Becker: Anmerkungen zu Mirjam. 1900–1950. Flörsheimer Geschichte und Geschichten. Flörsheim 2001, S. 1008.

- 628 Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (künftig: HHStAW), Abt. 501 Nr. 1987, Vernehmung des Philipp L., 22.3.1946.
- 629 Ebd., Vernehmung des Franz B., 13.1.1948.
- 630 Manuskript von Ludwig Dehn, ohne Inventarnummer, Bibliothek des Heimatvereins Flörsheim 1924 im Heimatmuseum.
- 631 Vgl. Werner Schiele, Juden in Flörsheim (wie Anm. 615), S. 416–418.
- 632 HHStAW, Abt. 501, Nr. 1987, Vernehmung der Katharina L. als Zeugin, 27.3.1946.
- 633 Ebd., Vernehmung der Paula S. als Zeugin, 22.3.1946.
- 634 Vgl. Liste der verurteilten Personen in Peter Becker, Anmerkungen (wie Anm. 627), S. 1010.
- 635 Vgl. Werner Schiele, Juden in Flörsheim (wie Anm. 615), S. 419.
- 636 Ebd.
- 637 Vgl. Yad Vashem TR 10/324 nach Werner Schiele, Juden in Flörsheim (wie Anm. 615), S. 419.
- 638 Zum Schicksal der Familie Schohl vgl. David Clay Large: Einwanderung abgelehnt: Wie eine deutsche Familie versuchte, den Nazis zu entkommen, München 2004.
- 639 Sammlung Robert Oerter: Willi Thomas berichtet über die Urteilsverkündung in einem Brief an Robert Gerson vom 17.5.1949. Zitiert nach Schiele, Juden in Flörsheim (wie Anm. 615), S. 419 f.
- Lisa Sommer
Neubeginn 1945 – Jugend erinnert 2025. Eine partizipative Intervention im sam – Stadtmuseum am Markt
- 640 Bundesweites Ergebnis zum Redaktionsschluss noch offen.
- Margit Sachse
„Wir sind alle Kinder des 8. Mai“ (Jürgen Habermas). Herausforderungen und Chancen in pädagogischer und internationaler Perspektive
- 641 Vgl. Frank-Walter Steinmeier: Gedenkstunde im Deutschen Bundestag zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges, 8.5.2025. Abrufbar unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2025/05/250508-Ende-2WK.html> (11.11.2025).
- 642 Richard von Weizsäcker: Ansprache am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw19-de-gedenkstunde-rede-weizsaecker-1062288> (11.11.2025).
- 643 Vgl. Steinmeier, Gedenkstunde (wie Anm. 641).
- 644 Vgl. ebd.
- 645 Vgl. KZ-Gedenkstätte Mauthausen: Internationale Befreiungsfeier. Abrufbar unter: <https://www.mauthausen-memorial.org/de/Teilnehmen/Veranstaltungen/Internationale-Befreiungsfeier> (19.11.2025).
- 646 Vgl. KZ-Gedenkstätte Mauthausen: Wettbewerbsergebnisse. Abrufbar unter: <https://www.gusen-memorial.org/de/Neugestaltung/Wettbewerbsergebnisse> (13.11.2025).

- 647 BPr Steinmeier lobte in seiner Rede am 11. November 2025 das Format des seit über 50 Jahren von der Körber-Stiftung getragenen Wettbewerbs und des forschenden Lernens als „Proberaum für die Demokratie“, wo junge Menschen lernen können, „kritisch mit Quellen umzugehen, Fakten zu prüfen und sich eine fundierte Meinung zu bilden“. Vgl. hierzu Frank-Walter Steinmeier: „Ein Proberaum der Demokratie“. Abrufbar unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2025/11/251111-Geschichtswettbewerb.html> (11.11.2025). Vgl. zudem Stefan Frindt/ Sven Tetzlaff: Der Geschichtswettbewerb als Labor für eine demokratische Geschichtskultur, in: Michael Sauer (Hrsg.): Spurensucher. Ein Praxisbuch für historische Projektarbeit. Hamburg 2014, S. 352-367. Zum Thema außerdem Margit Sachse: Auf Spurensuche. Footprints for freedom. Eine Webapp gegen Antisemitismus, Rassismus und Hass, in: Praxis Geschichte 6/2021 „Konzentrationslager. Verfolgung im Nationalsozialismus“, S. 48–49 sowie Margit Sachse: Spurensuche im Abi?! KMK empfiehlt „Besondere Lernleistungen“ im Abitur, in: Praxis Geschichte 3/2025, S. 52–53.
- 648 Europarat: European Reference Framework for Competences for Democratic Culture, 2025. Abrufbar unter: <https://www.coe.int/en/web/reference-framework-of-competences-for-democratic-culture> (12.11.2025).
- 649 Der Begriff (S)Heroes oder SHEROES stammt aus der feministischen Literatur. Seit 2018 existiert auf der Frankfurter Buchmesse ein entsprechendes Format. Vgl. hierzu Frankfurter Buchmesse: Für den gesellschaftliche Wandel: „SHEROES – Streiterinnen für die Zukunft“. Abrufbar unter: <https://www.buchmesse.de/presse/pressemitteilungen/2021-10-11-fuer-den-gesellschaftlichen-wandel-sheroes-streiterinnen-fuer> (12.11.2025).
- 650 So zum Beispiel die Kindertransporte von über 10.000 jüdischen Kindern nach England, aber auch 350 bis 450 Kindern nach Frankreich und in die Schweiz und in andere Länder, was zeitnah in internationalen Konferenzen zusammengetragen werden soll. Vgl. für Frankfurter Kinder das Projekt „Jüdisches Leben Frankfurt“ und die Publikationen von Angelika Rieber. Angelika Rieber/Till Lieberz-Gross (Hrsg.): Rettet wenigstens die Kinder. Kindertransporte aus Frankfurt am Main – Lebenswege von geretteten Kindern, Idstein 2018. Das Inhaltsverzeichnis ist online einsehbar unter: <https://www.juedisches-leben-frankfurt.de/home/veroeffentlichungen/rettet-wenigstens-die-kinder/> (26.1.2026)
- 651 Vgl. Laura Hobson Faure: Baroness Germaine de Rothschild, in: The Shalvi/Hyman Encyclopedia of Jewish Women, online abrufbar unter: <https://jwa.org/encyclopedia/article/rothschild-baroness-germaine-de> (11.11.2025). Das von Germaine de Rothschild gegründete Comité israélite pour les enfants venant d'Allemagne et d'Europe centrale rettete 350 bis 450 jüdische Kinder über Frankreich in die USA.
- 652 Vgl. Valérie Perthuis-Portheret: Vous n'avez pas les enfants. Préfaces de Serge Klarsfeld et Boris Cyrulnik. Paris 2020.
- 653 Vgl. hierzu die Biographie von Fanny Garreaud, geborene Azenstarck. Abrufbar unter: <https://digitalespuren.jfootprints.de/media/CentralstationDarmstadt-E4Pp4yA1Xh02be081ece06a122a1ca711b140eff04.pdf> (11.11.2025) sowie https://convoi77.org/deporte_bio/fanny-azenstarck/ (11.11.2025).

- 654 Das Erklärvideo zur Biographie von Liese Juda (1921–1942) ist mit französischen Untertiteln online einsehbar unter: <https://digitalespuren.jfootprints.de/app/web/index.html#/markerDetail/13/264> (11.11.2025). Weiterführende Literatur- und Quellenangaben: Alice Liebenthal: No safety for Jews in France (Keine Sicherheit für Juden in Frankreich), in: Moritz Neumann/Eva Reinhold-Postina (Hrsg.): Das zweite Leben. Darmstädter Juden in der Emigration, Darmstadt 1993, S. 141-145. Robert Jablon/Laure Quenouëlle-Corre/André Straus: Politique et finance à travers l'Europe du XXème siècle. Entretiens avec Robert Jablon. Bruxelles 2009. Alexandre Doulut/Sandrine Labeau: Les 473 déportés juifs de Lot-et-Garonne. Préface de Serge Klarsfeld, Coédition Après l'Oubli avec Les Fils et Filles des déportés juifs de France, Villematiers/Paris 2010. Dorothee Hoppe: Stolpersteine der Familie Juda/Strauss, in: Jutta Reuss/Dorothee Hoppe (Hrsg.): Stolpersteine in Darmstadt, Darmstadt 2013, S. 122-124. Darüber hinaus enthält die Zeitgeschichtliche Sammlung des Stadtarchivs Darmstadt (StadtA DA) nicht publizierte Aufsätze und Arbeiten, die für das Projekt genutzt wurden. Siehe hierzu: StadtA DA, ST62 1/b3 Stadtgeschichte NS-Zeit, Widerstand, Verfolgung, Zwangsarbeit in der Mappe: Biografisches Material zu verfolgten Juden: Leah Gass: Auf den Spuren Darmstädter Juden, die in Auschwitz ermordet wurden. Besondere Lernleistung im Leistungskurs Geschichte. Darmstadt 2016. Leah Gass/Saskia Heineken/Margit Sachse: Spurensuche am Woog nach Mitgliedern der Familie Juda, Strauss, Jablon(ski) und Liebenthal führt nach Auschwitz, London und Paris. Pädagogische Projekte rund um eine weltoffene Darmstädter Familiengeschichte, Darmstadt 2017. Weiter wurden Unterlagen der Arolsen Archives für die Erarbeitung einzelner Biographien genutzt, insbesondere: Arolsen Archives, Deportationsliste Drancy vom 7.9.1942 über den Transport vom 9.9.1942, 1.1.91./111813271.1.9.1/11182125.11182129, ITS Digital Archive. Schließlich enthält auch das Gedenkbuch des Bundesarchivs Informationen zu den Biographien von Liese Juda, Emma Hedwig Juda, geb. Strauß, und Caroline Strauß, geb. Loeb: Bundesarchiv Berlin, Eintrag zu Liese Juda online einsehbar unter: <https://apps.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de889758> (11.11.2025); Eintrag zu Emma Hedwig Juda: <https://apps.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de889748> (11.11.2025); Eintrag zu Caroline Strauß: <https://apps.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de979289> (11.11.2025).
- 655 Leslie Schwartz ist unter anderem für die Widmung „Love is stronger than hate. Shalom!“ bekannt, mit der er seine Autobiographie gerne schmückte. Vgl. Leslie Schwartz: Durch die Hölle von Auschwitz und Dachau. Ein Junge erkämpft sein Überleben, Münster 2010.
- 656 Vgl. hierzu Evangelische Schulstiftung in Mitteldeutschland St. Johannes: Gegen das Vergessen – 75 Jahre Kriegsende. Abrufbar unter: <https://www.schulstiftung-ekm.de/stiftung/aktuelles/gegen-das-vergessen-75-jahre-kriegsende.html> (11.11.2025).
- 657 Vgl. hierzu <https://www.irights-lab.de/projekt/digital-collective-memory> (11.11.2025). Partner ist die Stiftung EVZ.
- 658 Das Projekt ist online einsehbar unter: <https://digitalespuren.jfootprints.de/app/web/index.html#/> (11.11.2025)
- 659 Vgl. hierzu <https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/projects-details/43251589/101196373/CERV?order=DESC&pageNumber=1&pageSize=50&sortBy=title&isExactMatch=trtr&frameworkProgramme=43251589&topicAbbreviation=CERV-2024-CITIZENS-REM-HOLOCAUST> sowie <https://jfootprints.de/>.

Markus Häfner

20 Minuten – innovative Wege zur Erinnerung an die Zerstörung Hanaus am 19. März 1945

660 Die Erinnerung an die Bombennacht ist bei vielen Hanauern noch wach, in: Hanauer Anzeiger vom 19. März 1985, Sonderbeilage, S. 2.

Hendrik Pletz und Lars Schlaphof
„Évreux/Rüsselsheim. Befreiung, Wiederaufbau, Versöhnung 1944–1961“.
Ein (unerwarteter) Erfahrungsbericht zu einer deutsch-französischen Kooperationsausstellung

661 Vgl. Florence Calame-Levert (Hrsg.):
 Évreux, année zéro. Reconstruire une ville meurtrie, Évreux 2017.

662 Im Jahr 2015 wurde die Stadt Rüsselsheim zu Rüsselsheim am Main umbenannt.

663 Vgl. Lars Schlaphof: Quantifizierung nationalsozialistischer Zwangsarbeit. Konzept, Methode und Realisierung am Beispiel der „Fremdarbeiterkartei“ der Adam Opel AG, Masterthesis, Historisches Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen 2021, S. 56.

664 Einen Einblick in diesen Themenkomplex der Visual History bietet: Andreas Böhn/Christine Mielke (Hrsg.): Die zerstörte Stadt. Mediale Repräsentationen urbaner Räume von Troja bis SimCity, Bielefeld 2007. Zu zerstörten deutschen Städten im Zweiten Weltkrieg hier insbesondere die Aufsätze von Götz Grossklaus, Christine Mielke, Claudia Pinkas, Silke Arnold-De Simone und Kay Kirchmann.

665 An dieser Stelle sei nochmals erwähnt, dass Évreux zweimal zerstört wurde. Erstmalig von deutschen Truppen im Juni 1940 und ein zweites Mal von alliierten Einheiten im Juni 1944. Für die Bilder der Zerstörung ist dies in der primären Wahrnehmung unerheblich. Für das Ausblenden städtischer Zerstörung außerhalb Deutschlands ist es natürlich relevant, zu unterscheiden, ob die Zerstörung durch deutsche Aggression erfolgte oder durch alliierte Flugzeuge, die auch deutsche Städte bombardierten.

666 Köbel wurde tatsächlich zum „Leuchtenden Vorbild“ vorgeschlagen, einer Ehrung der Stadt Rüsselsheim, die posthum an Menschen verliehen wird, die Besonderes für die Stadt geleistet haben. Dieser Vorschlag war gleichzeitig auch der Startpunkt einer Debatte um Köbel, an deren Ende auch die Umbenennung der Walter-Köbel-Halle zu Großsporthalle stand.

667 Vgl. Sabine Kühn: Walter Köbel (1918–1965) und der Nationalsozialismus. Eine biographische Annäherung, in: Magistrat der Stadt Rüsselsheim, Stadtarchiv (Hrsg.): Berichte aus dem Stadtarchiv, Bd. 5, Rüsselsheim 2013, S. 55–84.

Wolfgang Schneider
„Und es ward Licht“.
Kinogeschichten in der Nachkriegszeit

668 Erwin Leiser: „Deutschland erwache!“ Propaganda im Film des Dritten Reiches. Reinbek bei Hamburg 1968, S. 17.

669 Vgl. Wolfgang Schneider: „Der Film, auf den ganz Bischofsheim wartet“. Vom nationalsozialistischen „Triumph des Willens“ auf der Leinwand. Eine Kinogeschichte aus der Mainspitze, in: Christine Hartwig (Hrsg.): Die Mainspitze unterm Hakenkreuz, Frankfurt am Main o. J., S. 125–146.

670 Wolfgang Schneider: „Und wir wollten so sein wie der blonde Trommler da oben auf der Leinwand“. Wolfgang Schneider im Gespräch mit Hilmar Hoffmann über sein Buch „Generation Hitlerjugend“, in: Kulturpolitische Mitteilungen 161, 2018.

671 Der nachfolgende Abschnitt bezieht sich auf einen bereits veröffentlichten Beitrag unter <https://www.burglichtspiele-gustavsburg.com/75-jahre/kinogeschichte/> (23.11.2025).

672 Das Zitat stammt aus dem Film „Der kleine Soldat“ (1963) und lautet in Gänze:
 „Die Fotografie, das ist die Wahrheit. Und der Film, das ist die Wahrheit 24-mal pro Sekunde.“

- 673 Zur Herkunft des Zitats bzw. seiner Geschichte siehe unter anderem: <https://www.medienradar.de/hintergrundwissen/artikel/luege-im-dienste-der-wahrheit> (23.11.2025).
- 674 Interviews mit Kurt Palm unter https://www.zeitzeugen-portal.de/personen/zeitzeuge/kurt_palm (23.11.2025).
- 675 Ebd.
- 676 Kurt Palm: 50 Jahre Kino Gustavsburg. Manuskript der Rede zum Festakt am 3.4.1997.
- 677 Ebd.
- 678 Katholischer Filmdienst: Und es ward Licht (1946). Abrufbar unter: <https://www.filmdienst.de/film/details/51731/und-es-ward-licht-1946> (23.11.2025).
- 679 Zitiert nach Gerhard Bliersbach: So grün war die Heide... Der deutsche Nachkriegsfilm in neuer Sicht, Weinheim 1985; Wolfgang Etti: Kinos, Häuser der Träume. Ein Beitrag zur Kinogeschichte des Usinger Landes, Schmitten 2017.
- 680 Vgl. https://www.filmportal.de/film/film-ohne-titel_30ba942f3a47450ca259469d3d8117d1 (23.11.2025).
- 681 Vgl. <https://www.cinema.de/film/film-ohne-titel,1305636.html> (23.11.2025).
- 682 Der Abschnitt über die Schauburg bezieht sich auf den Text: Wolfgang Schneider: Schauburg. Abrufbar unter: <https://artmap.kreativnoma.de/schauburg/> (23.11.2025).
- 683 Daniela Ammar: „Alterskontrollen von Schutzmännern“, in: Main-Spitze, 10.10.2019.
- 684 Vgl. Rüsselsheimer Ruder-Club 08: Über Mitglieder des RRK (2019): Lini Rossbach-Fritz. Alterskontrollen von Schutzmännern. Abrufbar unter: <https://www.rrk-online.de/archiv.html> (23.11.2025).
- Wolfgang Geiger
„Abenteuer Neubeginn“ 1945 –
Frankfurter Hefte. Sammlung mit Texten von
Eugen Kogon und Walter Dirks 1946–1947
- 685 Abrufbar unter: <https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/abenteuer-neubeginn-1945-frankfurter-hefte> (2.10.2025).
- 686 Weiterführende Literatur: Wolfgang Geiger (Hrsg.): „Abenteuer Neubeginn“ 1945. Lehren aus der Geschichte für die Zukunft. Frankfurter Hefte – Ausgewählte Beiträge von Eugen Kogon und Walter Dirks 1946–1947, Königstein (Taunus)/Frankfurt am Main 2025. Quellensammlung für Schulen siehe: Wolfgang Geiger (Hrsg.): „Abenteuer Neubeginn“ 1945. Lehren aus der Geschichte für die Zukunft. Frankfurter Hefte – Auszüge aus Artikeln von Eugen Kogon und Walter Dirks 1946–1947, Quellensammlung für den Geschichts- und Politikunterricht, Königstein (Taunus)/Frankfurt am Main 2025. Abrufbar unter: <https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/abenteuer-neubeginn-1945-frankfurter-hefte/> (2.10.2025)
- 687 Vgl. Wolfgang Geiger: „Ein Abenteuer, wie alles, was heute beginnt.“ – Eugen Kogon, die Frankfurter Hefte und die geistige Neugründung der Demokratie. Ein kontextueller Rückblick nach 80 Jahren, in: Ders.: „Abenteuer Neubeginn“ 1945. Königstein (Taunus)/Frankfurt am Main 2025, S. 103–144. Abrufbar unter: <https://www.eugen-kogon-gesellschaft.de/abenteuer-neubeginn-1945-frankfurter-hefte/> (2.10.2025)
- 688 David A. Hackett: Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, München 1996, 2002.
- 689 Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt am Main 1946. – Erstausgabe, Parallelausgaben in anderen Besatzungszonen und weitere Auflagen mit aktualisierten Vorworten noch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Thomas Altmeyer

M. A., Politikwissenschaftler, Leiter des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933–1945 und des Geschichtsortes Adlerwerke: Fabrik, Zwangsarbeit, Konzentrationslager.
Forschungsschwerpunkte: Widerstand, Zwangsarbeit, Gedenkstätten und Erinnerungskultur.

Dr. Thomas Bauer

freiberuflicher Historiker, Autor und Kurator von zahlreichen Büchern und Ausstellungen zur Frankfurter Stadtgeschichte, seit 2015 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Zeitgeschichte und Gedenken“ im Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Vorstandsmitglied der Frankfurter Historischen Kommission und der Gesellschaft für Frankfurter Geschichte e. V.

Dr. Tanja Bernsau

Kunsthistorikerin. Forschungsschwerpunkte: Kulturgutschutz im Fall eines bewaffneten Konflikts, Provenienzforschung.

Dr. Bernd Blisch

Historiker, Bürgermeister der Stadt Flörsheim am Main. Forschungsschwerpunkte: Regionalgeschichte, frühe Neuzeit.

Dr. Wolfgang Geiger

seit August 2023 pensionierter Gymnasiallehrer für Geschichte und Französisch, ehem. Dreieichschule Langen, ab 2013 auch teilabgeordnet an die Hessische Lehrkräfteakademie Wiesbaden, seit 2016 Vorsitzender des Verbandes Hessischer Geschichtslehrerinnen und -lehrer e. V. (Landesverband des Verbandes deutscher Geschichtslehrerinnen und -lehrer e. V.), seit 2023 auch Vorsitzender der neu gegründeten Eugen-Kogon-Gesellschaft e. V.

Sylvia Goldhammer

M. A., Archivarin und Historikerin, Leiterin des Stadtarchivs Oberursel.

Prof. Dr. Dr. Frank Jacob

Historiker und Japanologe, Professor für Globalgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Nord Universität, Norwegen. Forschungsschwerpunkte: Revolutionstheorie und -geschichte, Geschichte Unterfrankens, transnationaler Anarchismus.

Dr. Markus Häfner

Historiker und Fachinformatiker, Leiter der Städtischen Museen Hanau. Forschungsschwerpunkte: 19. Jahrhundert, Nachkriegszeit, 50er/60er Jahre.

Dr. Philipp Kratz

Historiker, Lehrer und Dozent, Friedrich-List-Schule Wiesbaden, Hessische Lehrkräfteakademie, Goethe-Universität Frankfurt am Main. Forschungsschwerpunkte: Umgang mit der NS-Vergangenheit, digitale Geschichtskultur.

Gregor Maier, M. A.

Historiker, Leiter des Fachbereichs Kultur und des Kreisarchivs des Hochtaunuskreises. Forschungsschwerpunkte: Orts- und Regionalgeschichte der Taunusregion.

Dr. Kristina Matron

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Institut für Stadtgeschichte Frankfurt. Forschungsschwerpunkte: Weimarer Republik, Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Dr. Peter Noss

Pfarrer, Referent für Judentum/Naher Osten im Zentrum Ökumene der hessischen Evangelischen Landeskirchen, Lehrbeauftragter an der EH Darmstadt, Vorstand Deutscher Koordinierungsrat, Mitglied in den hessischen jüdisch-christlichen Arbeitskreisen ImDialog und in der GcJZ Wetterau. Forschungsschwerpunkte: christliche und jüdische Geschichte, Naher Osten.

Dr. Hendrik Pletz

Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim. Forschungsschwerpunkte: Technikgeschichte, Visual History.

Dr. Peter M. Quadflieg

Archivar und Historiker, Direktor des Stadtarchivs Wiesbaden. Forschungsschwerpunkte: (biographische) NS-Geschichte, Geschichte der Stadt Wiesbaden, Geschichte Belgiens.

Cornelia Röhlke

M. A., Historikerin und Kulturwissenschaftlerin, stellv. Museumsleiterin Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim. Forschungsschwerpunkte: Geschichte des 20. Jahrhunderts, Stadtgeschichte Wiesbaden, Stadt- und Industriegeschichte Rüsselsheim.

Margit Sachse

Oberstudienrätin für Deutsch und Geschichte und den Bereich des Service-Learnings an der Lichtenbergschule Darmstadt, Gymnasium Europaschule, in den Jahren 2023-2025 abgeordnet nach Frankreich. Forschungsschwerpunkt: jüdische Kulturgeschichte.

Prof. Dr. Wolfgang Schneider

Gründungsdirektor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim, langjähriger Leiter des Kommunalen Kinos Mainspitze, Erster Beigeordneter der Gemeinde Bischofsheim.

Lars Schlaphof

Historiker, Leiter des Stadtarchivs Rüsselsheim am Main. Forschungsschwerpunkte: Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte im Nationalsozialismus mit Schwerpunkt auf der Opel AG.

Lisa Sommer

M. A., Historikerin und Museumspädagogin, zuständig für die Bildung und Vermittlung bei der Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden.

Dr. Dr. Gunter Stemmler

Historiker, Ltd. Magistratsdirektor. Forschungsschwerpunkte: universitäre und kommunale Auszeichnungen in der Moderne, Mentalitätsgeschichte, Biogramme.

Dr. Sandra Zimmermann

Leiterin des Stadtarchivs Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Stadtgeschichte Darmstadt, Korruptionsgeschichte, Transparenzgeschichte, politische Kulturgeschichte 19. und 20. Jahrhundert.

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Dieser Tag war für die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen mit höchst unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen verbunden. Deutschland war nun ein besiegtes und besetztes Land. Gleichzeitig fand der Nationalsozialismus an diesem Tag sein Ende.

Die Erinnerung an das Ende des Kriegs mit all seinen Schrecken und Grausamkeiten prägte sich ins kollektive Gedächtnis der Deutschen ein. Während das Kriegsende lange Zeit mit der Niederlage und dem Untergang des Deutschen Reiches verbunden wurde, setzte sich erst nach und nach die Wahrnehmung des 8. Mai als Befreiung vom Nationalsozialismus durch.

Mit Beiträgen von 21 Autorinnen und Autoren aus der Rhein-Main-Region stellt der vorliegende Band individuelle Perspektiven und Schilderungen lokaler Ereignisse am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der direkten Nachkriegszeit dar. Zudem steht eine Reflexion des bisherigen Erinnerns an das Kriegsende im Mittelpunkt der Aufsätze.

Zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs organisierten das Stadtarchiv Wiesbaden gemeinsam mit der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung ein Kolloquium. Der vorliegende Band hält die Ergebnisse der Veranstaltung, die am 15. Mai 2025 im Kulturforum Wiesbaden stattfand, fest.



ISBN: 978-3-9825083-3-7

Schriften des
Stadtarchivs
Wiesbaden

18

**Peter Quadflieg & Katherine Lukat (Hg.)
Kriegsende und Neuanfang
an Rhein und Main**